8138
2

Schweizerische Zeitschrift für Soziologie

Revue suisse de sociologie

N° 1 4. Jahrgang
4e année

März
Mars 1978

UNIVERSITÉ DE GENÈVE
Faculté SES Bibliothèque

Ep 330

Inhaltsverzeichnis | Table des matières

Seiten
pages

V. Bornschier: Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern in komparativer Sicht 3–45

H. U. Gersbach: Sicherung und Steigerung der Effektivität von Rechtsnormen – eine Aufgabe für die Soziologie? 47–64

R. Hettlage: Rechtssoziologie: Soziologische Aufklärung unter Bewährungsdruck 65–81

J.-P. Keller: La société de consommation au stade de la conscience de soi. Contribution à l'analyse de l'iconographie publicitaire 83–100

H. P. Kriesi: Werkarbeit im Studium. Ein Beispiel eines nicht-rekursiven kausalen Modells mit unstandardisierten Koeffizienten 101–127

Atelier: Ph. Perrenoud: Les politiques de démocratisation de l'enseignement et leurs fondements idéologiques. Esquisse d'un cadre théorique 129–179

Atelier: R. Brülhart: Schweizerischer Nationalfonds: Organisationsformen und Verfahrensweisen im Bereich «Soziologie» 181–202

Buchbesprechungen – Bibliographie critique 203–215

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S.3-45

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT INNERHALB VON LÄNDERN IN KOMPARATIVER SICHT*

Volker Bornschier

ZUSAMMENFASSUNG

Für die Erklärung der Unterschiede der personellen Einkommensungleichheit zwischen Ländern wird ein Machtansatz vorgeschlagen, der die Art und den Grad der Verknüpfung staatlich organisierter Gesellschaften mit der Weltwirtschaft berücksichtigt, d.h. die Machtverteilung wird nicht nur endogen erklärbar erachtet. Drei analytische Ebenen werden im Zusammenhang mit der Machtverteilung unterschieden: Marktmacht, Organisationsmacht und Steuerungsmacht. In einem empirischen Teil wird beispielhaft ein Hinweis für die Fruchtbarkeit des entwickelten Ansatzes gegeben. Die Einkommensungleichheit wird in recht hohem Masse durch Variablen der organisationellen Machtverteilung, der Landkonzentration und der Penetration durch multinationale Konzerne erklärt. Diese Erklärung ist der Erklärung nur mit dem Prokopfeinkommen (als Gesamtindikator für den Entwicklungsstand) deutlich überlegen. Unsere Ergebnisse sprechen für einen Machtansatz in der Tradition von Lenski und gegen die Hypothese von Kuznets.

RESUME

Le présent article se propose d'expliquer la différence entre les Etats dans la répartition des revenus par le concept du pouvoir. Autrement dit, en prenant en considération la nature et le degré du lien qui existe entre, d'une part, les sociétés organisées en Etats et, d'autre part, l'économie mondiale, la notion de pouvoir ne se restreint pas ici au niveau endogène. L'auteur distingue

*Unter Mitarbeit von Thanh-Huyen Ballmer-Cao bei der Datenaufbereitung und Datenverarbeitung.

Würdigung: Die grosszügige finanzielle Unterstützung des Projektes: "Multis, Wirtschaftspolitik und nationale Entwicklung", das vom Verfasser am Soziologischen Institut der Universität Zürich geleitet wird, durch die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK), Bonn - Bad Godesberg, möchte ich dankbar erwähnen. Danken möchte ich neben Thanh-Huyen Ballmer auch Gottfried Berweger und Peter Heintz für ihre kritischen Kommentare zu früheren Fassungen dieser Arbeit.

trois types de pouvoir: le pouvoir exercé sur le marché (Marktmacht), le pouvoir d'organisation (Organisationsmacht) et le pouvoir de guidage (Steuerungsmacht). Les résultats de la partie empirique de l'article montrent que le concept de pouvoir proposé est pertinent. En effet, l'inégalité dans la répartition des revenus s'explique en grande partie par des variables telles que le système organisationnel, la concentration du sol et l'impact des entreprises multinationales. De plus, il convient d'ajouter que la variance expliquée grâce à cet ensemble de variables dépasse nettement celle obtenue uniquement à partir du revenu par tête d'habitant (utilisée en tant qu'indicateur du niveau de développement économique). Les résultats fournis par le présent travail peuvent ainsi être interprétés comme une confirmation de l'approche de Lenski et comme une réfutation de l'hypothèse de Kuznets.

* * *

I. EINLEITUNG

Aus der Vielzahl der Formen sozialer Ungleichheit wählen wir für unsere Untersuchung die Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern der Weltgesellschaft aus. Die Einkommensungleichheit ist allerdings nicht nur ein Aspekt von Ungleichheit unter anderen. Vielmehr ist sie eine zentrale Dimension sozialer Ungleichheit. Sie zu erklären, heisst auch, wesentliche Aspekte der Machtverteilung aufzudecken.

In den bisherigen komparativen Untersuchungen zur Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern (Kuznets, 1955, 1963; Kravis, 1960, 1973; Oshima, 1962, 1970; Cutright, 1967; Adelman/Morris, 1973; Paukert, 1973; Roberti, 1974; Ahluwalia, 1974, 1976; Jackman, 1974, 1975; Chenery/Syrquin, 1975; Tausch, 1976; Kriesberg, 1976; Rubinson, 1976) ist das Ausmass der Ungleichheit, zwar nicht ausschliesslich, zumeist aber doch primär mit dem Entwicklungsstand in Beziehung gebracht worden. Die Verwendung des ebenso vielschichtigen wie aggregierten Konzepts Entwicklungsstand ist unbefriedigend geblieben und operationell wenig spezifiziert worden. Dem theoretisch wohl komplexesten Ansatz, nämlich dem von Lenski (1966), haftet hingegen ein methodischer Mangel in dem Sinne an, dass Lenski seine Untersuchungseinheit falsch spezifiziert, was schon treffend von Rubinson (1976) bemerkt wurde.

Lenskis Modell nimmt an, dass die Verteilung der Belohnungen eine Funktion der Macht ist, nämlich der Organisation und der unterschiedlichen Kontrolle, die verschiedene so-

ziale Gruppen über die Produktion haben. In seiner Untersuchung vergleicht er zunächst konsequenterweise ganze Produktionssysteme. Beim Industriesystem angelangt nimmt er dann an, dass sich der Trend zunehmender Ungleichheit (infolge von wachsendem Ueberschuss von einfacheren zu komplexeren Produktionssystemen) nicht fortsetzt, sondern sich beim Vergleich mit weniger fortgeschrittenen Produktionssystemen umkehrt. Hierbei analysiert er aber implizit territorial und politisch organisierte Gesellschaften und nicht das industrielle Produktionssystem als Ganzes (Lenski, 1966, S.437). Es ist aber falsch zu schliessen, dass die Ungleichheit im Industriesystem abnimmt, wenn sie innerhalb von politisch organisierten Territorialeinheiten (Staaten) dieses Systems abnimmt (Rubinson, 1976). Das Industriesystem ist heute ein weltumspannendes arbeitsteiliges System, und politisch organisierte Territorien sind darin nur Subsysteme (Bornschier, 1976; Bornschier/Ballmer, 1978). In diesem Zusammenhang ist auf die grossen und wachsenden Einkommensdisparitäten zwischen Ländern hinzuweisen, die Lenskis Annahme in bezug auf das Industriesystem als Gesamtheit äusserst fragwürdig erscheinen lassen. Dennoch ist es natürlich legitim, nach Gründen für Unterschiede in der Ungleichheit innerhalb von Ländern zu fragen.

Unser Ansatz der Erforschung der Gründe für Unterschiede in der Einkommensverteilung innerhalb von Ländern versucht, verschiedene hypothetische Determinanten zu isolieren, ihre Mechanismen zu spezifizieren und in eine Systematik zu bringen. Dabei ist der Ausgangspunkt unseres Vorgehens dem Machtansatz von Lenski eng verwandt.

Zudem werden wir die hypothetischen Einflüsse einbeziehen, die von der Struktur der Weltwirtschaft und Weltgesellschaft als Ganzes, vermittelt über die Intensität und Art der Verknüpfung von Ländern mit dieser Struktur, auf die Einkommensungleichheit in diesen Ländern ausgehen (Galtung, 1971; Chase-Dunn, 1975, 1975a; Bornschier, 1975, 1976; Rubinson, 1976; Kriesberg, 1976; Bornschier/Ballmer, 1978).

Auch wenn isolierbare Momente der Machtverteilung in einer Gesellschaft mit einzelnen zusammenfassenden Indikatoren für den Entwicklungsstand (z.B. dem Prokopfeinkommen) in einer gewissen Beziehung stehen, so kann man durch Einbezug der wichtigsten Aspekte der gesellschaftlichen Machtverteilung und der Verknüpfung mit der Weltwirtschaft zu einem viel besseren theoretischen und empirischen Verständnis der Einkommensungleichheit gelangen. Im Anschluss an die theoretischen Ausführungen werden erste empirische Evidenzen zu Teilaspekten unseres Modellansatzes angeführt.

II. THEORETISCHE DETERMINANTEN

In Anlehnung an die beiden Verteilungsgesetze von Lenski (1966) werden die folgenden Ausgangssätze formuliert.

1) Die mögliche Einkommensungleichheit ist eine Funktion des wirtschaftlichen Ueberschusses (1). Je höher der Ueberschuss ist, desto höher kann potentiell die Einkommensungleichheit sein.

2) Die tatsächlich sich über die Zeit einstellende Einkommensungleichheit ist eine Funktion der Machtverteilung. Und zwar wollen wir zunächst postulieren, dass sich die Einkommensungleichheit exakt proportional zur Machtverteilung verhält. Setzt man den Ueberschuss konstant und nimmt an, dass sich die Machtverteilung ändert, so ändert sich auch die Einkommensungleichheit entsprechend. Eine solche Situation impliziert relative und absolute Verschlechterungen bzw. Verbesserungen von Einkommenspositionen. Bleibt die Machtverteilung konstant, ändert sich aber die Höhe des Ueberschusses (Wachstum oder Abnahme), so bleibt auch die Einkommensungleichheit konstant, obwohl alle Einkommensempfänger proportional zu ihrer Macht am gestiegenen bzw. gesunkenen Gesamteinkommen teilhaben. Die absoluten Einkommensveränderungen ändern in dieser Situation die Einkommensungleichheit nicht.

Die Beziehung zwischen der Machtverteilung und dem Ueberschuss ist aber weder ursprünglich so beliebig, weder in der Zeit kausal so eindeutig, noch sozial so unproblematisch, wie das aufgrund der Sätze 1) und 2) scheinen könnte.

Zunächst steht die mögliche Höhe des Ueberschusses in Zusammenhang mit Arten von Produktionssystemen (Organisation, Verfügung über zentrale Produktionsfaktoren und Technologie), die ihn hervorbringen und die ihrerseits nicht mit beliebigen Machtverteilungen vereinbar sind. Oder: Eine bestimmte Machtverteilung ist nicht mit einer unbeschränkten Variation von möglichem Ueberschuss empirisch vereinbar.

Weiter, wenn zu einem bestimmten Betrachtungszeitpunkt Macht die Fähigkeit beinhaltet, sich Ueberschuss anzueignen, so ist auch zu sehen, dass die sich dann einstellende Verfügung über Ueberschuss ihrerseits auf die Macht zurückwirkt. Es handelt sich mithin um einen in der Zeit rückgekoppelten Zusammenhang; und je nach Verwendungsart des Ueberschusses (privater Konsum, private Investitionen und staatliche Verwendung) ist diese Rückkoppelung unterschiedlich, am geringsten beim konsumtiv verwendeten, stärker beim staatlich verwendeten und sehr stark beim investiv

verwendeten Ueberschuss, nämlich bei der Kapitalakkumulation. Schliesslich ist die Beziehung zwischen der Machtverteilung und dem möglichen Ueberschuss deswegen nicht unproblematisch, weil angenommen werden kann, dass die Legitimität einer jeden Machtverteilung latent in Frage gestellt ist und dass das Problem der Machtverteilung infolge geringer Befriedigung von Grundbedürfnissen und/oder infolge von Verlust hergebrachter sozio-kultureller Rechtfertigungsmuster und/oder infolge von neuen sozio-kulturellen Normen manifest werden kann.

Bei Illegitimität der Machtverteilung ist es möglich, dass Machtträger auf einen Teil ihrer Einkommensprivilegien verzichten, die sie sich aufgrund ihrer aktuellen Macht kurzfristig aneignen könnten. Dadurch wird es möglich, dass Macht und Einkommensprivileg in beschränktem Ausmass unabhängig voneinander variieren können. Dies ist zum Zwecke der Legitimation und damit der längerfristigen Aufrechterhaltung der Machtverteilung für Machtträger funktional. Ansprüche auf eine höhere Teilnahme an der Macht können so materiell abgegolten werden. Sie können dadurch u.a. gleichsam in die Konsumsphäre abgeschoben werden. Ein typisches Beispiel für diesen Mechanismus sind stimmrechtlose Aktien (z.B. für Belegschaftsmitglieder).

Als Untersatz zu Satz (2) können wir formulieren:
(2.1) Die Einkommensungleichheit ist zwar im wesentlichen proportional zur Machtverteilung, darüber hinaus aber in gewissem Ausmass auch eine Funktion der Legitimation von Macht zwecks längerfristiger Aufrechterhaltung derselben. Letzteres gilt nur dann, wenn dominante Akteure an der zwangsfreien und damit mehr Effizienz garantierenden Aufrechterhaltung einer Ordnung interessiert sind und solange die Verfügung über die materielle Ressource Einkommen eine durch Sinn konstituierte Legitimation substituieren kann.

Wir wollen im weiteren Verlauf nicht von a priori-Annahmen über die Veränderung der Machtverteilung im Prozess der Entwicklung ausgehen, sondern versuchen, konstituierende Elemente von Machtverteilungen näher zu analysieren.

Machtverteilung ist ein komplexes, aber auch vages Konzept, weil auf sozietalem wie auf Weltniveau zahlreiche Vereinfachungen nötig werden, die der Vielzahl möglicher Machtkonstellationen nie voll gerecht werden können. Dennoch wollen wir solche Generalisierungen wagen, weil schliesslich Theoriebildung immer Reduktion von empirischer Vielfalt ist.

Die Aufrechterhaltung von Macht und damit einer Machtverteilung ist immer an ein typisches Grundmuster gebunden, worauf Weber (1972, S.548) treffend hingewiesen hat: Herrschaft aufgrund des Vorteils der kleinen Zahl. Dadurch be-

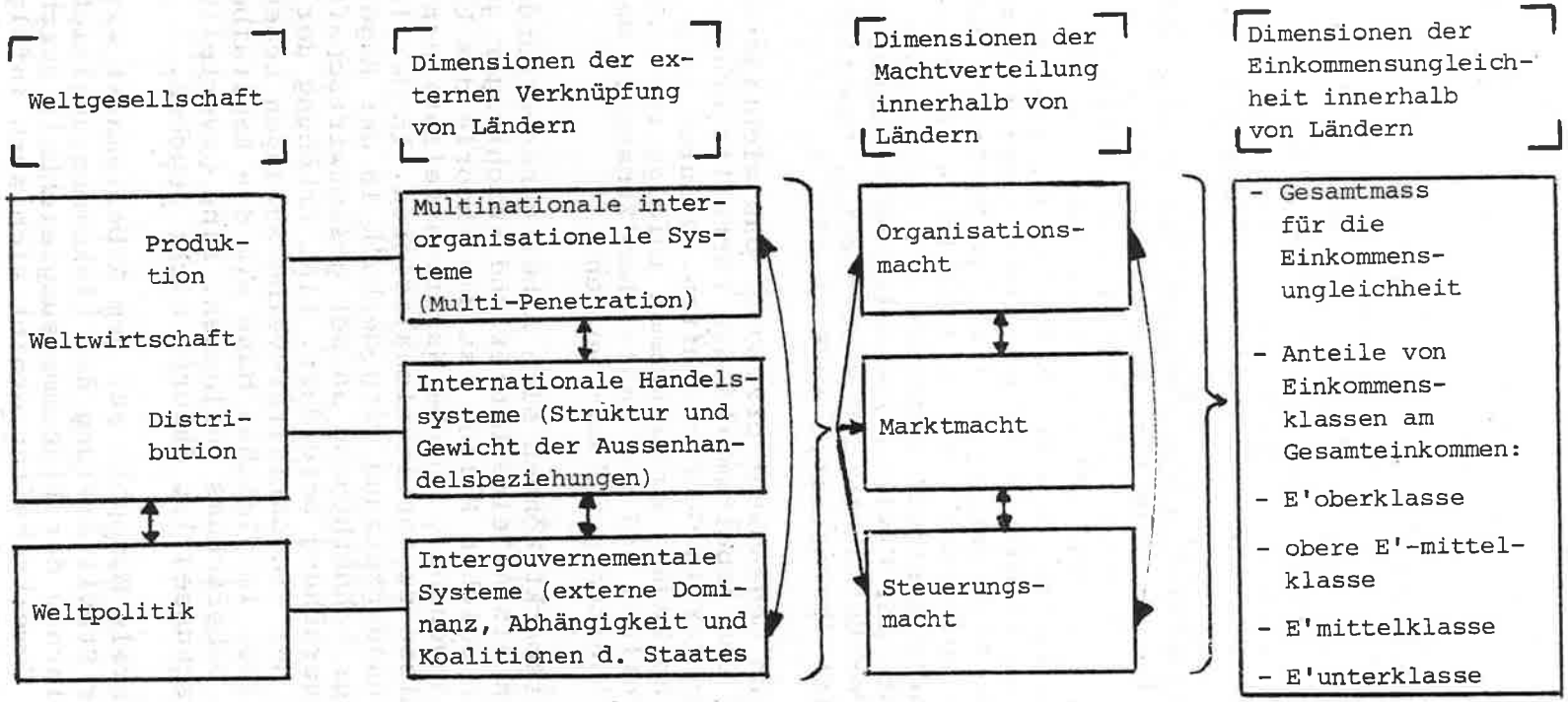
steht die Möglichkeit, sich besonders schnell zu verständigen und jederzeit ein rational geordnetes Handeln ins Leben zu rufen, um Machtbedrohungen niederschlagen zu können. Jedenfalls so lange, "als nicht die Widerstrebenden sich gleich wirksame Vorkehrungen zur planvollen Leitung eines auf eigene Gewinnung der Herrschaft gerichteten Gesellschaftshandeln geschaffen haben. Der 'Vorteil der kleinen Zahl' kommt voll zur Geltung durch Geheimhaltung der Absichten, gefassten Beschlüsse und Kenntnisse der Herrschenden, welche mit jeder Vergrösserung der Zahl schwieriger und unwahrscheinlicher wird (...). Jede auf Kontinuierlichkeit eingerichtete Herrschaft ist an irgendeinem entscheidenden Punkt Geheimherrschaft (Weber, 1972, S.548).

Noch generalisierender wollen wir sagen, dass das Strukturprinzip der Macht immer in der Monopolisierung von Zwangsmitteln und/oder produktiven Ressourcen (einschliesslich Informationen) besteht.

Konzeptuell wollen wir drei Typen von Macht unterscheiden, die in konkreten Machtverteilungen vorzufinden sind und die in ihrem Zusammenspiel diese konstituieren, nämlich: Marktmacht, Organisationsmacht und Steuerungsmacht. Diese einzelnen Machttypen sind nicht ausschliesslich bestimmten sozialen Akteuren zuzuordnen. So weisen z.B. Wirtschaftsunternehmen Organisationsmacht und Marktmacht auf; Kapitalbesitzer (je nach Höhe und Anlageart sehr unterschiedliche) Steuerungsmacht, durch die staatlich garantierten Eigentumsrechte, und Marktmacht; und staatliche Organe weisen Steuerungsmacht, aber auch Organisationsmacht und dadurch in der Regel auch Marktmacht auf. Weiter sind verschiedene Machttypen füreinander instrumentalisierbar. Die staatliche Bürokratie z.B. ist ein Instrument der Steuerung, deren Resultate wiederum eine Erhöhung der Organisationsmacht des Staates bewirken können. Schliesslich sind die Machttypen im Rahmen der Weltgesellschaft als umfassendes System zu sehen. Die Vorstellung der Weltwirtschaft als Teil der Weltgesellschaft bedeutet im Kern, dass die faktische Arbeitsteilung, durch multinationale Konzerne (Produktion und Distribution) und durch integrierte Märkte (Distribution) hervorgebracht, nicht mit den Grenzen territorial organisierter Staaten zusammenfällt. Und intergouvernementale Systeme innerhalb der Weltgesellschaft beeinflussen die nationale staatliche Steuerungsmacht mit Konsequenzen für die nationale und die Weltwirtschaft.

Das folgende Schema verdeutlicht unseren konzeptuellen Ansatz.

Schema der hypothetischen Zusammenhänge



II.1 Marktmacht

Marktmacht. Diese ist umso grösser, je konzentrierter Angebot oder Nachfrage ist. Weiter ist sie umso grösser, je diskriminatorischer der Zugang zu den wichtigen Produktionsfaktoren, Kapital und Technologie, ist. Dadurch entstehen monopolistische Positionen der Besitzer gegenüber Nichtbesitzern. Knappheit und ungleiche Verteilung machen Produktionsmittel zu Rentenquellen. Zunächst wird dadurch die funktionelle Einkommensverteilung beeinflusst. Wie die personelle Einkommensverteilung dadurch beeinflusst wird, hängt von der Kumulation verschiedener funktioneller Einkommensarten auf der Ebene von Individuen ab. Dennoch können wir folgende generelle Hypothesen formulieren.
(H 1.1) Je ungleicher die Verteilung von Produktionsmitteln, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung.
(H 1.1.1) Da Produktivvermögen in allen Privatwirtschaften sehr (wenn auch in variablem Ausmass) ungleich auf Private verteilt ist, ändert sich bei Erhöhung der Profitquote am Gesamteinkommen infolge von Marktmacht - ceteris paribus - die personelle Einkommensverteilung in Richtung zunehmender Konzentration und eines höheren Anteils der Einkommensoberklasse. 'Ceteris paribus' bedeutet u.a. auch, dass die Ausschüttungsquote der Gewinne von Unternehmen konstant bleibt, was infolge der Entmachtung des Durchschnittsaktionärs zweifelhaft ist (Bornschier, 1976, S.195f.).

Marktmacht kann Gegenmacht erzeugen. Das wichtigste Beispiel ist auf dem Arbeitsmarkt die Kartellisierung der Arbeitskraftanbieter in Gewerkschaften. Dadurch kann der diskriminatorische Zugang zu Einkommen infolge von ungleicher Vermögensverteilung und von ungleichem Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten gemildert werden.

Auf dem Arbeitsmarkt können sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften als Alleinanbieter und -nachfrager gegenüberstehen. In solchen Fällen ist die Theorie des bilateralen Monopols anwendbar. Solche Machtkonstellationen neigen dazu, Kompromisse zu institutionalisieren. In der lohnpolitischen Auseinandersetzung wird deshalb in der Regel eine Ausrichtung der Lohnerhöhung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätserhöhung gefordert. Eine Erhöhung der Löhne nach Massgabe der Produktivitätsverbesserungen bedeutet, dass die Arbeiter im gleichen Mass wie die Kapitalbesitzer am wachsenden Ueberschuss teilhaben. Eine Umverteilung des übrigen Ueberschusses ist dadurch nicht gegeben.

(H 1.2) Bilaterale Monopole auf dem Arbeitsmarkt wirken in Richtung einer Stabilisierung der Einkommensungleichheit. Eine Stabilisierung der Einkommensungleichheit durch das Verhalten der Gewerkschaften ergibt sich auch infolge der von ihnen in der Regel verfolgten Politik der Stabilisierung

der Lohndifferentiale, wenn sie für alle Beschäftigten einen gleichen prozentualen Lohnanstieg fordern.

Bilaterale Monopole auf dem Arbeitsmarkt sind allerdings keineswegs die Regel, wenn man verschiedene Gesellschaften vergleicht. Wenn man von einer gegebenen Marktmacht der Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt ausgeht, so sind auch bei gleichem gesamtgewerkschaftlichen Organisationsgrad die Konsequenzen einer gewerkschaftlichen Gegenmacht für die Einkommensverteilung abhängig von der Struktur des gesamten Gewerkschaftssystems.

(H 1.2.1) Ein System unabhängiger - nicht koordinierter - oder kompetitiver Einzelgewerkschaften (vgl. auch Bornschier, 1976, S.309ff.) geht unter sonst gleichen Umständen einher mit grösserer Ungleichheit im Rahmen der Erwerbseinkommen.

Marktmacht der Arbeitgeber erhöht die Profitquote (in nicht privatwirtschaftlichen Systemen den Investitionsfonds, im staatlichen Sektor den Budgetüberschuss). Wenn sich die Struktur der Profiteinkommen (Zins, Bodenrente, Unternehmergewinn) und der Lohneinkommen (Löhne und Gehälter) nicht ändert, so nimmt die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung bei steigender Profitquote zu und bei fallender Profitquote ab (→ H 1.1.1). Bei gleichzeitiger Aenderung des Anteils der Selbständigen, der personellen Vermögensverteilung und der Ausschüttungsquote der Gesellschaftsgewinne sowie der Beschäftigungsstruktur ist der Effekt nur noch durch Simulationen zu bestimmen. Als allgemeine Hypothese können wir dennoch vorschlagen:

(H 1.2.2) Je tiefer das relative Lohneinkommen (Lohnquote im Vergleich zur Quote der Unselbständigen), desto ungleicher ist bei gegebener Vermögensverteilung die personelle Einkommensverteilung. Dieser Effekt ist umso grösser, je grösser der privatwirtschaftlich betriebene Teil einer Wirtschaft ist.

Es ist darauf zu verweisen, dass die Machtverteilung einer Gesellschaft - soweit sie durch Marktmacht bestimmt wird -, nicht nur durch Marktmacht auf lokalen und nationalen Märkten bestimmt wird, sondern auch durch Marktmacht auf den Weltmärkten. Marktmacht auf den Weltmärkten weist nationalen Wirtschaften Entgelte für Wirtschaftsleistungen zu, impliziert aber auch eine Verfestigung von internationaler Arbeitsteilung (Murray, 1972; Bornschier, 1976) mit einer Strukturierung, also Zuschreibung von Funktionen und einer dadurch bedingten Nachfrage nach beruflichen Qualifikationen. Dies ist ein wichtiges Beispiel dafür, wie die Machtverteilung in der Weltgesellschaft in die Machtverteilung einer Gesellschaft eingreift.

Aus unseren axiomatischen Sätzen (1) und (2) folgt die Hypothese:
(H 1.3.1) Ein durch die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft induziertes Wachstum über den Aussenhandel und/oder durch die Penetration durch Multis führt zu grösserer interner Einkommensungleichheit, sofern sich dadurch die Machtverteilung in Richtung grösserer Machtkonzentration ändert.

Dies gilt umso mehr, je mehr potentielle Gegenmacht des Staates infolge wachsender Abhängigkeit von externen Akteuren (→ H 3.2) und potentielle Gegenmacht der Gewerkschaften geschwächt werden (→ H 1.2).

Verschiedene empirische Ergebnisse liegen vor, die eine positive Beziehung zwischen der Integration in die Weltwirtschaft über den Aussenhandel (vertikaler Handelsaustausch, Partner- und Güterkonzentration) und der Einkommensungleichheit finden (Galtung, 1971; Jackman, 1975; Rubinson, 1976) und die eine positive Beziehung zwischen der Penetration durch Multis bzw. Auslandskapital und der Einkommensungleichheit finden (Chase-Dunn, 1975; Bornschier, 1975; Rubinson, 1976, Bornschier/Ballmer, 1978, Bornschier/Chase-Dunn/Rubinson, 1978), ohne dass in diesen Studien allerdings Aspekte der internen Machtverteilung operationalisiert worden wären.

Wenn die mögliche Einkommensungleichheit eine Funktion des wirtschaftlichen Ueberschusses ist (Satz 1), dann kann die Ungleichheit umso grösser sein, je weniger menschliche Arbeitskraft benötigt wird und je weniger Expertise nötig ist und je weniger komplex die Organisationsformen sein müssen, um diesen Ueberschuss zu erzeugen (→ H 2.).

Dies ist anwendbar auf den Ueberschuss infolge der Vermarktung von seltenen Bodenschätzen auf dem Weltmarkt. Deshalb kann die Hypothese formuliert werden:

(H 1.4) Je höher der Erlös von mineralischen Rohstoffprodukten für den Weltmarkt in Relation zum Gesamteinkommen, desto höher kann - ceteris paribus - die Einkommensungleichheit sein. Dies gilt unter den genannten Prämissen unter Anwendung von Satz (2), weil dann die Macht relativ wenig geteilt sein muss.

Adelman/Morris (1973) konnten in einer empirischen Untersuchung von 43 Entwicklungsländern zeigen, dass das Vorhandensein von natürlichen Ressourcen (Bodenschätze und Qualität des Bodens) im Durchschnitt mit höherer Einkommensungleichheit einhergeht. Chenery/Syrquin (1975, S.61) konnten eine Beziehung zwischen dem Anteil der Rohstoffe an den Exporten und der Einkommensungleichheit aufweisen.

Zur Beziehung zwischen Rohstoffmultis und Einkommensungleichheit lässt sich folgende Hypothese formulieren.

(H 1.4.1) Wenn multinationale Konzerne durch Rohstoffausbeutung den latenten Reichtum (Ueberschuss) von Ländern erschliessen, so folgt aus dem Vorangegangenen, dass die Einkommensungleichheit wahrscheinlich grösser ist, als wenn der gleiche Ueberschuss mit Hilfe von komplexen Formen der Produktion erzielt werden müsste. Die Einkommensungleichheit ist dann umso grösser, je kleiner die lokale Machtelite ist, die zwecks Aufrechterhaltung der Tätigkeit der Multis am Ueberschuss, den die Konzerne aktivieren, beteiligt werden muss. Unter sonst gleichen Umständen geht die Tätigkeit der Rohstoffmultis mit höherer Einkommensungleichheit einher, die allerdings nicht auf einer grösseren Ausbeutung (im oekonomischen Sinne) von erheblichen Teilen der Unterklasse beruht.

(H 1.4.2) Sofern nicht das Diktat der Rohstoffvorkommen den Ausbeutungsort bestimmt, bevorzugen Rohstoffmultis Länder mit konzentrierter Machtverteilung, weil sie dann günstigere Konzessionsbedingungen aushandeln können (geringere Notwendigkeit, den Ueberschuss zu teilen).

II.2 Organisationsmacht

Organisationsmacht. Diese soll die Fähigkeit bezeichnen, die Generierung, Verwaltung und Verteilung von Werten in integrierten Arbeitsvollzügen herrschaftlich zu ordnen. Eine solche Ordnung impliziert eine Hierarchie, also eine vertikale Arbeitsteilung.

Die Machtverteilung, die sich in der Hierarchisierung ausdrückt, ist eine Funktion der Zahl der hierarchischen Niveaus. Je höher die Zahl der hierarchischen Niveaus, desto grösser sind die Machtunterschiede. Die Zahl der hierarchischen Niveaus ist eine Funktion der Grösse von Organisationen und des Ueberwachungsverhältnisses.

Das Ueberwachungsverhältnis (Zahl der Mitglieder auf einer Stufe im Verhältnis zur Zahl der Mitglieder auf der nächsthöheren Stufe) ist abhängig von dem Grad der Zerlegung und der Routinisierung verschiedener Arbeiten. Die Ersparnisse infolge der Routinisierung von Arbeiten sind die Grundlage für den Ausbau der Hierarchie (Bornschier, 1977; Blau, Schoenherr, 1971, S.345ff; Blau, 1974). Dies impliziert, dass die Institutionalisierung von Macht in der Hierarchie abhängig von dem Ueberschuss ist, der infolge der Routinisierung erreicht wird.

Parameter der organisationellen Machtverteilung sind mithin die Zahl der hierarchischen Stufen und die Verteilung von

Organisationsmitgliedern auf verschiedene Stufen; dies letzte ist abhängig vom Ueberwachungsverhältnis, das selbst abhängig von der Routinisierbarkeit, dem Ausmass der Arbeitsverschiebung auf Maschinen, also der Kapitalintensität, und von der Notwendigkeit von Expertise ist. Mit Bezug auf die Hierarchisierung können wir folgende Hypothese formulieren:

(H 2.1) Je höher die Hierarchisierung der Autorität, desto grösser ist die Zahl der hierarchischen Niveaus und desto ungleicher ist - ceteris paribus (insbesondere bei gegebener Verteilung der Organisationsmitglieder über verschiedene Stufen) - die Verteilung der Verdiensteinkommen.

Die Teilnahme an der Macht auf jeder Stufe einer organisationellen Hierarchie ist auch abhängig von dem externen Machtpotential einer Organisation. Dies ist allerdings auf den höchsten Stufen der Hierarchie viel ausgeprägter (vgl. Bornschier, 1976, S.304, 306-09). Das externe Machtpotential einer Organisation ergibt sich aus über Markt- und/oder Organisationsmacht (Konzernierung) vermittelten Machtverhältnissen zwischen Organisationen (Bornschier, 1976) und zwischen Klassen von Organisationen in verschiedenen Sektoren wirtschaftlicher Betätigung. Die Wahrscheinlichkeit solcher externen Machtpositionen von Organisationen, wodurch die aggregierte organisationelle Machtverteilung beeinflusst wird, steigt mit Grössenunterschieden zwischen Organisationen. Daraus sind folgende Hypothesen ableitbar:

(H 2.2) Bei gegebener Durchschnittsgrösse von Organisationen ist die Ungleichheit der aggregierten organisationellen Machtverteilung umso grösser, je grösser die Unterschiede der Organisationsgrössen sind.

(H 2.2.1) Je mehr durch die Präsenz von multinationalen Konzernen nationale Organisationssysteme überschichtet werden, desto grösser ist die Ungleichheit der aggregierten organisationellen Machtverteilung und umso grösser ist, ceteris paribus, die Ungleichheit der Verdiensteinkommen.

Die Begründung dafür ist, dass die Organisationen im Sektor der kleinen und mittleren Betriebe tiefere Löhne und Gehälter zahlen als im Sektor der monopolistischen Grossunternehmen (Bornschier, 1976; S.303ff; Blaug, 1974/5). Eine solche Einkommensschichtung wird mit dem Grad der organisationellen Ueberschichtung durch multinationale Konzerne verstärkt, denn deren Tochterunternehmen gehören im Gastland zu den grösseren, häufig grössten Unternehmen, und sie zahlen in aller Regel auch in unterentwickelten Ländern Löhne und Gehälter, die über den lokalen Marktansätzen liegen (Reuber, 1973, S.176; Bornschier, 1976, S.385ff.; ILO, 1976; Lim, 1977). Eine damit gegebene Spaltung der Arbeits-

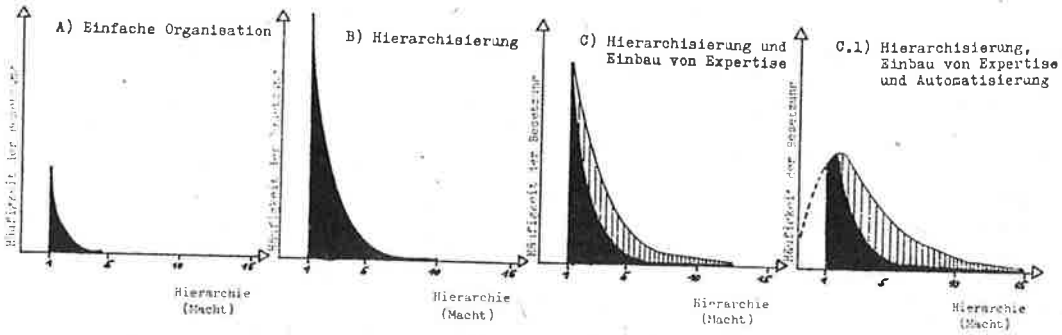
märkte mit einer Arbeiteraristokratie ist für die Solidarität und Organisierbarkeit der gewerkschaftlichen Basis nachteilig und dürfte zu einer gewerkschaftlichen Schwächung führen (→ H 1.2, H 1.2.1).

Generell können wir aufgrund des ersten Satzes sagen, dass sich bei Erhöhung des Ueberschusses die mögliche Ungleichheit erhöht. Wie an anderer Stelle näher ausgeführt wurde (Bornschier, 1977) ist ein höherer Ueberschuss (etwa infolge der Routinisierung einfacher Arbeiten) die Voraussetzung für eine Zunahme der vertikalen Arbeitsteilung in Form der Hierarchisierung. Die Erhöhung des Ueberschusses und seine potentielle Absorption durch die Hierarchisierung der Autorität gehen mithin Hand in Hand. Andererseits ist aber anzumerken, dass ein grosser Ueberschuss im allgemeinen nur mit Hilfe von Komplizierung der Organisationsformen und der Technologie erreichbar ist, also einer Aenderung der Organisationsstruktur, die über eine einfache Hierarchisierung der Autorität hinausgeht.

Das Wachstum von Organisationen erfordert im Verlauf der organisationellen Entwicklung eine Erhöhung der organisationellen Komplexität und die Einführung sowie die Aufrechterhaltung und ständige Neuerung von komplizierter Technologie, im technischen wie im organisationellen Bereich (Kommunikation). Dadurch wird eine hierarchische Machtstruktur vor Probleme ihrer Aufrechterhaltung gestellt.

Die Generierung der Grundlagen von Macht und ihre Verwaltung erfordert Expertise, die anders als im Falle von Kapital in weitaus geringerem Masse individuell akkumuliert werden kann. Notgedrungen ist diese Expertise auf eine relativ grössere Zahl von Personen aufgeteilt. Für eine Machthierarchie bedeutet dies, dass sie nicht nur auf routinisierbare Arbeitskraft, sondern auf das Wissenskapital anderer angewiesen ist. Dies erzeugt eine Machtposition auf der Seite der Experten in Abhängigkeit von der Nachfrage und der Knappheit des Wissenskapitals. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass das organisationelle Herrschaftszentrum die 'letzte' Macht behält, nämlich die letzte Entscheidungsbefugnis, so kontrolliert sie doch nicht mehr direkt die Generierung von wichtigen Ressourcen wie Expertise, die Verwaltung dieser Ressourcen und die Informationsbeschaffung bezüglich der Einsetzbarkeit von Mitteln.

Typologie von organisationeller Machtverteilung



Im Anschluss an die schematische Typologie von organisationellen Machtverteilungen können wir folgenden Satz formulieren: Je stärker die Macht hierarchisiert ist, desto mehr muss sie auch in der Regel mit der Expertise geteilt werden. Dies gilt jedenfalls so lange, wie Effizienz und organisationelles Wachstumsstreben oberste Maxime ist. Daraus ergibt sich die Hypothese:

(H 2.3) Je mehr die Macht mit der Expertise geteilt wird, d.h. je grösser der Anteil der Experten gemessen an der Zahl der Organisationsleiter, desto geringer ist die Machtkonzentration bei einer gegebenen Hierarchie und desto geringer ist die Einkommensungleichheit.

Berücksichtigt man beim Typ C in der Typologie organisationeller Machtverteilungen noch die Mechanisierung und die Automatisierung der Produktion, so ergibt sich eine Freisetzung von Beschäftigten auf den untersten Stufen der organisationellen Hierarchie (vgl. den Uebergang von Typ C zu C.1 im Schema). Eine solche Freisetzung ist eine Voraussetzung dafür, dass die relative Zahl des administrativen Personals, d.h. der Beschäftigten in Büroberufen, zunehmen kann.

(H 2.4) Der Wandel der Besetzung bei der organisationellen Verteilung in Richtung einer Erhöhung des administrativen Personals (Bürokratisierung) ändert die organisationelle Machtverteilung und führt zu einer geringeren Einkommensungleichheit, wobei insbesondere der Einkommensanteil der Mittelklasse zunimmt.

Die Freisetzung von Beschäftigten infolge von Mechanisierung und Automatisierung der routinisierbaren Tätigkeiten kann allerdings, sofern die Mobilität in höhere Positionen der organisationellen Arbeitsteilung beschränkt ist oder wenn die Aufnahmefähigkeit dort gesättigt ist (was auch eine Folge der Mechanisierung von Büroberufen ist), zu

strukturell bedingter Arbeitslosigkeit führen. Strukturelle Arbeitslosigkeit, d.h. eine Marginalisierung von Arbeitskräften, führt zu einer höheren Besetzung auf der Nullstufe der aggregierten organisationellen Arbeitsteilung, macht sie demnach ungleicher. Disproportionalitäten zwischen der Ersparnis im Rahmen routinisierbarer Arbeiten und der Aufnahmemöglichkeit in höheren Bereichen der Arbeitsteilung sind insbesondere dann wahrscheinlich, wenn die Kapitalintensität (Grad der Arbeitsverschiebung auf Maschinen) stärker zunimmt als die Kapitalbildung.

(H 2.5) Je stärker die Kapitalintensität im Vergleich zur Kapitalbildung wächst, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit struktureller Arbeitslosigkeit und desto grösser ist die Einkommensungleichheit.

Auch bei Vorhandensein von Arbeitslosenversicherungen führt strukturelle Arbeitslosigkeit wohl dennoch zu einem gewissen Angebotsdruck auf dem Arbeitsmarkt und mithin zu einer Machtverschiebung (→ H 1.2), weswegen auch die Lohnquote tiefer ist (→ H 1.2.2). Dies gilt nicht für konjunkturelle Arbeitslosigkeit; diese geht einher mit einer relativ höheren Lohnquote, weil die Gewinne in der Krise erfahrungsgemäss stärker abnehmen.

Die Konsequenzen einer Penetration durch multinationale Konzerne für die Einkommensverteilung sind theoretisch nicht nur auf den Aspekt der Ueberschichtung beschränkt (vgl. H 2.2.1). Weitere Konsequenzen können anhand des Modells der organisationellen Machtverteilung hypothetisch formuliert werden. Bei diesen grössten privaten Organisationen findet die Komplizierung der Organisationsstrukturen unter Einbezug von Expertise nicht in allen Bereichen ihrer Suborganisationen statt, vielmehr hauptsächlich im engeren Bereich der Konzernzentralen in den Leitungssitzländern. Im Rahmen der Institution des multinationalen Konzerns werden vornehmlich 'inkomplette' Organisationen in die penetrierten Länder verpflanzt. Die Teilung der Macht mit der Expertise findet viel stärker im Rahmen der Organisationszentralen statt. Verpflanzt werden standardisierte Organisationsprogramme, bei denen mehr als im Bereich der Zentralen routinisierbare Ausführungs- und Kontrollfunktionen und - im Vergleich zu den lokalen Standards - eine hohe Arbeitsverschiebung auf Maschinen vorherrschen. Dadurch wird einerseits eine Hierarchisierung der Autorität bewirkt (→ H 2.1) und gleichzeitig eine Verschiebung der Organisationsmitglieder in Richtung Bürokratisierung (→ H 2.4) und eine Teilung der Macht mit der Expertise (→ H 2.3) retardiert. Andererseits wird dadurch die Wahrscheinlichkeit struktureller Arbeitslosigkeit erhöht (→ H 2.5).

Anders als beim Steuerungsmechanismus Weltmarkt wird hier die internationale Arbeitsteilung durch eine konzerninterne Arbeitsteilung gesteuert, wodurch die Machtstruktur im umfassenden System der Weltwirtschaft in diejenige einzelner Gesellschaften eingreift.

(H 2.6) Je mehr die Entwicklung einer Gesellschaft in Form abhängiger Industrialisierung durch multinationale Konzerne vonstatten geht, desto ungleicher ist als hypothetische Konsequenz die organisationelle Machtverteilung und desto ungleicher ist deswegen die Einkommensverteilung.

(H 2.7) Je mehr die überschichtende Penetration durch multinationale Konzerne zu einer relativ hohen Steigerung der Kapitalintensität im Vergleich zur Steigerung der Kapitalbildung führt, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit der Marginalisierung von Arbeitskräften. Die hypothetische Konsequenz ist eine ungleichere Einkommensverteilung.

Die überschichtende Penetration durch multinationale Konzerne äussert sich daneben auch in der Marktmachtspäre, nämlich in einer Spaltung von Arbeitsmärkten (→ H 2.2.1) und in einer Monopolisierung von Anbietermärkten. Eine Monopolisierung von Märkten infolge von Ueberschichtung (Merhav, 1969; Bornschier, 1975, 1976) führt zu einer höheren Profitquote und deshalb zu einer ungleicheren Einkommensverteilung (→ H 1.1.1).

Schliesslich ist im Rahmen der organisationellen Entwicklung von Unternehmen noch auf eine Aenderung in der Machtverteilung einzugehen, mit der eine Konsequenz für die Einkommensverteilung verbunden ist. Dies betrifft die Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht bei zahlreichen, grösseren Unternehmen im kapitalistischen System. Die sogenannte Managerrevolution bedeutet, dass Angestellte als Top-Manager viele Unternehmen, insbesondere Grossunternehmen leiten. Die Einheit von Nutzungsrechten und Weisungsrechten (Verfügungsmacht), die dem Eigentümer rechtlich garantiert werden, wird auf der Ebene der Organisation häufig faktisch aufgespalten. Die Kapitaleigentümer teilen in solchen Fällen die Macht mit den Top-Managern, die die faktische Verfügungsmacht über das Kapital haben. Die Kapitaleigentümer werden in einer solchen Situation auf ihre Nutzungsrechte beschränkt (Rentnerstatus), verzichten damit auf die Unternehmerrolle mit ihrem Unternehmerlohn und mit ihrem möglichen Unternehmergewinn. Eine solche Machtteilung im Rahmen eines kapitalistischen Systems bedeutet, dass sich die Kumulation von verschiedenen Einkommensarten, wie Kapitalzins, Unternehmergewinn und Unternehmerlohn auf personeller Ebene abschwächt. Als Hypothese können wir formulieren:

(H 2.8) Je häufiger die Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht, desto geringer ist die Korrelation zwischen

den oben genannten Einkommensarten im obersten Bereich der Einkommensverteilung mit der Konsequenz einer Abnahme des Anteils der Einkommensverteilung am Gesamteinkommen.

Hier nicht aufgeführte Simulationsergebnisse bezüglich der Konsequenzen der Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht legen erhebliche Effekte in Richtung der Hypothese im allerobersten Teil der Einkommensverteilung nahe. Allerdings ist dieser Strukturwandel nur schwer von der Teilung der Macht mit der Expertise (vgl. H 2.3) zu isolieren, wozu er im weiteren Sinne auch zu zählen ist (Professionalisierung der Unternehmerrolle).

Für die hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer war in der Vergangenheit eine deutliche Abnahme des Anteils der Einkommensoberklasse am Gesamteinkommen kennzeichnend, während sich die übrige Einkommensungleichheit viel weniger stark veränderte. Wir schlagen vor, dies insbesondere in Zusammenhang zu sehen mit der Teilung der Macht mit der Expertise im weiteren Sinne (vgl. H 2.3, H 2.8). In Grossbritannien z.B. erhielt die Einkommensoberklasse (oberste 5% der Einkommensempfänger) folgende Anteile am Gesamteinkommen vor Steuern: 1880 48%, 1913 43%, 1929 33%, 1938 31%, 1949 23.5%, 1957 18%, 1968 15% (vgl. Kuznets, 1963; Jain, 1975). Für andere Länder mit Zeitreihen lässt sich ebenfalls eine deutliche Abnahme des Einkommensanteils der Oberklasse nachweisen, nämlich für Dänemark seit 1870, für Deutschland seit 1913, für die Vereinigten Staaten seit 1929, für Schweden seit 1935 und für die Niederlande seit 1938. Für die Schweiz lässt sich gemäss Zahlen von Noth (1975, S.91) seit dem letzten Weltkrieg keine Abnahme nachweisen.

II.3 Steuerungsmacht

Steuerungsmacht. Hierunter verstehen wir die Fähigkeit, das Verhalten und die Entscheidungen von Akteuren zu beeinflussen, und zwar in dem Sinne, dass eine solche Beeinflussung nicht durch Verhalten auf Märkten oder durch herrschaftliche Anordnungen innerhalb von Organisationen zustande kommt. In einem solchen Sinne kommt den Normen, die im Rahmen des sozio-kulturellen und des sozio-politischen Systems gesetzt sind, Steuerungsmacht zu. Wir verfolgen hier die staatliche Steuerungsmacht weiter.

Staatliche Steuerungsmacht besteht in Gesetzen und Verordnungen auf gesetzlicher Grundlage oder auch in Eingriffen von Seiten staatlicher Akteure ohne gesetzliche Grundlage (2). Wirksam werden diese erst durch einen Kontroll- und Sanktionsapparat, wodurch die Durchführung aktueller und die Möglichkeit latenter staatlicher Steuerungsmacht garantiert werden, und zwar dies auch bei ursprünglich oder aktuell nicht gegebener Legitimität oder Legalität staatlicher Herrschaft.

Der Staat ist deshalb, wie bereits hervorgehoben, nicht auf Steuerungsmacht beschränkt. Durch seine Verwaltungsbürokratien besitzt er auch Organisationsmacht, und dadurch auch Marktmacht, z.B. auf dem Kapital- und auf dem Arbeitsmarkt.

Wenn Macht die Verteilung von Ueberschuss determiniert, dann muss auch der staatlichen Steuerungsmacht ein Anteil am Ueberschuss zukommen. Dieser Anteil besteht aus Steuern (einschliesslich steuerähnlicher Abgaben wie z.B. Zölle). Die relative Höhe dieser staatlich kontrollierten Ressourcen ist Ausdruck der Machtverteilung zwischen der Steuerungsmacht auf der einen und der Markt- und Organisationsmacht auf der anderen Seite. Eine solche Machtverteilung besagt aber noch nicht, wie die staatliche Steuerungsmacht eingesetzt wird und mit welchen Konsequenzen für die gesamte personelle Einkommensungleichheit Einkommen dadurch umverteilt wird. Wenn man fragt, wie der Staat die Einkommensverteilung beeinflusst, so muss man zunächst fragen, ob und in welchem Ausmass und welchen Gruppen gegenüber der Staat seine Macht legitimieren muss. Vier wichtige Staatsfiguren lassen sich idealtypisch unterscheiden (3).

1. Bei grosser Dezentralisierung von gesellschaftlicher Macht ist die Legitimationsnotwendigkeit des Staates und seiner Akteure gering, weil es an koordinierter gesellschaftlicher Macht fehlt, die die Macht des Staates bedrohen könnte. In diesem Fall kann staatliche Macht vergleichsweise sehr hoch und stark zentralisiert sein. Eine solche Staatsfigur, die ein autoritäres, despotisches Regime ermöglicht, kann zu einer enormen Einkommensungleichheit führen, ohne dass die Ungleichheit in der Masse der Bevölkerung erheblich ist. Die mächtigen Akteure des Staates bilden die Einkommensoberklasse und ihre Klientele die Einkommensmittelklasse. Instabilität droht im wesentlichen nur von den mittleren Rängen des Zwangsapparates, deren Positionsinhaber in der Regel darauf aus sind, einen grösseren Teil vom staatlichen Kuchen durch den Sturz der obersten Herren zu erlangen. Generell kann man bei dieser Staatsfigur davon ausgehen, dass staatliche Macht gesellschaftliche Macht stark determiniert, während die umgekehrte Beeinflussung sehr gering ist.

2. Bei grosser Zentralisierung gesellschaftlicher Macht, die den Ueberschuss absorbiert, ist der Staat notwendigerweise von dieser gesellschaftlichen Macht (auf der Grundlage von Eigentum und Organisation) abhängig und schwach, weil seine unabhängigen Ressourcen begrenzt sind. Dadurch kann staatlicher Zwang zum Werkzeug zentralisierter gesellschaftlicher Macht werden. Diese Staatsfigur kann zu einer Verstärkung der Einkommensungleichheit führen, die bereits durch die gesellschaftliche Machtverteilung bedingt ist, weil zu den Privilegien aufgrund gesellschaft-

licher Macht noch jene aufgrund von Steuerungsmacht hinzukommen. Bei dieser Staatsfigur determiniert die gesellschaftliche Macht die Macht des Staates viel stärker als umgekehrt, wodurch der indirekte staatliche Einfluss auf die Einkommensungleichheit erheblich sein kann, indem der Staat privilegierten privaten Akteuren weitere Privilegien verschafft oder diese gesetzlich absichert.

3. Bei mittlerem Niveau der Zentralisierung gesellschaftlicher Macht ist die Legitimationsnotwendigkeit des Staates vergleichsweise gross und der potentielle Kampf um den Staat zwecks politischer Absicherung von Machtpositionen gross und, was wichtig ist, strukturell unentschieden. Wollen staatliche Akteure in einer solchen Situation ihre Unabhängigkeit und damit ihre Macht optimieren, so dürfen sie sich nicht zu fest mit bestimmten Gruppen liieren, weil die ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen potentiell mächtig genug wären, die staatlichen Machtträger zu stürzen. Eine solche strukturelle Situation ist besonders geeignet für die Herausbildung der staatlichen Rolle eines Schiedsrichters zwischen rivalisierenden gesellschaftlichen Gruppen, die alle versuchen, die Politik des Staates zu determinieren, wodurch dieser aber gerade aufgrund einer gewissen Selektivität Autonomie von Einzelinteressen gewinnen kann. Insgesamt ist allerdings zu erwarten, dass das Zusammenspiel von im Kern interessensgleicher gesellschaftlicher Macht (etwa hinsichtlich der Eigentumsgarantie) die Inhalte staatlicher Politik bestimmen, d.h. der Staat wird mehr determiniert als er determinieren kann. Bei dieser Staatsfigur ist es bei staatlicher Garantie privaten Eigentums wahrscheinlich, dass auf die besitzenden Mittelklassen ein hoher Anteil des Einkommens entfällt und dass die Ungleichheit zwischen Ober- und Mittelklassen vergleichsweise gering ist. Der liberale Rechtsstaat kann als Beispiel für diese Staatsfigur angeführt werden.

4. Trotz mittlerer Zentralisation der Macht kann die Machtkonzentration auf verschiedene Akteure hoch sein. Dies dürfte zur Folge haben, dass gesellschaftliche Konflikte wegen des hohen Machteinsatzes systembedrohende Ausmasse erreichen können, also politisch werden. Eine solche Konfiguration und insbesondere eine wachsende Artikulation des Kapital-Arbeit Gegensatzes sind mit eine Ursache für die Transformation des liberalen Rechtsstaates (Figur 3) in einen Interventions-Wohlfahrtsstaat, d.h. die Konzentration der gesellschaftlichen Macht führt zu einer entsprechenden auf der staatlichen Ebene, was sich u.a. in der Höhe der Staatsquote ausdrückt. Die direkten Kontroll- und Verteilungsfunktionen, die dem Staat dadurch zuwachsen, oder die er appropriiert, ergeben sich aus dem Umstand, dass wachsende Bereiche des wirtschaftlichen Lebens dem privaten Konflikt entzogen, gesetzlich geregelt und in

staatlichen Bürokratien "sachlich" verwaltet werden müssen. Bei dieser Staatsfigur ist es wahrscheinlich, dass die Interventionen der Steuerungsmacht sich zugunsten höherer Anteile der Mittelklassen und der Unterklasse am Gesamteinkommen auswirken.

Die zuletzt umrissene Staatsfigur ist dadurch gekennzeichnet, dass die Bereiche, in denen gesellschaftliche Macht die staatliche Politik mehr determiniert als andersherum, kleiner werden. Und jene Bereiche wachsen, in denen die Politik gesellschaftliche Strukturen mehr beeinflusst als andersherum. Letzteres ist, abgesehen vom Grad der demokratischen Kontrolle der Politik, wesentlich auch eine Folge der mit dieser Staatsfigur zwangsläufig einhergehenden Vergrösserung der staatlichen Bürokratie. Durch die Bürokratisierung wird der Staat stark entpersonalisiert, zu einem Geflecht von Organisationen und Aemtern. Die Bürokratie hat eine Tendenz zur Verselbständigung, worauf schon Weber (1972, S.572) treffend hingewiesen hat: "Bürokratische Verwaltung ist ihrer Tendenz nach stets Verwaltung mit Ausschluss der Oeffentlichkeit. Die Bürokratie verbirgt ihr Wissen und Tun vor Kritik, soweit sie irgend kann." Für die politische Machtverteilung kommt deswegen der formalen und der faktisch genutzten Pressefreiheit und - bei gegebener parlamentarischer Interessenkonstellation - der effektiven parlamentarischen Kontrolle der staatlichen Verwaltung eine grosse Bedeutung zu. Je grösser diese sind, desto grösser ist die pluralistische Kontrolle und desto geringer die Verselbständigung der staatlichen Bürokratie in bezug auf die Steuerungsmacht, und desto wahrscheinlicher ist eine geringere Absorption der staatlichen Einnahmen durch die Bürokratie selbst und - bei gegebener politischer Kräftekonstellation - eine grössere Umverteilung der staatlichen Einnahmen gemäss der Interessenlagen im politischen Input-System.

Die Staatsfiguren 3. und 4. werden noch durch das Ausmass der Beteiligung von machtdefizitären gesellschaftlichen Akteuren am politischen Willensbildungsprozess in dem Sinne modifiziert, dass sich bei Beteiligung solcher Akteure die staatliche Steuerungspolitik eher in Form von Umverteilung zugunsten der Unterprivilegierten niederschlägt. Ein höherer Einkommensanteil der Unterklasse und geringere Unterschiede innerhalb der Unterklasse sind dann wahrscheinlicher.

Ohne die vorangegangene Differenzierung der Argumente zu wiederholen, können abschliessend drei generelle Hypothesen formuliert werden.

(H 3.1) Je mehr der Staat durch den Einsatz von Steuerungsmacht gesellschaftliche Machtungleichgewichte infolge von Markt- und Organisationsmacht ausgleicht bzw. gesellschaftliche Gegenmacht ersetzt oder repräsentiert, desto wahrscheinlicher ist eine Verringerung der Einkommensungleichheit.

Die Stärke staatlicher Steuerungsmacht kann ein wichtiges Instrument der politischen Kontrolle im Rahmen der Kräfte der Weltwirtschaft sein (Rubinson, 1976).

(H 3.2) Je unabhängiger ein Staatsapparat von der Beeinflussung durch externe Akteure bzw. je dominanter er extern ist, desto eher ist er in der Lage, durch seine Steuerungsmacht die Marktkräfte und das organisationelle Verhalten von multinationalen Konzernen in der Weltwirtschaft zugunsten nationaler Akteure zu kontrollieren, weswegen unter solchen Bedingungen - ceteris paribus - die Einkommensungleichheit geringer ist.

Allein aufgrund ihrer Existenz hat eine ausgebaute staatliche Bürokratie auch Organisationsmacht und damit direkte Auswirkungen auf die Einkommensverteilung, die nicht über die staatliche Steuerungsmacht laufen, sondern sich infolge der veränderten aggregierten organisationellen Machtverteilung ergeben.

(H 3.3) Die staatliche Organisationsmacht ist umso mehr geteilt, je grösser der Verwaltungsapparat ist und je mehr Expertise in die Verwaltung in Form von Professionellen eingebaut wird. Dies entspricht der generellen Entwicklung in grossen Organisationen der Wirtschaft mit dem wichtigen Unterschied, dass im Verwaltungsapparat des Staates die manuelle organisationelle Unterschicht sehr schwach vertreten ist. Deshalb ist - ceteris paribus - die Einkommensverteilung infolge der aggregierten organisationellen Machtverteilung umso weniger ungleich, je grösser der staatliche Verwaltungsapparat ist (→ H 2.4). Dieser Effekt wird sich insbesondere im Bereich der Einkommensmittelklasse zeigen, weil der Grossteil der staatlichen Bediensteten in diesen Bereich fällt.

Der Rahmen der Behandlung der staatlichen Steuerungsmacht ist hier weiter gezogen als in bisherigen Hypothesen, die die Politik mit der Einkommensungleichheit in Zusammenhang bringen. Dennoch seien einige empirische Befunde kurz angeführt.

Im Anschluss an die Diskussion der Bedeutung der Politik für die Verteilung bei Lenski (1966, S.308-325) sind komparative Studien vorgelegt worden, die die demokratische Politik (formale Demokratie-Hypothese) mit der Verringerung der Einkommensungleichheit in Zusammenhang bringen. Cutright (1967) und Jackman (1974, 1975) sind diesbezüglich zu unterschiedlichen Resultaten gelangt. Cutright fand die Hypothese bestätigt, Jackman nicht. Die Reanalyse von Rubinson/Quinlan (1977) konnte zeigen, dass die Demokratie-Indikatoren beider Autoren, sowohl unterschiedlich konzeptualisiert, empirisch zu sehr ähnlichen Masszahlen führen

und dass die widersprüchlichen Ergebnisse im wesentlichen Folge mangelhafter Messung der personellen Einkommensverteilung mit Ersatzmassen sind. Rubinson/Quinlan (1977) finden sowohl mit Cutrights wie auch mit Jackmans Demokratie-Indikator signifikante Beziehungen mit der personellen Einkommensgleichheit. Zusätzlich zur Reanalyse zeigen sie aber auch, dass die umgekehrte Kausalitätsspezifikation: geringe Einkommensungleichheit (interpretiert als Klassenkomposition mit starken Mittelklassen) ermöglicht demokratische Politik, ebenfalls empirische Stützung erfährt. Die Ergebnisse der Reanalyse von Rubinson/Quinlan sind von Hewitt (1977) bestätigt worden, und zwar mit dem wichtigen Zusatz, dass es nicht so sehr die formale demokratische Politik ist, vielmehr die Dauer der faktischen Teilnahme des gesellschaftlichen Machtdefizits an der Formulierung von Politik, die in Industrieländern einen Einfluss auf geringere Einkommensungleichheit hat. Die Bedeutung der Stärke des Staates im Rahmen der Weltwirtschaft ist in den Ergebnissen von Rubonson (1976) zum Ausdruck gekommen.

III. ERSTE EMPIRISCHE EVIDENZEN

Zu vier verschiedenen Fragenkomplexen sollen erste empirische Evidenzen vorgelegt werden:

a) In welchem Ausmass unterscheiden sich Länder hinsichtlich der Einkommensungleichheit? Sind solche Unterschiede bei allen Aspekten der Einkommensungleichheit gleich?

b) Welche Zusammenhänge können zwischen der Einkommensungleichheit und dem Prokopfeinkommen aufgewiesen werden? Das Prokopfeinkommen wird häufig als Indikator für den wirtschaftlichen Entwicklungsstand verwendet. Daneben wollen wir es als durchschnittlichen Ueberschuss oder als potentiellen allgemeinen Wohlstand verstehen.

c) Lassen sich Beziehungen zwischen Aspekten der Machtverteilung und der Einkommensungleichheit empirisch aufweisen? Dies soll vorerst im Bereich der organisationellen Machtverteilung geprüft werden. Und wie wird durch die explizite Berücksichtigung von Variablen der Machtverteilung die isolierbare Wirkung des Prokopfeinkommens als Mass für den Ueberschuss beeinflusst?

d) Kann man die postulierte Bedeutung der Verknüpfung nationaler Gesellschaften mit der Weltgesellschaft empirisch aufweisen? Dies soll vorerst anhand der Verknüpfung nationaler Gesellschaften mit der Weltwirtschaft in Form der Penetration durch multinationale Konzerne geprüft werden.

Zu a). Die Analyse stützt sich auf Daten für die personelle Einkommensverteilung insbesondere von Jain (1975), da-

neben auch von Paukert (1973), Sawyer (1976) und Roberti (1974) (4). Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden nur Zahlen verwendet, die sich auf die Gesamtgesellschaft, also nicht nur auf den urbanen oder ruralen Teil beziehen. Weiter wurden möglichst Haushalte als Einkommenseinheiten verwendet. Das Einkommen ist dasjenige vor Steuern und umfasst alle Einkommensarten: Arbeitseinkommen, Unternehmergewinn, Kapitalzins, Bodenrente und staatliche Transfers. Schliesslich sei erwähnt, dass unsere Beobachtungen für die Einkommensungleichheit bei der Mehrzahl der Länder zeitlich auseinander liegen. Wenn eine Auswahl möglich war, so wurden die neuesten Zahlen bevorzugt. Der Median der Verteilung der Länder auf Jahreszahlen der Messung der Ungleichheit fällt auf das Jahr 1968.

Insgesamt liegen für 80 Länder Informationen vor (vgl. Annex). Bei unseren Analysen werden aus Gründen der Vergleichbarkeit nur formell selbständige Staaten mit einer Bevölkerung von über einer Million, nämlich 72 Länder verwendet.

Neben dem bekannten Gini-Koeffizienten als Gesamtmass für die Einkommensungleichheit (5) verwenden wir zusätzlich folgende Masse für Aspekte der Einkommensungleichheit, nämlich die Anteile am Gesamteinkommen, die auf jede der fünf Einkommensquintilen (Q1 bis Q5) und die auf die höchsten 5% der Einkommensempfänger (T5) entfallen. Diese Gruppen von Einkommensempfängern interpretieren wir als Einkommensklassen: Oberklasse (T5), obere Mittelklasse (Q5), Mittelklasse (Q4), Unterklasse (Q1-3, die drei untersten Quintilen zusammen).

Zwischen diesen fünf Massen für die Einkommensungleichheit bestehen sehr hohe Korrelationen (r, N=72):

	T5	Q5	Q4	Q1-3
Gini	.89	.99	-.70	-.99
T5	-	.90	-.83	-.83
Q5	-	-	-.80	-.97
Q4	-	-	-	.64

Wenn man den Anteil verschiedener Einkommensklassen am Gesamteinkommen in Tabelle 1 vergleicht, so fällt auf, dass der Variationskoeffizient (v) unterschiedlich gross ist. Am wenigsten unterscheiden sich die Anteile der Mittelklasse (v=.14) und der oberen Mittelklasse (v=.19). Demgegenüber sind die Unterschiede zwischen Ländern beim Anteil der Oberklasse rund doppelt so gross (v=.35). Und ebenfalls sehr viel grösser sind die Unterschiede beim Anteil der Unterklasse (v=.27), insbesondere bei der mittleren und unteren Unterklasse, nämlich v=.30 für Q2 und v=.43 für Q1, die nicht separat in Tabelle 1 aufgeführt sind.

Der grösste Teil der Unterschiede in der Einkommensungleichheit zwischen Ländern wird mithin durch die Einkommensanteile bewirkt, die die Einkommensoberklasse und die Einkommensunterklasse erhalten. Dies dürfte zu einem gewissen Teil auf die grösseren Messfehler in diesen Klassen zurückzuführen sein. Ein anderer Teil ist auf Unterschiede zwischen Ländern in der sozialen Zusammensetzung gleicher Einkommensklassen zurückzuführen. Und schliesslich ist vermutlich ein grösserer Teil dieser Unterschiede auf Unterschiede in der sozio-ökonomischen und sozio-politischen Machtposition sozial ähnlicher Gruppen zurückzuführen.

Schliesslich ist noch darauf zu verweisen, dass verschiedene Einkommensarten sich nicht gleichmässig über Einkommensklassen verteilen (vgl. Sawyer, 1976, S.21). Deshalb werden sich Unterschiede etwa in der Ungleichheit der Arbeitseinkommen zwischen Ländern am stärksten in der Mittelklasse und in der oberen Unterklasse (Q3) ausdrücken, weil hier ein sehr hoher Anteil des Einkommens auf Löhne und Gehälter entfällt, nämlich in hochentwickelten Ländern zwischen 78 und 81%.

Unterschiede im Sozialversicherungssystem und in den staatlichen Transfers werden sich am stärksten in der unteren Unterklasse (Q1) und in der mittleren Unterklasse (Q2) zeigen, wo im Durchschnitt hochentwickelter Länder zwei Drittel bzw. ein Viertel des Einkommens aus Transfers stammt. Hingegen werden Unterschiede zwischen Ländern hinsichtlich all jener Faktoren, die auf die Profit- bzw. die Lohnquote einwirken, am stärksten ihren Niederschlag finden in unterschiedlichen Anteilen der Oberklasse am Gesamteinkommen, weil, mit Ausnahme der sozialistischen Länder, in der Oberklasse in der Regel mehr als 40% des Einkommens aus selbständiger Unternehmertätigkeit und Kapitalbesitz stammen. Dies drückt auch den Umstand aus, dass in allen Ländern mit Privateigentum die Ungleichheit der Vermögensverteilung viel grösser ist als die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung.

Zu b): Prokopfeinkommen. Zwischen dem durchschnittlichen Ueberschuss oder dem potentiellen allgemeinen Wohlstand (Prokopfeinkommen) und der Machtverteilung, z.B. in der organisationellen Sphäre, besteht vermittelt über Produktivität, Effizienz und Legitimität einerseits und über den Aspekt von Ressourcen als Voraussetzung für den Prozess der Differenzierung eine gewisse Wechselwirkung, die gesamthaft eine negative Beziehung zwischen dem Prokopfeinkommen als Indikator für den Entwicklungsstand und der Einkommensungleichheit voraussagen lässt.

Es wird in Tabelle 1 auch geprüft, ob sich der in der Literatur verschiedentlich aufgewiesene U-förmig kurvilineare Zusammenhang zwischen dem Prokopfeinkommen (Entwicklungs-

Tabelle 1 Einkommensungleichheit, Zusammenhänge mit dem Prokopfeinkommen (Yn) und dem Logarithmus (logYn), in linearer (logYn) und nichtlinearer Form ($(logYn)^2$)

72 und 54 Länder

Prädiktoren		Einkommensungleichheit Gesamtmass	Anteil von Einkommensklassen am Einkommen (%) Oberklasse	obere Mittelkl.	Mittelkl.	Unterkl.
		Gini	T5	Q5	Q4	Q1-3
N=72	Mittelwert	44.5	25.1	51.2	20.3	28.5
	Standard-abweichung	10.3	8.9	9.8	2.9	7.7
	Variations-koeffizient	.23	.35	.19	.14	.27
N=72	Einfache Korrelationen mit dem Prokopfeinkommen					
	Yn mit ...	-.38	-.50	-.40	.57	.36
	logYn mit ...	-.35	-.50	-.41	.55	.32
	r^2 (von logYn)	.12	.25	.17	.30	.10
N=72	Nichtlineare Regressionen mit logYn: Standardisierte Koeffizienten					
	logYn	2.48	1.46	2.77	-2.39	-2.63
	(t)	(1.98)*	(1.24)°	(2.29)**	(2.16)**	(2.07)**
	$(logYn)^2$	-2.84	-1.97	-3.19	2.95	2.96
	(t)	(2.26)**	(1.67)**	(2.64)***	(2.66)***	(2.33)**
	$\bar{R}^2$	.16	.25	.22	.34	.14
	(t)	(2.78)***	(3.62)***	(3.34)***	(4.44)***	(2.62)**
N=54	Nichtlineare Regression im reduzierten Sample von Tabelle 2					
	logYn	2.10	2.87	2.45	-3.42	-1.84
	(t)	(1.24)°	(1.78)**	(1.50)*	(2.33)**	(1.08)°
	$(logYn)^2$	-2.42	-3.27	-2.84	3.94	2.15
	(t)	(1.43)*	(2.03)**	(1.74)**	(2.68)***	(1.26)°
	$\bar{R}^2$	.10	.19	.17	.32	.08
	(t)	(1.97)**	(2.66)***	(2.50)**	(3.68)***	(1.85)**

Bemerkungen: $\bar{R}^2$ entspricht R^2, ist aber korrigiert nach Massgabe des Verlustes an Freiheitsgraden. Signifikanzen von t: o nicht signifikant (p>10%), * leicht signifikant (p<10%), ** signifikant (p<5%), *** sehr signifikant (p<0.5%).

stand) und der Einkommensgleichheit bestätigt und wieviel dadurch erklärt werden kann.

Die Zahlen für das Prokopfeinkommen (Yn) stammen von der Weltbank (I.B.R.D., 1971) und beziehen sich auf das Jahr 1965 (in konstanten Preisen und U.S.$ von 1964). Wir bevorzugen die Verwendung des Prokopfeinkommens in logarithmierter Form (logYn). Wie Tabelle 1 zeigt, werden dadurch die Korrelationskoeffizienten praktisch nicht beeinflusst.

Das Prokopfeinkommen wurde in Kontrollanalysen, die hier nicht aufgeführt sind, zeitlich genau an die Messungen der Einkommensungleichheit angepasst. Die Ergebnisse waren dann praktisch identisch mit denen in Tabelle 1.

Die Ergebnisse in Tabelle 1 zeigen, dass es eine signifikante lineare Beziehung zwischen dem Prokopfeinkommen und der Einkommensungleichheit gibt. Je höher das Prokopfeinkommen, desto weniger ungleich ist das Einkommen verteilt. Allerdings wird dadurch nur ein kleiner Teil der Unterschiede in der Ungleichheit erklärt, nämlich 12% beim Gini-Koeffizienten und zwischen 10 und 30% beim Anteil der Unter- bzw. Mittelklasse (vgl. den Determinationskoeffizienten r^2 in Tabelle 1).

Die Ergebnisse in Tabelle 1 zeigen weiter, dass es signifikante U-förmige Beziehungen zwischen dem Prokopfeinkommen und der Einkommensgleichheit gibt, und zwar von der Art, dass beim Ländervergleich die Ungleichheit bei sehr tiefem Prokopfeinkommen vergleichsweise tief, bei etwas höherem Prokopfeinkommen gross und bei sehr hohem Prokopfeinkommen wiederum tief ist. Die Differenz zwischen den standardisierten nicht-linearen Regressionskoeffizienten entsprechen übrigens (von Rundungsfehlern abgesehen) dem linearen Koeffizienten (beim Gini-Mass z.B.: 2.48-2.84 = -.36), d.h. der lineare Koeffizient gibt die resultierende und dominantere Beziehung an, nämlich tiefere Ungleichheit bei höherem Prokopfeinkommen. Vor dem Wendepunkt der kurvilinearen Beziehung liegen bis zu 27 Länder (je nach Mass für die Ungleichheit), oder gut jedes dritte Land unseres Samples, also eine bedeutende Minorität. Die Wendepunkte können berechnet werden, indem man die erste Ableitung der Regressionsgleichung (mit unstandardisierten Koeffizienten) gleich null setzt. Für Gini gilt: $\widehat{Gini} = -11.68 + 53.02 \log Yn - 11.75 (\log Yn)^2$. Dabei ergibt sich der Wendepunkt bei logYn = 2.2562 ($ 180.4 in Preisen und Kursen von 1964). 24 Länder liegen vor diesem Wendepunkt, für sie gilt also eine positive Beziehung. Schliesslich wird in Tabelle 1 die kurvilineare Beziehung noch in dem reduzierten Sample (N=54) getestet, das bei der Untersuchung der Zusammenhänge mit der organisationellen Machtverteilung in Tabelle 2 verwendet wird. Die Signifikanz der Kurvilinearität ist in dem reduzierten Sample

deutlich tiefer. Der Grund dafür liegt darin, dass die am wenigsten entwickelten Länder in diesem Sample fast vollständig fehlen.

Wir halten fest: 1. Die empirisch aufweisbare U-förmig kurvilineare Beziehung zwischen dem Entwicklungsstand und der personellen Einkommensgleichheit (6) stimmt überein mit Ergebnissen von Adelman/Morris (1973, S.220f.), Paukert (1973), Ahluwalia (1974, 1976), Chenery/Syrquin (1975, S.61f.). Abweichende Befunde werden von Jackman (1975) und von Rubinson (1976) berichtet. Beide messen allerdings den Entwicklungsstand nicht mit dem Prokopfeinkommen, sondern mit dem Energie- bzw. mit dem Elektrizitätskonsum pro Kopf. Bei Jackman kommt hinzu, dass er ein problematisches Ersatzmass für die Einkommensungleichheit verwendet, nämlich die sektorielle Einkommensungleichheit (eigentlich sektorielle Produktivitätsunterschiede). 2. Unterschiede im Prokopfeinkommen stehen allerdings nur mit $\bar{=}$16% der Varianz der gesamten Ungleichheit (Gini, vgl. R^2) in Zusammenhang.

Zu c): Organisationelle Machtverteilung und Landkonzentration. Wir verwenden für einen ersten Teiltest unserer Hypothesen drei Aspekte der aggregierten organisationellen Machtverteilung, nämlich das Ausmass der Teilung der Macht mit der Expertise gemäss Hypothese 2.3, das Ausmass der Bürokratisierung gemäss Hypothesen 2.4 und 3.3 und das Ausmass der Managerverfügungsmacht gemäss Hypothese 2.8.

Die Teilung der Macht mit der Expertise (TME) wird gemessen am Verhältnis der Professionellen und Techniker zu den organisationellen ökonomischen Subjekten im Sinne von letzten Machtträgern, nämlich den angestellten Top-Managern und den Selbständigen ausserhalb der Landwirtschaft (7).

Die Bürokratisierung (BUR) wird gemessen am Anteil der administrativen Angestellten an den ökonomisch Aktiven ausserhalb der Landwirtschaft (8). Die Managerverfügungsmacht (MVM) wird gemessen als Verhältnis der angestellten Top-Manager zur Gesamtzahl der organisationellen, ökonomischen Subjekten (Top-Manager und Selbständige ausserhalb der Landwirtschaft) (9).

Diese Indikatoren können nur für 54 der 72 Länder nach Daten im Yearbook of Labour Statistics (ILO, verschiedene Jahre) berechnet werden. Die Zeitpunkte für diese Indikatoren wurden sehr weitgehend an diejenigen der Messung der Einkommensungleichheit angepasst.

Die Variablen MVM, TME und BUR beziehen sich nur auf den organisationellen Bereich ausserhalb der Landwirtschaft. Deswegen soll noch eine Charakterisierung der Landwirtschaft

bei unserer Analyse eingeschlossen werden. Wir beziehen die Hypothese 1.1 (Verteilung der Produktionsmittel) auf die Landwirtschaft und messen die Konzentration des landwirtschaftlich genutzten Bodens (LKO) (10). Dieses Mass basiert auf Angaben von Taylor/Hudson (1972) und bezieht sich auf die Zeit um 1960-62. Wenn im Rahmen der gesamten ökonomischen Aktivität die landwirtschaftliche Betätigung vorherrscht, dürfte die Landkonzentration in Zusammenhang stehen mit der Staatsfigur 2 und könnte auch als konzentrierte traditionelle ökonomische Macht interpretiert werden.

N=54	MVM	TME	BUR	LKO
logYn	.64	.58	.75	.09
MVM	-	.79	.52	-.31
TME	-	-	.41	-.42
BUR	-	-	-	.02

Die Aspekte der organisationellen Machtverteilung stehen in einem deutlich positiven Zusammenhang mit dem Prokopfeinkommen. Der Zusammenhang ist allerdings weit davon entfernt, perfekt zu sein (zwischen .58 und .75, vgl. die Korrelationsmatrix). Untereinander sind TME und BUR relativ unabhängig; die Korrelation von .41 verschwindet, wenn man logYn statistisch kontrolliert. Dagegen ist MVM empirisch nicht klar von TME trennbar, die Korrelation von .79 ändert sich kaum bei Kontrolle von logYn. LKO steht interessanterweise in keinem Zusammenhang mit dem Prokopfeinkommen. Allerdings nimmt die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten mit steigendem logYn markant ab (hier nicht aufgeführt).

Die einfachen Korrelationen in Tabelle 2 zeigen, dass die Variablen der organisationellen Machtverteilung und der Landkonzentration alle in deutlich höherem Zusammenhang mit der Einkommensungleichheit stehen als das Prokopfeinkommen.

Die Ergebnisse der multiplen Regression weisen folgendes auf: Je grösser die Teilung der Macht mit der Expertise und je grösser die Bürokratisierung, desto gleicher ist die Einkommensverteilung. Diese Ergebnisse gelten unter Kontrolle des Prokopfeinkommens und der Landkonzentration. Dadurch erhalten die Hypothesen 2.3 und 3.4 eine erste empirische Stütze.

Auch die Hypothese 1.1 (Verteilung der Produktionsmittel) erhält eine empirische Stütze: Je höher die Landkonzentration, desto ungleicher ist die Einkommensverteilung.

Tabelle 2 Einkommensungleichheit, Zusammenhänge mit dem Prokopfeinkommen (logYn), mit der Managerverfügungsmacht (MVM), der Teilung der Macht mit der Expertise (TME), der Bürokratisierung (BUR) und mit der Landkonzentration (LKO).

54 Länder

Prädiktoren	Einkommensungleichheit Gesamtmass	Anteil von Einkommensklassen am Gesamteinkommen			
		Oberklasse	ob.Mittelkl.	Mittelkl.	Unterklasse
	Gini	T5	Q5	Q4	Q1-3
Einfache Korrelationen					
logYn	-.31	-.39	-.39	.50	.30
MVM	-.58	-.61	-.62	.58	.57
TME	-.64	-.63	-.65	.54	.63
BUR	-.42	-.44	-.49	.55	.42
LKO	.53	.49	.51	-.36	-.52
Multiple Regressionen: Standardisierte Regressionskoeffizienten					
logYn	1.71	2.42	1.98	-2.93	-1.42
(t)	(1.18)°	(1.65)*	(1.44)*	(1.94)**	(0.97)°
$(logYn)^2$	-1.45	-2.36	-1.79	3.07	1.13
(t)	(1.00)°	(1.62)*	(1.31)*	(2.03)*	(0.77)°
MVM	-.09	-.08	-.09	.04	.10
(t)	(0.49)°	(0.45)°	(0.50)°	(0.19)°	(0.52)°
TME	-.47	-.39	-.43	.24	.46
(t)	(2.39)**	(1.96)**	(2.31)**	(1.17)°	(2.31)**
BUR	-.37	-.28	-.40	.31	.40
(t)	(2.53)**	(1.85)**	(2.90)***	(2.04)**	(2.66)***
LKO	.27	.26	.26	-.21	-.26
(t)	(2.06)**	(2.07)**	(2.20)**	(1.61)*	(1.99)**
$\bar{R}^2$	.52	.51	.57	.48	.51
(t)	(3.26)***	(3.19)***	(3.56)***	(3.01)***	(3.17)***

Bemerkungen siehe Tabelle 1

Die Managerverfügungsmacht hat, wenn man die Teilung der Macht mit der Expertise und die Bürokratisierung kontrolliert, zwar einen negativen Koeffizienten, aber der Effekt ist bei weitem nicht signifikant. Mit der hier verwendeten Operationalisierung erfährt demnach die Hypothese 2.8 vorerst keine empirische Stütze. Wir nehmen an, dass MVM ein zu grober Indikator für das theoretische Konzept der Trennung von Eigentum und Verfügungsmacht ist.

Wenn man Variablen der Machtverteilung einführt, so verliert das Prokopfeinkommen an Erklärungskraft. Ein Vergleich mit Tabelle 1 (N=54) zeigt, dass die Signifikanz abnimmt (siehe die t-Werte in Klammern), und zwar beim linearen Term von logYn weniger stark als beim quadratischen. Dies kann man so interpretieren, dass die Abnahme der Ungleichheit auf hohem Entwicklungsniveau nicht mit dem höheren Prokopfeinkommen, sondern mit der Aenderung der Machtverteilung in Zusammenhang steht. Zudem ist zu bemerken, dass die Resultate der standardisierten partiellen Regressionskoeffizienten für den linearen und den quadratischen Term von logYn im Gegensatz zu den Ergebnissen in Tabelle 1 nun positiv mit der Ungleichheit in Zusammenhang steht, nämlich beim Gini-Index z.B.: 1.71-1.45 = +.26. Entsprechend verschiebt sich der Wendepunkt z.B. beim Gini deutlich in Richtung höherer Werte beim logYn; er liegt nun bei logYn = 3.1692 (= $ 1476), wobei nur noch elf Länder ihrem Prokopfeinkommen nach hinter dem Wendepunkt liegen, von wo ab logYn negativ mit der Ungleichheit assoziiert ist. Die fehlende Konstanz des Wendepumktes im Vergleich zur Analyse in Tabelle 1 ist ein wichtiger Befund für die Interpretation der nicht-linearen Beziehung.

Der nunmehr gesamthaft eher positive Effekt des Prokopfeinkommens für die Einkommensungleichheit wird erklärbar durch unseren ersten Satz. Je grösser der durchschnittliche Ueberschuss, desto grösser kann die Ungleichheit sein. Bei Kontrolle der Machtverteilung sollte der Ueberschuss positiv mit Ungleichheit in Zusammenhang stehen, d.h. der potentielle allgemeine Wohlstand ist nur dann faktisch allgemein, wenn die Machtverteilung weniger ungleich ist.

Wir halten fest: Wenn wir zusätzlich zum Prokopfeinkommen Masse für die organisationelle Machtverteilung und für die Landkonzentration einführen, dann können wir die Erklärung der Unterschiede in der Einkommensungleichheit wesentlich erhöhen, nämlich beim Gini-Koeffizienten von 10% auf 52% ($\bar{R}^2$ in den Tabellen 1 und 2). Die Erklärungskraft des Prokopfeinkommens wird dann nicht nur geschmälert, sondern die von Aspekten der Machtverteilung isolierte Wirkung des Prokopfeinkommens wird eher als Ungleichheit fördernd ermittelt.

Zu d) Verknüpfungen mit der Weltwirtschaft: Multi-Penetration

Die Penetration von staatlich organisierten Gesellschaften durch multinationale Konzerne ist in der Weltgesellschaft der Gegenwart eine wichtige Verknüpfung von Territorialeinheiten mit den Kräften der Weltwirtschaft. An den verschiedenen Stellen wurden Hypothesen bezüglich der Konsequenzen der Multi-Penetration formuliert, nämlich im Zusammenhang mit der Marktmacht (H 1.3.1, H 1.4.1, H 1.4.2), im Zusammenhang mit der Organisationsmacht (H 2.2.1, H 2.6, H 2.7) und im Zusammenhang mit der Steuerungsmacht des Staates (H 3.2).

In Tabelle 3 werden die beobachtbaren Zusammenhänge zwischen Einkommensungleichheit und Multi-Penetration (PEN) aufgeführt. Die angeführten Resultate beziehen sich einerseits auf einfache Korrelationen für 72 und für 54 Länder, andererseits auf multiple Regressionen verschiedener Ungleichheitsmasse auf die Multi-Penetration und auf das Prokopfeinkommen für 72 Länder.

Die Multi-Penetration ist operationalisiert als das Verhältnis des Bestandes an Auslandsdirektinvestitionen in einem Land zum gesamten Kapitalstock des betreffenden Landes, multiplikativ gewichtet mit dem Bestand an Auslandsdirektinvestitionen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Die Messungen beziehen sich auf das Jahr 1967. Eine Indikatordiskussion und die Daten finden sich bei Bornschier/Ballmer (1978) (11).

Die Ergebnisse in Tabelle 3 zeigen, dass der Grad der Multi-Penetration in einem deutlich positiven Zusammenhang steht mit der Einkommensungleichheit. Dies gilt sowohl für das Gesamtmass Gini wie für die Anteile von Einkommensklassen am Gesamteinkommen (12). Je höher die Multi-Penetration, desto höher ist der Anteil der Einkommensoberklasse und der oberen Mittelklasse am Gesamteinkommen und umso tiefer ist der Anteil der Mittelklasse und der Unterklasse. Die Signifikanz all dieser Ergebnisse ist sehr hoch, was an den sehr hohen t-Werten für die Koeffizienten von PEN in Tabelle 3 abgelesen werden kann.

Die Ergebnisse in Tabelle 3 sind die ersten systematischen Evidenzen eines empirischen Zusammenhanges zwischen Multi-Penetration und Einkommensungleichheit im bisher grössten Sample. Sie bestätigen die Ergebnisse mit kleineren Samples und/oder mit vorläufigen Indikatoren in Arbeiten von Chase-Dunn (1975, 1975a), Bornschier (1975), Rubinson (1976), Kriesberg (1976), Bornschier/Ballmer (1978) und Bornschier/Chase-Dunn/Rubinson (1978), und sie stützen die entsprechenden Hypothesen in der vorliegenden Arbeit.

Tabelle 3 Einkommensungleichheit, Zusammenhänge mit dem Grad der Verknüpfung mit der Weltwirtschaft durch multinationale Konzerne (PEN) und mit dem Prokopfeinkommen (logYn)

72 Länder (bzw. 54 Länder)

Prädiktoren	Einkommensungleichheit Gesamtmass	Anteil von Einkommensklassen am Einkommen Oberklasse	Ob.Mittelkl.	Mittelkl.	Unterklasse
	Gini	T5	Q5	Q4	Q1-3
Einfache Korrelationen					
N=72 PEN	.47	.41	.46	-.33	-.46
N=54 PEN	.47	.44	.45	-.33	-.45
N=72 Multiple Regressionen: Standardisierte Regressionskoeffizienten					
PEN	.46	.41	.44	-.32	-.45
(t)	(4.72)***	(4.37)***	(4.77)***	(3.48)***	(4.52)***
logYn	1.46	.55	1.78	-1.69	-1.64
(t)	(1.31)*	(0.51)°	(1.66)**	(1.61)*	(1.44)*
$(\log Yn)^2$	-1.84	-1.07	-2.22	2.26	1.98
(t)	(1.65)*	(1.00)°	(2.07)**	(2.16)**	(1.74)**
$\bar{R}^2$	.36	.42	.41	.44	.33
(t)	(3.77)***	(4.22)***	(4.17)***	(4.39)***	(3.56)***

Bemerkungen siehe Tabelle 1

Wir halten fest: Es gibt eine sehr signifikante positive Beziehung zwischen der Multi-Penetration und der Einkommensungleichheit. Wird diese Variable eingeführt, so nimmt die Signifikanz der Zusammenhänge mit dem Prokopfeinkommen deutlich ab (und der Wendepunkt verschiebt sich z.B. beim Gini-Index von $ 180 auf $ 113).

Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse. In Tabelle 4 berücksichtigen wir nur die signifikantesten Prädikatorvariablen aus den bisherigen Analysen, nämlich die Teilung der Macht mit der Expertise (TME), die Bürokratisierung (BUR), die Landkonzentration (LKO) und die Multi-Penetration (PEN).

Tabelle 4 Einkommensungleichheit, Zusammenhänge mit der Teilung der Macht mit der Expertise (TME), der Bürokratisierung (BUR), der Landkonzentration (LKO) und mit der Verknüpfung mit der Weltwirtschaft durch multinationale Konzerne (PEN)

54 Länder

Prädiktoren	Einkommensungleichheit Gesamtmass	Anteil von Einkommensklassen am Einkommen Oberklasse	ob.Mittelkl.	Mittelkl.	Unterkl.
	Gini	T5	Q5	Q4	Q1-3
Multiple Regressionen: Standardisierte Regressionskoeffizienten					
TME	-.36	-.35	-.34	.24	.35
(t)	(3.04)***	(2.89)***	(3.07)***	(1.89)**	(2.90)***
BUR	-.26	-.29	-.34	.44	.26
(t)	(2.40)**	(2.65)***	(3.31)***	(3.78)***	(2.41)**
LKO	.28	.26	.28	-.20	-.28
(t)	(2.28)**	(2.07)**	(2.41)**	(1.52)*	(2.25)**
PEN	.20	.19	.18	-.12	-.19
(t)	(1.83)**	(1.66)**	(1.73)**	(0.98)°	(1.67)**
$\bar{R}^2$	.54	.52	.58	.44	.52
(t)	(4.05)***	(3.89)***	(4.39)***	(3.40)***	(3.90)***

Bemerkungen siehe Tabelle 1

Alle vier Variablen zeigen deutliche Beziehungen mit den Massen für die Einkommensungleichheit, die in der Richtung mit unseren Hypothesen übereinstimmen. Während TME, LKO und PEN am stärksten mit der Gesamtungleichheit und mit den Anteilen der Ober- und Unterklasse am Einkommen assoziiert sind, ist BUR stärker mit dem Anteil der Mittelklasse am Einkommen assoziiert, was nach den Hypothesen zu erwarten war.

Mit den vier Variablen in Tabelle 4 können 54% der Varianz ($\bar{R}^2$) in der gesamten Einkommensungleichheit (Gini) in Zusammenhang gebracht werden, in Tabelle 2 waren es bei sechs Variablen nur 52%. Die verschiedenen Grade der Varianzerklärung beim Gini-Index der Einkommensungleichheit können in folgender Uebersicht dargestellt werden.

Tabelle	Varianzerklärung ($\bar{R}^2$) N=72	N=54	Variablen
1	.12	(.10)*	logYn
1	.16	.10	logYn, $(logYn)^2$
3	.36	(.32)*	logYn, $(logYn)^2$, PEN
2		.52	logYn, $(logYn)^2$, ,MVM,TME,BUR,LKO
4		.54	PEN, ,TME,BUR,LKO

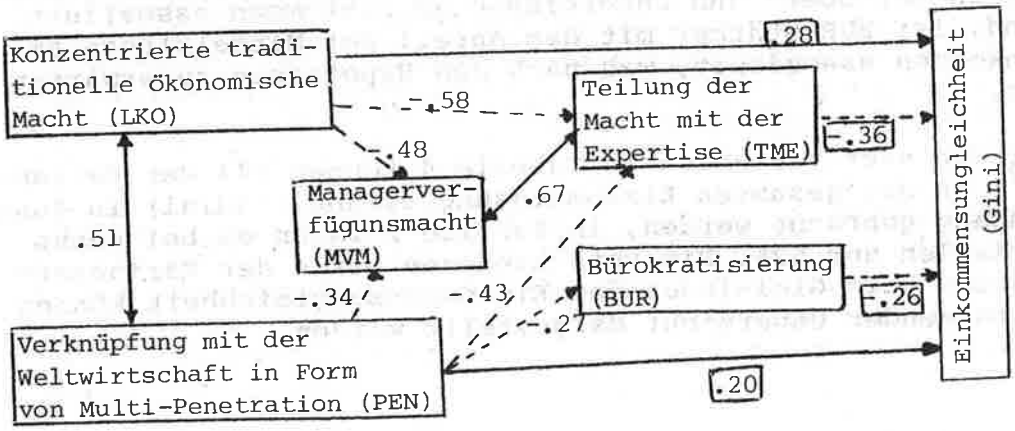
(*) nicht in den Tabellen aufgeführt

In Tabelle 4 wird noch etwas weiteres deutlich, nämlich die Wechselwirkung zwischen der Multi-Penetration und der internen Machtverteilung. Wenn die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft über die Veränderung der internen Machtverteilung auf die Einkommensungleichheit wirkt (vgl. unsere Hypothesen und das Schema am Anfang), dann muss der direkte Einfluss der Multi-Penetration auf die Einkommensungleichheit abnehmen, sobald man Variablen der internen Machtverteilung gleichzeitig in die Regression einführt. Dies ist tatsächlich der Fall, wie man bei einem Vergleich der Ergebnisse für PEN in Tabelle 4 mit den sehr viel signifikanteren in Tabelle 3 sieht. Wir können also empirisch zeigen: Die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft durch Multi-Penetration steht in Zusammenhang mit der internen Machtverteilung und wirkt dadurch auf die Einkommensungleichheit.

Die einfachen Korrelationen sind wie folgt (siehe auch die übrigen Korrelationen weiter vorne):

N = 54	MVM	TME	BUR	LKO	logYn
PEN	-.18	-.28	-.09	.52	.12

Bei statistischer Kontrolle des Prokopfeinkommens (partielle Korrelationskoeffizienten) ergibt sich folgendes Geflecht von Zusammenhängen und vermuteten Kausalitätsrichtungen:



partielle Regressionskoeffizienten aus Tabelle 4 (entsprechen Pfadkoeffizienten)

Uebrige Koeffizienten sind partielle Korrelationskoeffizienten (statistische Kontrolle des Prokopfeinkommens), also keine Pfadkoeffizienten. Nicht eingezeichnet sind: LKO/BUR r_p =-.07, TME/BUR r_p=-.05, MVM/BUR r_p= .08.

Die Tatsache, dass auch der direkte Einfluss von PEN auf Gini signifikant bleibt, zeigt, dass noch nicht alle Mechanismen, über die Wirkungen laufen können, eingeschlossen sind. Dies ist nicht verwunderlich, haben wir doch erst einen Teil der entwickelten Hypothesen in diesem ersten Schritt testen können.

IV. DISKUSSION UND SCHLUSSBEMERKUNG

In dieser Arbeit haben wir einen komplexen Ansatz zur Erklärung der personellen Einkommensungleichheit vorgestellt. Dieser Ansatz weist insofern über den von Lenski (1966) hinaus, als er die Verknüpfung staatlich organisierter Gesellschaften mit der Weltgesellschaft und Weltwirtschaft berücksichtigt und entsprechende Hypothesen entwickelt werden. Die Bedeutung einer solchen Verknüpfung ist kürzlich auch von Rubinson (1976) betont worden. Unser Ansatz unterscheidet sich von Rubinsons insofern, als wir mit den multinationalen Konzernen eine dominante Akteurgruppe der Weltwirtschaft ausdrücklich berücksichtigt haben und bei der internen Machtverteilung drei verschiedene analytische Ebenen unterschieden haben, nämlich die Ebene der Marktmacht, der Organisationsmacht und der Steuerungsmacht. Hierbei haben wir zahlreiche testbare Hypothesen entwickelt und auf Wechselwirkungen zwischen den analytischen Ebenen hingewiesen.

Am Beispiel der Organisationsmacht haben wir einen ersten Hinweis für die empirische Fruchtbarkeit unseres Ansatzes als Forschungsprogramm zu geben versucht, eines Ansatzes, der die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft und die interne Machtverteilung bei der Erklärung der Ungleichheit berücksichtigt.

Die erste empirische Teilanalyse hat folgende Ergebnisse erbracht:

1. Aspekte der internen Machtverteilung und der Grad der Verknüpfung mit der Weltwirtschaft durch multinationale Konzerne sind wichtige Erklärungsvariablen für Unterschiede in der Einkommensungleichheit. Demgegenüber ist die Erklärung durch den Entwicklungsstand, gemessen nur am Prokopfeinkommen, äusserst bescheiden.

2. Die Verknüpfung mit der Weltwirtschaft durch multinationale Konzerne steht im Gastland in Zusammenhang mit einer ungleicheren Machtverteilung. Ueber diesen Zusammenhang kann ein beträchtlicher Teil der beobachteten Effekte der Multi-Penetration für die Einkommensungleichheit erklärt werden.

3. Die in Teilen der Literatur sehr prominente Hypothese einer U-förmig kurvilinearen Beziehung zwischen Entwicklungsstand und Einkommensgleichheit ist empirisch nicht sehr bedeutungsvoll. Die Erklärungkraft sinkt noch, wenn man andere

Variablen zusätzlich einführt. Der Wendepunkt bleibt dann auch nicht unverändert.

Zu dieser U-Hypothese seien einige Bemerkungen angeführt. Eine U-förmige Beziehung zwischen dem Prokopfeinkommen als Indikator des Entwicklungsstandes und der Ungleichheit kann theoretisch einmal mit Hilfe des Machtansatzes von Lenski (1966) erklärt werden. Dabei muss man allerdings noch zusätzlich annehmen, dass die Produktionssysteme der fortgeschrittenen Hortikulturen (vergleichsweise mittlere Ungleichheit), der Agrargesellschaften (vergleichsweise hohe Ungleichheit) und der Industriegesellschaften (vergleichsweise wiederum mittlere Ungleichheit), siehe Lenski (1966, S.437), in dem Sinne mit staatlich organisierten Gesellschaften der gegenwärtigen Weltgesellschaft zusammenfallen, dass Staaten mit Schwergewicht jeweils Teile von einem bestimmten Produktionssystem zuzuordnen sind und dass die Stellung eines Landes im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nur einen untergeordneten Einfluss auf die Ungleichheit hat.

Weiter könnte die empirische U-Hypothese teilweise durch den Ansatz von Pryor (1973) Erklärung finden, der u.a. die Vermögensvererbung mit Hilfe verschiedener intergenerationeller Transferfunktionen berücksichtigt. Er geht davon aus, dass mit der Industrialisierung akkumulierbares Industrie- und Handelskapital eine wichtige neue Quelle von Reichtum und gesellschaftlicher Macht wird. Theoretisch ist nach Pryor in dieser Situation im Gegensatz zur reinen vorindustriellen Gesellschaft eine geknickte intergenerationelle Transferfunktion anwendbar, womit sich eine zunehmende Vermögens- und als Folge davon Einkommenskonzentration einstellt. In dem Masse, in dem im späteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung das Existenzminimum einen sinkenden Anteil des Durchschnittseinkommens ausmacht, kann sich die geknickte intergenerationelle Transferfunktion in Richtung einer linearen verschieben, wodurch sich die Vermögens- und deshalb die Einkommenskonzentration wieder verringert (vgl. Pryor, 1973, S.66f.).

Schliesslich ist noch die Kuznets-Hypothese zu nennen, die auf der Veränderung der intersektoriellen Verteilung der Beschäftigten beruht, die den Verlauf der Industrialisierung kennzeichnet. Kuznets (1955, 1963) hat darauf hingewiesen, dass der Entwicklungsprozess typischerweise mit einem beschleunigten Wachstum im nicht landwirtschaftlichen Sektor begleitet wird, der ein höheres Durchschnittseinkommen aufweist. Nach Kuznets wird ein Entwicklungsprozess, bei dem verschiedene Sektoren unterschiedlich stark vom Wachstum ergriffen werden und bei dem der dynamischere Sektor mit dem höheren Durchschnittseinkommen im Verlauf immer mehr Beschäftigte absorbiert, zu einer U-förmig kurvilinearen Beziehung führen. Neuerdings haben Robinson (1976) und Ahluwalia (1976)

diese Hypothese mit Hilfe eines Zwei-Sektoren-Modells formalisiert und u.a. den Wendepunkt, von wo ab die Ungleichheit wieder abnimmt, theoretisch dort lokalisiert, wo rund 50% der Beschäftigten im modernen Sektor sind.

Gegen eine grössere empirische Relevanz der Kuznets-Hypothese sprechen einige empirische Befunde, nämlich einmal die Tatsache, dass der Wendepunkt in unserer Analyse nicht konstant ist (Ahluwalia, 1976, findet ebenfalls keine Konstanz); dann, dass die U-Förmigkeit sich nur ergibt, wenn man das Prokopfeinkommen als Indikator für den Entwicklungsstand verwendet, und sich nicht ergibt, wenn man den Anteil der urbanen Bevölkerung (Ahluwalia, 1976) oder den Anteil der Beschäftigten ausserhalb der Landwirtschaft (unsere zusätzlichen Analysen, die nicht aufgeführt worden sind) als Indikator verwendet, Indikatoren, die für eine Ueberprüfung der Kuznets-Hypothese eigentlich angemessener wären.

Unsere bisherigen Ergebnisse schliessen eine zusätzliche Erklärung durch die Pryor-Hypothese nicht aus. Sie sprechen bisher für den Lenski-Ansatz, nämlich insofern als die Kurvilinearität (U-Förmigkeit) an Signifikanz noch verliert, wenn man Variablen der internen Machtverteilung einführt, die eigentliche und substantielle Erklärungsbeiträge liefern. Mit unserer Analyse konnte zudem ansatzweise gezeigt werden, dass die Machtverteilung nicht nur endogen erklärbar ist, z.B. durch organisationelle Evolutionsprozesse (Bornschier, 1976, 1977) sondern auch in Zusammenhang steht mit der Weltwirtschaft, nämlich mit dem Grad der Verknüpfung eines Landes mit einem Produktions- und Verteilungssystem, das den Charakter eines Weltsystems hat (Bornschier, 1975, 1976; Rubinson, 1976; Bornschier/Ballmer, 1978).

Weitere Forschung ist nötig, um ein Verständnis der komplexen Zusammenhänge zu gewinnen, die soziale Ungleichheit erklären.

Volker Bornschier
Soziologisches Institut
der Universität Zürich
Zeltweg 63
8032 Zürich

ANMERKUNGEN

1. Als wirtschaftlichen Ueberschuss im weiteren Sinne bezeichnen wir den Anteil des Einkommens, der den notwendigen biologisch bedingten Bedarf (Nahrung, Behausung, Bekleidung) übersteigt. Für die Ermittlung des Ueberschusses im engeren Sinne ist noch der sozial bedingte notwendige Bedarf abzuziehen (z.B. Transportkosten zum Arbeitsplatz, Kommunikationskosten in Abhängigkeit von der Siedlungsweise, Mehrausgaben für den biologischen Bedarf, insofern als Konsumgewohnheiten

und die Art der Güter über den eigentlichen biologisch bedingten Bedarf hinausgehen). Der notwendige Bedarf ist deswegen bei einem Vergleich von Gesellschaften kein einfacher konstanter Betrag, sondern zusätzlich eine Proportion des verfügbaren Einkommens. Das Durchschnittseinkommen kann deshalb nur annäherungsweise als Ersatzmass für den durchschnittlichen Ueberschuss gelten.

2. Als Beispiele für staatliche Steuerungsmacht sind im Bereich des Marktes zu nennen: Zölle und Mengenkontingente, Preiskontrollen, Zulassungsregelungen zu Berufen, Festsetzung von Mindestlöhnen, Beschränkung und Verbot von Gewerkschaften etc., und im Bereich der Organisation: Mitbestimmungsgesetze, Betriebsverfassungsgesetze, Unternehmensentflechtungsverordnungen, Regelungen und Verbote von Unternehmenszusammenschlüssen etc.

3. Graciarena (1976) hat für Lateinamerika zwei Grundtypen der Beziehungen zwischen Einkommenskonzentrationsprofilen (elitist and mesocratic type of concentration) und politischen Regimes entwickelt, die Berührungspunkte mit unserer Grundtypologie von vier Staatsfiguren aufweist.

4. Abweichend davon: Oesterreich nach Zahlen von J. Harms aufgeführt in Tausch (1976); Schweiz: Durchschnitt aus eigenen Berechnungen (Wehrsteuerstatistiken mit Grobkorrektur für die Quellensteuerpflichtigen) und Erhebungen von Lardi (Versicherungsstatistiken), vgl. Sawyer (1976); Ecuador: Durchschnitt aus den stark abweichenden Angaben bei Jain (1975) und Paukert (1973).

5. Der Ginikoeffizient wurde selbst berechnet und basiert auf der Lorenzkurve mit folgenden Stützpunkten: Die vier unteren Quintile (Q1, Q2, Q3, Q4), die nächsten 15% (Q5-T5), die obersten 5% (T5).

6. Wir haben die Kurvilinearität des Zusammenhanges mit dem Prokopfeinkommen auch für die urbane bzw. nicht landwirtschaftliche und für die rurale bzw. landwirtschaftliche Einkommensverteilung überprüft. Für die urbane Verteilung lagen Informationen für 36 Länder vor, die wir um jene Länder auf 44 Länder ergänzt haben, in denen weniger als 10% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind. Für die rurale Verteilung liegen 23 Angaben vor. Die Ergebnisse sind folgende: Keine Signifikanz für eine Kurvilinearität bei der urbanen und der ruralen Verteilung. Für die rurale Verteilung ergaben sich auch keine linearen Zusammenhänge. Bei der urbanen Verteilung war eine signifikante lineare Abnahme der Ungleichheit mit höherem Prokopfeinkommen nachzuweisen; die gemeinsame Varianz betrug bei den 44 Ländern für den Gini-Index 17%, für die Oberklasse und Mittelklasse 11% und für die Unterklasse 19%.
   Aufgrund dieser Ergebnisse kann man nicht mit Sicherheit schliessen, dass die Kurvilinearität nur für die gesamtgesellschaftliche Verteilung gilt, denn im ruralen wie im urbanen Sample waren die ärmsten und ärmeren Länder stark untervertreten.

7. Die genaue Definition in Termini des ILO-Yearbook ist: Number of professional, technical and related workers/(Number of salaried administrative, executive and managerial workers [directeurs et cadres administratifs supérieurs] + Number of employers and workers

on own account except agricultural, animal husbandry and forestry workers and except fishermen and hunters). Aus diesem Zahlenverhältnis wird die Quadratwurzel mit der Begründung gezogen, dass der Quotient im Verhältnis zur Teilung der Macht überproportional wächst, denn die Experten werden selbst wiederum stark hierarchisiert, nehmen also z.T. selbst wiederum eigentliche Machtpositionen ein. Von insgesamt 62 Angaben sind 7 starke Abweichungen recodiert worden unter Beibehaltung der Rangfolge.

8. Die genaue Operationalisierung ist: Clerical and related workers / Total active population except in agriculture, animal husbandry, forestry, fishing and hunting.

9. Die genaue Operationalisierung ist: Number of salaried administrative, executive and managerial workers [directeurs et cadres administratifs supérieurs] / (Number of employers and workers on own account except in agriculture, animal husbandry, forestry, fishing and hunting + Number of salaried administrative, executive and managerial workers). Zwei sehr hohe Werte (USA und CSSR) wurden recodiert unter Beibehaltung der Rangfolge.

10. Die Angaben bei Taylor/Hudson (1972, S.267f.) beziehen sich auf den Gini-Index der Landverteilung. Da 14 von 54 Werten für unser Sample von uns geschätzt werden mussten, wurde die Variable LKO nur als achtstufige Rangskala verwendet (Gini bis 44.5: 1; Gini 44.6-52.0: 2; 52.1-59.5:3; ... etc. ..., 89.6-97.0: 8), weil so der mögliche Schätzfehler sehr viel kleiner ist als bei einer Intervallenskala. Die 14 Schätzungen wurden möglichst auf der Grundlage von qualitativen Informationen vorgenommen.

11. Die Variable PEN entspricht der Variable PEN1 67 bei Bornschier/Ballmer (1978). Wegen der Schiefe der Verteilung der Masszahlen nach der multiplikativen Gewichtung wurde dort die Quadratwurzel aus dem Produkt gezogen. Durch Umformung erhält man: $KFDI/(K*POP)^{0.5}$. Als Ersatzmass für den Kapitalstock K wurde die gesamte Energiekonsumation in Mio. t Kohleäquivalent verwendet. Direkte Schätzungen von K haben im nachhinein das Ersatzmass sehr gut validiert. Weitere Details wie auch die Recodierung von 16 Extremwerten bei einer Gesamtzahl von 91 Werten sind in der zitierten Arbeit zu finden.

12. Eine zeitliche Anpassung von PEN an die Messungen der Einkommensungleichheit ändert die Ergebnisse nicht wesentlich (leicht höhere Korrelationen).

ANNEX

Das Sample der 54 Länder für die empirischen Analysen: (Der Gini-Index ist mit 100 multipliziert)

Land	(Jahr)	Gini	Land	(Jahr)	Gini
Ghana	(1968)	39.07	Korea	(1971)	36.09
Sierra Leone	(1968)	56.72	Malaysia	(1970)	50.57
Egypt	(1964/5)	42.74	Pakistan	(1970/1)	33.43
Morocco	(1965)	50.80	Philippines	(1971)	48.40

Land	(Jahr)	Gini	Land	(Jahr)	Gini
Canada	(1969)	38.28	Sri Lanka	(1973)	35.36
United States	(1972)	40.90	Taiwan	(1972)	29.08
Costa Rica	(1971)	43.96	Thailand	(1962)	50.29
El Salvador	(1965)	53.87	Australia	(1967/8)	31.98
Honduras	(1967/8)	60.20	New Zealand	(1971/2)	35.30
Jamaica	(1958)	56.14	Austria	(1967)	36.93
Mexico	(1969)	56.80	Denmark	(1966)	36.48
Panama	(1969)	48.81	Finland	(1967)	46.33
Argentina	(1961)	43.34	France	(1970)	42.14
Brazil	(1970)	57.60	Germany FR	(1970)	39.18
Chile	(1968)	49.49	Greece	(1957)	39.37
Colombia	(1970)	54.36	Italy	(1969)	39.67
Ecuador	(1969)	53.00	Netherlands	(1967)	39.25
Peru	(1970/1)	57.75	Norway	(1970)	36.09
Uruguay	(1967)	42.11	Spain	(1964/5)	39.07
Venezuela	(1971)	60.05	Sweden	(1972)	34.95
Lebanon	(1955-60)	52.53	Switzerland	(1968)	40.09
Turkey	(1968)	55.27	United Kingdom	(1973)	34.61
Bangladesh	(1966/7)	34.57	Bulgaria	(1962)	22.58
Hong Kong	(1971)	42.49	CSSR	(1964)	21.03
India	(1967/8)	46.97	Hungary	(1967)	25.68
Indonesia	(1971)	44.38	Poland	(1964)	27.40
Japan	(1971)	41.25	Yugoslavia	(1968)	34.79

Für das Sample der 72 Länder zusätzlich:

Chad	(1958)	36.21	South Africa	(1965)	56.52
Dahomey	(1959)	45.08	Rhodesia	(1968)	63.34
Ivory Coast	(1970)	52.42	Tanzania	(1969)	58.12
Kenya	(1969)	60.76	Zambia	(1959)	51.19
Madagascar	(1960)	53.39	Tunesia	(1970)	49.37
Malawi	(1969)	46.04	Bolivia	(1968)	53.79
Niger	(1960)	35.98	Iraq	(1956)	61.30
Nigeria	(1959)	52.80	Burma	(1958)	37.02
Senegal	(1960)	55.40	Germany DR	(1970)	21.63

Für das Sample der 80 Länder (nicht analysiert) zusätzlich:

Puerto Rico	(1963)	44.56	Fiji	(1968)	46.87
Surinam	(1962)	33.16	Barbados	(1969/70)	36.80
Trinidad & T.	(1965)	53.40	Bahamas	(1970)	45.69
Gabon	(1968)	61.73	Botswana	(1971/2)	55.81

Benutzte Quellen für die Grunddaten zur Berechnung des Gini-Index (vgl. Anmerkung 5 und 4): Insbesondere Jain (1975), dann auch Paukert (1973), einige OECD-Länder auch mit Hilfe von Sawyer (1976), ferner noch Roberti (1974). Es sei bemerkt, dass sich der Gini-Index auf die personelle Einkommensverteilung vor Steuern bezieht.

BIBLIOGRAPHIE

Adelman Irma and Morris Cynthia Taft (1973): Economic Growth and Social Equity in Developing Countries. Stanford Univ. Press, Stanford.

Ahluwalia Montek S. (1974): Income Inequality: Some Dimensions of the Problem. In: Chenery Hollis and Ahluwalia Montek S. et al. (eds.): Redistribution with Growth. Oxford Univ. Press, Oxford.

Ahluwalia Montek S. (1976): Inequality, Poverty and Development. In: Journal of Development Economics. Vol. 3, p.307-342.

Blau Peter M. (1974): The Parameters of Social Structure (Presidential Adress). In: American Sociological Review, Vol. 35, p.615-635.

Blau Peter M. and Schoenherr Richard A. (1971): The Structure of Organizations. Basic Books, New York.

Blaug Mark (1974/5): An Economic Analysis of Personal Earnings in Thailand. In: Economic Development and Cultural Change, p.1-31.

Bornschier Volker (1975): Abhängige Industrialisierung und Einkommensentwicklung. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Jahrg. 1, Nr. 1, S.67-105.

Bornschier Volker (1976): Wachstum, Konzentration und Multinationalisierung von Industrieunternehmen. Huber, Frauenfeld und Stuttgart.

Bornschier Volker (1977): Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 3, S.438-460.

Bornschier Volker with the collaboration of Ballmer Thanh-Huyen (1978): Multinational Corporations in the World Economy and National Development: An Empirical Study of Income per capita Growth from 1960-1975. In: Bulletin des Soziologischen Institutes der Universität Zürich, Jan. 1978, No. 32, S.1-169.

Bornschier Volker, Chase-Dunn Christopher and Rubinson Richard (1978): Cross-National Evidence of the Effects of Foreign Investment and Aid on Growth and Inequality: A Survey of Findings and a Reanalysis. University of Zurich/The Johns Hopkins University. (Voraussichtlich in: American Journal of Sociology).

Chase-Dunn Christopher (1975): International Economic Dependence in the World-System. Unpublished doctoral dissertation. Stanford University.

Chase-Dunn Christopher (1975a): The Effects of International Economic Dependence on Development and Inequality: A Cross-National Study. In: American Sociological Review, Vol. 40, p.720-738.

Chenery Hollis and Syrquin Moises (1975): Patterns of Development 1950-1970. Oxford University Press, Oxford.

Cutright Phillips (1967): Inequality: A Cross-National Analysis. In: American Sociological Review. Vol. 32, p.562-578.

Galtung Johan (1971): A Structural Theory of Imperialism. In: Journal of Peace Research, p.81-117.

Graciarena Jorge (1976): Types of Income Concentration and Political Styles in Latin America. In: CEPAL Review (United Nations Economic Commission for Latin America), Second Half of 1976, p.203-236.

Hewitt Christopher (1977): The Effect of Political Democracy and Social Democracy on Equality in Industrial Societies: A Cross-National Comparison. In: American Sociological Review. Vol.42, June, p.450-464.

I.B.R.D., World Bank, Economic Program Department, Socio-Economic Data Division (1971): World Tables. World Bank, Washington.

ILO, International Labour Office (1976): Wages and Working Conditions in Multinational Enterprises. Geneva.

Jackman Robert W. (1974): Political Democracy and Social Equality: A Comparative Analysis. In: American Sociological Review, Vol. 39, p.29-45.

Jackman Robert W. (1975): Politics and Social Equality: A Comparative Analysis. Wiley, New York.

Jain Shail (1975): Size Distributions of Income: A Compilation of Data. World Bank, Washington.

Kravis Irving B. (1960): International Differences in the Distribution of Income. In: Review of Economics and Statistics. Vol. 42, p.408-416.

Kravis Irving B. (1973): A World of Unequal Incomes. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science (Special: Income Inequality), p.61-80.

Kriesberg Louis (1976): Alternative Explanations of Class Inequalities. Syracuse University: Dep. of Sociology, mimeo, May 1976.

Kuznets Simon (1955): Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review. Vol. 45, p.1-28.

Kuznets Simon (1963): Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations: VIII. Distribution of Income by Size. In: Economic Development and Cultural Change. Part II, p.1-80.

Lenski Gerhard E. (1966): Power and Privilege. A Theory of Social Stratification. McGraw-Hill, New York.

Lim David (1977): Do Foreign Companies Pay Higher Wages than their Local Counterparts in Malaysian Manufacturing? In: Journal of Development Economics, Vol. 4, p.55-66.

Merhav Meir (1969): Technological Dependence, Monopoly and Growth. Pergamon Press, Oxford.

Murray Robin (1972): Underdevelopment, International Firms, and the International Division of Labour. In: Towards a New World Economy. Rotterdam University Press.

Noth A. (1975): Die personelle Einkommensverteilung in der Schweiz 1949 bis 1968. Doktordissertation Universität Freiburg/Ue. Hier zitiert nach: Mauro Baranzini (1977): La distributione del reditto e del capitale: aspetti teorici ed empirici. Quaderno Dell'Ufficio Delle Richerche Economiche, No. 11, Bellinzona.

Oshima Harry (1962): The International Comparison of Size Distribution of Family Incomes. With Special Reference to Asia. In: Review of Economics and Statistics, Nov. 1962, p.439-445.

Oshima Harry (1970): Income Inequality and Economic Growth: The Post-war Experience of Asian Countries. In: Malayan Economic Review. Vol. 15, No. 2, p.7-41.

Paukert Felix (1973): Income Distribution at Different Levels of Development: A Survey of Evidence. In: International Labour Review, Vol. 108, No. 2-3, p.97-125.

Pryor Frederic L. (1973): Simulation of the Impact of Social and Economic Institutions on the Size Distribution of Income and Wealth. In: American Economic Review, Vol. 63, p.50-72.

Reuber Grant L. et al. (1973): Private Foreign Investment in Development. Clarendon Press, Oxford.

Robinson Sherman (1976): A Note on the U Hypothesis Relating Income Inequality and Economic Development. In: American Economic Review. Vol. 66, p.437-440.

Roberti Paolo (1974): Income Distribution: A Time-Series and a Cross-Section Study. In: Economic Journal, September, p. 629-637.

Rubinson Richard (1976): The World-Economy and the Distribution of Income within States: A Cross-National Study. In: American Sociological Review, Vol. 41, p.638-659.

Rubinson Richard and Quinlan Dan (1977): Democracy and Social Inequality: A Reanalysis. In: American Sociological Review, Vol. 42, p.611-623.

Sawyer Malcolm (1976): Income Distribution in OECD Countries. In: OECD Economic Outlook, Occasional Studies. July 1976, p.3-36.

Taylor Charles L. and Hudson Michael C. (1972): World Handbook of Political and Social Indicators. Second Edition. Yade University Press, New Haven.

Tausch Arno (1976): Die Grenzen der Wachstumstheorie. Vervielfältigt. Wiener Institut für Entwicklungsfragen.

Weber Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. 5., rev. Auflage. Mohr (Siebeck), Tübingen. Zuerst 1922.

Yearbook of Labour Statistics, International Labour Office, various years.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S. 47-64

SICHERUNG UND STEIGERUNG DER EFFEKTIVITÄT VON RECHTSNORMEN - EINE AUFGABE FÜR DIE SOZIOLOGIE?*

Hans-Ulrich Gersbach

ZUSAMMENFASSUNG

Die Jurisprudenz hat im Bereich der Gesetzgebung Fragen, die sie auch an die Soziologie richtet. Dabei ist die nach den Normsystemen, welche neben dem System der Rechtsnormen bestehen. Man hofft, durch praktische Hinweise aus anderen Wissenschaften Hilfe zu erhalten für die Lösung der Probleme, die vor allem die Rechtssicherheit und die Rechtsverbindlichkeit (Verbindlichkeit von Rechtsnormen) betreffen. Durch die "Gesetzesflut" wird ja der Nutzen von rechtlichen Regelungen, besonders von immer mehr neuen Gesetzen, in Frage gestellt. Dazu kommen die Schwierigkeiten, welche den Vertrag als Instrument der Einzelregelung fragwürdig machen, so vor allem die Ungleichheit der Vertragspartner. Die Soziologie hat in verschiedenen Ansätzen gezeigt, dass das Rechtsnorm-System eines neben anderen Normsystemen sein muss. Es besteht deshalb der Wunsch, diese Normsysteme zur Lösung der angesprochenen Probleme heranzuziehen. Für die Soziologie bedeutet dies, praktische Vorschläge zu machen, wie das am besten geschehen kann. In dieser Arbeit werden Lösungsansätze skizziert, die als Anstösse zu verstehen sind.

1. Es wäre bei der Formulierung von Rechtsnormen zu berücksichtigen, dass sie auf die Unterstützung von "Basisprozessen in den Sozialstrukturen" angewiesen sind, d.h. es wäre zu prüfen, in welchen Bereichen man ein Gesetz auf schon vorhandene Einstellungen, Haltungen und Werte abstützen kann.

2. Da bei der Vermittlung von Rechtsnormen Kommunikationen und das Lernen eine Rolle spielen, wären die entsprechenden Erkenntnisse anzuwenden.

RESUME

Dans le domaine de la législation, la jurisprudence pose des questions qui relèvent finalement de la sociologie, dont celle des systèmes de normes qui existent à côté du système des normes juridiques. Pour résoudre les problèmes

*Diese Arbeit wurde angeregt durch ein Rechtssetzungsseminar, das im Winter 1976/77 und im Sommer 1977 von Juristen und Soziologen gemeinsam an der Universität Basel durchgeführt wurde.

concernant avant tout l'évidence et la validité des normes juridiques, on cherche à s'aider des indications pratiques venant d'autres sciences. En effet, l'abondance des lois met en cause l'efficacité des règlementations juridiques, surtout quand il s'agit de nouvelles lois. A cela s'ajoutent d'autres difficultés qui rendent douteux le contrat, par exemple l'inégalité des contractants. Plusieurs approches de la sociologie ont démontré que le système juridique des normes ne peut être qu'un système de normes parmi d'autres. C'est pourquoi on essaie de se servir de ces systèmes normatifs pour résoudre les problèmes évoqués. La sociologie en retient l'obligation de formuler des propositions pratiques. Le présent article ébauche des débuts de solution à ces questions. On y avance notamment l'idée qu'il serait indispensable de voir dans quels domaines une loi peut se fonder sur des attitudes, des comportements et des valeurs préexistants. Par ailleurs, étant donné que l'apprentissage et la communication ont leur part à jouer dans la transmission des normes juridiques, les connaissances qui s'y rapportent doivent être considérées.

* * * * *

Bei der Formulierung von neuen Rechtsnormen stellen sich für den Rechtssetzer - hier verstanden als den Juristen, welcher zuhanden der gesetzgebenden Instanz Rechtsnormen formuliert - besondere Probleme, von denen eines näher betrachtet werden soll. Dieses Problem besteht darin, dass der Rechtssetzer bei der Formulierung von Rechtsnormen und bei der Einbettung dieser neuen Rechtsnorm in das bestehende Recht alle die Bedingungen beachten muss, welche eine möglichst hohe Effektivität (1) der Rechtsnorm garantieren.

Eine hohe Effektivität der Rechtsnorm, d.h. also das möglichst vollständige Einhalten einer Norm in allen entsprechenden Situationen, dient einem übergeordneten Ziel, dem der Rechtssicherheit. Dabei soll vorausgesetzt werden, dass dem Begriff der Rechtssicherheit das folgende entspricht: "Das soziale Zusammenleben von Menschen erheischt eine gewisse Berechenbarkeit des Verhaltens in gewissen typischen Situationen." (2) Aus dieser Sicht erscheint die Existenz einer Rechtssicherheit gerechtfertigt und notwendig. Es soll deshalb hier nicht weiter darüber reflektiert werden, ob es legitim ist, die Rechtssicherheit als

einen eigenen Wert zu postulieren. Damit wird auch nicht weiter geprüft, ob eine hohe Effektivität von Rechtsnormen einem bestimmten legitimen Bedürfnis entspricht, wie auch nicht untersucht werden soll, ob und wie Rechtsnormen legitimiert werden, obwohl bestimmte Aspekte der Legitimation und der Legitimität von Rechtsnormen entscheidende Bedeutung für die Effektivität derselben haben können.

Damit lässt sich die Fragestellung der vorliegenden Arbeit formulieren: Welche Bedingungen muss der Rechtssetzer beachten, damit die von ihm formulierten Rechtsnormen eine möglichst hohe Effektivität erreichen, und was kann die Soziologie zur Sicherung und Erhöhung der Effektivität von Rechtsnormen bei der Formulierung und Einbettung von neuen Rechtsnormen in das bestehende Recht beitragen?

1. UEBER DIE BEDINGUNGEN DER EFFEKTIVITAET VON RECHTSNORMEN

Zu den Bedingungen der Effektivität von Rechtsnormen gehören aus juristischer Sicht:

"... eine klare, einfache, verständliche Sprache;
.... eine einheitliche Verwendung allgemeiner Begriffe;
.... eine sinnvolle, folgerichtige, chronologisch richtige, ausgewogene Systematik;
.... eine angemessene, allgemeinzugängliche, staatliche Publikation." (3)

So verständlich es ist, die Einhaltung vor allem der ersten beiden Bedingungen zu verlangen, so problematisch erweist sich offenbar die Konkretisierung. Nicht nur ist unklar, was unter einer einfachen, klaren und verständlichen Sprache zu verstehen ist, es wird auch eingeräumt und für sinnvoll gehalten, von der ersten der beiden Bedingungen abzuweichen: Vom allgemeinen Sprachgebrauch kann beispielsweise abgewichen werden, "wo es entweder um der generalisierenden Vereinfachung willen notwendig ist, oder wegen der Regelungsmaterie, weil diese ohnehin nur mit einer spezifischen Fachsprache erfasst werden kann ..." (4). Es wird darüberhinaus für richtig gehalten, die spezifischen Fachausdrücke aus der juristischen Sprache zu verwenden, nicht nur, weil dies der Vereinfachung dient, sondern auch die Chance besteht, dass diese Fachausdrücke in die allgemeine Sprache integriert werden können. Dass der Gesetzgeber (und wohl auch der dahinter stehende formulierende Jurist als Rechtssetzer) "oft beflissen ist, ..., Sätze ohne ersichtlichen Zweck anders aufzubauen und zu formulieren, als es der unbefangene Laie täte, ..." (5), ist als Hinweis zu nehmen, dass die Abgrenzung der zulässigen Abweichung von der 'Normalsprache' in der Praxis nicht so einfach und klar ist.

Ebenso ist die einheitliche Verwendung allgemeiner Begriffe als Postulat nicht unproblematisch. Abgesehen davon, dass es selbst für die Gesamtheit der Kodifikationen nicht möglich ist, die juristisch-technischen Begriffe wie beispielsweise den Vorsatz und die Fahrlässigkeit (im Strafgesetz und im Zivilgesetz) mit dem gleichen Bedeutungsinhalt zu verwenden (6), stellt die unterschiedliche Konnotation gleicher Begriffe ein Hindernis dar auf dem Weg zur Effektivität von Rechtsnormen, weil die Verwendung einheitlicher und allgemein verwendeter Begriffe in Frage gestellt ist.

Der Systematik wird, bezogen auf die Effektivität von Rechtsnormen, eine bestimmte Funktion zugewiesen: "Die Grundfunktion des Systems beruht in der Erleichterung der Gedankenspeicherung und der Gedankenvermittlung durch Rationalisierung." (7) "Der systematische Ort eines Rechtssatzes kann dessen faktische Wirksamkeit erhöhen oder auch beeinträchtigen, nicht nur, weil von ihm die Auffindbarkeit und Erkennbarkeit der Norm abhängen kann, sondern weil der Zugang zum allgemeinen Rechtsbewusstsein und dessen Beeinflussung vom systematischen Zusammenhang und rechtlichen Kontext bestimmt werden, in welchem die Norm sich befindet. Schon der Ausdruck 'Nebengesetz' lässt auf die Tatsache schliessen, dass zumindest im Bewusstsein der Juristen die darunter eingeordneten Normen eine weniger zentrale Stellung einnehmen als die in den Hauptkodifikationen enthaltenen Rechtssätze." (8)

Die letzte der vier aufgeführten Bedingungen bezieht sich einmal auf die formale Effektivität (9), die hier vorderhand ausser Betracht bleiben kann, zum anderen aber auf die Bekanntheit einer Rechtsnorm. Es erscheint klar, dass eine Rechtsnorm bekannt sein muss, bevor sie bewusst nicht eingehalten werden kann. Aus diesem Grund muss geprüft werden, was eine angemessene Veröffentlichung ist, und welches die Eigenschaften der allgemeinzugänglichen Publikation sind. Wenn die Effektivität von Rechtsnormen gesteigert werden kann durch eine möglichst weite Verbreitung und damit Erhöhung der Kenntnis über diese Norm, dann muss der Rechtssetzer tatsächlich darauf drängen, dass neben der offiziellen Publikation alle Möglichkeiten der Massenmedien und der Massenkommunikation eingesetzt werden (10). Auf die Folgen einer solchen Rechtsnormverbreitung soll noch in einem anderen Zusammenhang eingegangen werden.

Weitere Bedingungen, welche die Effektivität von Rechtsnormen steigern und unterstützen, sind überall dort gegeben, wo die Rechtssicherheit generell gestützt wird. Dabei wird vorausgesetzt, dass die Rechtssicherheit der Ausdruck für ein hohes Mass von Verbindlichkeit der Rechtsnormen ist (11).

Die Rechtssicherheit und damit auch die Effektivität von Rechtsnormen hängt, neben den vier oben aufgeführten rechtstechnischen Bedingungen, auch von den folgenden ab:

Die Rechtsnorm muss eine gewisse Beständigkeit haben ("Der Erlass muss auf eine gewisse (in den Einzelfällen sicher stark variierende) Beständigkeit angelegt sein.") (12). Diese Beständigkeit darf auch nicht dadurch gefährdet werden, dass durch die Reflexionen des Richters zu einem bestimmten Fall Unklarheit entsteht über den konkreten Inhalt der in Frage stehenden Rechtsnorm (13). Allgemein hiesse das: "Sind die Gesetze unklar, verwickelt, in schneller Folge wechselnd, die Befugnisse der Verwaltungsorgane nicht klar umschrieben, die Praxis der Gerichte wechselnd, befinde ich mich in Orientierungsunsicherheit: Ich weiss nicht, mit welchem Gebaren ich in die soziale Risikozone gerate." (14) Nach Th. Geiger wirkt sich diese Orientierungsunsicherheit auf die Rechtssicherheit aus und verringert sie. Nach Auffassung Geigers setzt sich die Rechtssicherheit aus der Ordnungsgewissheit und der Ordnungszuversicht zusammen. Die beiden Teile der Rechtssicherheit, von denen Th. Geiger spricht, beziehen sich einerseits auf die Gewissheit, den Inhalt von Normen zu kennen (Ordnungsgewissheit), und andererseits auf die Gewissheit, dass bei Normbrüchen eine Sanktion erfolgt (Ordnungszuversicht) (15). So erweist sich das Vorhandensein von verschiedenen Gesetzen, die zum Teil sogar widersprüchlich angelegt sind, und aus denen die Behörden beliebig für die Anwendung auswählen können, als sehr gefährlich für die Effektivität von Rechtsnormen (16), weil dadurch die Rechtssicherheit gefährdet wird.

Zu den vier als rechts-technisch verstandenen Bedingungen der Effektivität von Rechtsnormen kommen also weitere hinzu:

- Die Rechtsnorm muss zeitlich optimal angelegt sein. Dazu muss ein Mittel gefunden werden, diese optimale Zeitspanne zu bestimmen.
- Die Formulierung der Rechtsnorm muss so gewählt werden, dass die Interpretation über deren Inhalt relativ eng begrenzt bleibt. Gesucht ist ein Mittel, in der Formulierung auch die Interpretationsmöglichkeit optimal zu bestimmen.
- Die Rechtsnorm darf nicht konkurrierende Entscheidungszustände zulassen oder produzieren. Dazu braucht es ein Mittel, mit dem man zuverlässig die bereits geregelten Zustände erfassen und so die Ueberschneidungen ausschalten kann.

2. DIE ZUNEHMENDE ZAHL VON RECHTSNORMEN ALS EINFLUSSFAKTOR DER EFFEKTIVITÄT VON RECHTSNORMEN

Eine letzte Bedingung der Effektivität von Rechtsnormen, die hier skizziert werden soll, bezieht sich auf die Menge der Rechtsnormen. Insofern greift sie über den vom Rechtssetzer gestimmbaren Spielraum hinaus, macht aber die Problemlage des Rechtssetzers noch deutlicher.

Es geht dabei um die zunehmende Zahl von Rechtsnormen, die als Gesetze und Verordnungen eine Vielzahl von Zuständen und Situationen regeln und erfassen sollen. Dass moderne Industrienationen zunehmend regelungsbedürftige Zustände produzieren, wird ausgedrückt durch die Stichworte "Informationskrise" und "Gesetzesflut" (17). Es wird ein Zusammenhang zwischen der Menge der Rechtsnormen, der Kenntnis über diese Rechtsnormen und dem Einhalten dieser Normen angenommen. Der Zusammenhang ist wie folgt zu sehen: Von der grossen Zahl der Rechtsnormen ist nur ein kleiner Teil dem Bürger allgemein bekannt, deshalb wird er, mit der zunehmenden Zahl von Normen, häufiger ihm unbekannte Normen nicht einhalten, was die Effektivität von Rechtsnormen allgemein gefährdet. K. Tiedemann weist darauf hin, dass in der EWG bis 1974 rund 15'000 Verordnungen ausgearbeitet und erlassen worden sind (18). Es ist ihm sicher zuzustimmen, dass allein diese grosse Zahl von Verordnungen Einfluss hat auf die Verbindlichkeit dieser Rechtsnormen, ganz abgesehen davon, ob diese Verordnungen bewusst oder aus Mangel an Unrechtsbewusstsein nicht eingehalten werden. Der Bürger gerät darüberhinaus aber auch in Gefahr, durch die Nichtkenntnis von spezifischen Rechtsnormen materiell geschädigt zu werden (19). Diese Nichtkenntnis wird gewiss grösser, je mehr Rechtsnormen bestehen. Auch deshalb ist der Bürger auf sogenannte "Rechtsvermittler" angewiesen, was sich auf die Einhaltung und damit auf die Effektivität von Rechtsnormen ungünstig auswirken kann (20).

Mit der grossen und zunehmenden Zahl von Rechtsnormen ist ein weiterer Faktor verbunden, der sich auf die Effektivität von Rechtsnormen ungünstig auswirkt. Potentiell nimmt die notwendige Kontrolle der Einhaltung von Rechtsnormen zu, solange die Zahl der Rechtsnormen ansteigt. Wenn man annimmt, dass die Einhaltung von Rechtsnormen auch von deren Kontrolle und von der Entdeckungschance bei der Nichteinhaltung abhängig ist, so wird klar, dass ein immenser Apparat der Kontrolle aufgebaut werden müsste, um beispielsweise die Durchsetzung der oben genannten EWG-Verordnungen zu überwachen (21). Selbst wenn man dem Nichtwissen eine Präventivwirkung zuschreibt, besteht die Notwendigkeit, Normen effektiv zu erhalten durch eine entsprechende Kontrolle (22). Die grosse Zahl der Rechtsnormen und die schiere Unmöglichkeit, deren Einhaltung kontrollieren zu

können und damit die Rechtssicherheit zu gewährleisten, lässt die Frage berechtigt erscheinen, ob man nicht besser auf das Einsetzen von Rechtsnormen verzichtet und die Regelung der Situationen anderen Mechanismen überlässt. Allerdings müsste klar gelegt werden, wie diese Mechanismen aussehen und inwieweit sie überhaupt zur Regelung herangezogen werden dürften. Für den Rechtssetzer dürfte es viel einfacher sein, die rechts-technischen Bedingungen bei der Formulierung von Rechtsnormen einzuhalten als auf die grosse Zahl von Regelungen Einfluss zu nehmen, umsomehr, als die grosse Zahl der Normen auch ein rechtspolitisches Problem ist (23).

Die Zahl der Rechtsnormen und ihr Anwachsen wird noch durch ein anderes Problem beeinflusst. Der Vertrag als ein Mittel der 'privaten' Regelung wäre im Grunde geeignet, die Zahl der Rechtsnormen abzubauen. Die Rechtsnormen wären dabei nur ein Gerüst, die gegenseitige Uebereinkunft müsste sich innerhalb dieses Gerüstes frei bewegen. Auf diese Art könnte erreicht werden, dass eine Vielzahl von Regelungen privatrechtlich gesteuert werden. Man beginnt aber zu erkennen, dass der Vertrag als Mittel der Uebereinkunft nicht mehr so angewendet werden kann, wie das rechttheoretisch vorausgesetzt wird. Man spricht von einer "Krise des Vertrags" (24), die ihren Ausdruck findet in der zunehmenden Regelungsunfähigkeit des Vertrages. So hat man entdeckt, dass es einen schwächeren Vertragspartner gibt (25). Das Obligationenrecht führt zum Beispiel gegen 80 einzelne Gesetzes-Artikel über den Arbeitsvertrag auf, von denen auf keinen Fall zu Ungunsten des Arbeitnehmers abgewichen werden darf (26). Diese Artikel greifen materiell in die Dispositionsfreiheit der Vertragspartner ein, sie wirken also nicht im nachhinein, sondern bestimmen von vornherein inhaltliche Teile des Vertrages. Die Idee von der gegenseitigen, übereinstimmenden Willensäusserung wird damit tangiert (27), wie auch die Idee vom "freien Vertrag", der die Existenz eines Menschen bestimmt und sichert (28).

Damit will man natürlich verhindern, dass Verträge möglich werden, wie sie Engels beschrieben hat (29). Auch in anderen Bereichen ist die Krise des Vertrages erkennbar. So sind im Mietrecht Vorschriften erlassen worden, die sogar dem Rechtsgrundsatz widersprechen, dass geschlossene Verträge erst einmal einzuhalten sind, bevor sie auflösbar, oder wie im vorliegenden Fall, anfechtbar sind (pacta sunt servanda) (30). Die Gleichheit der Vertragspartner erweist sich in diesen Fällen als Fiktion, indem man zum Schutz des schwächeren Partners spezielle Rechtsnormen formuliert.

Die an sich notwendige Kritik am Vertrag unterstützt auch aus anderen Gründen die unerwünschte Zunahme von Rechtsnormen. Wenn viele der bislang als Vertragsverhältnisse verstandenen Regelungen als eigentliche Rechtsnorm(-Verhältnisse) aufgedeckt und ausgewiesen werden, wie das bei Meyer-Cording im Beispiel der Tarifverträge getan wird (31), so müssen diese Rechtsnormen wie alle übrigen Rechtsnormen einer Kontrolle zugeführt werden. Vordergründig betrachtet wirkt sich die Schwäche des Vertrags und die Kritik an ihm ungünstig auf die Situation der Effektivität von Rechtsnormen aus. Mit dem Ansatz von Meyer-Cording, alle die Normen als Rechtsnormen zu verstehen, welche "den Gruppen und Institutionen als dauerhafte Strukturelemente" dienen (32), wird allerdings ein weiteres Problem aufgeworfen.

Dabei geht es um die Frage, wieviel die Abgrenzung von Normkategorien zur Lösung beitragen kann: Nämlich die Effektivität von Rechtsnormen zu steigern oder zu erhalten. Wenn es gelingt, durch eine sinnvolle Abgrenzung der verschiedenen Normkategorien die Zahl der Rechtsnormen zu senken, dann wäre in einem Bereich für die Effektivität der Rechtsnormen ein positiver Beitrag geleistet. Allerdings müsste gewährleistet sein, dass die Verbindlichkeit der Normen in den neu gefundenen und anwendbaren Kategorien nicht schlechter wird, als sie bei der jetzigen Kategorie der Rechtsnormen ist.

Abgesehen davon, dass die Kategorie der Rechtsnormen ihrerseits differenzierbar ist (33), darf als gesichert angenommen werden, dass neben den Rechtsnormen weitere Normsysteme vorhanden sind, die wirksam die Regelung von Situationen mit dem entsprechenden Verhalten übernehmen (34). Dieser Sachverhalt ist im übrigen einleuchtend, wenn man sich das folgende klar macht:

Wenn die Rechtsnormen den gesamten Bereich des Verhaltens steuern müssten, dann gäbe es nicht nur eine 'Eier-Ordnung', wo der Rang der Rechtsnorm schon zu hoch gegriffen scheint, sondern auch eine, pointiert ausgedrückt, 'Gruss-und-Kuss-Ordnung' in vergleichbarem Rang, den 'Knigge' als Rechtsnorm etwa (35). Damit wird klar, dass die Lösung des Problems, die Verminderung der Menge von Rechtsnormen und damit die Erhöhung der Effektivität, nicht allein dadurch erreicht werden kann, dass die Kategorien der Normensysteme neu gebildet und aufgeteilt werden. Vielmehr muss man versuchen, einerseits die Menge der Rechtsnormen zu verkleinern, indem man die anderen bestehenden Normensysteme zu Gunsten der Regelungsbereiche des Rechts nutzbar macht, andererseits aber alle die Bedingungen verbessert, welche die nach wie vor notwendigen Rechtsnormen in ihrer Effektivität unterstützen.

3. EINIGE HINWEISE AUF DIE BEDEUTUNG DER SOZIALNORMEN

Wenn, wie oben ausgeführt, in Erwägung gezogen wird, an Stelle von Rechtsnorm-Systemen andere Normsysteme zu verwenden, so muss zunächst geklärt werden, inwiefern diese Sozialnorm-Systeme (wenn es davon mehrere gibt) für das vorliegende Problem: Steigerung und Erhaltung der Effektivität von Rechtsnormen, wichtig sind. In diesem Abschnitt geht es in erster Linie darum, solche Hinweise zu liefern.

a) Ein erster Hinweis ist darin zu sehen, dass neben dem Recht eigentliche Basisprozesse in Sozialstrukturen bestehen, die nicht blosse 'Nebenordnungen' sind, sondern eher Ergänzungen und Voraussetzungen für das Funktionieren von Rechtsnormen (und damit bestimmend für deren Effektivität). Die Existenz solcher Basisprozesse kann augenscheinlich gemacht werden: Formal gleiche Verfassungsstrukturen (wie im Falle der westeuropäischen Staaten) werden unterschiedlich ausgefüllt. Diese Unterschiede in der Konkretisierung der auf der Verfassungsstufe ausgebildeten und von diesen wiederum abgeleiteten Rechtsnormen sind auf latent wirksame "Prozesse" (36) zurückzuführen. In verschiedenen "sozialen Räumen", die weder durch Rechtsnormen noch durch die über ihnen stehenden Verfassungsnormen abgedeckt sind (37), wirken Prozesse, die weit mehr als Sozialnormen sind: Sie umfassen auch die Motivationen, Einstellungen und Erwartungen der Individuen (38). Es ist im weitesten Sinne der "Stil des sozio-politischen Verhaltens von Individuen und Gruppen innerhalb einer politischen Gemeinschaft ..." gemeint (39). Rechtsnormen bedürfen, wenn sie effektiv sein sollen, einer weiteren Form der Unterstützung innerhalb dieser Prozesse; es genügt nicht, sich auf die schriftliche Fixierung zu verlassen. Dies auch deshalb nicht, weil neben den Rechtsnormen - wegen der in den Basisprozessen enthaltenen Regelungen - andere,mitunter stärker wirksame Normen bestehen (40). Das bedeutet aber, dass einerseits Differenzen zwischen den Rechtsnormen und den Regelungen in den Basisprozessen bestehen können, andererseits auch Uebereinstimmungen. So ist denkbar, dass es nicht nur die Differenz zwischen den Rechtsnormen und der entsprechenden Realisierung gibt (etwa dort, wo ein Arbeitgeber vertraglich den Arbeitnehmern die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verbietet oder ihnen vorschreibt, dass sie ihre Lebensmittel beim Arbeitgeber einkaufen müssen, was eigentlich eine 'unsittliche' Vertragsbestimmung wäre), sondern auch die Differenz, wenn die Rechtsnorm überhaupt im Widerspruch steht mit der entsprechenden Regelung der Basisprozesse. Andererseits können Basisprozesse und die entsprechenden Sozialnormen verantwortlich gemacht werden für interessante Erscheinungen: Wenn die Zahlungsmoral der schweizerischen Steuerzahler auch von behördlicher Seite als gut bezeichnet wird, dann ist dies gewiss nur zum

kleinsten Teil auf die Sanktionsmöglichkeiten der Justiz zurückzuführen. Abgesehen davon, ob die Selbsttaxation immer zutreffend vorgenommen wird, käme es zu ernsthaften Schwierigkeiten, wenn sich der grösste Teil der Steuerzahler zum Bezahlen zwingen liesse. Dass dies nicht geschieht, obwohl bestimmt "Betrügereien" vorkommen mögen, ist ein Hinweis auf die Bedeutung von Einstellungen und Sozialnormen in den Basisprozessen. Im Grunde muss man dankbar sein, dass dem so ist, denn die Sanktionsorganisation müsste erheblich vergrössert werden, wenn sich jeder zum Zahlen zwingen liesse. Beim Steuerzahler ist die Situation insofern komplizierter, als auch andere Faktoren eine Rolle spielen können: Gegenüber den Behörden ist der Steuerzahler im Nachteil, schon wegen des Informationsvorsprungs der Behörden. Weiter: Es ist einfacher, das vorgeschriebene Prozedere zu verfolgen, als die eigene, abweichende Interpretation der Lage durchzusetzen. Ausserdem ist die Möglichkeit des Ausweichens für jene sehr beschränkt, welche den Lohnausweis als unselbständig Erwerbende abgeben müssen. Gerade in diesem Bereich wäre zu prüfen, ob es nicht zu einer Verstärkung der entsprechenden geltenden Sozialnorm kommen könnte, wenn die Gratifikationsmöglichkeit über einen 'Lohnausweisabzug' ausgebaut würde (wie das in einigen Kantonen der Schweiz schon geschieht). Die Bedeutung der Basisprozesse und der in ihnen enthaltenen Regelungen sticht überall dort besonders hervor, wo eine wirksame Kontrolle der (möglicherweise eingesetzten) Rechtsnormen gar nicht durchführbar ist (41). Wenn also Rechtsnormen in ihrer Effektivität auch durch die Existenz von Sozialnormen und den Regelungen in den Basisprozessen beeinflusst werden, dann wäre es klug, sich bei der Formulierung von neuen Rechtsnormen dieser Basisprozesse zu bedienen, oder wenigstens dafür zu sorgen, dass keine kontraproduktiven Effekte entstehen. Methodische Ansätze dazu gibt es, die auch schon angewendet worden sind (42).

b) Für die Effektivität von Rechtsnormen ist nicht nur das Problem der Basisprozesse entscheidend, wie es oben dargelegt wurde, sondern auch die erfolgreiche Vermittlung. Die Stichworte "Informationskrise" und "Rechtsvermittler" (43) rufen sofort den mehrstufigen Kommunikationsprozess in Erinnerung. Rechtsnormen müssen, wenn sie als Verhaltenssteuerung wirksam werden sollen, erkannt und aufgenommen werden.

Normsender und Normempfänger müssen über das gleiche oder wenigstens teilweise übereinstimmende "Repertoire" von Vorstellungen, Kenntnissen etc. verfügen (44). Dass diese Bedingung nur in besonderen Fällen erfüllt ist, hat man auch in der Jurisprudenz erkannt, ohne indessen entsprechende Schlüsse zu ziehen. So meint Noll etwa, dass es in bestimmten Fällen gar nicht nötig sei, dass der Normadressat

die Norm kennt. Dieser müsse nur wissen, zu welchem Normvermittler er gehen müsse (45). Realistischer ist hingegen die Erkenntnis, dass unter bestimmten Umständen eine "Normlernpflicht" statuiert werden muss (46). Man will also gar nicht alle Rechtsnormen an den 'Adressaten' (der doch wohl zu spezifizieren wäre) vermitteln, andererseits können sie auch nicht vermittelt werden (47). Dazu kommen weitere Erwägungen, welche die erfolgreiche Kommunikation in Frage stellen: Rechtsnormen sind Mitteilungen in "digitaler" Form, die zum Teil (wenn nicht ausschliesslich) Analogien beschreiben und "analoge" Zustände steuern sollen. Dabei werden, in der Umsetzung von der einen zur anderen Mitteilungsform Fehler möglich und wahrscheinlich (48). D. Horn verweist auf einen solchen Sachverhalt (49). Der Begriff 'Eigentum' wird als juristischer Begriff offensichtlich anders verwendet als im täglichen Umgang mit der "dinglichen Umwelt". Eine Schwierigkeit gleicher Art liegt vor, wenn der Jurist dem gutgläubigen Erwerber das gestohlene Gut zuerkennt und dem Voreigentümer die Sache vorenthalten muss, obwohl dieser offenbar in seinem "natürlichen Rechtsgefühl" etwas anderes erwartet (50).

Die aufgeführten Beispiele können als Hinweis dafür dienen, dass Rechtsnormen nicht erfolgreich oder unvollständig vermittelt werden. Inwieweit eine auf spezielle Kanäle verwiesene Vermittlung von Rechtsnormen in der Lage ist, die Effektivität von Rechtsnormen zu gefährden, kann hier nicht entschieden werden. Die Vermutung ist jedoch berechtigt, dass jedes Klagen über die Ineffektivität von Rechtsnormen sinnlos ist, solange man sich nicht um eine vollständige und erfolgreiche Vermittlung bemüht. Der "Rechtsvermittler" ist allenfalls eine Notlösung, eine Bestätigung dafür, dass Rechtsnormen ganz und gar nicht als ständige und auf die entsprechenden Situationen zugeschnittenen Regelungen benützbar sind und benützt werden. Damit werden wiederum die anderen benützten Regelungen in den Vordergrund gerückt, was im vorliegenden Fall ja wohl nur Regelungen der Basisprozesse sein können.

c) Ob es möglich ist, durch ein Stufensystem von Normen und regelungsfähigen Teilen der Basisprozesse, in Verbindung mit den Rechtsnormen, neue Erkenntnisse zu gewinnen, soll geprüft werden. Dabei steht einmal die Erkenntnis im Vordergrund, dass Rechtsnormen in ihrer Effektivität nicht nur durch rechts-technische Faktoren eingeschränkt werden können, sondern auch durch die grosse Zahl in ihrer Wirkung in Frage gestellt werden. Da eine erfolgreiche Vermittlung von Rechtsnormen in ihrer Gesamtheit kaum zu realisieren ist, ist schon deswegen eine Ueberprüfung der Funktion von Rechtsnormen nötig. Darüberhinaus kann angenommen werden, dass nicht alle als Rechtsnormen ausgebildeten Verhaltensregelungen 'unbekannt' sind. Eine ganze Reihe von ihnen

sind in einer "analogen" (bildhaften) Art über die Sozialisationsprozesse internalisiert worden, so dass 'Parallelitäten' (51) von Sozialnormen und Rechtsnormen entstehen (52). Wenn man versucht, diese in einigen Fällen widersprechenden Erkenntnisse in einem Stufensystem darzustellen, so kann das am besten in der folgenden Art geschehen:

Rechtsnormen:	werden zur allgemeinen Verhaltenssteuerung verwendet, obwohl sie nur zum kleinsten Teil internalisiert sind. Wenn sie angewendet werden, dienen sie als letzte 'Instanz' der Konfliktregelung. Sie sind schriftlich fixiert und werden deshalb ohne Sanktion erkennbar. Neben den Rechtsnormen vom Typ der 'allgemeinen Regelung' gibt es 'spezialisierte' Rechtsnormen, die nur für kleine Bereiche vorgesehen sind und entsprechend 'unbekannt' sind.
Sozialnormen:	sind die ständig wirksamen Regelungen; sie werden in 'Gruppen' 'segmentär' angewendet. Sie sind internalisiert und als Analogien zur ständigen Konfliktregelung ausgebildet.
individuelle Einstellungen und Werte (Haltungen):	sind einerseits spezialisiert, haben aber in einigen Teilen allgemeinen Charakter und sind vollständig internalisiert. Als 'Grundmuster' der Verhaltensregelung verbinden sie im Individuum die Sozialnormen und die Rechtsnormen.

Für das Individuum steht im Prinzip ein Set von Verhaltensregelungen zur Verfügung, das sowohl Sozialnormen als auch Rechtsnormen enthält. Die Werte, Einstellungen und Attitüden des Individuums liefern aber ihrerseits Grundlagen zu diesem Set. Sie stellen die den Normen übergeordneten Werte dar, nach denen die dynamisierten Handlungsanweisungen gebildet werden.

Im täglichen Gebrauch sind die Sozialnormen die erste Stufe, nach denen sich das Verhalten richtet. Daneben können auch 'Parallel-Normen' von Rechtsnormen wirksam werden, d.h. es werden Handlungsanweisungen befolgt, die im wesentlichen in Form von Rechtsnormen schriftlich fixiert sind. Entscheidend für die Anwendung von 'Parallel-Normen' in dieser ersten Stufe ist, ob entsprechende Vermittlungsprozesse erfolgreich die Internalisierung gewährleistet haben. In einer zweiten Stufe werden die Rechtsnormen ausschliesslich angewendet. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Handlungsanweisungen als relevant angesehen werden, die nicht im Set des Individuums vorhanden sind, weil sie entweder nicht internalisiert, noch zu einem späteren Zeitpunkt

als dem primären oder sekundären Sozialisationsprozess vermittelt worden sind. Eine Ausnahme bilden die spezialisierten Rechtsnormen, soweit sie durch das Individuum im Set der Handlungsanweisungen integriert worden sind. Dies trifft für die Rechtsnormen zu, welche beispielsweise für die Berufsarbeit benötigt werden (so die Vorschriften des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, die Vorschriften des 'Dampfkesselvereins' oder das Strassenverkehrsgesetz, soweit es die Konstruktionsmerkmale und -bedingungen von Automobilen betrifft). Diese nicht allgemein bekannten Rechtsnormen werden so zur Ausstattung des spezifischen Rollenträgers benützt und gehören zum Set der Handlungsanweisungen. Sie werden damit aber nicht automatisch zu Sozialnormen, denn nur ein bestimmter Teil aller Individuen kann und muss diese speziellen Rechtsnormen in ihr Set aufnehmen.

Insofern ist beispielsweise der Anwalt oder Advokat als Rollenträger mit einem spezifisch auf die Gesamtheit der relevanten Rechtsnormen ausgerichteten Set von spezialisierten Rechtsnormen ausgestattet, seine Funktion als 'Rechtsvermittler' setzt eine gewisse Kenntnis aller Rechtsnormen (oder des entsprechenden 'handlings' dieser Rechtsnormen) voraus.

Das Stufenmodell kann nur zeigen, dass im Individuum die dort 'abgespeicherten' Handlungsanweisungen wichtig sind. Was nicht geleistet werden kann, ist zum Beispiel die Reduktion der Menge der Rechtsnormen. Dies ist auch deshalb nicht möglich, weil der entscheidende Anteil der 'neuen' Rechtsnormen spezialisierte Rechtsnormen sind, und somit nur für spezifische Rollenträger relevant werden. Andererseits macht das Stufenmodell aufmerksam auf die Aufgaben, die der Soziologie zugewiesen werden können und die sich zu Gunsten der Effektivität von Rechtsnormen auswirken.

4. DIE AUFGABEN FÜR DIE SOZIOLOGIE

Wenn die Erhaltung und Steigerung der Effektivität von Rechtsnormen für relevant und sinnvoll gehalten wird, wie das hier vorausgesetzt wird, dann lassen sich für die Soziologie zwei Aufgabenbereiche herausschälen:

a) Ein erster Bereich betrifft die Hilfe beim Rechtssetzungsprozess und ist enger gefasst als der zweite.

Im ersten Bereich sind die folgenden Teilaufgaben zu lösen:

- Mithilfe bei der Formulierung von Gesetzestexten:

Die Soziologie kann, mit den Methoden der empirischen Sozialforschung und in Verbindung mit den Sprachwissenschaften

Hinweise liefern über die optimalen Verwendungsmöglichkeiten von Sprachelementen. Mit Hilfe von Testreihen müssen zudem alle kritischen Fälle von ungünstigen und widersprüchlichen Konnotationen von Begriffen, die bestehen oder neu entstehen, aufgefunden werden. Damit kann sichergestellt werden, dass die Rechtssetzer keine fehlerproduzierenden Begriffe in den Formulierungen von Gesetzen und Erlassen verwenden.

- Die Vermittlung von Rechtsnormen:

Ganz entscheidend für die Effektivität von Rechtnormen ist deren erfolgreiche Vermittlung. Die Soziologie kann für diese Aufgabe nicht nur die Erkenntnisse der Massenkommunikation, sondern auch die der Lerntheorie verwenden und für die spezifische Aufgabe adaptieren.

- Die optimale Zeitdauer von Rechtsnormen:

Diese Teilaufgabe ist schwieriger als die beiden ersten. Die Soziologie muss ein Forschungsprogramm entwickeln, das einerseits Auskunft gibt über die Einschätzung der verschiedenen Rechtsnormen nach ihrer Wichtigkeit, andererseits aber auch klärt, ob ein Zusammenhang besteht zwischen dem Inhalt der Rechtsnormen und der ihr zugeschriebenen Bedeutung. Die Ergebnisse sind wiederum zu testen auf die Abhängigkeiten zwischen Bedeutung und Inhalt der Rechtsnorm und adressatenspezifischen Vorstellungen über die optimale Zeitdauer. Mit den Ergebnissen sollte sich annäherungsweise eine optimale Zeitdauer von Rechtsnormen ermitteln lassen.

b) Der zweite Aufgabenkreis ist weiter gefasst und umschliesst das folgende:

Wie können welche Technologien entwickelt und eingesetzt werden, damit das Gesamtsystem von Rechtsnormen quantitativ und qualitativ entlastet werden kann?

Dabei ist zu prüfen, ob eine zahlenmässige Entlastung der Gesamtmenge von Rechtsnormen durch eine Verlagerung auf Sozialnorm-Systeme möglich ist, welche Effekte eine solche Verlagerung hat und ob damit die Effektivität von Rechtsnormen gesteigert werden kann.

Die beiden Aufgabenkreise dienen mit ihren Lösungen einem gemeinsamen Ziel. Dieses besteht im weitesten Sinn darin, die in Frage gestellte Rechtssicherheit zu festigen. Die Soziologie kann mit ihren spezifischen Erkenntnissen und Methoden beitragen, dieses Ziel zu erreichen.

Hans-Ulrich Gersbach
BNM Planconsult
Peter-Merian-Strasse 34
4002 Basel

ANMERKUNGEN

1. Die Effektivität der Rechtsnorm wird hier verstanden als die Häufigkeit, mit der auf eine Situation mit der entsprechenden Norm (und den in ihr enthaltenen Handlungsanweisungen) reagiert wird. Die Effektivität kann ausgedrückt werden als die Effektivitätsquote: Das ist die Anzahl der Fälle, bei denen normkonform reagiert wird im Verhältnis zu der Anzal der Fälle, in denen nicht normkonform reagiert wird. Die faktische Verbindlichkeit ergibt sich als Quotient der Effektivitätsquote und der gesamten Anzahl der Situationen, in denen normkonform hätte gehandelt werden müssen. Vgl. dazu: Th. Geiger, Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, Neuwied Berlin, 1964, 3. Auflage, 1970, S.71f.
2. Th. Geiger, op.cit., S.118.
3. R.J. Schweizer, Allgemeine Gesetzgebungsgragen aus der Sicht der Praxis, vervielfältigtes Referat des Rechtssetzungsseminars, S.9. Aehnlich: P. Noll, Gesetzgebungslehre, Reinbek bei Hamburg, 1973, S.259, 202ff, 261 und S.195ff.
4. P. Noll, op.cit. S.259.
5. P. Noll, op.cit. S.259f.
6. P. Noll, op.cit. S.261f.
7. P. Noll, op.cit. S.205.
8. P. Noll, op.cit. S.205. Aehnlich: U. Meyer-Cording, Die Rechtsnormen, Tübingen, 1971, S.17.
9. Vgl: A.O. Germann, Grundlagen der Rechtswissenschaft, Bern, (1968), 3. Auflage 1975, S.57f, S.63f.
10. P. Noll, op.cit. S.197ff.
11. Vgl. Anm. 1 (Th. Geiger, op.cit S.71f).
12. R.J. Schweizer, op.cit. S.9.
13. P. Noll, op.cit. S.18f.
14. Th. Geiger, op.cit. S.103
15. Th. Geiger, op.cit. S.102f.
16. P. Noll, op.cit. S.219, 220 und S.231.
17. Vgl. P. Noll, op.cit. S.164ff, besonders S.165, Fussnote 3 und S.190. U. Meyer-Cording, op.cit. S.150ff.
18. K. Tiedemann, Subventionskriminalität in der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg, 1974, S.367.
19. So S. Simitis, zitiert bei P. Noll, op.cit. S.190.
20. P. Noll, op.cit. S.190f.
21. P. Noll, op.cit. S.148.
22. H. Popitz, Ueber die Präventivwirkung des Nichtwissens, Tübingen 1968.

23. Vgl. auch: K. Tiedemann, op.cit. S.367f.

24. U. Meyer-Cording, op.cit., S.151.

25. U. Meyer-Cording, op.cit., S.151.

26. OR Art. 362. Art. 361 erklärt übrigens auch Vorschriften als zwingend, die nur zum Teil dem Schutz des Arbeitsnehmers dienen.

27. OR Art. 1.

28. U. Meyer-Cording, op.cit. S.152.

29. F. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, München 1973, S.200f.

30. Art. 17 BB über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen vom 30.6.1972.

31. U. Meyer-Cording, op.cit. S.132 bis 137.

32. U. Meyer-Cording, op.cit. S.25.

33. Vgl. P. Noll, op.cit. S.179, die "speziellen Materien".

34. Vgl. die Angaben bei P. Trappe, Die legitimen Forschungsbereiche der Rechtssoziologie, Einleitung zu Th. Geigers Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts, op.cit. S.24. Ebenso E. Blankenburg,1970: Recht als Kategorie sozialer Verhaltensregelmässigkeiten, in: Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie, Bd. 1, Bertelsmann, Bielefeld; J.P. Gibbs, Norms, The Problem of Definition and Classification, AJS Vol LXX, March 1961; R. König, Das Recht im Zusammenhang der sozialen Normsysteme, KZfSS, Sonderheft 11, Köln 1967; T. Parsons, Funktionen des Rechts und einige strukturelle Implikationen, in: KZfSS, Sonderheft 11. Diese Autoren stellvertretend für viele andere.

Bei P. Trappe op.cit. S.25f. wird in diesem Zusammenhang von "ausserrechtlichen Ordnungsgefügen" gesprochen.

35. Wobei dann erst noch nationale Unterschiede feststellbar wären, die zu einem 'Rechtsvergleich' führen würden. Bei Watzlawick et al. ist ein schönes Beispiel dieser Art aufgeführt: Menschliche Kommunikationen, Bern Stuttgart Wien, 1969, Auflage 1974, S.20f.

36. Bei P. Trappe, Zur Funktion sozialer Basisprozesse in der Verfassungswirklichkeit - Theoretische Ansätze, ZSR, neue Folge, Band 93 1974, Heft 3/4, Basel, S.284.

37. Ders. op.cit. S.289.

38. Ders. op.cit. S.291 und 289.

39. Ders. op.cit. S.283.

40. V. Aubert, Some Social Functions of Legislation, in: Sociology of Law, Hgb. V. Aubert, Harmondsworth, 1969, S.116ff, besonders S.119. In ähnlicher Art sind die Normen zu verstehen, welche bei Meyer-Cording, op.cit. S.134f. aufgezählt sind: Sie sind nicht Gesetze oder Rechtsnormen im üblichen Sinn, wirken aber sehr stark durch ihre quasi-Verbindlichkeit. Vgl. auch: P. Trappe, Soziale Norm, Normalität und Wirklichkeit, SSIP-Bulletin No 43, Basel 1976, S.145 und 153.

41. Vgl. beispielsweise das Problem des politischen Stils bei A. Bergstraesser, Zum Begriff des politischen Stils, in: Faktoren der politischen Entscheidung, Festschrift für E. Fraenkel, Hgb. G.A. Ritter und G. Ziebura, Berlin, 1963, S.42 und 44; W. Hennis, Zum Begriff und Problem des politischen Stils, in: Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, S.238f und 244.

42. So bei V. Aubert, op.cit.

43. P. Noll, op.cit. S.186ff, besonders S.187, 190 und 191.

44. D. Baacke, Kommunikation zwischen Zwang und Freiheit, Ansätze einer pädagogischen Kommunikationstheorie, in: Kybernetikon, Neue Modelle der Information, München, 1971, S.51f.

45. P. Noll, op.cit. S.187.

46. P. Noll, op.cit. S.184.

47. Vgl. das Problem der schichtspezifischen Zeichenvorräte, K.H. Stahl, Kommunikation als sprachliches Problem und politische Aufgabe, in: Kybernetikon, op.cit., S.132ff und 142.

48. Vgl. dazu: P. Watzlawick et al., op.cit. S.61ff, besonders S.66 und 67.

49. D. Horn, Rechtswissenschaft und Kommunikationstheorie, in: ARSP 53, 1967, S.582ff.

50. I. Philipps, Interaktionsmodell und Normentstehung, zum Beitrag Talvcott Parsons' zur Rechtssoziologie, Diss. Saarbrücken, 1971, S.131.

51. U. Meyer-Cording, op.cit. S.134. Vgl. auch: P. Trappe, Soziale Norm..., op.cit. S.145.

52. Vgl. dazu auch den Ansatz von N. Luhmann: Rechtssoziologie, Reinbek bei Hamburg, 1972, S.100ff. Dort wo die Parallelität von Rechtsnormen und Sozialnormen vollständig und ungestört ist, kann "Struktur eines sozialen Systems, die auf kongruenter Generalisierung normativer Verhaltenserwartungen beruht" gesprochen werden (S.105). Allerdings fallen Rechtsnormen aus diesem Systeme, so dass gerade bei ihnen die Parallelität verloren geht; wirksam bleibt hingegen auch bei diesen Rechtsnormen die Qualität des Entscheidungsprogrammes (S.102).

LITERATURVERZEICHNIS

Aubert V. (1969): Some Functions of Legislation. In: Sociology of Law, Aubert V. (Hg.). Penguin, Harmondsworth.

Baacke D. (1971): Kommunikation zwischen Zwang und Freiheit. Ansätze einer pädagogischen Kommunikationstheorie. In: Kybernetikon, Neue Modelle der Information, München.

Bergstraesser A. (1963): Zum Begriff des politischen Stils. In: Faktoren der politischen Entscheidung. Festschrift für E. Fraenkel, Ritter G.A. und Ziebura G. (Hg.), Berlin.

Blaukenburg E. (1970): Recht als Kategorie sozialer Verhaltensregelmässigkeiten. In: Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie. Bd. 1, Bertelsmann, Bielefeld.

Engels F. (1973): Die Lage der arbeitenden Klasse in England. W. Kumpmann (Hg.). Dtv, München.

Geiger Th. (1964): Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts. Luchterhand, Neuwied (3. Auflage).

Germann A.O. (1968): Grundlagen der Rechtswissenschaft. Stämpfli, Bern (3. Auflage, 1975).

Gibbs J.P. (1961): Norms, the Problem of Definition and Classification. In: AJS, Vol. LXX, March 1961.

Hennis W. (1968): Zum Begriff und Problem des politischen Stils. In: Politik als praktische Wissenschaft. Hennis W. (Hg.), Piper, München.

Horn D. (1967): Rechtswissenschaft und Kommunikationstheorie. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Nr. 53.

König R. (1967): Das Recht im Zusammenhang der sozialen Normsysteme. In: KZfSS, Sonderheft 11.

Luhmann N. (1972): Rechtssoziologie. Rowohlt, Hamburg.

Parsons T. (1967): Funktionen des Rechts und einige strukturelle Implikationen. In: KZfSS, Sonderheft 11.

Meyer-Cording U. (1971): Die Rechtsnormen. Mohr, Tübingen.

Noll P. (1973): Gesetzgebungslehre. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Philipps I. (1971): Interaktionsmodell und Normentstehung, zum Beitrag Talcott Parsons' zur Rechtssoziologie. Diss. Saarbrücken.

Popitz H. (1968): Ueber die Präventivwirkung des Nichtwissens. Mohr, Tübingen.

Schweizer R.J. (1977): Allgemeine Gesetzgebungsfragen aus der Sicht der Praxis. Vervielfältigtes Referat des Rechtssetzungs-Seminars.

Stahl K.H. (1971): Kommunikation als sprachliches Problem und politische Aufgabe. In: Kybernetikon, München.

Tiedemann K. (1974): Subventionskriminalität in der Bundesrepublik. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Trappe P. (1964): Die legitimen Forschungsbereiche der Rechtssoziologie. In: Geiger Th.: Vorstudien einer Soziologie des Rechts. Luchterhand, Neuwied.

Trappe P. (1974): Zur Funktion sozialer Basisprozesse in der Verfassungswirklichkeit - theoretische Ansätze. In: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, neue Folge Band 93, Heft 3/4. Helbling, Basel.

Trappe P. (1976): Soziale Norm, Normalität und Wirklichkeit. In: Bulletin des Sozialwissenschaftlichen Studienkreises für Internationale Probleme (SSIP), No. 43. Trappe P. (Hg.), Basel, S.144-161.

Watzlawick P., Beavin J.H., Jackson D.D. (1971): Menschliche Kommunikation. Huber, Bern (4. Auflage 1974).

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S.65-81

RECHTSSOZIOLOGIE: SOZIOLOGISCHE AUFKLÄRUNG UNTER BEWÄHRUNGSDRUCK

Robert Hettlage

ZUSAMMENFASSUNG

Vielfach scheint die Rechtssoziologie den falschen Anschein zu erwecken, als könne sie dem Rechtspolitiker bei der praktischen Rechtspflege unmittelbar behilflich sein und ihm mit den nötigen Methoden und Informationen (Theorien und Daten) zu einer grösseren Entscheidungssicherheit verhelfen. Anhand einiger grundlegender Forschungslücken der Rechtssoziologie, vor allem hinsichtlich der Stellung des Rechts im Gesamtzusammenhang normativer Steuerung, wird gezeigt, dass sie hier augenblicklich kaum mehr als Forschungsprogrammatik, nicht aber direkt praktisch verwertbare Informationen zu bieten hat. Erst wenn sie sich über ihren fachspezifischen Wissensstand vorbehaltlos Rechenschaft ablegt, könnte künftige Kooperation mit der Rechtswissenschaft fruchtbarer als bisher werden.

RESUME

La sociologie du droit a souvent prétendu être une aide immédiate pour le juriste dans l'application du droit. Elle affirmait disposer des méthodes et des informations (théories et données) nécessaires pour offrir au juriste une sécurité de décision plus grande. En montrant quelques lacunes de la recherche, notamment en ce qui concerne la position du droit dans le contexte global des systèmes normatifs, il devient alors apparent que pour le moment la sociologie du droit n'offre guère plus que des programmes de recherche et propose rarement des informations utilisables directement dans la pratique. Ce n'est qu'en montrant clairement les limites actuelles du statut scientifique de la sociologie du droit que la coopération future avec les sciences juridiques pourra devenir fructueuse.

Im Zuge der neueren Curriculum-Forschung ist auch die Rechtswissenschaft einer Neubewertung unterzogen worden: Um Rechtswissenschaft davor zu bewahren, zur reinen Rechtskunde zu verkommen, und um ihr die beanspruchte Wissenschaftlichkeit zu garantieren, sei sie aus ihrer "formalistischen Realitätsdistanz" zu befreien und sozialwissenschaftlich neu zu orientieren. Durch Beizug von Geschichte, Oekonomie, Politologie, Psychologie und vor allem Soziologie würde die herkömmliche Jurisprudenz einem höheren Legitimationsdruck unterstellt und aus ihrer Schein-Autonomie herausgelöst (Rottleuthner, 1973, S.8ff und S.21ff.). Dieser Analyse haben sich auch manche Juristen angeschlossen (Jäger H., 1970, S.98ff.; ebenso Wassermann R., 1975, S.9ff.). Sie sind gleichfalls der Ansicht, dass die Rechtswissenschaft aus der "von der Sozialwirklichkeit menschlicher Konflikte abgelösten Eigenwelt" (Jäger H., op.cit., S.107) herausgeführt werden müsse. Der Rechtssoziologie wird die besondere Korrektiv-Funktion zugeschrieben, die bisher vernachlässigte soziale Realität, die rechtstatsächlichen "Lebenssachverhalte", klarzulegen.

I. DER RUF NACH RECHTSSOZIOLOGISCHER "AUFKLÄRUNG"

Der immer stärker vernehmbare Ruf nach soziologischer Hilfestellung für die Rechtspflegeorgane (Richter, Staatsanwälte, Verteidiger, Kriminalbeamte etc.) ist, von einigen frühen Ausnahmen abgesehen, eine vergleichsweise neue Erscheinung. Noch bis vor kurzer Zeit dominierte vielmehr in Juristenkreisen die Angst vor einer "Soziologisierung" der Jurisprudenz, das Misstrauen, die Soziologie trete nicht mit dem Anspruch einer Hilfswissenschaft auf, sondern mische sich mit dem Hintergedanken - oder offen, wie bei Comte (1830) - in die rechtspolitische Diskussion, um die Rechtswissenschaft zu ersetzen. Nicht zuletzt deswegen bemühten sich viele Rechtstheoretiker - lange mit Erfolg - darum, auch theoretisch abzusichern, dass sie der Kooperation der Soziologie nicht bedürften. Hierin war der Rechtspositivismus führend. Für ihn bestand das Ziel der Jurisprudenz ausschliesslich darin, sich mit der Positivität, der auf dem Staatswillen beruhenden Rechtsnorm, zu befassen. Aehnlich Kelsen's "reine Rechtslehre", die sich nur darum bemüht, eine Grundnorm zu finden, aus der alle anderen ableitbar sind. Dazu gehören aber auch all die legalistischen Auffassungen, die glauben, dass sich das soziale Leben durchgängig in Gesetzesform fassen liesse. In allen Fällen wurde der Rechtssoziologie entweder die theoretische Berechtigung oder die praktische Relevanz abgesprochen.

Im letzten Jahrzehnt trat eine entscheidende Wendung ein. Immer deutlicher begann sich die Auffassung durchzusetzen, dass "eine juristische Tätigkeit ohne Berücksichtigung der einschlägigen sozialen Sachverhalte unsachgemäss" (1) sei, diese komplexen "Realien" aber von keiner juristischen Teildisziplin hinreichend untersucht würden. Angesichts der "Einsichten in die Fragwürdigkeiten des Rechtserzeugungsprozesses" erhebt Eichenberger deshalb die Forderung nach einer den sozialen Kontext mitberücksichtigenden, neuen Rechtssetzungslehre (1971, S.381ff.). Dabei wird der Rechtstatsachenforschung (Nussbaum) in Bezug auf Anwendung und Fortbildung des Rechts erhöhte Bedeutung zugemessen. Rechtssoziologie wird heute deswegen nicht mehr nur als "legitimer" Denkansatz für alle Zweige der Rechtswissenschaft angesehen, sondern sogar als höchst wünschbare Hilfswissenschaft, um die rechtstatsächlichen Entscheidungsgrundlagen zu ermitteln und den Effektivitätsgrad getroffener Entscheidungen abzuschätzen.

Die Erwartungen an die Rechtssoziologie scheinen manchmal sogar eine Eigendynamik entwickeln zu wollen, als sei diese Disziplin nun fähig, das arg erschütterte Selbstverständnis des Juristen wiederherzustellen und ihm seine verlorene Entscheidungssicherheit durch eine neue, soziologische "Weltgewissheit" (2) zu restituieren. Geradezu "gnostisch" wird die Erwartung, die beschreibende Rechtssoziologie könne etwa anhand von (Dauer-)Umfragen das soziale Leben, sofern es rechtlich relevant ist, nicht nur etwas genauer erfassen, sondern sogar bis ins Letzte ausleuchten, oder, eine funktionelle Rechtssoziologie sei fähig, die Interdependenzen zwischen sozialer Umwelt und Rechtsordnung so vollumfänglich auszubreiten, dass es dem Rechtspolitiker ein Leichtes werde, mit diesem Grundlagen- und Detailwissen versehen, immer genau zu entscheiden, welche sozialen Ziele mit welchen rechtlichen Mitteln zu erreichen sind. Hier gerät die Rechtssoziologie unter einen "Bewährungsdruck" (Rotter F., 1974, S.16), dem sie mit Sicherheit nicht gewachsen ist.

An dieser Lage ist die Rechtssoziologie zum Teil nicht ganz schuldlos. Um die lange verweigerte Anerkennung und Aufmerksamkeit zu finden, hat sie den fälschlichen Eindruck ihrer Leistungsfähigkeit sogar noch potenziert. Mit dem Mut desjenigen, der den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen vermutlich doch kaum wird antreten müssen, hat sie sich Einlass in den Bereich der Rechtswissenschaft mit dem Versprechen verschafft, sie stellte die benötigten Methoden und Informationen (Theorien und empirische Daten) bereit, deren der Jurist dringend bedürfe, um "realistisch" entscheiden zu können. Rechtssoziologie könne mit dem Anspruch

auftreten, nicht nur "das soziale Leben auf seine Beziehungen zu den Rechtsnormen hin" (Kantorowicz H., 1962, S.118) zu untersuchen, wie Kantorowicz noch unprätentiös formuliert hatte, sondern sogar, "die volle gesellschaftliche Wirklichkeit des Rechts" zu erfassen (Gurvitch G., 1974, S.40).

Noch vielversprechender war das Angebot, die "in der Soziologie überhaupt gewonnenen Erkenntnisse anzuwenden, um soziale Probleme - individuelle und allgemeine - zu lindern" (Lautmann R., 1971, S.13) und damit bei der Formulierung von Gesetzestexten, der Vermittlung von Rechtsnormen oder der Entwicklung neuer Technologien zur Entlastung des Gesetzgebers mitzuhelfen (3). Dass solches jeweils nur unter Rezeption des aktuellen soziologischen Forschungsstandards möglich ist, wurde nicht deutlich unterstrichen. Wie es um diesen bestellt ist, blieb im Dunkel. Leicht verunsichert durch die unerwartet positive Reaktion seitens der Rechtswissenschaft kamen dann doch bald die ersten zaghaften Warnungen, durch die Dienste des Rechtssoziologen würden die Aufgaben des soziologisch arbeitenden Juristen nicht etwa leichter, sondern eher komplexer, denn mehr Daten und Alternativen würden sein Entscheidungsproblem nur vergrössern (Lautmann R., 1971, S.25). Diese Warnungen blieben aber ungehört, zumal immer noch die Unterstellung erhalten blieb, dass die versprochenen Daten sozusagen auf Abruf bereit stünden. Heute, da die Rechtssoziologie sich dem Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen kaum mehr entziehen kann, merken die Juristen, dass sie vergassen, die Versprechungen "cum granu salis" zu nehmen, und die Soziologen, dass sie nur ungenügend gerüstet sind, die Herausforderung inter- oder wenigstens multidisziplinärer Zusammenarbeit anzunehmen.

II. SCHWIERIGKEITEN RECHTSSOZIOLOGISCHER AUFKLÄRUNG

1. Schwierigkeiten im Vorfeld: der wissenschaftliche Kommunikationsprozess

Da ist auf der einen Seite die schon sprichwörtliche Sprachartistik mancher Soziologen mit der bestimmte, oftmals bescheidene Erkenntnisse an den Juristen "verkauft" werden, so als ob ihr geistiger Rang an der Exklusivität möglicher Kommunikationspartner gemessen würde (Berger P.L., 1971, S.24). Damit es selbst über diese Erkenntnisse zu einer Verständigung kommen kann, müssten vorab die gröbsten Sprachbarrieren der verschiedenen "Kunstsprachen" abgebaut werden. Das gilt im besonderen für die Sprache mancher soziologischer Richtungen - etwa der Kritischen Theorie

oder des Neo-Funktionalismus - deren Schwerfälligkeiten und Abstraktionsniveaus geradezu kontraproduktive Wirkungen haben. Sie stellen "für den Juristen, der konkrete Gegenstände entschieden oder geändert sehen will, keine Empfehlung' dar... "Diese Sprache ist jeder heute geübten gesellschaftlichen Praxis und einer angestrebten 'gütigeren' gesellschaftlichen Praxis unangemessen". (Naucke W., 1970, S.91). Das Angebot der Soziologie an die Rechtswissenschaft, Hinweise über die "optimalen Verwendungsmöglichkeiten von Sprachelementen" (4) zu liefern, dürfte kaum grossen Widerhall finden, solange die kommunikativen Funktionen der eigenen soziologischen Wissenschaftssprache in Zweifel gezogen werden. Sozio-linguistische Studien über Konnotationen, über das Verhältnis von expressiven, deskriptiven und impressiven Gehalten (Ossowski, 1973, S.206) der Gesetzessprache dürften eher als Zumutung oder Ablenkungsmanöver gewertet werden, solange nicht einer angemessenen Fachsprache, sondern vielmehr einer hochstilisierten Kunstsprache gehuldigt wird. Bevor über das gemeinsame "Repertoire" an Vorstellungen, Kenntnissen etc. zwischen Normsender und Normempfänger befunden wird, müsste erst einmal die unbestreitbare "Informationskrise" unter den kooperierenden Wissenschaften behoben sein. Allerdings trifft der Vorwurf beileibe nicht nur die Soziologie. Auch dem Juristen kann vielfach angelastet werden, die Möglichkeiten einer Normalsprache nicht auszuschöpfen (Jäger H., op.cit., S.107).

Zum Vorfeld ungelöster wissenschaftlicher Kommunikation gehört auch die für manchen Soziologen enttäuschende Erfahrung, dass er bei der Lösung juristischer Sachfragen nur kompetent mitwirken kann, wenn er vertiefte Kenntnisse der überaus stark vorstrukturierten Rechtsproblematik, der Begrifflichkeit und des Standes praktischer Erörterungen und Erfahrungen mitbringt. Wenn soziologische Ueberlegungen nicht als vom Standpunkt des praktischen Juristen unergiebig angesehen werden sollen, muss dieser Stand der Entwicklung in Einzelheiten rezipiert werden (Naucke W., a.a.O., S.88). Auch ein ideologiekritisches Erkenntnisinteresse kommt um diese Haltung nicht herum. Diese unbequeme Vorarbeit mag lange Zeit den Ausschlag für das nur periphere Interesse vieler Soziologen an der Rechtsthematik gegeben haben.

2. Zentrale Schwierigkeiten: die Forschungslücken der Rechtssoziologie

Ins Zentrum des Kommunikationsprozesses zwischen Rechtswissenschaft und Soziologie stösst die Frage nach dem sachlichen Beitrag rechtssoziologischer Forschung hinsicht-

lich der Anwendung und Fortbildung des Rechts. Ein Blick auf die institutionellen Grundlagen rechtssoziologischer Lehre und Forschung (nicht zuletzt der Schweiz) zeigt, dass auch von dieser Seite die bisherigen Erwartungen zurückgenommen werden müssen. Auf der einen Seite liegt das eben daran, dass die juristischen Fakultäten die Integration sozialwissenschaftlicher Aspekte nicht nur nicht gefördert haben, sondern der Soziologie den Zutritt lange verwehrt hielten. Noch heute wird ihr gesamthaft betrachtet bemerkenswert wenig Raum zugestanden. Zum anderen haben sich bis heute auch verhältnismässig wenige Soziologen dem rechtssoziologischen Bewährungsdruck gestellt. (Wie weit sich beide Aspekte gegenseitig bedingen, soll hier nicht weiter untersucht werden.)

All das heisst nicht, dass nicht manche Bereiche der Rechtssoziologie heute bereits eine gewisse Forschungstradition besitzen. Zwei Bereiche verzeichnen einen eindeutigen Entwicklungsvorsprung:

1) Untersuchungen über juristische Institutionen und die Tätigkeit des Rechtsstabes, etwa über
   - den Prozess richterlicher Entscheidungsfindung (Shapley, Shubik, Zeisel, Strodtbeck, Everson, u.a.)
   - die Analyse der Anwaltsrolle (Blaustein, Porter, Rüschemeyer),
   - die soziale Rekrutierung der Juristen (Kaupen, Rasehorn, Dahrendorf).

2) Untersuchungen über Ursachen und Wirkungen abweichenden Verhaltens, mit besonderem Blick auf die Erforschung der Jugenddelinquenz. So sind heute eine Fülle von Theorieansätzen und empirischen Daten verfügbar über
   - das Erlernen kriminellen Verhaltens (Sutherland, Cressey u.a.)
   - die Stigmatisierung von Aussenseitern (Goffman),
   - die Eigenheiten von Subkulturen (Riemer, Klemmer),
   - und die Ettikettierung abweichenden Verhaltens (Sack, Rubington, Weinberg) (5).

Diese Schwerpunktbildung rechtssoziologischer Forschung hatte umgekehrt die Folge, dass eine Reihe von Bereichen der Rechtssoziologie sich noch weitgehend ausserhalb wissenschaftlicher Bemühungen oder gesicherter Ergebnisse befinden. Zu diesen Forschungslücken gehören so wichtige Themenkreise wie (6)

- die Situation des Normempfängers (Rechtsadressaten) in der "verrechteten" Gesellschaft,
- die Stellung des Rechts im Gesamtzusammenhang verschiedener normativer Steuerungssysteme,
- die Form und Funktion sozialer Normen in und für gesellschaftliche Einheiten und ihre Subsysteme,
- und die Entstehung und der Wandel sozialer Normen.

Hier kann die Soziologie dem Rechtspolitiker bisher kaum integrierte Projekte oder integrierte Resultate für die interdisziplinäre Zusammenarbeit anbieten. Der Rechtssetzer kann hierfür in der heutigen Situation daher kaum praktischen Beistand erwarten. Zudem kommt auch auf der Ebene theoretischer Rechtssoziologie hinzu, dass es sich überaus schwierig gestaltet, die verschiedenen Theorieansätze und Fragestellungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Angesichts der Diffusität, Weitläufigkeit und Komplexität des Forschungsgegenstandes ist dies auch nicht weiter verwunderlich. Immerhin würde es dem Grundsatz der wissenschaftlichen "Bilanzwahrheit" widersprechen, wenn die Soziologie weiterhin an der Behauptung festhalten würde, sie könnte dem Rechtspolitiker die (d.h. unterschwellig: alle) benötigten sozialwissenschaftlichen Informationen vermitteln. Da wäre es schon ehrlicher, zu hoch geschraubte Aufklärungs-Erwartungen selbst zu bremsen und sich dem auf die Dauer sowieso unvermeidbaren Prozess veränderter Fremd- und Selbsteinschätzung zu stellen.

III. "RECHTSNORM UND RECHTSEFFEKTIVITÄT": EIN BEISPIEL SOZIOLOGISCH UNBEWÄLTIGTER KOMPLEXITÄT

Dass die Rechtssoziologie augenblicklich zu einer Reihe grundlegender juristischer Gestaltungsfragen eher Forschungsprogramme, denn gesicherte Forschungsergebnisse anzubieten vermag, lässt sich am Beispiel der Effektivität von Rechtsnormen illustrieren:

1. Ordnungsgewissheit zwischen Informationspolitik und Normdistanz

a) Ordnungsgewissheit und Informationsdistanz

Effektivität der Rechtsnorm kann nur garantiert sein, wenn der Normadressat den Norminhalt kennt. Dies klingt selbstverständlich. Sicherlich liesse sich mit den heutigen Methoden empirischer Sozialforschung aufzeigen, dass diese "Ordnungsgewissheit" erhebliche Lücken aufweist. Tatsächlich fehlen bis heute aber verlässliche Informationen darüber, in welchen Lebensbereichen und sozialen Schichten die Informationsdistanz (graduell dargestellt) typisch ist, welche Informationsselektion vorgenommen wird und welche Ersatzmechanismen in Form von Stereotypen, Vorurteilen u.ä. Platz greifen.

Sicherlich kann die Soziologie auch darauf verweisen, dass die (vermutete) Informationsdistanz mit der Tendenz moderner Gesellschaften zusammenhängt, ehemals frei gestaltete Bereiche stärker zu "verrechtlichen". Er kann auch die Gefahren dieser Gesellschaftspolitik für anomisches Verhalten, für neue "Klassenspaltungen" zwischen Trägern von Information und den mit Information Ueberschütteten (Schelsky H., 1975, S.122, 127, 133) hinweisen. Die indirekte praktische Wichtigkeit solcher und ähnlicher Analysen ist unbestritten, da sie den Rechtspolitiker auf soziale (und nicht nur rechtstechnische) Belastungsgrenzen aufmerksam machen. Direkt ist ihm damit aber keine Hilfe geboten, um die Flut von Rechtsnormen, die "Gesetzesinflation" (7) einzusämmen.

Wie Gersbach richtig unterstreicht, dürfte eine verstärkte Informationspolitik (etwaiger Rechtsvermittler) dieser Inflationserscheinung kaum einen Riegel vorschieben können, da sie nicht an deren Wurzel ansetzt. Sucht der Soziologe dann nach Entlastungsmechanismen auf anderer, vorrechtlicher Ebene, dann stösst er auf ein gänzlich offenes Forschungsproblem: das Verhältnis von Rechts- und Sozialnorm.

b) Ordnungsgewissheit, Normdistanz und Legitimationsdefizit

Geht man von der Hypothese aus, dass der Informationsdistanz primär eine Kluft zwischen Bewertungsmassstäben und Verhaltenserwartungen, also eine Normdistanz, zugrundeliegt (8), dann musste sich der Rechtssetzer auf die Kenntnis schicht- oder sogar gruppenspezifischer Verhaltensregulierungen stützen können. Ein solcher Beitrag zu einer differentiellen Theorie und Empirie der "Rechtserfahrung" steht aber noch aus.

Ansätze lassen sich dazu aus der Rechtsethnologie bzw. den Untersuchungen über subkulturelle Eigenarten gewinnen. Dort gemachte Erfahrungen zeigen, dass Legalität nicht selten des nötigen "Legitimitätsglaubens" entbehrt. Potenziert durch den übermässigen Steuerungswillen der Zentralmacht und der sich laufend verringernden "Halbwertzeit" von Gesetzen, kann ineffektive rechtliche Normierung durchaus daran liegen, dass die offiziell statuierten Verhaltensregulierungen unter fundamentalen Legitimationsdefiziten leiden, die sich in notorischer Rechtsfremdheit oder sogar bewusster Gesetzesunterwanderung durch die Bevölkerung oder bestimmte ihrer Gruppierungen äussern. Teilweise mag dahinter auch die negative Erfahrung beim Zugang zu bestimmten Institutionen oder Rechtsvermittlern stecken. In bestimmten Kulturen des Mittelmeerraums hat sich diese Situation zum heute vielleicht gravierendsten Hindernis der Rechtspolitik ausgewachsen.

Es wäre überheblich, die Problematik der Normdistanz als "exotisch" abtun zu wollen. Obwohl die Verhältnisse in den uns umgebenden Gesellschaftsformationen auf den ersten Blick doch ganz andere zu sein scheinen, dürfte es nicht schwer fallen, auch hier Ansätze zu staatlicher Legitimationsschwäche aufzudecken. Möglicherweise geraten kompexe Industriegesellschaften mit ihren intransparenten und nurmehr schwer kontrollierbaren Entscheidungsvorgängen mit einer gewissen Zwangsläufigkeit in solche Legitimationskrisen, die die Effektivität von Rechtsnormen zu Fall bringen.

Wie lange die im allgemeinen hohe Steuermoral des Schweizers noch als eines der möglichen Gegenbeispiele heranzuziehen ist (vgl. Gersbach), kann heute nicht abschliessend beantwortet werden. Jedenfalls geben Schmölders' Untersuchungen zur ökonomischen Verhaltensforschung zu denken, wonach in allen hochentwickelten Ländern der gemeinsame Grundbestand an anerkannten gesellschaftlichen Regeln im Schwinden begriffen ist. Seine Typologie des "verlorenen Untertans", die auch den "Antibürger" einschliesst, deutet in diese Richtung (vgl. Schmölders G., 1971, S.144ff.).

Wenn es zutrifft, dass Rechtseffektivität primär da gewährleistet ist, wo Rechtsnormen von bestimmten - in Konvention, Sitte und Brauch herausgebildeten - Sozialnormen unterstützt werden, dann dürfte das juristische Problem der Normvermittlung - entgegen Gersbach's Ansicht - nur in sehr geringem Ausmass durch Verwertung der Erkenntnisse der Massenkommunikations- und Lerntheorie zu steuern sein. Erfolgsversprechender ist da schon sein Vorschlag, die Sozialnormen selbst auf ihre möglichen Effekte und Hilfen hin zu untersuchen.

Als erstes wäre dann zu prüfen, wie sich in der jeweils zu untersuchenden Gesellschaft "spontane normative Fakten", die "Urquellen ... der Positivität allen Rechts" (Gurvitch G., op.cit., S.41) manifestieren. Ihre katalysatorische Wirkung hinsichtlich der Rechtsnormen offenbart sich am ehesten dann, wenn bestimmte Norm- und Verhaltenskonflikte zwischen legaler und tatsächlicher Ordnung auftreten bzw. wenn sich gewisse subkulturelle Denk- und Verhaltensmuster als überaus resistente "Daten" erweisen (Sack F., 1971, S.261ff.), die eine dem Recht ähnliche Voraussehbarkeit "sozialer Reaktionsrisiken" (Geiger T., 1970, S.119) bewirken. Daraus wird ersichtlich, dass ein rechtlicher Ueberbau ohne vorrechtliche Stabilisierungselemente sich nur schwer als gültige, effiziente Handlungsanweisung verankern kann. Ganz deutlich wird dieser Zusammenhang in den sogenannt primitiven Gesellschaften, in denen formal organisierte Rechtsinstitutionen und ausdrücklich statuierte, "gesatzte" Rechtsregeln kaum verbreitet sind und sich die Verhaltensnormierung überwiegend auf vorrechtliche Dispositionen zur Ordnungssicherung abstützt.

Dass eine bestimmte "Rechtskultur" (Riegel K.-G., 1972, S.321-326) sich überhaupt erst aus dem spezifischen Verhältnis von Rechts- und Sozialnormen bestimmen lässt, scheint in unseren "verrechtlichten" Gesellschaften zeitweise in Vergessenheit geraten zu sein. Dennoch hatte Lassalle schon vor über 100 Jahren darauf aufmerksam gemacht, als er schrieb: "Wo die geschriebene Verfassung nicht der wirklichen entspricht, da findet ein Konflikt statt, ... bei dem unbedingt auf die Dauer die geschriebene Verfassung, das blosse Stück Papier, der wirklichen Verfassung ... erliegen muss." (Lassalle F., 1958, S.48).

Natürlich hat die Tatsache, dass beide Formen unterschiedlich institutionalisierter Handlungsanweisungen in der praktischen Rechtssetzung und -anwendung eng verbunden sind, in die rechtswissenschaftliche Literatur Eingang gefunden. Die Polarität von "Recht und Wirklichkeit" wurde aber vorwiegend auf eine Gegenüberstellung von Gesetzesinhalt und Justizpraxis verkürzt. Weniger Aufmerksamkeit wurde dem Problem gewidmet, wie Gesetzesinhalte eine (sub-) kulturspezifisch unterschiedliche Auslegung, Billigung und Anwendung erfahren. Erst wenn dieser Hintergrund der sozialen Wirklichkeit in sehr differenzierter Weise miterfasst ist, kann entschieden werden, ob das Sozialnormsystem in seiner Gesamtheit oder in bestimmten Teilaspekten (jeweils bezogen auf soziale Teilbereiche) komplementäre oder substitutive Wirkungen hervorbringt. Davon hängt es schliesslich ab, ob und in welchem Umfang die Rechtsnormen Geltungschancen besitzen. Dieses rechtssoziologische Fundamentalproblem ist bisher nur in Ansätzen erforscht.

Unter der Annahme, dass Rechtsnormen durch vorrechtliche Regulierungen gestützt werden, ist die Ueberlegung naheliegend, ob letztere nicht Entlastungsaufgaben für die überforderte Gesetzgebung übernehmen könnten. Die schon angedeutete Sanktionskraft sozialer Normierung, etwa des Gruppendrucks, deutet in diese Richtung. Ein Blick auf bestimmte Arten des berufsspezifischen "Dienstcharakters" wie es sich in Handwerksgesinnung, Beamtenethos etc. äusserte, zeigt ebenfalls, dass solche Reaktionsmuster unter bestimmten strukturellen Bedingungen Wirksamkeit erlangen und solche Entlastungsfunktionen ausüben können (Kluth H., 1965, S.13). Um aber unter den heutigen Bedingungen ein Aktionsprogramm für den Prozess der Rechtsfortbildung formulieren zu können, müsste vorab geklärt sein, ob die in Betracht gezogenen Sozialnormen jeweils u.a. folgende Bedingungen erfüllen:

- Klarheit der Regelung,
- Sicherheit der Sanktion,
- Verhältnismässigkeit sozialer Reaktion,
- Wirkungsgrad der Reaktion

- Unmittelbarkeit der Reaktion
- Art der sanktionsberechtigten Oeffentlichkeit
- Instanzenweg
- Rekursmöglichkeiten etc.

Im Prinzip stellen sich dabei ähnliche Probleme, wie bei der Ausformulierung von Rechtsnormen und der Wirksamkeit rechtlicher Prozeduren, nur dass der Bereich der nicht formell proklamierten Normsätze viel diffuser und einer Erfassung schwerer zugänglich ist. Erst wenn geklärt werden kann, welche Sozialnormen unter welchen Bedingungen eine der Rechtsnorm äquivalente Ordnungszuversicht zu garantieren vermögen, dürfte sich der Rechtspolitiker dazu bereit finden, darüber zu sprechen, welche Rechtsnormen in einen solchen Substitutionskatalog aufzunehmen seien.

2. Rechtseffektivität und soziale Basisprozesse

Nach dem bisher Gesagten dürfte es schliesslich nicht ausreichen, sich - wie Gersbach auch betont - allein auf die engere Verknüpfung von Rechts- und Sozialnormen zu konzentrieren, um Rechtseffektivität zu sichern. Der gesamte Bereich vorrechtlicher Regulierung ist selbst wieder in "vornormativen" Strukturen verhaftet, in bestimmten "Tiefenschichten des sozialen Seins" (Gurvitch, a.a.O, S.19, 128ff, 148ff.), die mit dem Rechtsleben in mittelbarer, aber dennoch entscheidender Beziehung stehen. Diese grundlegenden Kristallisationsgrade sozialen Lebens nennt Trappe "Basisprozesse" (Trappe, 1974, S.283-306).

a) Zur Bestimmung sozialer Basisprozesse

Soziologie und Sozialphilosophie haben von verschiedenen Ausgangspunkten her seit langem darauf hingewiesen, dass die Unterschiedlichkeit von Ordnungsgefügen eng mit divergierenden Reaktionsbereitschaften bzw. "Situationsdefinitionen" der Menschen zusammenhängen. Diese prägen ein bestimmtes Verhalten und ein normatives Klima, das die Grundlage für bestimmte vorrechtliche und rechtliche Normierungen darstellt.

Gurvitch spricht in diesem Zusammenhang von "allgemeinen Bedingungen, denen eine Manifestation der sozialen Wirklichkeit entsprechen soll, um ein normatives Faktum zu werden." Zu solchen Vorbedingungen zählen alle "Manifestationen der Soziabilität" relativ "unstrukturierter" Art sowie die Werte, Symbole und Zeichen (Gurvitch, op.cit., S.20 und 130). Auch Parsons' grundlegende Alternativen der Motivation, Wertorientierung und Handlungsinteressen, die "pattern variables", stehen in diesem Zusammenhang

(Parsons T., 1968, S.48ff., 57ff. und 67ff.). Diese das "Alltagshandeln" durchziehenden elementaren Prägungsmuster könnten der systemtheoretischen Sprachregelung folgend vielleicht als "Code-Funktionen" interpretiert werden.

Zu solchen "codes" für soziale Normierung rechnet Trappe alle Fragen des Stils, Takts, der Fairness, bestimmte Ehrenkodizes, aber auch die unmittelbaren sozialen Interrelationen, die interpretierbar belassenen sozialen Entscheidungen, die Arten der Konfliktlösung, der Kontrolle und des Partizipationsverhaltens (Trappe P., op.cit., S.288, 297, 300 und 305). All jene sozialen "Klimafaktoren" bilden einen vor-normativen subinstitutionellen "Mikrokosmos" (Gurvitch G., op.cit., S.155), der trotz seinen relativ schwachen, informellen und freien Verpflichtungsgrads erhebliche Auswirkungen auf den Effektivitätsgrad rechtlicher Normierung gewinnen kann.

Eigentliche Untersuchungen zu diesen sozialen Tiefenschichten oder "hidden structures" (Eisenstadt S.N. et al., 1976, S.273ff.) liegen bisher nicht vor. Die soziologische Forschung bietet dazu "no more than programmatic declarations and occasions for debate rather than direct contributions to research." (Eisenstadt S.N. et al., op.cit., S. 278). Erst wenn wirklich dazu gesicherte Ergebnisse bereitgestellt werden, liesse sich eine für den Juristen brauchbare Theorie der Norm- und Rechtserfahrung rekonstruieren.

Dem ersten Anschein nach sind unter dem Terminus "Basisprozesse" recht heterogene Erscheinungen subsumiert, die noch dazu einen klar unterscheidbaren "Ablauf" unterstellen. Allerdings muss man sich vor Augen halten, dass sich soziale Prozesse von sozialen Beziehungen wohl nur analytisch trennen lassen, Verhaltensabläufe den Beziehungsaspekt jeweils einschliessen, wenngleich sie den Aspekt des dynamischen Vorgangs betonen. Geht man davon aus, dann können die sozialen Basisprozesse als den elementaren Beziehungs- und Verhaltensmustern gleichwertig verstanden werden.

Im Anschluss an Homans (Homans G.C., 1972, S.59ff und 111ff.) - auf den sich Trappe u.a. auch beruft - lässt sich eine innere Strukturierung dieser "basic patterns" versuchen. Entsprechend dessen Dreiteilung der Verhaltenselemente in Handlungsmotive (sentiments), wechselseitige Beziehungen (interactions) und Tätigkeiten (activities), lassen sich für eine bestimmte "Rechtskultur" grundlegende ("basale") Bestimmungsgrössen angeben, nämlich Wert-, Beziehungs- und Handlungsmuster, die möglicherweise je nach Gesellschaft oder Subkultur variieren. Aus analytischen Gründen lässt sich der Wertaspekt weiter ausdifferenzieren in eigentliche Wertmassstäbe, individuelle und kollektive Erfahrungen und den daraus abgeleiteten Einstellungen und Haltungen (attitudes).

Schematisch ergäbe sich damit folgende innere Auffächerung der Basisprozesse:

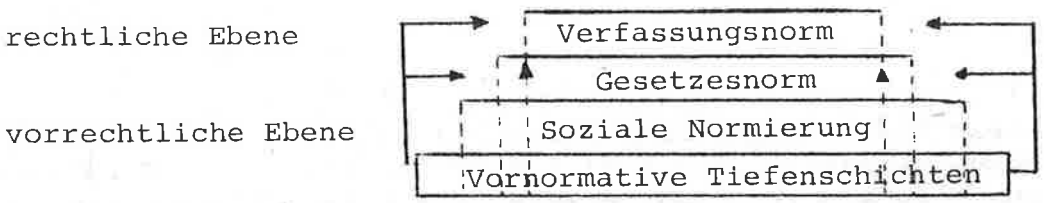
Sentiments	Grundwerte	Werte, Ideen, Ideologien, Symbole, Zeichen
	Grunderfahrungen	Hintergrundserlebnisse, "sedimentierte" Erfahrung (Husserl), Zeitverständnis, "Meinungsklima" (Becker)
	Grundhaltungen	Reaktionsbereitschaften, Habitus ("Tugenden"), Einstellungen, Attitüden
Interactions	Grundbeziehungen	Formen der Sozialität, Verhaltenstypen, Interaktionsformen
Activities	Grundtätigkeiten	Teilnahme an Entscheidungen, Kontrollvorgänge, Verantwortungsübernahme etc.

Diese Einteilung erhebt nicht den Anspruch grundsätzlich Neues zu sagen, könnte sich aber für die Rechtssoziologie insofern als fruchtbar erweisen, als sich hiermit ein Forschungsprogramm zur Untersuchung wichtiger Elemente von sozialen Tiefenstrukturen aufbauen liesse. Unmittelbar einsichtig ist, dass sich dazu eine Kooperation mit anderen Wissenschaften wie der Sozialphilosophie, Sozialpsychologie und Sozialanthropologie geradezu aufdrängt.

Bisher hat sich die Rechtssoziologie an dieses überaus komplexe Faktorenfeld noch nicht herangewagt. "Mangels formaler Vorarbeiten, aber auch inhaltlicher Fixierung" (Trappe P., op.cit., S.296) können dem Rechtssetzer bisher keine praktisch verwendbaren Informationen bereitgestellt werden. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da sich hier soziale Komplexität kaum sinnvoll reduzieren lässt. Ein Vorwurf trifft die Rechtssoziologie nur, sofern sie behauptet oder auch nur den Anschein erweckt, als könnte sie zu diesen Aspekten der Normbildung und Rechtseffektivität augenblicklich mehr als nur vage Hinweise liefern.

b) Zur Vermittlung zwischen sozialen Tiefenstrukturen und Rechtsnormen

Aehnliches gilt für die Frage, wie Basisprozesse in der rechtlich verfassten Ordnung wirksam werden. Eine nicht unerhebliche Aufgabe der Soziologie müsste es sein zu zeigen, in welcher Form die "basic patterns" in die Rechtswirklichkeit eingehen. Die Annahme eines Stufenbaus mit vornormativen Prägeformen an der Basis und darauf errichteten Sozial-, Gesetzes- und Verfassungsnormen hat nicht genügend Aussagewert. Die darin enthaltene Vorstellung eines gradlinig von unten nach oben verlaufenden Filtrierungs- (oder Verdichtungs)prozesses könnte sich sogar als falsch erweisen. Denn es mag durchaus sein, und vieles spricht dafür, dass in diesem Prozess bestimmte Stufen übersprungen werden und manche "patterns" in bestimmten Normbereichen dadurch erhöhte Geltung erlangen. An der viel diskutierten Beziehung zwischen Grundwerten und Verfassungsnormen dürfte sich dies unschwer illustrieren lassen. Ebenfalls zu untersuchen wäre, ob sich die Wirkungen der Basisprozesse von Stufe zu Stufe abschwächen. Die strukturellen Bedingungen für die eine oder andere Variante wären jeweils genauer herauszuarbeiten.



All diese Ueberlegungen sind von Bedeutung um herauszufinden, ob die Institution des Rechts über die nötigen Verarbeitungskapazitäten verfügt, um den Informationsfluss offen zu halten, ferner, um darüber Aufschluss zu gewinnen, inwieweit der heute gängige Vorwurf des puren Rechtsformalismus berechtigt ist, und schliesslich, um zu sehen, wie weit ein Rechtssystem Devianz mitproduzieren muss, weil Basisprozesse und Sozialnormen sich als "kontraproduktiv" erweisen.

Auch von hier aus müsste die Frage der Entlastung des Rechtssystems angegangen werden. Vermutlich wäre für die Effektivität der Rechtsnormen viel gewonnen, wenn jene Basisprozesse gestärkt würden. Dies schon deshalb, weil es sich dabei vielfach um Selbstregulierungsvorgänge in überschaubaren, und noch gestaltbaren sozialen Bereichen handelt. Deshalb handelt es sich auch nicht nur um eine Aufgabe der "moral suasion", sondern ebenfalls um ganz handgreifliche strukturelle Massnahmen zur Stärkung sozialer Grunderfahrungen. Die Theorie der "autonomen Kleinräume" auf genossenschaftlicher Basis deutet in diese Richtung (Gasser A., 1976).

Es scheint zu einer der vitalen Fragen komplexer Gesellschaften zu werden, ob und in welchem Ausmass sie die Stärkung bzw. Rückgewinnung solcher autonomen Räume, die auch Verantwortungsbereiche sind, zulassen oder fördern. Der in der Rechtswissenschaft eingeführte Terminus der "Rechtskultur" wäre unter dieser Rücksicht um den Begriff der "Normkultur" zu erweitern.

Auch für die Rechtssoziologie gilt in wesentlichen Bereichen Bahrdt's generelle Zustandsbeschreibung der Sozialwissenschaften: "... bei Licht besehen sind es - auch bei bester Kommunikationslage in der Wissenschaft, die in den Sozialwissenschaften nicht vorliegt - nur wenige Ausschnitte aus dem Leben unserer Gesellschaft, über die man, gemessen am Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, wirklich genau und sicher Bescheid weiss." (Bahrdt H.P., 1969, S.10).

Der Firnis falscher Erwartungen und Selbstdarstellungen kann diese Kommunikationslage nur verschlechtern; er eröffnet nicht interdisziplinäre Kooperation, sondern verschüttet sie. Denn erst an der Problematisierung des fachspezifischen Wissenstands werden die möglichen Forschungsgegenstände und die der Kooperation bedürftigen Bereiche deutlich.

Robert Hettlage
Unterer Batterieweg 140
4059 Basel

ANMERKUNGEN

1. Vgl. Wissenschaftspolitik. Mitteilungsblatt der schweizerischen wissenschaftspolitischen Instanzen 1(1972) 3, S.14.
2. Dieser Begriff ist der bekannten phänomenologischen Terminologie von E. Husserl entnommen.
3. So etwa die abschliessende Aufgabenskizze der Soziologie zum Thema Rechtseffektivität bei H. Gersbach: Sicherung und Steigerung der Effektivität von Rechtsnormen - eine Aufgabe der Soziologie? in dieser Nummer der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie. Sein Aufsatz hat mich hauptsächlich zu meinen kommentierenden und ergänzenden Betrachtungen angeregt.
4. Vgl. Gersbach, op.cit. Selbstverständlich wird die Notwendigkeit einer angemessenen Fachsprache nicht bestritten.
5. Die Liste der aufgeführten Namen trägt nur Hinweischarakter; eine gute Ueberblicksstudie über den heutigen Stand der amerikanischen Devianzforschung findet sich bei Malherbe N.: Les tendances récentes de la sociologie de la déviance aux Etats-Unis. Origine et orientations générales. In: Schweiz. Zeitschrift für Soziologie, 3(1977) 2, S. 145-184.

6. Vgl. auch den Hinweis bei Hufnagel G.: Recht und Gesellschaft. Zur Einleitung. In: Sozialwissenschaftliche Information für Unterricht und Studium, 6)1977)1, S.1

7. Vgl. Stern K.: Von den Bedingungen der Freiheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 284, vom 8.12.1975. Dieser Begriff ist mittlerweile in den allgemeinen Sprachgebrauch übergangen.

8. Anmerkungen dazu bei Lautmann R., op.cit. S.75.

BIBLIOGRAPHIE

Bahrdt H.P. (1969): Ratschläge zum Studium der Sozialwissenschaften. Zur Einführung. In: MacKenzie N. (Ed.): Führer durch die Sozialwissenschaften. München, S.7-14.

Berger P.L. (1971): Einladung zur Soziologie. Eine humanistische Perspektive. München.

Comte A. (1830): Cours de philosophie positive. 4e part, Paris, 1968.

Eichenberger K. (1971): Präsidialadresse. In: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, N.F., Bd. 90 (1971), II. Halbband, H.5, S.367-385.

Eisenstadt S.N., Curelaru M. (1976): The Form of Sociology. Paradigms and Crises. New York, London, Sidney, Toronto.

Gasser A. (1976): Staatlicher Grossraum und autonome Kleinräume. Gemeideautonomie und Partizipation. (Gesammelte Aufsätze). Social Strategies, Vol. 1, Basel.

Geiger Th. (1970): Vorstudien zu einer Soziologie des Rechts. Neuwied/Berlin, 3. Aufl.

Gersbach H.U. (1978): Sicherung und Steigerung der Effektivität von Rechtsnormen - eine Aufgabe der Soziologie? In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 4. Jg, No 1.

Gurvitch G. (1974): Grundzüge der Soziologie des Rechts. Darmstadt/Neuwied, 2. Aufl.

Homans G.C. (1961): Elementary Forms of Social Behavior. New York.

Homans G.C. (1972): Theorie der sozialen Gruppe. Opladen, 6. Aufl.

Hufnagel G. (1977): Recht und Gesellschaft. Zur Einleitung. In: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium, 6, 1, S.1f.

Jäger H. (1970): Studienreform im Strafrecht. In: Neue Juristenausbildung. Berlin/Neuwied, S.98ff.

Kantorowicz H. (1962): Rechtswissenschaft und Soziologie. Ausgewählte Schriften zur Wissenschaftslehre. Karlsruhe.

Kelsen H. (1960): Reine Rechtslehre. Wien, Neubearbeitung.

Kluth H. (1965): Amtsgedanke und Pflichtethos in der Industriegesellschaft. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 10. Jg, S.5ff.

Lassalle F. (1958): Über Verfassungswesen.(Neudruck) Darmstadt.

Lautmann R. (1971): Soziologie vor den Toren der Jurisprudenz. Zur Kooperation der beiden Disziplinen. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.

Malherbe N. (1977): Les tendances récentes de la sociologie de la déviance aux Etats-Unis. Origine et orientations générales. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 3. Jg, No. 2, S.145-184.

Naucke W. (1970): Wissenschaftsbegriff-Rechtssoziologie-Rechtspraxis. Bemerkungen zu einem konkret-humanen juristischen Pragmatismus. In: Naucke W., Trappe P. (Hg.): Rechtssoziologie und Rechtspraxis. Neuwied/Berlin, S.79-124.

Ossowski S. (1973): Die Besonderheiten der Sozialwissenschaften. Frankfurt.

Parsons T. (1968): The Social System. New York, London, 4th ed. (1951).

Riegel K.-G. (1972): Rechtskultur. In: Görlitz A. (Hg.): Handlexikon zur Rechtswissenschaft. Bd. 2, München, S.321-326.

Rotter F. (1974): Verfassung und sozialer Wandel. Hamburg.

Rottleuthner H. (1973): Rechtswissenschaft als Sozialwissenschaft. Frankfurt.

Sack F. (1971): Die Idee der Subkultur. Eine Berührung zwischen Anthropologie und Soziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Nr. 2, S.261ff.

Schelsky H. (1975): Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen. Opladen.

Schmölders G. (1971): Der verlorene Untertan. Verhaltensforschung enthüllt die Krise zwischen Staatsbürger und Obrigkeit. Düsseldorf, Wien.

Stern K. (1975): Von den Bedingungen der Freiheit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 284, vom 8.12.1975.

Trappe P. (1974): Zur Funktion sozialer Basisprozesse in der Verfassungswirklichkeit. Theoretische Aspekte. In: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, N.F., Bd.93, I. Halbband, H.3/4, S.283-306.

Wassermann R. (1975): Strafjustiz mit menschlichem Antlitz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 32/75, vom 9.August 1975, S.9ff.

Wissenschaftspolitik. Mitteilungsblatt der schweizerischen wissenschaftspolitischen Instanzen, 1.Jg, 1972, H.3, S.5-17.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, p.83-100

LA SOCIETE DE CONSOMMATION AU STADE DE LA CONSCIENCE DE SOI

Contribution à l'analyse de l'iconographie publicitaire

Jean-Pierre Keller

RESUME

Le phénomène publicitaire est négligé par la recherche sociologique. Il constitue pourtant une part importante de la nouvelle culture en gestation. Les images que nous analysons ici appartiennent à un type particulier: ce sont des images d'images. Elles reprennent, en le parodiant, un langage qui critiquait la société de consommation. On a donc une critique de la critique, et c'est pourquoi nous nommons ces images "méta-critiques". Un modèle d'analyse est proposé. Puis, dans une perspective générale, nous évoquons les multiples domaines où apparaissent des "images d'images", en mettant en rapport ce phénomène avec le développement de la conscience de soi de la société de masse.

ZUSAMMENFASSUNG

Das Phänomen Werbung wird von der soziologischen Forschung vernachlässigt, obwohl es ein bedeutender Teilaspekt der neuen, im Entstehen begriffenen Kultur ist. Die Bilder, die wir hier analysieren, gehören zu einem besonderen Typ: es sind Bilder von Bildern. Indem sie sie parodieren, sprechen sie selber eine Sprache, die an der Konsumgesellschaft Kritik übte. Es handelt sich also um eine Kritik an der Kritik, und deshalb nennen wir diese Bilder "meta-kritisch". Wir schlagen zunächst ein Analysenmodell vor; dann kommen wir, in allgemeiner Form, auf die vielfältigen Gebiete zu sprechen, wo "Bilder von Bildern" auftreten, indem wir dieses Phänomen mit der Entwicklung des "Selbst"-Bewusstseins der Massengesellschaft in Beziehung bringen.

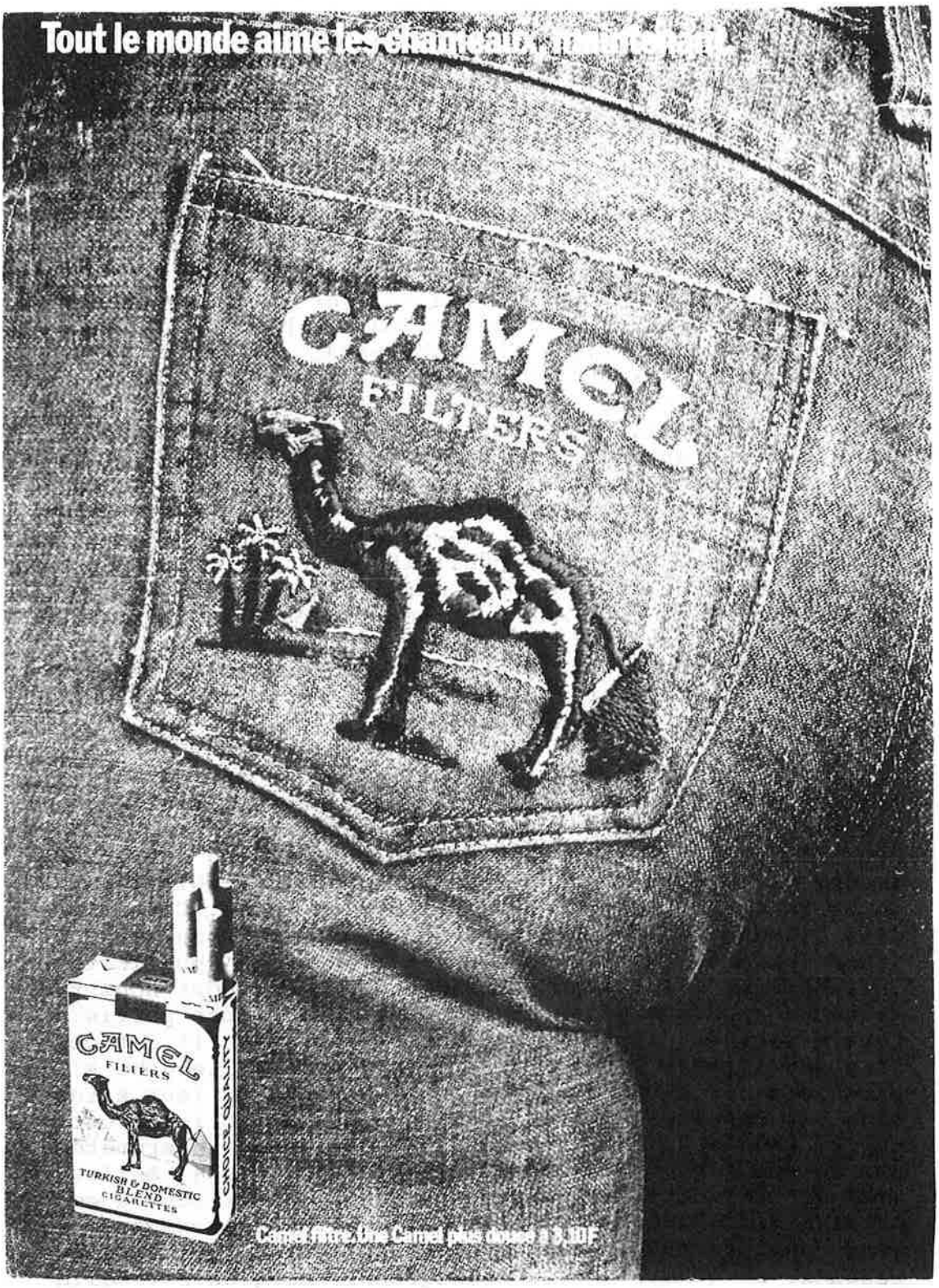
Tout se passe comme si la réflexion sociologique sur la publicité avait de la peine à échapper aux stéréotypes d'un bord ou de l'autre: suivant qu'on est pour ou contre, on admettra que la publicité "informe" le consommateur ou au contraire qu'elle "l'aliène". Et s'il en allait autrement? Et si l'enjeu majeur se situait sur un autre plan? Et si, dans la publicité, se laissait lire plus qu'ailleurs, plus que dans le discours du politique ou du philosophe, la destinée de la société contemporaine ou, du moins, son lent cheminement vers la conscience de soi?

Autant dire que la finalité de cet article est double: réfuter la protéiforme et toujours résurgente théorie du reflet, qui voudrait nous faire croire, dans le cas de l'image publicitaire, que son sens est réductible à sa fonction économique; d'autre part et surtout, il s'agit de progresser dans la compréhension du nouvel environnement iconique, dont la prépondérance s'affirme chaque jour au sein de la culture de masse en gestation. Nous proposons ici un modèle d'analyse, illustré par trois images (parues en 1977 et présentant un produit similaire) que par hypothèse nous considérons comme typiques (ayant une structure spécifique) et émergentes (manifestant ce qui advient plutôt que ce qui est).

1. META-IMAGES ET META-CRITIQUE

a. Camel: l'image dans l'image

"Tout le monde aime les chameaux, maintenant", affirme une récente publicité (voir illustration). En fait, sans même lire l'inscription "Camel Filters" qui surmonte le motif brodé sur la poche du blue-jean, chacun reconnaît l'emblème bien connu d'une marque de cigarettes. Pourtant, et c'est un des traits originaux de cette publicité, le chameau emblématique n'"appartient" pas à l'image que nous avons sous les yeux: 1) l'image du chameau ne lui est pas coextensive, elle est incluse dans le champ; 2) codes et techniques de représentation (broderie) ne sont pas proprement publicitaires; 3) le support (pantalon) et la broderie elle-même font partie de la "réalité" dénotée; 4) le paquet figurant dans le coin inférieur gauche ainsi que l'énoncé verbal mentionné ci-dessus, qui se superposent au pantalon et au chameau, assignent clairement à ces derniers un statut de subordination et même d'altérité. De sorte que si le blue-jean apparaît comme un objet dans l'image, le chameau, qui est déjà image dans la "réalité", se présente comme une image dans l'image. Autrement dit, nous avons sous les yeux une image d'image


Tout le monde aime les
CAMEL
FILTERS
CAMEL
FILTERS
TURKISH & DOMESTIC BLEND CIGARETTES
CAMEL

Revenons un instant sur les moyens de représentation du chameau. Dire qu'ils sont extra-publicitaires n'est pas suffisant. Il convient, positivement, de mentionner que la technique, le style (figuratif, stéréotypé) et le support (blue-jean) évoquent toute une iconographie "néo-artisanale", reprise ensuite par le prêt-à-porter, et qui consistait à décorer vestes et pantalons de fleurs brodées, personnages, inscriptions diverses (1). C'est donc à un double titre que l'image brodée est englobée par l'image publicitaire: topologiquement, comme nous l'avons vu, par la situation d'inclusion qui lui est réservée; et sur le plan des significations, puisque son style "néo-artisanal" est repris à d'autres fins, "récupéré". Peu nous importe, notons-le, de savoir s'il s'agit d'une broderie "authentique" ou, plus probablement, d'une confection ad hoc: l'intéressant pour nous est que, dans un cas comme dans l'autre, cette publicité prend sous son propre point de vue un code iconique étranger, qui la conteste implicitement par le mode de vie qu'il symbolise (2). En ce sens, autant que sur des cigarettes, une telle publicité nous tient un discours sur une certaine iconographie marginale ou pseudo-marginale, empruntant pour une part ses thèmes à la culture de masse, comme l'avait fait précédemment le Pop Art, mais avec des moyens et des intentions quelque peu différents. La dérision, l'aspect ludique aussi, l'emportent largement sur le souci de la recherche formelle.

Restons-en aux évidences: le motif brodé n'est pas directement issu de l'imagination créatrice "néo-artisanale", il n'entend d'ailleurs pas apparaître comme tel. Son charme, son "originalité" lui vient (comme pour tant d'autres images de ce type, ou reproduites sur des "T-shirts", etc.) de sa référence ludique à la culture de masse. Cette image dans l'image se laisse donc à son tour décomposer en une image (brodée) qui commente une tierce image (publicitaire). Celle-ci est évidemment l'emblème de Camel. Nous nous retrouvons apparemment au niveau dont nous étions partis. Cercle vicieux, tautologie? Aucunement, car s'il est certain que l'image publicitaire actuelle et celle dont s'inspire le motif brodé dénotent le même produit, leur situation est opposée: dans le premier cas, la publicité est sujet, tandis que dans le second - désignée, interprétée par le motif brodé - elle est objet. D'un niveau à l'autre, l'image publicitaire passe du statut de signifiant à celui de signifié. Tout l'art de l'image que nous avons sous les yeux consiste précisément à jouer avec cette relation en cascade. En constituant l'iconographie marginale (réelle ou simulée) en objet de son propre discours, en maintenant le "style" auquel elle se réfère à l'intérieur de l'image (comme son signifié), cette publicité neutralise en quelque sorte la critique qui lui est indirectement adressée; ou, du moins, elle invite le lecteur à prendre distance, elle

lui suggère une critique de la critique. C'est en ce sens que nous dirons qu'elle est une image métacritique.

Il nous reste à descendre encore d'un degré, pour explorer un dernier palier de cette construction plus complexe qu'elle ne paraît de prime abord. Car ce chameau emblématique, s'il appartient en propre à l'iconographie publicitaire, au même titre, par exemple, que le Bibendum des pneus Michelin, a la particularité de ne pas avoir été créé de toutes pièces dans quelque agence publicitaire avant de s'imposer à la mythologie collective. Au contraire, il est issu en droite ligne de cette dernière: un chameau, deux pyramides, trois palmiers, particules élémentaires de toute rêverie sur le désert et l'Egypte, archétypes collectifs préexistant largement au discours publicitaire. Remarquons d'ailleurs l'aspect héraldique de la représentation: élimination du divers (les 3 palmiers ont ici le même nombre de branches), du contingent, de l'anecdotique, au profit d'une figuration essentialisée, plate, figée, où le chameau - de profil, immobile, stéréotypé - se détache comme une vignette. Sur le paquet comme sur le blue-jean, le chameau paraît affirmer son origine dérivée, son identité pré-publicitaire. Figure immémoriale, dont la présence sur l'emballage est comme un gage de pérennité pour son contenu.

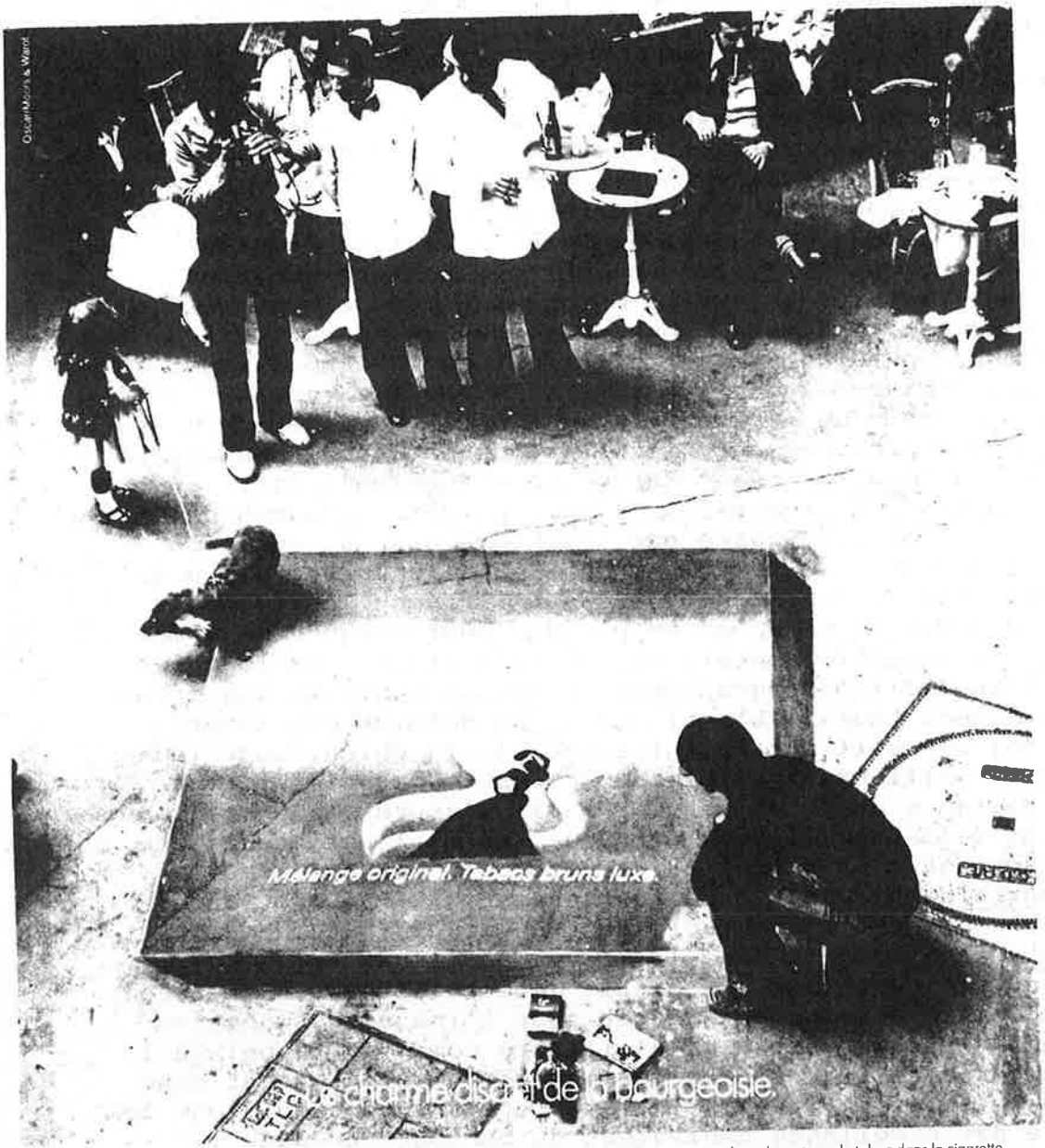
Quatre images se "superposent" donc dans la publicité que nous avons examinée: 1) au niveau inférieur, l'image collective du chameau (mentale et aussi "matérielle", telle qu'on peut la trouver dans les livres d'enfants ou illustrant un dictionnaire); 2) l'emblème Camel, qui en est directement (sinon consciemment) dérivé; 3) le détournement (réel ou fictif) de cet emblème sous la forme d'un motif brodé; 4) l'utilisation publicitaire de ce dernier, fournissant le thème de l'image dont nous sommes partis. Le tableau montre comment ces images s'articulent, se situent les unes par rapport aux autres, voient leur statut s'inverser selon qu'on les met en relation avec le niveau inférieur ou supérieur (le signifiant se donnant à lire comme signifié et réciproquement).

4e niveau PUBLICITE	Image métacritique	Signifiant
3e niveau MOTIF "NEO-ARTISANAL"	Image critique	Signifié / Signifiant
2e niveau EMBLEME	Image dérivée	Signifié / Signifiant
1er niveau STEREOTYPE COLLECTIF	Image première	Signifié

Autant dire qu'une perception définitive de cette image est impossible. La déconstruction analytique à laquelle nous nous sommes livré nous a fourni des "moments" de l'image, que nous ne retrouvons pas dans la perception, par définition immédiate, simultanée. Cette construction en cascade, où s'échangent les fonctions en un incessant va-et-vient, condamne l'image à être irrésolue. Est-ce à dire que le message publicitaire ne va pas passer, qu'il va être couvert par son propre "bruit"? Ce serait oublier que la tension entre les différents niveaux, la dynamique de cette image, sont équilibrés, orientés vers une perception adéquate par plusieurs éléments régulateurs (verbaux et iconiques). Toute lecture déviante est rendue impossible par la grande redondance du message, où "chameau", sous forme iconique ou verbale, figure 7 fois (3). De ce point de vue, le paquet en marge de l'image a une double fonction. Il contribue lui aussi à neutraliser la polysémie, à "ancrer" (selon l'expression de R. Barthes) les significations de l'image, aidant le lecteur à choisir "le bon niveau de perception" (Cf. Barthes, p.44). En outre, nous avons vu que cet élément topologiquement marginal a une fonction métalinguistique importante (avec les énoncés du haut et du bas de l'image), puisqu'il maintient à distance (en sous-impression), le blue-jean et le motif, les désignant comme des contenus de l'image publicitaire. Ainsi s'opère la clôture du sens et tout rentre dans l'ordre.

b. Gitanes: le médiateur intra-iconique

Nous retrouvons dans un certain nombre de publicités récentes ce procédé de réplique d'image (ou plutôt de réplique à l'image). C'est le cas de la publicité Gitanes reproduite ci-contre, figurant un jeune dessinant à la craie un paquet de cigarettes devant une terrasse de café. Pas plus que précédemment, nous ne nous demanderons s'il s'agit d'une mise en scène ou de l'exploitation d'un fait réel. Il nous suffira de relever que l'image dessinée à la craie fonctionne à la fois comme "analogon" du produit proposé par le message publicitaire et, sur le plan de la forme, comme évocation d'une imagerie qui a fleuri largement sur les trottoirs des villes d'Europe et d'ailleurs, dès la fin des années cinquante (phénomène beatnik). L'emblème commercial représenté par cette image dans l'image reprenait lui-même, en le stylisant, un stéréotype du répertoire populaire européen: la gitane en longue robe, dansant au rythme du tambourin. Même "construction" que dans la publicité Camel: 4 niveaux de signification se superposent, chaque niveau fonctionnant comme le signifié du niveau immédiatement supérieur. Mais, si le rapport d'inclusion est également suggéré par le cadrage photographique et par l'appartenance de l'image reprise à un support extra-iconique (le trottoir),



G.I./16

Point de clinquant, ni de tape à l'œil,
la Gitane Internationale se présente à vous
sous une apparence soignée, mais sobre.

Pas d'extravagance dans sa composition,
mais un long travail de perfectionniste
qui a permis d'améliorer les tabacs, leur coupe,
le filtre.

Les tabacs bruns, c'est notre domaine.

Pour la Gitane Internationale, nous avons
sélectionné les meilleurs tabacs bruns
du monde : nos tabacs de France que nous avons
renforcés de Kentucky Dark.

Puis, nous avons choisi les meilleures
feuilles, les "premières", plus fines et plus
délicates. Elles ont été séchées et fermentées
à l'air libre durant de longs mois jusqu'à
maturation complète pour leur donner
leur plein arôme.

Autre nouveauté : la coupe des tabacs.
La Gitane Internationale est une brune
qui a la finesse de coupe des cigarettes blondes.

Trois conséquences :

– il y a davantage de tabac dans la cigarette,
– la fumée est plus liée, ce qui donne un arôme
plus riche et plus régulier,
– le tabac étant plus serré, la cigarette
a un aspect plus lisse, plus soigné.

Enfin, le filtre, composé d'éléments
complémentaires, a fait l'objet d'un brevet
d'exclusivité.

Gitane Internationale.
Elle a un bon pedigree.

un élément nouveau intervient ici: la présence de personnages.

Le dessinateur a un statut ambigu. En tant que producteur de l'intra-image, il est englobant, à la manière des personnages qui, dans certains récits (dits "en abyme"), racontent ou résument l'histoire en train de se faire; et il est englobé: aux yeux des autres personnages et du lecteur (qui le voit de dos, en vue plongeante) il est un "contenu" au même titre que le dessin, auquel ils peuvent quasiment l'identifier. Qu'en est-il maintenant des personnages qui l'entourent: passants, consommateurs, serveurs? Certes, ils ont tous pour fonction de signifier ce "charme discret de la bourgeoïsie" auquel se réfère le message verbal, rappel peu discret d'un récent film de Bunuel. Moins évidemment, mais plus profondément, ils fonctionnent comme médiateurs entre les divers étages du complexe iconique. Cette affirmation peut surprendre, si l'on considère qu'aucun d'entre eux ne paraît intéressé par l'emblème dessiné (même le chien détourne la tête). Autour des Gitanes, il n'y a qu'indifférence, dont témoigne aussi l'absence de la menue monnaie que l'on dépose au passage pour marquer sa sympathie. L'attention paraît plutôt se diriger vers le chien ou l'appareil photographique qu'est en train de manier un des "spectateurs". L'attitude de ce dernier est incertaine, car s'il paraît intéressé par le chien, tout indique par ailleurs (position du corps et des pieds, angle et distance de prise de vue) qu'il s'apprête à photographier le dessin. Autant dire que, parmi l'assistance, ce personnage a un statut particulier. Il est un élément discriminant, car, en photographiant, il va sanctionner la coupure entre spectacle et spectateurs, et en même temps intégrateur, dans la mesure où il est celui autour de qui se rassemble une partie de l'assistance et le seul qui laisse deviner un intérêt pour l'image dessinée (sa chemise bleue fonctionne d'ailleurs comme un rappel de la couleur des Gitanes). Le personnage principal n'est donc pas le dessinateur, mais ce spectateur-acteur qui joue le rôle par excellence ambivalent du photographe dans la photographie. Car c'est bien là que réside l'ambiguïté - et l'importance - de sa position: il est le véritable médiateur, non seulement interne, comme nous venons de le voir, mais externe, puisqu'il lui incombe de faciliter au lecteur une perception "en abyme" (voir plus loin).

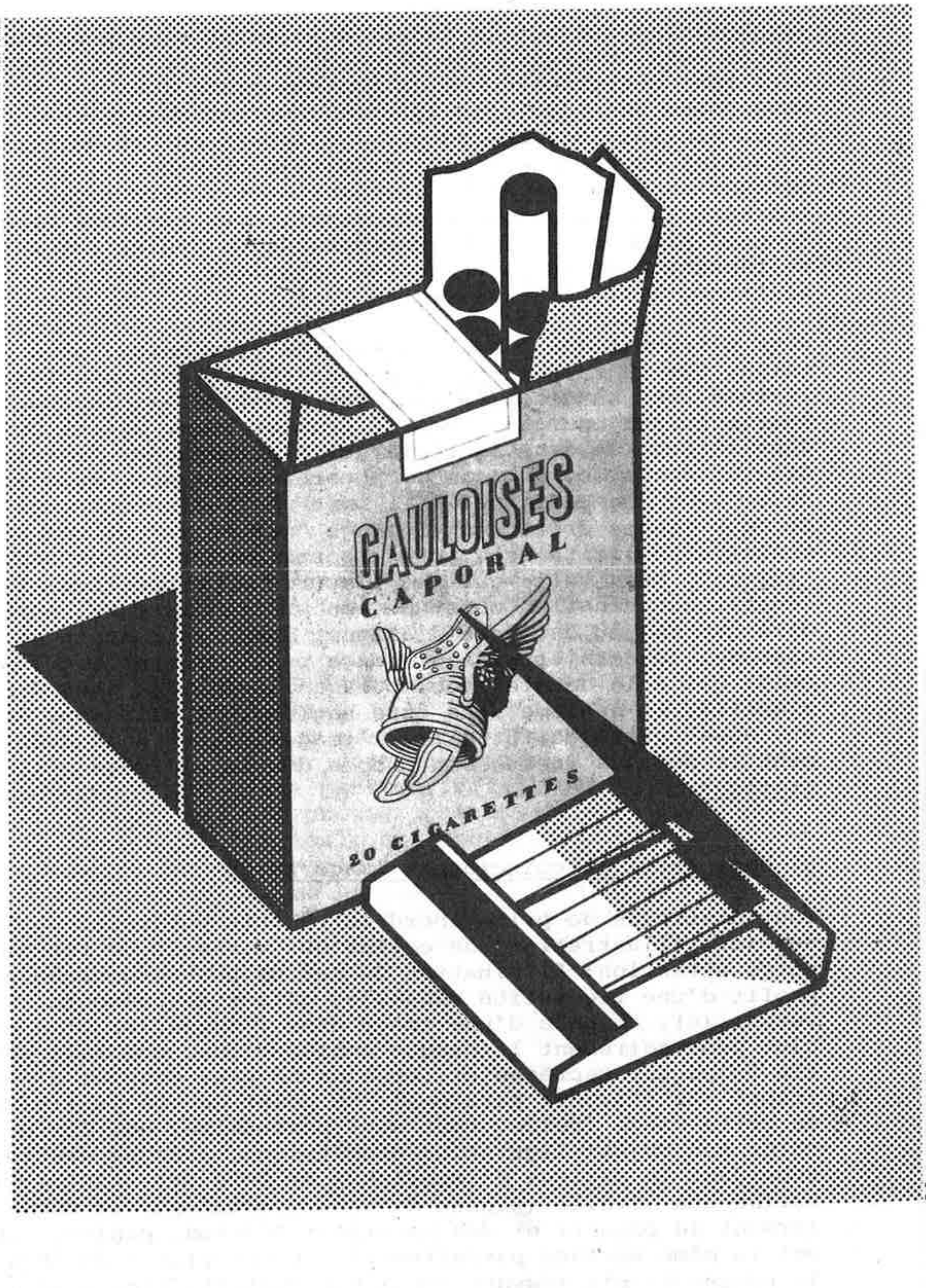
La fonction persuasive du message publicitaire est donc loin d'être neutralisée par l'indifférence massive de l'assistance. Certes, l'attention du lecteur est détournée. Mais ce détournement fonctionne positivement (du point de vue de l'efficacité du message), dans la mesure où il induit un réinvestissement idéologique du produit. Les connotations quelque peu bohèmes et intellectuelles des Gitanes

(symbolisées ici par le dessin à la craie et son auteur), tenues sous le regard discrètement ennuyé de la bourgeoisie, sont désignées comme un système symbolique autre, donc comme une idéologie (4). On comprend mieux, dès lors, le double rôle des spectateurs: disposés en arc de cercle, encadrant la représentation marginale du produit, ils la mettent en scène et ainsi la valorisent; leurs regards détournés, la présence du photographe, nous invitent en même temps à prendre sur cette représentation (voire sur cette Weltanschauung) un point de vue extérieur, à la tenir à distance, à la relativiser.

Plus nettement que dans la publicité précédente, nous constatons que le rapport topologique: image incluante/image incluse, est surdéterminé par une relation axiologique: bourgeois/non bourgeois, où le premier terme est valorisé dans l'image et dans le texte qui l'accompagne: "charme discret de la bourgeoisie", "apparence soignée, mais sobre", "elle a un bon pedigree" (5). Dans une telle confrontation de deux images critiques (l'image "marginale" et son commentaire publicitaire), ne l'emporte pas celle qui aurait "raison", mais celle qui met l'autre en perspective, la constituant ainsi en objet de son propre discours. Autant dire que le jeu est joué d'avance: dans ces renvois en cascade, le dernier niveau (image publicitaire) est aussi celui qui a le dernier mot, puisqu'il signifie sans être signifié, il englobe sans être englobé, il voit sans être vu. Aussi critique fût-elle, l'image incluse a nécessairement le dessous face à son propre double, l'image méta-critique.

c. Gauloises: la coïncidence image/image

Tout distingue de prime abord la récente publicité Gauloises (cf. illustration) de celles qu viennent de retenir notre attention: élimination du medium photographique au profit d'une figuration manuelle, défaut de commentaire verbal (6), absence d'une image dans l'image (si l'on exclut provisoirement le casque emblématique, qui fait partie du paquet représenté). Et l'on ne peut manquer d'être frappé par l'aspect paradoxal (du point de vue publicitaire) de cette image froide, tout sauf persuasive, qui désincarne son objet: figuration géométrique, presque abstraite, accordant le maximum d'importance au bord des objets; élimination des détails (grains du tabac, motif sur la bande fermant le paquet) et des matériaux (carton, papier, tabac, ont la même surface parfaitement lisse); platitude (malgré la perspective); absence totale de contexte (les objets ne sont posés sur rien, l'ombre est portée sur un support invisible) et de marque humaine (bien qu'ouverts, les deux paquets ne sont aucunement froissés, et sont alignés sur


GAULOISES
CAPORAL
20 CIGARETTES

une droite imaginaire, plutôt que disposés selon le hasard d'un usage); impersonnalité du traitement (aucune trace du geste, aucune émotion). Image rigoureusement objective, dans la double acception du terme: elle tient le produit à distance, le jetant devant nous (ob-jectum); et elle s'abstient de tout jugement de valeur. On a pu dire que la publicité "fabrique du sens" (7): nous sommes ici à l'autre extrême, au règne de la neutralité axiologique, proches de la réduction éidétique des phénoménologues (8).

Image extraordinairement iconique, pourrions-nous dire aussi, sans craindre la tautologie, car celle-ci est précisément voulue dans cette publicité où tout nous désigne, plus que l'objet, l'image elle-même (9). A commencer par l'élément le plus visible, auquel nous n'avons encore fait allusion: la trame, qui traverse l'image de part en part - fond et objets compris - même si quelques zones sont épargnées. On connaît la fonction technique de la trame, qui doit se faire oublier, au moment de la perception, au profit des formes et des couleurs. Ici, au contraire, la trame s'affirme, occupe toute la place, allant jusqu'à nier sa fonction référentielle pour se faire valoir pour elle-même. Ce n'est donc pas seulement le produit représenté qui est ainsi affecté d'irréalité, mais le support iconique, transformé en symbole de lui-même.

Symbole d'iconicité, certes, mais aussi d'un style artistique particulier, celui de Roy Lichtenstein, l'un des représentants les plus connus du Pop Art américain. L'utilisation systématique de la trame, son exagération (jusqu'à en faire le sujet de l'oeuvre) sont des traits marquants de sa peinture au début des années '60. Si l'on ajoute que tous les aspects énumérés ci-dessus (essentialisation, platitude, impersonnalité, isolement de l'objet, etc.) caractérisent éminemment son oeuvre, il n'est pas abusif de considérer cette publicité comme un pastiche ou, si l'on veut, comme un méta-Lichtenstein (10). On objectera qu'aucun repère, aucune frontière dans l'image n'atteste cette scissiparité que nous croyons y lire; et que, s'inspirerait-elle même de la peinture de Lichtenstein, cela ne serait aucunement la preuve d'une thématisation, mais tout au plus d'une influence (11). Qui prétendrait en effet que les affiches de Mucha, marquées par le Modern Style, sont un discours sur celui-ci? Qui verrait dans les publicités de Cassandre une thématisation de l'Art Déco? Ces publicités sont traversées par les styles auxquels elles appartiennent et qu'elles illustrent au même titre que les productions artistiques de l'époque. Mais ce qui distingue précisément notre image de celles-là, c'est qu'elle tient à distance un style artistique plutôt qu'elle n'y baigne (à preuve le fait qu'elle est unique). En réalité, elle a avec le style thématisé (Lichtenstein) le même rapport, inversé,

que le Pop Art entretenait lui-même à l'égard de l'imagerie publicitaire: mise en évidence de la forme au détriment du contenu, distanciation, attitude critique. Le discours sur le discours publicitaire est à son tour repris et tenu sous un point de vue. Mais ce nouveau point de vue n'annule pas le précédent, il s'en nourrit plutôt, en sorte que nous avons encore une construction en cascade (image d'image d'image), où une publicité thématise un style artistique qui mettait en perspective l'iconographie publicitaire. C'est du Pop Art, mais avec un niveau de plus: une critique de la critique (12). Et le fait qu'aucun repère, dans l'image, n'indique cette réflexivité ne dément nullement sa portée critique. Au contraire, on peut lui appliquer ce que disait Lichtenstein lui-même de sa peinture: "The closer my work is to the original, the more threatening and critical the content." (cf. Coplans, p.52).

Au terme de cette brève analyse, les différences entre cette image et les deux précédentes s'éclairent, en même temps qu'est confirmée leur structure "verticale" commune. Résumons tout cela:

1) Cette publicité "Gauloises" est une image d'image, qui cependant n'inclut pas dans son champ l'image reprise. Un certain savoir culturel est requis du lecteur pour qu'il puisse déconstruire l'image en ses deux composantes principales: image publicitaire/image "imitée", qui, phénoménologiquement, sont solidaires.

2) Là où les publicités précédentes thématisaient une imagerie "marginale", c'est un style artistique qui est repris ici. Mais, dans les trois cas, il s'agit d'une iconographie critique à l'égard de l'univers consommatoire ou publicitaire. Par là-même, la publicité s'adjuge le bénéfice d'un alibi culturel et, en même temps, d'un humour certain.

3) Ici aussi, l'image s'articule en 4 niveaux: 1) publicité; 2) style artistique thématisé; 3) imagerie publicitaire; 4) emblème inclus dans l'image publicitaire. Au même titre que précédemment le chameau et la gitane, nous attribuons le casque gaulois à un niveau intrinsèque, dans la mesure où l'instance publicitaire l'a emprunté, en le reformulant, à un répertoire populaire déjà constitué (illustrations de livres, etc.). Cette structure "étagée" donne au message publicitaire un ancrage plus profond, d'où probablement une crédibilité accrue.

4) Cette image a en outre la particularité, sur laquelle nous n'avons pas insisté, de s'en remettre à deux types de représentation, l'un très abstrait et géométrisé (voir ci-dessus) et l'autre extrêmement fidèle à l'objet: le côté du paquet où apparaissent la marque et l'emblème se détache

du reste par sa figuration très "réaliste", presque en fac simile. Aussi le message proprement publicitaire apparaît-il comme une enclave. Mais, à cet encadrement topologique ne correspond pas une subordination axiologique. Le statut de cette image suffit pour que le lecteur attribue au point de vue publicitaire une priorité de fait (au même titre que, dans un collage artistique, l'image publicitaire perd ses significations habituelles). En bref, ici aussi, c'est la critique de l'univers consommatoire qui est prise à revers et objectivée. La structure commune aux trois publicités analysées est mise en évidence dans le tableau suivant.

IV IMAGE METACRITIQUE	A "Camel"	B "Gitanes"	C "Gauloises"
III IMAGE CRITIQUE	Motif brodé	Dessin à la craie	Peinture
II IMAGE DERIVEE	Chameau stylisé	Gitane stylisée	Casque stylisé
I IMAGE COLLECTIVE	Chameau	Gitane dansante	Casque gaulois

2. L'UNIVERS SPECULAIRE

Trop souvent, l'analyse de la publicité se limite aux "contenus" (personnages, idéologie, etc.). Nous avons délibérément négligé ces éléments pour nous centrer sur la relation formelle entre les divers paliers des images, convaincus que le message profond (et, en définitive, le contenu) passe par là. Ainsi, pour prendre l'exemple de l'annonce Gitanes, les aspects de "contenu" qui ont retenu notre attention (classe sociale des personnages, attitudes, etc.) sont ceux (et ceux-là seuls) qui contribuaient à définir le statut de l'image incluse (craie) par rapport à l'image englobante.

Seule une recherche portant sur un échantillon beaucoup plus vaste permettrait de mesurer l'importance des images d'images et, en particulier, des images "méta-critiques". Mais on peut affirmer que très nombreuses sont aujourd'hui les publicités qui, de manière plus ou moins évidente, se conforment à ce modèle, ou à un modèle similaire, fondé sur la relation d'image à image. Le cas le plus "pur" est celui de la bouteille dont l'étiquette représente un personnage tenant la même bouteille sur l'étiquette de laquelle figure ce personnage qui tend la bouteille, etc., comme en un jeu de miroirs à l'infini. D'autres images se complaisent également dans le rapport narcissique, mais en invoquant, en guise de miroir, la médiation d'une imagerie étrangère (voir plus haut). De nombreuses publicités, enfin, commentent une image différente (publicitaire ou extra-publicitaire), la relation pouvant fonctionner "in praesentia", ou "in absentia", à l'exemple de "Flint, la première cigarette qui n'est pas faite pour les beaux cow-boys", dont la rhétorique (verbale et iconique) est compréhensible à condition de convoquer mentalement l'image (Marlboro) à laquelle elle se réfère par antithèse. Nous aurions donc trois types principaux d'images métalinguistiques, les unes, proprement spéculaires, se confrontant directement à leurs doubles, les secondes requérant la médiation d'une tierce image, les autres prenant comme objet de leur discours une image étrangère.

Ces diverses actualisations de la fonction métalinguistique peuvent être observées dans tout le domaine iconique: le cinéma, où se multiplient les "films sur le film" (que l'"objet" en soit le film en train de se faire, comme dans "Huit et demi" de Fellini (13), ou un genre, comme dans les parodies italiennes de westerns, voire le cinéma en général, comme dans certains génériques où la caméra va jusqu'à s'inclure dans le champ (14)); la télévision, qui exploite la formule de l'écran dans l'écran (par exemple, l'image des participants à une table ronde redoublée par plusieurs postes en arrière-plan); la vidéo, que son usage soit artistique, pédagogique, etc. (15); la bande dessinée, dont les personnages se risquent désormais à sortir des cases, à jouer avec elles, à les escalader (16), à interpeller les protagonistes d'autres bandes, bref à jouer avec leur propre code; l'oeuvre artistique, dont la progression vers la conscience de soi, depuis l'impressionnisme, se manifeste dans la très fréquente réflexion de l'oeuvre par elle-même, au moyen d'un miroir réel ou représenté (17). Ici comme ailleurs, le référent de l'image n'est plus la "réalité", mais une image préalable.

Le phénomène spéculaire prend tout son sens lorsqu'on constate qu'il dépasse largement le domaine iconique. Les sciences, sous couvert d'épistémologie, ne se lassent pas

de réfléchir sur elles-mêmes ou, plus exactement, de se réfléchir. En littérature, on ne compte plus les récits dans le récit ou sur le récit, et, dans les années '50, avec le Nouveau Roman, on assiste à une résurgence massive du procédé de "mise en abyme", selon l'expression empruntée par A. Gide à l'héraldique pour désigner le redoublement, en raccourci, du sujet d'une oeuvre dans l'oeuvre elle-même (18).

Il n'est dès lors pas exagéré d'affirmer qu'on assiste à une mise en abyme généralisée, le modèle canonique - duplication d'un contenu - cédant progressivement le pas au redoublement spéculaire de la forme, voire du medium. La classique répétition (signalée par Gide) du sujet du tableau dans le tableau élargit son champ jusqu'au point où c'est la peinture comme moyen d'expression qui devient le thème de l'oeuvre. Autrement dit, et bien que les deux aspects ne soient pas nécessairement distincts (souvent ils vont de pair), nous voyons au contenu dans le contenu succéder aujourd'hui la forme sur la forme: peinture sur la peinture, écriture sur l'écriture, théâtre sur le théâtre, etc. Et, nous l'avons vu, la publicité ne fait pas exception. Certes, à l'"art sur l'art" ne saurait répondre une "publicité sur la publicité": sa fonction lui interdit toute complaisance autistique. Mais, sans se mettre explicitement en question, elle laisse parfois s'introduire au coeur de l'image une béance, sinon le doute. Peu importe alors que ce questionnement ait pour fonction d'affermir le message publicitaire. Le fait est que la publicité, plus souvent qu'on ne le croit, prend conscience, suscite, dépasse, récupère, détourne, innove - bref, se montre active. Elle n'est donc pas un simple produit du contexte social, ni un quelconque objet pour le chercheur. Que dire en effet d'un "objet" qui s'est déjà chargé de prendre un point de vue sur soi, anticipant en quelque sorte la position du chercheur ou du critique?

Ainsi, dans le champ multiple de l'autoréflexivité croissante, la publicité occupe une place à part. Non seulement parce que l'immense diffusion d'images comme celles que nous avons examinées contribue à développer chez chacun la "sensibilité spéculaire", la faculté de prendre un point de vue sur son propre point de vue, donc de se décentrer. Mais, surtout, parce qu'en tant qu'"institution centrale de la société de masse" (M. Griff), la publicité rend manifeste - et dans une certaine mesure anticipe - la conscience de soi de cette société (19).

Jean-Pierre Keller
Institut de sociologie des
communications de masse
Université de Lausanne

Département de sociologie
Université de Genève

NOTES

1. En 1974, la firme Levi Strauss & Co a patronné un vaste concours de décoration de blue-jeans. Les réalisations primées constituèrent une exposition itinérante, présentée dans divers musées, dont le Musée cantonal des beaux-arts à Lausanne.

2. Cette publicité ne prétend d'ailleurs pas s'appuyer sur des connotations d'authenticité, comme le montre le fait que le blue-jean, bien que porté, est propre et parfaitement intact.

3. Deux signifiants iconiques et cinq verbaux (sans compter les trois énoncés fragmentaires de la marque sur les cigarettes dépassant du paquet): un en français et quatre en anglais (dénotant à la fois l'animal et la marque). Sur les fonctions de la redondance dans le message publicitaire, cf. Péninou, p.184-186 et 276. Sur la double figuration de l'objet en publicité, cf. Keller, 1978b.

4. On excusera ce raccourci un peu brutal, destiné à alléger notre argumentation de considérations théoriques trop générales. On aura néanmoins reconnu, en filigrane, la dialectique sartrienne de l'en-soi et du pour-soi et son actualisation privilégiée dans le rapport à autrui: le regard de l'Autre fige le sujet, dégrade sa libre pensée en objet. Et si l'on admet avec R. Aron que ce qu'on nomme idéologie, ce sont toujours les idées des autres (définition un peu courte, mais qui a l'avantage de ne contenir en germe aucun Goulag), on a également un élément de compréhension de la rhétorique en oeuvre dans cette image.

5. L'exaltation explicite du caractère "bourgeois" d'un produit est un fait nouveau, presque un événement, qui mériterait une analyse en soi (Cf. aussi la récente publicité Waterman: "Le feutre s'embourgeoise").

6. Conformément à la nouvelle législation française en matière de publicité pour les cigarettes.

7. Cf. Péninou, p.33.

8. Sur l'essentialisation au niveau iconique, telle qu'elle a notamment été pratiquée par le Pop Art, cf. Keller, 1978a.

9. Il en va de même dans toute la série actuelle des publicités "Gauloises", qui sont très nettement méta-iconiques. Seule celle que nous examinons ici est cependant méta-critique, au sens que nous avons donné à ce terme.

10. Ce n'est pas telle peinture de Lichtenstein qui est pastichée, mais sa manière. Peu importe dès lors qu'il n'ait jamais peint de paquet de cigarettes. Les "Gauloises" appartenant à la "pop culture" française, elles sont de toute façon proches des thèmes privilégiés par cet artiste. Serait-il même l'auteur de cette image, elle n'en resterait pas moins, étant donné le contexte où elle apparaît, un méta-Lichtenstein.

11. Il n'y a en effet métalangage que lorsque se différencient clairement un langage premier et un langage second (celui-ci prenant

l'autre sous son point de vue). En ce sens, la reproduction d'une peinture sous la forme d'un "poster" ou sur une carte postale n'est pas plus métalinguistique que la reproduction d'un concert par le disque ou la lecture faite à quelqu'un à haute voix.

12. Notons que Lichtenstein lui-même, anticipant en quelque sorte la thématisation dont il pouvait à son tour être l'objet, à inséré plusieurs de ses oeuvres antérieures dans la série "The Artist's Studio" (1974), où elles réapparaissent comme des "tableaux dans le tableau".

13. Cf. C. Metz, 1966.

14. Rappelons aussi La nuit américaine, de F. Truffaut, dont le thème est le tournage d'un film.

15. Sur la relation spéculaire dans la pratique vidéo, cf. Willener et al. (1972, pp. 227-262), où la bande vidéo est rapprochée métaphoriquement de la "bande de Moebius", dont le parcours sans fin voit alterner et en même temps s'identifier le dedans et le dehors.

16. Parmi tant d'exemples, nous pensons à la bande dessinée de Fred: "Philémon: Simbabbad de Batbad" (Dargaud, 1974), où de tels procédés sont poussés à l'extrême.

17. Les variantes de cette figure dans l'art contemporain sont recensées et analysées in V. Anker et L. Dällenbach, 1975.

18. Sur le plan littéraire, la mise en abyme (ainsi orthographiée d'après l'usage en héraldique) a été exhaustivement analysée par L. Dällenbach, qui la définit comme "tout miroir interne réfléchissant l'ensemble du récit par réduplication simple, répétée ou spécieuse". (L. Dällenbach, 1977, p.52).

19. Il ne s'agit pas pour autant de minimiser l'esprit critique des consommateurs, qui contribue à accroître cette conscience de soi généralisée, au risque - comme nous le voyons ici - d'être "prévu" (et donc dévié de ses fins) par le discours même qu'il prend à partie. Mais notre analyse voudrait aller dans le sens d'un renouveau de la critique, que nous souhaiterions enfin assez forte pour pouvoir reconnaître la valeur ethnologique, rhétorique et esthétique d'une part importante du discours publicitaire.

BIBLIOGRAPHIE

Anker V. et Dällenbach L. (1975): La réflexion spéculaire dans la peinture et la littérature récentes. In: Art International, XIX, No. 2.

Barthes R. (1964): Rhétorique de l'image. In: Communications, No. 4.

Coplans J. (1972): Roy Lichtenstein. Praeger, New York.

Dällenbach L. (1977): Le récit spéculaire, Essai sur la mise en abyme. Seuil, Paris.

Griff M. (1969): La Publicité, institution centrale de la société de masse. In: Diogène, No. 68.

Keller J.-P. (1978a): Pop Art et évidence du quotidien. L'Age d'homme, Lausanne (à paraître).

Keller J.-P. (1978b): La perception esthétique du quotidien. In: Diogène, No. 100.

Metz C. (1966): La construction "en abyme" dans "Huit et demi" de Fellini. In: Revue d'esthétique, XIX, No. 1.

Péninou G. (1972): Intelligence de la publicité, Etude sémiotique. Laffont, Paris.

Willener A., Milliard G., Ganty A. (1972): Vidéo et société virtuelle. Tema, Paris.

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S. 101-127

WERKARBEIT IM STUDIUM

Ein Beispiel eines nicht-rekursiven kausalen Modells mit unstandardisierten Koeffizienten.[1)]

Hanspeter Kriesi

ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Artikel wird versucht, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die sich bei der Analyse nicht-rekursiver kausaler Modelle mit unstandardisierten Koeffizienten ergeben, anhand des Beispiels der Bestimmung der regelmässigen Werkarbeit im Semester aufzuzeigen. Ausgehend vom Grundgedanken, dass Werkarbeit einerseits aus sozioökonomischen Gründen notwendig und andererseits gleichzeitig von den Erfordernissen des Studiums her gesehen unmöglich sein kann, wird ein nicht-rekursives Modell konstruiert, geschätzt und interpretiert. Das im Grundgedanken formulierte Dilemma wird im wesentlichen bestätigt und es zeigt sich auch, dass das Alter einen ganz wesentlichen Anteil an der Erklärung der Werkarbeit hat.

RESUME

Cet article tente de démontrer les possibilités et les difficultés d'analyse d'un modèle causal non récursif avec des coefficients non-standardisés. Ceci à l'aide de l'exemple des facteurs du travail rémunéré des étudiants en cours de semestre. Partant de l'idée de base que ce genre de travail peut être d'une part nécessaire pour des raisons socio-économiques et d'autre part difficilement conciliable avec les études, nous construisons, évaluons et interprétons un modèle non-récursif. Le dilemme formulé ci-dessus est d'une façon générale confirmé par l'analyse. Le rôle de l'âge est par eilleurs mis en évidence.

1) Erich Ramseier und vor allem Peter Zweifel haben mit ihrer präzisen Kritik an einer früheren Version dieses Artikels wesentlich zu seiner Verbesserung beigetragen. Allfällige verbleibende Fehler sind aber allein mir selbst anzulasten.

1. KAUSALE MODELLE

Die soziologische Literatur ist reich an kausalen Modellen. Seit Mitte der sechziger Jahre, als Duncan (1966) seine soziologischen Beispiele der Pfadanalyse veröffentlichte, ist die Konstruktion kausaler Modelle immer beliebter, um nicht zu sagen Mode geworden. Die meisten dieser Modelle in der soziologischen Literatur verwenden standardisierte Koeffizienten und sind rekursiv.

Die Beliebtheit standardisierter Koeffizienten ist auf ihre - verglichen mit unstandardisierten Koeffizienten - einfachen Eigenschaften zurückzuführen. Der Preis, der für die Einfachheit bezahlt wird, ist aber u.U. zu gross: Zwar sind standardisierte Koeffizienten - oder, wie sie auch genannt werden, Pfadkoeffizienten - geeignet zur Beschreibung der Beziehungen in einer spezifischen Population; will man aber die Beziehungen in verschiedenen Populationen vergleichen, oder gar allgemeine Gesetzmässigkeiten aufstellen, so muss man auf unstandardisierte Koeffizienten zurückgreifen. Der Grund dafür lässt sich sehr einfach demonstrieren: Ein standardisierter Koeffizient p_{yx} entspricht dem Produkt eines unstandardisierten Koeffizienten b_{yx} mit dem Quotienten der Standardabweichungen der beiden betrachteten Variablen x und y:

$$p_{yx} = b_{yx} \cdot \frac{\sigma_x}{\sigma_y}$$

Die beiden Komponenten dieses Produkts charakterisieren einerseits den strukturellen Zusammenhang zwischen x und y, andererseits die Population, für die dieser Zusammenhang ermittelt wurde (σ_x/σ_y). Standardisierte Koeffizienten sind also populationsspezifisch. Aufgrund dieses Mangels plädieren Tukey (1954), Blalock (1971a) und Duncan (1975) für die Verwendung unstandardisierter Koeffizienten in kausalen Modellen. Neuerdings hat sich gegen diese Orthodoxie allerdings eine abweichende Stimme geäussert (vgl. Hargens, 1976, (1)).

Rekursiv sind Modelle dann, wenn alle Kausalbeziehungen in einer Richtung laufen. In rekursiven Modellen, welche die soziologische Literatur bisher beherrschen, gibt es also keine reziproken Kausalbeziehungen und keine Feedback Schleifen. In rekursiven Modellen sind zudem die Störgrössen der abhängigen Variablen sowohl unter sich als auch mit den prädeterminierten Variablen unkorreliert. Diese Restriktionen sind in nicht-rekursiven Modellen aufgehoben: Reziproke Kausalbeziehungen und, als Folge davon, korrelierte Störgrössen sind für sie charakteristisch.

Die einzigen mir bekannten soziologischen Beispiele nichtrekursiver Modelle stammen aus dem Bereich der Aspirationsforschung und thematisieren den wechselseitigen Einfluss von Peers auf die jeweiligen beruflichen und schulischen Aspirationen (Duncan et al, 1968) oder die Wechselbeziehungen zwischen beiden Aspirationsformen sowie akademischer Leistung (Woelfel and Haller, 1971a, sowie im Anschluss an sie: Land, 1971; Henry and Hummon, 1971; sowie Woelfel and Haller, 1971b).

Im vorliegenden Artikel soll versucht werden, diesen seltenen Beispielen ein weiteres hinzuzufügen, wobei ich anhand dieses Beispiels gleichzeitig die mit einem solchen Modell verbundenen Möglichkeiten und Schwierigkeiten demonstrieren möchte. Dabei stütze ich mich vor allem auf den Sammelband von Blalock (1971b), sowie insbesondere auf die beiden Einführungen von Duncan (1975) und Heise (1975) (2). In diesem Beispiel soll überdies das Arbeiten mit strukturellen Koeffizienten demonstriert werden.

Dieses hier zu präsentierende Modell hat explorativen Charakter. Ziel des Modells ist es, durch präzise und einfache Beschreibung Ordnung und Kohärenz in die Analyse eines zunehmend komplexen Zusammenhangs zu bringen (3).

2. WERKARBEIT IM STUDIUM

Dieser Zusammenhang, den das Modell zu ordnen versucht, bezieht sich auf die Werkarbeit im Studium. Werkarbeit im Studium gehört zu jenen Phänomenen, über die beinahe routinemässig Daten erhoben werden (etwa im Rahmen von Berichten über die soziale Lage der Studentenschaft), die aber selten - wenn überhaupt - wirklich analysiert werden. Die Analyse gelangt kaum über Randauszählungen hinaus, wenn es hoch kommt, werden bivariate Zusammenhänge referiert.

Dabei hat die Werkarbeit im Rahmen der Studienfinanzierung ein relativ grosses Gewicht, vor allem in der Schweiz mit ihrem schlecht ausgebauten Stipendienwesen (vgl. Ries/Kriesi, 1974a). Tabelle 1, in welcher die Studienfinanzierung von Schweizer Studierenden mit jener der Studierenden an einer deutschen Hochschule verglichen wird, macht dies deutlich. Sie zeigt auch, dass die Bedeutung der Werkarbeit im Rahmen der Studienfinanzierung an Schweizer Hochschulen in den letzten Jahren eher noch gestiegen ist.

Tabelle 1

Studienfinanzierung der Studierenden an Schweizer Hochschulen und an der Universität Münster/BRD: Prozentverteilungen

Finanzierungsquelle	Alle Schweizer Hochschulen (1965-73)[1]	Universität Zürich (1975)[2]	Universität Münster (1974)[3]
Eltern	60.0	56	44.3
(Ehe-) Partner	3.8	6	5.8
Stipendium/Darlehen	10.5	10	34.8
Eigenes Vermögen/Ersparnisse	4.7	5	1.8
andere Quellen (Gönner etc.)	2.5		.9
Werkarbeit	17.0	22	12.4
Total	100 %	100 %	100 %
abs.	(4302)	(601)	(18040)

1) Quelle: Ries/Kriesi (1974, Tab. 7/1): Die Prozentsätze beziehen sich auf die Studienfinanzierung des Studienjahrganges 1965 an allen Schweizer Hochschulen für das ganze Studium von 1965-1973.

2) Quelle: Peters/Zeugin (1975): Die Prozentsätze beziehen sich auf eine repräsentative Stichprobe aller Studierenden der Universität Zürich im Jahre 1975. Diese Prozentsätze basieren auf der Tabelle auf S. 90, in der allerdings die unentgeltlichen Leistungen der Eltern für die zu Hause wohnenden Studierenden nicht inbegriffen sind. Aufgrund weiterer Informationen des Berichts habe ich diese Leistungen kapitalisiert.

3) Quelle: Hansen/Mylius (1974, Tab. 13). Vollerhebung an der Universität Münster.

Werkarbeit ist auch deshalb bedeutsam, weil sie eine nicht zu unterschätzende Rolle beim Studienabbruch spielt. Zwar ergeben amerikanische Studien diesbezüglich ein sehr uneinheitliches Bild (vgl. zusammenfassend Summerskill, 1962), aber nach Kath et al. (1966) bildet die Werkarbeit in Deutschland vielleicht den entscheidenden Faktor beim Entschluss, das Studium aufzugeben. In der Schweiz ist sie mindestens an der Universität Zürich, sowie an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften St. Gallen (HSG) wichtig in diesem Zusammenhang (Kriesi, 1977).

Fast jeder Studierende geht im Laufe seines Studiums irgend wann einmal einer Erwerbstätigkeit nach, sei es regelmässig oder unregelmässig während des Semesters, sei es in den Semesterferien. Viele Studierende arbeiten hin und wieder aus idiosynkratischen Gründen, sei es weil sie sich einen besonderen Luxus leisten wollen, weil sich gerade eine günstige Gelegenheit dazu bietet und man das Geld ja immer gebrauchen kann, sei es, weil sie berufliche Erfahrungen machen wollen oder sei es aus noch anderen Gründen.

Ein Teil der Studierenden arbeitet aber nicht, weil sie wollen, sondern, weil sie müssen, um sich den Lebensunterhalt finanzieren zu können. Diese Studierenden müssen oft auch während der Semester regelmässig arbeiten, obwohl sie dadurch in ihrer Studientätigkeit beeinträchtigt werden. Es ist diese Art von Werkarbeit, die vermutlich die gravierendsten Auswirkungen auf den Studienverlauf hat (vgl. Ries/Kriesi, 1974a). Es ist diese Art von Werkarbeit, die am ehesten zu Ueberlastungen und zur Ueberforderung der betroffenen Studierenden führt. Das Modell soll einerseits klären, welche Bedingungen die Studierenden zu regelmässiger Werkarbeit zwingen, andererseits soll mit diesem Modell überprüft werden, ob durch Werkarbeit im Semester Konflikte mit der Studientätigkeit, konkret mit dem Besuch von Lehrveranstaltungen, entstehen.

3. DIE DETERMINANTEN DER REGELMÄSSIGEN WERKARBEIT IM SEMESTER: EIN NICHT-REKURSIVES MODELL

Zur Klärung dieser Zusammenhänge bedarf es eines nichtrekursiven Modells, da zwischen Werkarbeit im Semester und dem Besuch von Lehrveranstaltungen eine mutmasslich konfliktgeladene Wechselbeziehung besteht: Je mehr ein Studierender regelmässige Werkarbeit im Semester leisten muss, desto weniger Zeit hat er für den Besuch von Lehrveranstaltungen. Insbesondere ergeben sich Konflikte, weil der meist sehr erratische Stundenplan von Studierenden mit den Erfordernissen der Regelmässigkeit der zu leistenden Arbeit in Konflikt steht. Auf den Besuch von Lehrveranstaltungen ist aber in keinem Fachbereich zu verzichten. Je mehr der Studierende aber Lehrveranstaltungen besuchen muss, desto weniger Zeit findet er für seine Werkarbeit. Die Zahl der zu besuchenden Lehrveranstaltungen variiert natürlich stark von Fachbereich zu Fachbereich. Stark strukturierte Bereiche mit straffer Studienorganisation (wie z.B. die Medizin, Architektur und das Ingenieurwesen) und einem grossen Studienangebot schränken den möglichen Werkarbeitsaufwand stärker ein als völlig offene Bereiche (wie z.B. die Jurisprudenz oder die Phil-I Bereiche). So macht Miller (1970)

beispielsweise darauf aufmerksam, dass die rigide Studienorganisation in England Werkarbeit während des Studiums praktisch unmöglich mache: Wer in Grossbritannien seine finanzielle Unterstützung verliere, der müsse sein Studium praktisch mit Sicherheit aufgeben (4).

Das Studienangebot variiert an den Schweizer Hochschulen nicht nur von Fachbereich zu Fachbereich, sondern es ist auch innerhalb eines Fachbereichs von Hochschule zu Hochschule verschieden, wie aus Ries/Kriesi (1974b) hervorgeht. Die finanzielle Lage eines Fachbereichs spielt dabei vermutlich eine entscheidende Rolle: Je grösser die finanziellen Ressourcen eines Fachbereichs, desto grösser mit aller Wahrscheinlichkeit die angebotenen Veranstaltungsstunden. Im allgemeinen ist auch das Angebot in stark strukturierten Fachbereichen höher als in den übrigen Bereichen; und umgekehrt ist auch zu erwarten, dass bei hohem Angebot mehr Struktur gegeben sein muss. Das heisst, dass auch zwischen den beiden Determinanten Fachstruktur und Studienangebot der Variablen 'Besuch von Lehrveranstaltungen' eine nicht-rekursive Beziehung besteht.

Während der Besuch von Lehrveranstaltungen der Zeit, die für regelmässige Werkarbeiten im Semester aufgewendet werden kann, gewisse Beschränkungen auferlegt - und selbst seinerseits von der Zahl der Werkarbeitsstunden eingeschränkt wird, macht der Mangel an finanziellen persönlichen Ressourcen andererseits Werkarbeit notwendig. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen hängen ihrerseits wiederum von der sozio-ökonomischen Lage eines Studierenden ab. Gemäss früheren Untersuchungen (Ries/Kriesi, 1974a; Peters/Zeugin, 1975) sind es vor allem ältere Studierende, verheiratete Studierende und unter den letzteren besonders jene mit Kindern, welche viel Werkarbeit leisten. Diese Studierenden haben zum Teil geringere finanzielle Ressourcen, zum Teil haben sie - bei durchschnittlichen Ressourcen - einen höheren Finanzbedarf, der sich unabhängig von den Ressourcen direkt in vermehrter Werkarbeit ausdrückt. Es ist auch anzunehmen, dass Studierende aus unteren Schichten vermehrt auf Werkarbeit angewiesen sind.

Aufgrund dieser Ueberlegungen umfasst das zu konstruierende Modell zwei Variablenkomplexe: Einerseits den Komplex der sozio-ökonomischen Bedingungen (Alter, Zivilstand, Schicht, Kinder) und der finanziellen Ressourcen, welcher die Werkarbeit, die geleistet werden muss, bestimmt; andererseits die Charakteristika der Fachbereiche, welche für den Besuch von Lehrveranstaltungen bestimmend sind und Rahmenbedingungen setzen für die Werkarbeit, die ge-

leistet werden kann. Beide Komplexe hängen via die Wechselbeziehungen zwischen den beiden abhängigen Variablen zusammen. Darüber hinaus gibt es aber zweifellos auch Beziehungen zwischen den unabhängigen Variablen in beiden Komplexen.

Damit die Schätzung des nicht-rekursiven Modells gelingt, dürfen jedoch nicht alle unabhängigen Variablen der beiden Komplexe miteinander verknüpft sein. Das Modell muss so spezifiziert werden, dass bestimmte strategische Verknüpfungen gerade fehlen. Dies hat mit dem sogenannten Identifikationsproblem zu tun, das charakteristisch ist für alle nicht-rekursiven Modelle:

Damit die Gleichungen für Werkarbeit und für den Besuch der Lehrveranstaltungen im skizzierten Modell identifiziert sind und damit das Gleichungssystem lösbar ist, muss die Zahl der prädeterminierten Variablen bezüglich jeder der beiden Gleichungen grösser sein als die Zahl der zu schätzenden Parameter. Diese notwendige Bedingung der Identifikation nennen die Oekonometriker 'Ordnungs-Bedingung' für Identifikation (vgl. z.B. Theil, 1971). Als hinreichende Bedingung wird zusätzlich verlangt, dass jede Gleichung im Modell einzigartig sei. Es darf also keine Gleichung eine lineare Kombination der übrigen Gleichungen im Modell sein. Dies ist die sogenannte 'Rang-Bedingung' der Oekonometriker.

Für die beiden Gleichungen der prädeterminierten Variablen Fachstruktur und Studienangebot stellt sich genau dasselbe Identifikationsproblem: Auch sie müssen die beiden Bedingungen erfüllen.

Kann man nicht überzeugend argumentieren, dass gewisse logisch mögliche direkte Beziehungen zwischen den Variablen des Modells in Wirklichkeit nicht vorkommen, dann läuft man Gefahr, eine dieser beiden Bedingungen zu verletzen. Die Theorie, so drückt Duncan es aus, muss einem eine sichere Basis zur 'sektoralen Aufteilung' der Welt liefern. Damit meint er, dass die kausalen Mechanismen in jeder der beiden abhängigen Gleichungen (in unserem Fall) verschieden sein müssen von den Mechanismen in der anderen Gleichung. Oder, um es noch anders zu sagen, ein Modell, in dem alles von allem abhängt, ist nicht lösbar.

Man kann nun aber nicht einfach zur Lösung des Identifikationsproblems theoretische Ueberlegungen in den Wind schlagen. Schreibt eine Theorie eine bestimmte Kausalbeziehung vor, so kann nicht um der Identifikation willen auf diese Kausalbeziehung verzichtet werden. Primäres Kriterium ist die postulierte Kausalstruktur

(vgl. dazu die Antwort von Woelfel/Haller, 1971 auf Land, 1971). Andererseits kann eine zu stringente Anwendung dieses Kriteriums die Modellkonstruktion völlig blockieren. Die beiden Gesichtspunkte - Identifikation/ Theorie - sind in jedem Fall gegeneinander abzuwägen. In einem explorativen Modell wie dem vorliegenden dürften Identifikationsgesichtspunkte im Vordergrund stehen.

Das Dilemma Identifikation/theoretische Stringenz wird im vorliegenden Beispiel illustriert durch die Beziehung zwischen den beiden Variablen der finanziellen Ressourcen des Studierenden und der Struktur des Fachbereichs, in welchem er studiert. Diese beiden Variablen gehören je zu einem der beiden Komplexe. Zwischen diesen beiden Variablen besteht zweifellos eine Beziehung. Ramseier (1977) argumentiert, dass dieser Zusammenhang in beiden Richtungen laufen kann: Einerseits sind Studierende in stärker strukturierten Fachbereichen in vermehrtem Masse auf Fremdfinanzierung angewiesen, da sie neben dem Studium aus fachstrukturellen Gründen weniger Zeit für Werkarbeit haben. Andererseits räumt er ein, dass sich Studierende, welche die Finanzierung ihres Studiums gesichert wissen, vermehrt an diese Fachbereiche heranwagen (5).

Im Prinzip sind in diesem nicht-rekursiven Modell Wechselbeziehungen dieser Art möglich. Gerade an dieser Stelle im Modell sollte es aber nur eine Kausalbeziehung in einer Richtung haben, da sich sonst bei der gegebenen Zahl der Variablen und den gegebenen Kausalbeziehungen in den beiden Komplexen unlösbare Identifikationsprobleme ergeben. Es soll also wie bei Ramseier nur eine Kausalbeziehung ins Modell aufgenommen werden, wenn auch aus anderen Gründen als in seinem Fall (6). Ramseier optiert in seinem rekursiven Modell für die erste Variante, nach der die Fachstruktur die unabhängige Variable ist. Im vorliegenden Modell ist aber die umgekehrte Richtung die theoretisch relevantere: Hier geht es darum, die Zwänge herauszuarbeiten, welche Studierende auch dann zu Werkarbeit im Semester veranlassen, wenn sich daraus Konflikte mit dem Studium ergeben. Diese Zwänge sind sozioökonomischer Art, äussern sich in beschränkten finanziellen Ressourcen und sind für den betroffenen Studierenden schon vor seinem Studium spürbar. Sie wirken sich also vermutlich auch auf die Wahl des Fachbereichs aus, da der finanzielle Aufwand eines Studiums und die Entwicklung der eigenen finanziellen Ressourcen schon vor dem Studium in etwa abgeschätzt werden können.

Mit dieser Entscheidung ist eine erste Verbindung zwischen den beiden Komplexen gegeben. Weitere direkte Verbindungen bestehen vermutlich zwischen den sozio-ökonomischen Bedingungen und der Fachstruktur bzw. dem Besuch

von Lehrveranstaltungen. Einmal ist bekannt, dass ältere Studierende häufiger unstrukturierte Fachbereiche wählen (vgl. Ries/Kriesi, 1974c), sei es weil sie ihre Finanzierungsschwierigkeiten antizipieren, sei es, weil sie vor allem Lehrerberufe anstreben (Kriesi, 1977), sei es aus noch anderen Gründen. Zudem ist zu vermuten, dass ältere und besonders verheiratete Studierende zielstrebiger und gewissenhafter für ihr Studium arbeiten als jüngere, ledige, die, von Bindungen freier, noch mehr Zeit vor sich haben (7).

Diese Beziehungen sollen ebenfalls ins Modell aufgenommen werden. Alle übrigen Verknüpfungen zwischen den beiden Variablenkomplexen werden in diesem Modell aber als nicht signifikant postuliert. Das Modell kann somit wie in Figur 1 dargestellt werden.

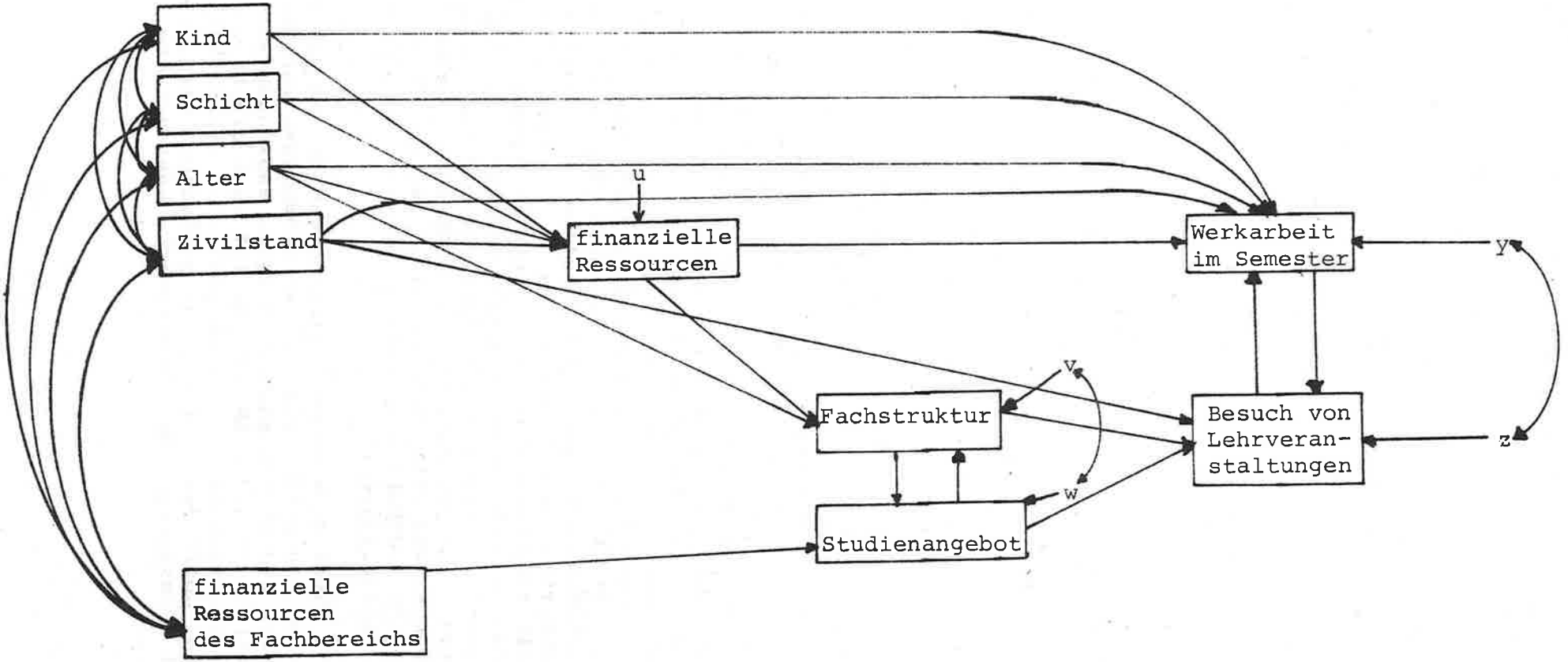
Die 'selektive Aufteilung' bezüglich der beiden abhängigen Variablen Werkarbeit und Besuch von Lehrveranstaltungen ist in diesem Modell insofern gewährleistet, als einerseits die persönlichen finanziellen Ressourcen, die Schicht, das Alter und die Kinder keinen direkten Einfluss auf den Besuch der Lehrveranstaltungen ausüben, und andererseits die finanziellen Ressourcen des Fachbereichs, die Fachstruktur und das Studienangebot keinen direkten Einfluss auf die Werkarbeit haben.

Damit ist für beide abhängigen Variablen und die dazugehörigen Gleichungen gewährleistet, dass die Zahl der prädeterminierten Variablen grösser ist als die Zahl der zu schätzenden Parameter. Damit ist jeweils die Ordnungs-Bedingung erfüllt. Es sind genügend Instrumente vorhanden, das heisst, es gibt jeweils genügend Variablen, welche die abhängigen Variablen nicht direkt beeinflussen. Da gleichzeitig auch in beiden Fällen die Rangbedingungen erfüllt sind (8), sagen wir, die Gleichungen für Werkarbeit und Besuch von Lehrveranstaltungen seien 'über-identifiziert'. Entspricht die Zahl der prädeterminierten Variablen genau der Zahl der zu schätzenden Parameter, so sagen wir, die entsprechende Gleichung sei 'richtig identifiziert'. Ueber- und richtig identifizierte Gleichungen sind 'identifiziert'.

Analog lässt sich für die Gleichungen der Wechselbeziehung zwischen den beiden voneinander abhängigen Variablen Fachstruktur und Studienangebot zeigen, dass auch sie je überidentifiziert sind. Im übrigen ist auch die einfache rekursive Gleichung für die persönlichen finanziellen Ressourcen über-identifiziert, da postuliert wird, die finanziellen Ressourcen des Fachbereichs hätten keinen Einfluss auf sie.

Figur 1

Modell für Werkarbeit im Studium



Duncan macht darauf aufmerksam, dass die Identifikation kein 'alles oder nichts'-Phänomen ist. Die prädeterminierten Variablen, welche jeweils aus den Gleichungen ausgeschlossen werden, müssen einen nicht-trivialen indirekten Einfluss via die andere reziprok bedingte abhängige Variable auf die abhängige Variable in der Gleichung haben. Die Identifikation kann nicht einfach durch Hinzufügen beliebiger Variablen gerettet werden.

4. OPERATIONALISIERUNG DER VARIABLEN

Die Variablen des vorgeschlagenen Modells werden mit Hilfe der Daten der Studienverlaufsuntersuchung operationalisiert, welche Ries et al. (1974) aufgrund einer retrospektiven Vollerhebung des Schweizer Immatrikulationsjahrganges 1965 ermittelt haben.

Aufgrund dieser Daten sollen Variablen gebildet werden, welche in etwa die durchschnittliche Situation jedes einzelnen Studierenden während des ganzen Studiums charakterisieren. Die Lage eines Studenten ist natürlich im Verlaufe seines Studiums einem dauernden Wandel unterworfen: Er wechselt den Fachbereich, die Hochschule, er verheiratet sich, zeugt ein Kind, gibt einen Job auf, wählt einen anderen usw. Das Modell geht auf alle diese Differenzierungen nicht ein, sondern entwirft ein Bild vom 'ganzen Studium'. Es soll ein zusammenfassender Ueberblick über die postulierten Zusammenhänge gegeben werden.

Die zentrale abhängige Variable der Werkarbeit im Semester wird gemessen mit der Zahl der durchschnittlich pro Studiensemester während der Dauer des Semesters geleisteten Stunden regelmässiger Werkarbeit. Für den reziprok bedingten Besuch der Lehrveranstaltungen wird die Zahl der durchschnittlich während des ganzen Studiums pro Woche besuchten Stunden verwendet.

Die sozio-ökonomischen Merkmale werden folgendermassen definiert: Für die Schichtvariable wird ein fünfstufiger Index verwendet, in den die berufliche Stellung des Vaters und die Ausbildung beider Eltern eingehen (vgl. Ries/Kriesi, 1974d). Zivilstand und Kinder werden durch dichotome Variablen indiziert: Wer vor dem letzten Viertel des Studiums geheiratet hat, erhält den Wert 1, wer später geheiratet hat oder noch ledig ist, eine 0. Analog wird die Kindervariable definiert. Da die Altersunterschiede im Verlaufe des Studiums erhalten bleiben, kann für diese Variable das Alter bei Immatrikulation verwendet werden.

Zur Operationalisierung der persönlichen finanziellen Ressourcen soll der Anteil der Fremdfinanzierung an der gesamten Studienfinanzierung verwendet werden. Unter 'Fremdfinanzierung' verstehe ich dabei die Summe der Beiträge der Eltern, (Ehe-)Partner, Stipendien und Darlehen. Diese Variable fasst also verschiedene Finanzierungsarten zusammen, die einerseits sehr unterschiedlich bedingt sind und andererseits sehr differenzierte Auswirkungen auf die Werkarbeit und die Fachstruktur haben können. Die Zusammenfassung dient der Vereinfachung des Modells.

Die Fachstruktur kann nur sehr krud gemessen werden mit einer dichotomen Variablen, die sich auf das Fach bezieht, in welchem der Studierende sein Studium beendet hat bzw. zu beenden gedenkt: Diese Variable nimmt den Wert 1 an für die Studiengänge Medizin, Architektur und Ingenieurwesen, welche an Schweizer Hochschulen im betrachteten Zeitraum am stärksten strukturiert gewesen sind. Für die übrigen Studiengänge erhält sie den Wert 0. Diese Operationalisierung ist nicht unproblematisch, weil die dichotome Variable 'Fachstruktur' im Gegensatz zu den dichotomen Variablen 'Zivilstand' und 'Kinder' im Modell eine endogene Variable ist, also als abhängige Variable in einer Regressionsgleichung auftritt. Für dichotome abhängige Variablen sind die Voraussetzungen der Normalität und der Homoskedastizität der Störgrössenverteilungen verletzt. Die Regressionsanalyse ergibt für dichotome abhängige Variablen zwar noch unverzerrte, aber nicht mehr effiziente Schätzwerte. Dem Gesichtspunkt der Effizienz kommt allerdings in der Regel weniger Bedeutung zu als dem Gesichtspunkt der Unverzerrtheit (9). Man wird den Verlust an Effizienz verkraften können, wenn zusätzlich die Bedingung erfüllt ist, dass der abhängigen Variablen eine kontinuierliche Interpretation gegeben werden kann, was bei der vorliegenden Variablen (mehr oder weniger strukturiert) der Fall ist.

Die Variable für das Studienangebot entspricht dem Durchschnitt der total angebotenen Stunden in den WS65/66 und WS72/73 im Fachbereich der Hochschule, an welchem der jeweilige Studierende abgeschlossen hat bzw. abzuschliessen gedenkt. Da diese Variable Unterschiede innerhalb derselben Art von Fachbereichen an verschiedenen Hochschulen erfassen soll, werden fachbereichspezifische Unterschiede ausgeschaltet durch eine Standardisierung des Angebots in jedem Fachbereich auf den höchsten Wert der betreffenden Art von Bereichen (10).

Tabelle 2

Definition der verwendeten Variablen

Variable	Definition
Alter	Alter bei der Immatrikulation
Zivilstand	0 = verheiratet im letzten Viertel des Studiums oder später 1 = verheiratet vor dem letzten Viertel des Studiums
Schicht	1 = Unterschicht 2 = Untere Mittelschicht 3 = Mittlere Mittelschicht 4 = Obere Mittelschicht 5 = Oberschicht
Kind	0 = kein Kind während des Studiums 1 = Kind(er) während des Studiums
Fremdfinanzierung	Prozentsatz des Studiums, der durch Eltern, (Ehe-) Partner, Stipendien oder Darlehen finanziert worden ist
finanzielle Ressourcen des Fachbereichs	nominelle Betriebsausgaben des Jahres 1971, standardisiert auf den höchsten Wert je Fachbereich
Fachstruktur	0 = eher unstrukturierter Studiengang (alle Fachbereiche ausser den drei unter 1) 1 = eher strukturierter Studiengang (Medizin, Architektur, Ingenieurwesen)
Studienangebot	Durchschnitt der total angebotenen Stunden der WS65/66 und WS72/73, standardisiert auf den höchsten Wert je Fachbereich
Werkarbeit	Durchschnittlich pro Semester im Studium aufgewendete Stunden für regelmässige Werkarbeit im Semester (in 10 Stunden)
Besuch von Lehrveranstaltungen	Durchschnittliche Stundenbelastung durch Lehrveranstaltungen pro Woche im Studium

Tabelle 3

Mittelwerte, Standardabweichungen und Varianzen der verwendeten Variablen

Variable	Mittel-wert	Standard-abweichung	Varianz
Alter	20.4	1.7	3.0
Zivilstand	.2	.4	.16
Schicht	3.33	1.11	1.27
Kind	.08	.27	.07
Fremdfinanzierung	75.1	28.7	821.0
Ressourcen d. Fachbereichs	77.5	26.1	679.3
Fachstruktur	.33	.47	.22
Studienangebot	533.1	494.2	244'520
Werkarbeit	3.76	8.03	64.5
Besuch v. Lehrveranst.	23.4	8.86	78.5

Für die finanziellen Ressourcen in den einzelnen Fachbereichen sollen schliesslich die nominellen Betriebsausgaben des Jahres 1971 verwendet werden, erneut standardisiert auf den höchsten Wert im betreffenden Bereich (11).

Tabelle 2 fasst diese Definitionen der im Modell verwendeten Variablen zusammen. Tabelle 3 gibt deren Mittelwerte, Standardabweichungen und Varianzen. Tabelle 4 enthält die Korrelationsmatrix zwischen diesen Variablen.

5. SCHÄTZEN DES MODELLS

Die Methode der kleinsten Quadrate (OLS), die zur Schätzung der Koeffizienten in rekursiven Modellen Anwendung findet, führt im nicht-rekursiven Fall nicht mehr zum Ziel. Dies ist vermutlich der Hauptgrund für die Vernachlässigung nicht-rekursiver Modelle durch die Soziologen. Eine allgemeine Methode zur Schätzung von nicht-rekursiven Modellen wurde vom Oekonometriker Henry Theil in den fünfziger Jahren entwickelt, die sogenannte 'Two-Stage-Least-Squares' (2SLS) - Methode. In dieser Methode werden in einer ersten Runde von Regressionsanalysen die instrumentellen Variablen dazu verwendet, neue Systemvariablen zu definieren, die frei sind von den verwirrenden Einflüssen der Störgrössen. In einer zweiten Runde von Regressionen werden diese neuen Variablen dann

Tabelle 4

Korrelationsmatrix für die im Modell verwendeten Variablen

Variablen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1 Alter	-	.18	-.20	.14	-.36	-.05	-.14	-.05	.21	-.09
2 Zivilstand		-	-.06	.52	-.06	-.04	-.05	-.04	.17	-.01
3 Schicht			-	.03	.22	.05	.05	-.03	-.08	.00
4 Kind				-	-.09	.00	.00	-.01	.17	.00
5 Fremdfinanzierung					-	.09	.22	.14	.43	.19
6 Ress. Fachbereich						-	.40	.53	-.12	.22
7 Fachstruktur							-	.40	-.20	.42
8 Studienangebot								-	-.16	.46
9 Werkarbeit									-	-.19
10 Besuch v. Lehrv.										-

zur Schätzung der strukturellen Koeffizienten und der Varianzen und Kovarianzen der Störgrössen gebraucht (12). Es stehen Standard-Computer-Programme zur Verfügung, welche 2SLS-Probleme lösen (13).

Konkret wird im vorliegenden Modell zuerst die Gleichung für die persönlichen finanziellen Ressourcen (Fremdfinanzierung) mit OLS geschätzt. In einem zweiten Schritt werden die Gleichungen für Fachstruktur und Studienangebot mit 2SLS geschätzt, wobei alle exogenen Variablen und die prädeterminierte Variable Fremdfinanzierung als Instrumente dienen. Schliesslich werden auch die Gleichungen für Werkarbeit und Besuch von Lehrveranstaltungen mit 2SLS geschätzt, wobei alle prädeterminierten und exogenen Variablen als Instrumente dienen.

6. ERGEBNISSE

In Figur 2 sind die strukturellen Koeffizienten, welche wir aufgrund unserer Schätzung erhalten, eingezeichnet. Mit einer Ausnahme haben alle diese Koeffizienten das erwartete Vorzeichen, insbesondere wird die reziproke negative Wechselbeziehung zwischen der regelmässigen Werkarbeit im Semester und dem Besuch von Lehrveranstaltungen bestätigt.

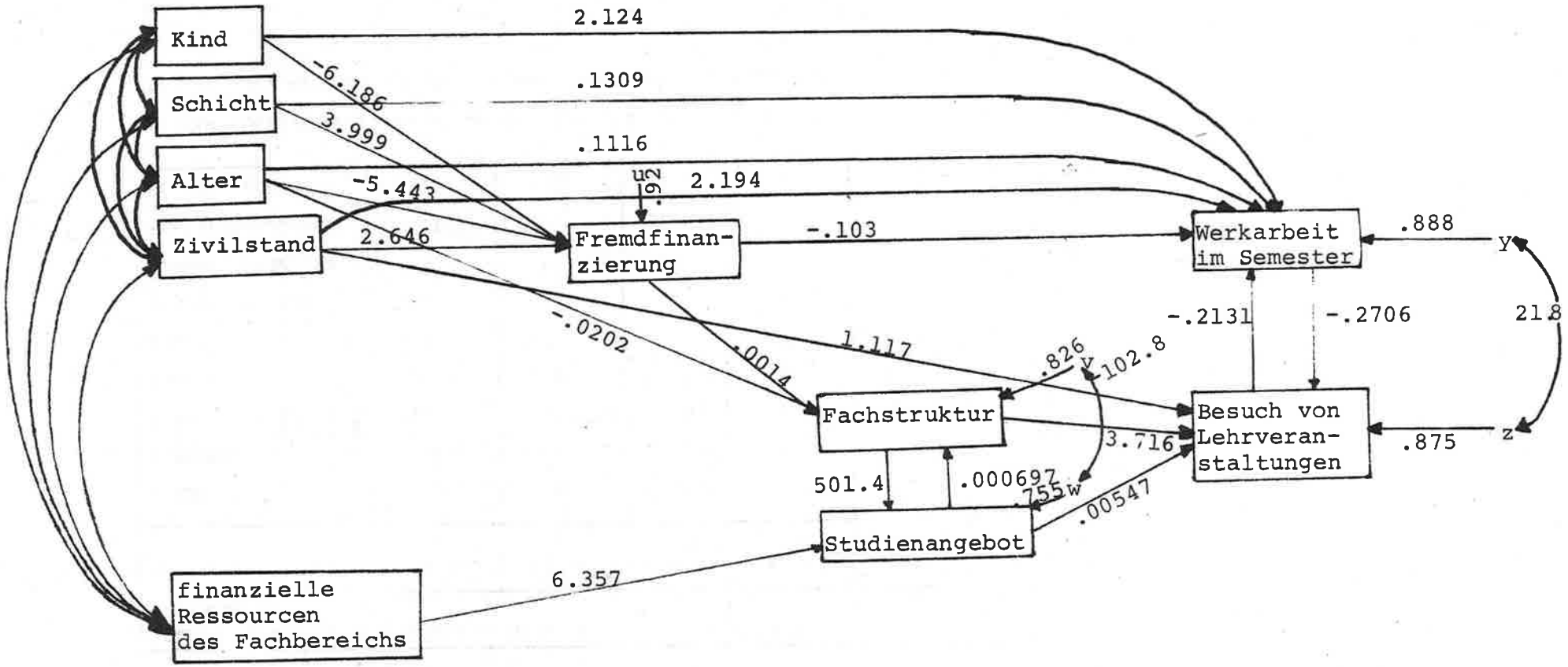
Die Ausnahme betrifft den direkten Einfluss der Schicht auf die Werkarbeit: Entgegen den Erwartungen nimmt bei gegebenen übrigen sozio-ökonomischen Merkmalen und gegebenem Grad der Fremdfinanzierung die Werkarbeit mit zunehmendem sozialem Status nicht ab, sondern tendenziell eher zu. Dieser Koeffizient ist allerdings nicht signifikant von Null verschieden.

Die strukturellen Koeffizienten haben den Nachteil, dass die absoluten Beträge nicht mehr direkt miteinander verglichen werden können, wie das bei den Pfadkoeffizienten der Fall ist. Um sie dennoch miteinander vergleichbar zu machen, können wir diese Koeffizienten jedoch in Elastizitäten umformen, wie sich das bei den Oekonometrikern eingebürgert hat. Elastizitäten sind definiert als das Verhältnis der relativen Veränderung in der abhängigen Variablen zur relativen Veränderung in der unabhängigen Variablen (14):

$$E = \frac{\delta_y}{\bar{y}} \Big/ \frac{\delta_x}{\bar{x}}$$

Figur 2

Die geschätzten Koeffizienten des Modells [1)]



1) Der Einfachheit halber sind die Kovarianzen zwischen den exogenen Variablen nicht eingezeichnet, da sie für die inhaltliche Interpretation des Modells nicht von besonderem Interesse sind.

Tabelle 5

Direkte und indirekte Effekte für Werkarbeit im Semester

unabhängige Variable	direkte Effekte			indirekte Effekte via Fremdfinanz.		indirekte Effekte via Besuch Lehrv.*		Alle direkten und indirekten Effekte	
	Koeff. (1)	Sign.** (2)	Elast. (3)	Koeff. (4)	Elast. (5)	Koeff. (6)	Elast. (7)	Koeff. (8)	Elast. (9)
Alter	.112	.06	.605	.561	3.038	.036	.19	.709	3.756
Schicht	.131	n.s.	.116	-.412	-.364	-	-	-.281	-.248
Kind	2.124	.001	.520	.637	.156	-	-	2.761	.676
Zivilstand	2.194	.001	.118	-.2725	-.015	-.250	-.013	1.672	.090
Fachstruktur	-	-	-	-	-	-1.79	-.157	-1.790	-.157
Studienangebot	-	-	-	-	-	-.002	-.298	-.002	-.298
finanz. Ress. Fach	-	-	-	-	-	-.014	-.278	-.014	-.278
Fremdfinanzierung	-.103	.001	-2.057	-	-	-.003	-.050	-1.06	-2.107
Besuch v. Lehrv.	-.213	.001	-1.327	-	-	-	-	-.213	-1.327

*) Die indirekten Effekte von Schicht und Kind sind der Kleinheit wegen nicht enthalten

**) Die .001 Niveaus deuten an, dass die entsprechenden Effekte mindestens auf diesem Niveau signifikant sind.

Tabelle 5 enthält Koeffizienten, Signifikanzniveaus und entsprechende Elastizitäten für die direkten und indirekten Effekte bezüglich Werkarbeit. Wie die ersten beiden Spalten der Tabelle zeigen, ist abgesehen vom nicht signifikanten direkten Effekt der Schicht auf die Werkarbeit auch der direkte Effekt des Alters nur knapp signifikant. Alle übrigen direkten Effekte sind jedoch hochsignifikant. Ein Vergleich der entsprechenden Elastizitäten in Spalte (3) zeigt, dass die Fremdfinanzierung, gefolgt vom Besuch der Lehrveranstaltungen, mit Abstand den stärksten direkten Einfluss auf die Werkarbeit im Semester ausübt: Je geringer der Grad der Fremdfinanzierung, desto stärker der Zwang zur Werkarbeit; und je stärker die zeitliche Belastung durch den Besuch von Lehrveranstaltungen, desto stärker werden die Möglichkeiten zur Werkarbeit eingeschränkt. Damit ist die Grundkonzeption des Modells bestätigt.

In Tabelle 5 sind auch die indirekten Effekte enthalten. Diese wurden mit Hilfe von Wright's Multiplikationsregel ermittelt, die von Duncan und Heise beschrieben wird (15). Der Einfluss der sozio-ökonomischen Bedingungen auf die Werkarbeit im Semester läuft vor allem indirekt via die Fremdfinanzierung und ist insbesondere dem Alter der Betroffenen zuzuschreiben (vgl. Spalten (4) und (5)): Aeltere Studierende sind in wesentlich geringerem Masse fremdfinanziert als ihre jüngeren Kollegen und müssen deshalb sehr viel mehr Werkarbeit im Semester leisten. Berücksichtigt man die direkten Effekte und die indirekten Effekte, so ist das Alter die wichtigste Determinante der regelmässigen Werkarbeit im Semester überhaupt (vgl. Spalten (8) und (9)) (16). Der schwach signifikante direkte Effekt des Alters auf die Werkarbeit deutet überdies daraufhin, dass ältere Studierende mehr Bedarf an finanziellen Mitteln haben als jüngere und dass sie diesen Bedarf mit zusätzlicher Werkarbeit im Semester decken müssen.

Zwar gehen von der Schichtzugehörigkeit keine direkten signifikanten Einflüsse, wie oben gezeigt, auf die Werkarbeit aus. Das heisst aber noch nicht, dass diese Variable im betrachteten Zusammenhang unbedeutend sei. Denn, wie Tabelle 5 zeigt, übt die soziale Herkunft via den Grad der Fremdfinanzierung einen beachtlichen indirekten Effekt auf die zu leistende Werkarbeit im Semester aus und zwar in der erwarteten Richtung: Studierende aus unteren Schichten werden weniger fremdfinanziert und müssen das resultierende Finanzierungsdefizit durch regelmässige Werkarbeit im Semester wettmachen.

Umgekehrt ist der Einfluss der Kindervariablen auf die Werkarbeit vor allem direkt: Unabhängig vom Grad der Fremdfinanzierung müssen Studierende mit Kindern vermehrt Werkarbeit im Semester leisten, um den zusätzlichen Finanzbe-

darf, der ihnen durch ihr(e) Kind(er) erwächst, decken zu können. Der Einfluss des Zivilstands schliesslich ist sowohl direkt wie indirekt gering.

In der Tabelle 5 sind auch die indirekten Effekte der Charakteristika des Fachbereichs via den Besuch von Lehrveranstaltungen auf die Werkarbeit enthalten. Es zeigt sich dabei, dass strukturiertere Fachbereiche, höheres Studienangebot und bessere finanzielle Dotierung des Fachbereichs auch indirekt die Möglichkeiten zur regelmässigen Werkarbeit im Semester in der erwarteten Weise einschränken.

Tabelle 6

Direkte und indirekte Effekte für den Besuch von Lehrveranstaltungen

unabhängige Variable	direkter Effekt		ind. Effekte		Alle Effekte	
	Koeff. (1)	Sign.* (2)	via Fach Angebot (3)	via Werkarb (4)	Koeff. (5)	Elast. (6)
finanz.Ress.Fach	-	-	.079	-	.079	.26
Studienangebot	.0055	.001	.004	-	.009	.21
Fachstruktur	3.716	.001	4.22	-	7.936	.11
Werkarbeit	-.287	.001	-	-	-.287	.05
Zivilstand	1.117	.001	.037	-.495	.659	.01
Fremdfinanzierung	-	-	-.014	-.023	-.037	.12

*) .001 bedeutet: mindestens auf diesem Niveau signifikant

In Tabelle 6 sind analog zu Tabelle 5 die wichtigsten Informationen über die Determinanten des Besuchs von Lehrveranstaltungen wiedergegeben. Alle direkten Koeffizienten sind sehr signifikant. Ein Vergleich der Elastizitäten in der letzten Spalte der Tabelle ergibt aber, dass hauptsächlich die Charakteristika des Fachbereichs - an erster Stelle seine finanziellen Ressourcen - den Besuch der Lehrveranstaltungen determinieren. In zweiter Linie ist auch der indirekte Einfluss der Fremdfinanzierung via Werkarbeit erwähnenswert: Je geringer die Fremdfinanzierung, desto grösser der Zwang zur Werkarbeit, desto geringer indirekte Möglichkeiten zum Besuch von Lehrveranstaltungen. Der direkte Effekt der Werkarbeit auf den Besuch von Lehrveranstaltungen ist zwar sehr signifikant, aber eher schwach.

Obwohl der Effekt des Zivilstands auf den Besuch der Lehrveranstaltungen sogar noch schwächer ist, ist dieser Zusammenhang doch interessant, denn dem direkten positiven Effekt steht ein indirekter negativer Effekt via Werkarbeit gegenüber: Verheiratete Studierende unterliegen tendenziell einem doppelten Druck: Einerseits müssen sie mehr Werkarbeit leisten, was ihnen Zeit für den Besuch von Lehrveranstaltungen kostet. Andererseits müssen sie möglichst intensiv studieren, um die schwierige Situation des 'Doppellebens' als Student und Ehepartner hinter sich bringen zu können.

Verglichen mit den strukturellen Koeffizienten kommt dem Anteil der erklärten Varianz, R^2, bei der Interpretation der Ergebnisse nach Duncan's Meinung geringe Bedeutung zu. Natürlich, meint er, wird man 'ceteris paribus' jenes Modell wählen, das am meisten Varianz in den abhängigen Variablen erklären kann. Die 'ceteris paribus'-Klausel ist aber, wie immer, sehr wichtig, denn R^2 kann auf sehr unspektakuläre Weise ohne weiteres erhöht werden, indem man die Liste der erklärenden Variablen verlängert. Besonders günstig auf die Erhöhung von R^2 wirkt sich dabei die Aufnahme alternativer Indikatoren der abhängigen Variablen in dieser Liste der erklärenden Grössen auf (17).

Die in diesem Modell erzielten R^2 können sich aber, was ihre Grössenordnung betrifft, durchaus sehen lassen im Vergleich mit jenen anderer soziologischer Modelle: Die R^2 betragen für:

- Fremdfinanzierung .16
- Fachstruktur .31
- Studienangebot .43
- Besuch von Lehrveranstaltungen .23
- Werkarbeit im Semester .21

7. TESTEN DES MODELLS

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass mit Ausnahme des direkten Effekts der Schicht auf die Werkarbeit alle vorgesehenen kausalen Effekte im Modell signifikant sind (18). Unbeantwortet bleibt aber die Frage, ob andererseits nicht gewisse mögliche Pfade unberechtigterweise eliminiert worden sind bei der Spezifikation des Modells. Dies ist die Frage nach der Erfüllung der Ueberidentifikationsbedingungen: Duncan's Bemerkungen zu diesem Punkt sind wenig ermutigend: Es gebe zwar Vorschläge für Tests dieser Art, aber sie würden wenig gebraucht und Unklarheiten bezüglich ihrer statistischen Eigenschaften seien noch nicht aus dem Weg geräumt.

Eine heuristische Methode, die Ueberidentifikationsbedingungen zu überprüfen, besteht darin, dass man die durch das Modell implizierten Kovarianzen mit den effektiven Kovarianzen vergleicht. Bestehen in einzelnen Fällen grosse Abweichungen zwischen den beiden Arten von Kovarianzen, so besteht der begründete Verdacht, dass die Ueberidentifikationsbedingungen nicht erfüllt sind. Diese Methode führt aber nicht zu bündigen Schlüssen und ist zudem für Modelle wie das vorliegende praktisch kaum durchführbar, da man sehr schnell einmal den Ueberblick über alle möglichen Pfade, die man zur Berechnung der implizierten Kovarianzen verwenden muss, verliert.

Selbst dann, wenn es einem gelingen würde, ein alternatives Modell zu finden, das die Ueberidentifikationsbedingungen besser erfüllt als das vorliegende, hätte man noch keine Gewähr, dass dieses alternative Modell tatsächlich richtiger wäre. Denn u.U. würde es Effekte enthalten, die theoretisch nicht zu rechtfertigen sind, oder es müssten Effekte eliminiert werden, die theoretisch sinnvoll sind.

Aus diesen Gründen wurde im vorliegenden Fall auf einen Test der Ueberidentifikationsbedingungen verzichtet. Ich bin mir aber bewusst, dass das Modell unter diesem Gesichtspunkt angreifbar ist (19).

8. SCHLUSS

In diesem Artikel wurde versucht, die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die sich bei der Analyse nicht-rekursiver kausaler Modelle mit unstandardisierten Koeffizienten ergeben, anhand des Beispiels der Bestimmung der regelmässigen Werkarbeit im Semester aufzuzeigen. Ein einfaches Modell zur Erklärung der Werkarbeit wurde postuliert und anschliessend mit Hilfe von 2SLS-Methoden geschätzt.

Das postulierte Modell konnte anhand einer Diskussion der strukturellen Koeffizienten weitgehend bestätigt werden. Der Grundgedanke des Modells, dass Werkarbeit einerseits aus sozio-ökonomischen Gründen notwendig und andererseits gleichzeitig von Erfordernissen des Studiums her gesehen unmöglich ist, kam sowohl in den Vorzeichen wie in den Grössenordnungen der Koeffizienten zum Ausdruck. Obwohl das Modell aufgrund des Fehlens von Tests der Ueberidentifikationsbedingungen nicht hieb- und stichfest ist, so gibt es doch zum ersten Mal zusammenhängende Hinweise für die Erklärung dieses Phänomens der Werkarbeit im Studium.

Hanspeter Kriesi
Soziologisches Institut
Universität Zürich
Wiesenstrasse 9
8008 Zürich

ANMERKUNGEN

1. Hargens argumentiert, dass dieser 'orthodoxe' Gedankengang einfach annehme, die unstandardisierten Koeffizienten seien die strukturellen Parameter. Demgegenüber verweist er auf Fälle, wo die standardisierten Koeffizienten die strukturellen Parameter sein können und schliesst, dass die Wahl der Skalenart für die verwendeten Variablen - standardisierte oder unstandardisierte Skalen - eine theoretische Frage sei, die nicht immer zugunsten der unstandardisierten Skala entschieden werden könne. So weit ich sehe, sind die Variablen im vorliegenden Modell aber von der konventionellen Art, wo unstandardisierte Koeffizienten strukturelle Parameter darstellen.

2. Alle weiteren Hinweise auf Duncan und Heise beziehen sich auf diese beiden Standardwerke, die in leicht verständlicher Form - auch für den in Mathematik wenig versierten Soziologen - das Rüstzeug zur Handhabung kausaler Modelle vermitteln.

3. Berger et al. (1962) unterscheiden nach dem Ziel der Formalisierung drei Typen von Modellen. Ein kausales Modell wie das hier diskutierte entspricht am ehesten ihrem 'representational model', mit dem der Theoretiker ein beobachtetes soziales Phänomen so präzis und formal einfach wie möglich beschreiben möchte. Neben diesem Modell unterscheiden diese Autoren den Typ des 'explicational model', der grundlegenden theoretischen Konzepten präzise Bedeutung verleihen soll, und den Typ des 'theoretical construct model', der auf die Formalisierung einer spezifischen Theorie abzielt.

4. England hat dafür eine sehr gut ausgebaute Studienförderung (vgl. Rundstedt, 1971).

5. Ramseier's Definition der Variablen 'Studientyp', die in etwa meiner Variablen 'Fachstruktur' entspricht, weicht allerdings etwas von der Definition meiner Variablen ab. Vgl. dazu meine Definition unten in Tab. 3.

6. Da Ramseier's Modell ein rekursives ist, sind darin reziproke Kausalbeziehungen prinzipiell ausgeschlossen.

7. Peter Zweifel hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass man diese Vermutung mit einem Investitionsmodell untermauern könnte: In einem solchen Modell wird das Studium als Investition - Verzicht auf laufendes Einkommen zugunsten eines höheren späteren Einkommens - betrachtet. Je älter jemand ist bei seinem Eintritt ins Studium, desto kürzer ist in einem solchen Modell seine Ertragsphase, umso grösser ist der Verlust, den er erleidet, wenn er länger studiert. Deshalb wird der ältere Studierende als 'homo oeconomicus' schneller, effizienter, konzentrierter studieren.

8. Der Nachweis, dass die Rang-Bedingung ebenfalls erfüllt ist, lässt sich nicht so einfach führen.

9. vgl. eine persönliche Mitteilung von Seymour Spilerman, University of Wisconsin. Vgl. auch Bohrnstedt/Carter (1971), welche zeigen, dass die Regressionsverfahren allgemein sehr robust sind, und Cox (1970, S.16), der nachweist, dass die Varianz einer dichotomen

Variablen in einem relativ weiten Wertebereich annähernd homogen ist.

10. Diese Zahlen sind Ries/Kriesi (1974b, Tab.2/35) entnommen. Bei der Verwendung dieser Zahlen für die Zwecke dieses Modells ergab sich dabei die Schwierigkeit, dass die offizielle Einteilung in Fakultäten (auf der die Zahlen basieren) nicht mit der Einteilung in Fachbereiche, welche in diesem Modell verwendet worden ist, korrespondiert. Wo nötig, wurden ad hoc Anpassungen gemacht.

11. Diese Zahlen wurden ebenfalls Ries/Kriesi (1974b, Tab.51 - 83 im Anhang) entnommen. Für die ETHZ und die ETHL waren aber keine fachbereichsspezifischen Daten erhältlich. Nicht nur sind keine solchen Zahlen publiziert, die zuständigen Stellen an der ETHZ, die ich brieflich angefragt habe, waren auch nicht in der Lage, solche Zahlen zur Verfügung zu stellen! Für die Operationalisierung nahm ich an, dass die Ausgaben für die Fachbereiche der beiden technischen Hochschulen jeweils mindestens so hoch waren wie im entsprechenden Fachbereich der am besten dotierten Hochschule unter kantonaler Aufsicht. Damit werden mit aller Wahrscheinlichkeit die Ausgaben für die Fachbereiche der technischen Hochschulen unterschätzt.

12. Eine einfache Einführung in diese Methode bieten sowohl Duncan wie auch Heise. Für ausführlichere Darstellungen sei man auf Oekonometrie-Lehrbücher (z.B. Theil, 1971) verwiesen. Hat man es mit Modellen zu tun, die gerade richtig identifiziert sind, stehen einem noch zwei weitere Methoden zur Verfügung: Die Methode der instrumentellen Variablen sowie die Methode der indirekten kleinsten Quadrate (vgl. dazu Duncan). Alle diese Methoden, auch 2SLS, sind 'single-equation methods', d.h. sie lösen jeweils nur eine Gleichung des Modells auf einmal. Es gibt aber auch sogenannte 'full-information methods', welche alle Gleichungen des Modells simultan lösen (vgl. dazu wiederum Duncan und Heise).

13. Zur Schätzung dieses Modells verwendete ich das TTLS ('Two and three stage least squares') - Programm, das von A. Stroud, A. Zellner und L.C. Chau an der University of Wisconsin entwickelt wurde.

14. Zur Definition von Elastizitäten vergleiche man Becker (1971, S.12), zu ihrer oekonometrischen Verwendung Kmenta (1971, S.209).

15. Im Gegensatz zu rekursiven Modellen muss bei nicht-rekursiven Modellen ein Multiplikator-Effekt berücksichtigt werden, der sich aus der wechselseitigen Verursachung von Variablen ergibt. Dieser Multiplikator hat die allgemeine Form: $1/(1 - b_{yx}.b_{xy})$.

16. Es mag in diesem Zusammenhang interessieren, dass sich die Variable 'Alter' schon mit Bezug auf das Verlassen des Hochschulsystems auf bestimmten Abschlussniveaus als der bedeutendste Prädikator erwiesen hat (vgl. Kriesi, 1977). Die Altersvariable dürfte eine der wichtigsten Determinanten nicht nur der Studiensituation, sondern auch des Studienverlaufs sein.

17. Der eine oder andere Leser wird anfänglich vermutet haben, dass ich genau diesen 'Trick' anwendete, als ich die finanziellen Ressourcen mit dem Anteil der Fremdfinanzierung operationalisierte. Denn, so

mag man sich gefragt haben, ist Fremdfinanzierung nicht gerade das Komplement von Werkarbeit? Das Resultat zeigt deutlich, dass derartige Vermutungen unberechtigt waren. Zwei Gründe lassen sich dazu anführen: Einmal geht es im Modell um die Erklärung der regelmässigen Werkarbeit im Semester und nicht um Werkarbeit schlechthin (nur der Einfachheit halber wird jeweils kurz von 'Werkarbeit' gesprochen). Zum andern gibt es ausser Fremdfinanzierung und Werkarbeit noch andere Finanzierungsmöglichkeiten: Erspartes, Vermögen, Erwerbstätigkeit vor dem Studium (vgl. Tabelle 1).

18. Dies gilt auch für die nicht explizite erwähnten Effekte zwischen exogenen und prädeterminierten Variablen, sowie zwischen prädeterminierten Variablen selbst.

19. Darauf hat mich auch Duncan in einer persönlichen Mitteilung aufmerksam gemacht. Dieses Modell ist im übrigen ein Resultat einer früheren Version, für die der heuristische Test durchgeführt worden ist. Dieser hatte für die frühere Version zu grosse Abweichungen zwischen implizierten und effektiven Kovarianzen ergeben und ein Modell in der vorliegenden Form nahegelegt.

LITERATURVERZEICHNIS

Becker G. (1971): Economic Theory. Knopf, New York.

Berger J., Cohen B.P., Snell J.L. and Zelditch M. (1962): Types of Formalization in Small-Group Research. Houghton-Mifflin, Boston.

Blalock H.M. (1971a): Causal Inferences, Closed Populations, and Measures of Association. In: Blalock H.M. (Ed.): Causal Models in the Social Sciences.

Blalock H.M. (1971b): Causal Models in the Social Sciences. Aldine, Chicago.

Bohrnstedt and Carter (1971): Robustness in Regression. In: Costner H. (Ed.): Sociological Methodology. Jossey-Bass, San-Francisco.

Cox D.R. (1970): The Analysis of Binary Data. Methuen, London.

Duncan O.D. (1975): Introduction to Structural Equation Models. Academic Press, New York.

Duncan O.D. (1966): Path Analysis: Sociological Examples. American Journal of Sociology, 72, 1, p.1-16 (siehe auch Blalock, 1971b).

Duncan O.D., Haller A.O. and Portes A. (1968): Peer Influences of Aspirations: A Reinterpretation. In: American Journal of Sociology, 74, p.119-37 (siehe auch Blalock, 1971b).

Hansen H.P. und Mylius K.H. (1974): Die soziale Situation der Studenten. Ergebnisse einer Befragung der Studentenschaft Münster. Verlag Dokumentation, München (HIS Brief 49).

Hargens L.L. (1976): A Note on Standardized Coefficients as Structural Parameters. In: Sociological Methods and Research, Vol. 5, 2, p.247-55.

Heise D.R. (1975): Causal Analysis. Wiley, New York.

Henry N.W. and Hummon N.P. (1971): An Example of Estimation Procedures in a Nonrecursive System. In: American Sociological Review, 36, 6, p.1099-1102.

Kath G., Oehler Ch. und Reichwein R. (1966): Studienweg und Studienerfolg. Institut für Bildungsforschung in der Max Planck-Gesellschaft, Berlin.

Kmenta J. (1971): Elements of Econometrics. Macmillan, New York.

Kriesi H. (1977): A Model for the Flow of Students through the Swiss University System. Lang, Bern.

Land K. (1971): Significant Ohters, the Self-reflexive Act and the Attitude Formation Process: A Reinterpretation. In: American Sociological Review, 36, 6, p.1085-1098.

Miller G.W. (1970): Success, Failure and Wastage in Higher Education. London.

Peters M. und Zeugin P. (1975): Zur ökonomischen und sozialen Lage der Studenten an der Universität Zürich. Ergebnisse einer Repräsentativumfrage vom Sommer 1975. Soziologisches Institut, Zürich.

Ramseier E. (1977): Determinanten des Studienerfolgs. Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung des schweizerischen Immatrikulationsjahrganges 1965 in einer Pfadanalyse. In: Schweiz. Zeitschrift f. Soziologie, 3, November, S.57-73.

Ries H. et al. (1974): Studienverlauf an Schweizer Hochschulen. Hochschule Aargau f. Bildungswissenschaften-Vorbereitungsstufe, Aarau.

Ries H. und Kriesi H. (1974a): Studienverlauf an Schweizer Hochschulen, 6. Teil: Die ökonomische Lage der Studierenden und ihre Wohnsituation. Hochschule Aargau f. Bildungswiss.-Vorbereitungsstufe, Aarau.

Ries H. und Kriesi H. (1974b): Studienverlauf an Schweizer Hochschulen, Erster Teil C: Die Entwicklung der Schweizer Hochschulen von 1965 bis 1973. Hochschule Aargau f. Bildungswiss. - Vorbereitungsstufe, Aarau.

Ries H. und Kriesi H. (1974c): Studienverlauf an Schweizer Hochschulen, 4. Teil: Hochschul- und Studienfachwahl. Hochschule Aargau f. Bildungswiss. - Vorbereitungsstufe, Aarau.

Ries H. und Kriesi H. (1974d): Studienverlauf an Schweizer Hochschulen, Soziodemografische Merkmale und Mittelschulausbildung. Hochschule Aargau f. Bildungswiss. - Vorbereitungsstufe, Aarau.

Rundstedt M. (1971): Studenten-Förderung. Ein Vergleich der Förderungssysteme und Leistungen in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Wales und in den Niederlanden. Klett, Stuttgart.

Summerskill J. (1962): Dropouts from College. In: Sanford N. (Ed.): The American College: A Psychological and Social Interpretation of Higher Learning. Wiley, New York.

Theil H. (1971): Principles of Econometrics. Wiley, New York.

Tukey J.W. (1954): Causation, Regression and Path Analysis. In: Statistics and Mathematics in Biology, ed. by Kempthorne O. et al. Ames. Iowa State College Press, Iowa. (zit. in Blalock, 1971a).

Woelfel J. and Haller A.O. (1971a): Significant Others, the Self-reflexive Act, and the Attitude Formation Process. In: American Sociological Review, 36, 1, p.74-86.

Woelfel J. and Haller A.O. (1971b): Reply to Land, Henry and Hummon. In: American Sociological Review, 36, 6, p.1102-03.

A T E L I E R

LES POLITIQUES DE DEMOCRATISATION DE L'ENSEIGNEMENT ET LEURS FONDEMENTS IDEOLOGIQUES

Esquisse d'un cadre théorique

Philippe Perrenoud

AVANT-PROPOS

La sociologie de l'éducation accorde depuis longtemps beaucoup d'attention à l'inégalité sociale devant l'école, au sens strict - inégalité entre classes sociales - ou au sens large - inégalité entre sexes, régions, ethnies, etc. Les liens avec les études de mobilité sociale se sont rapidement imposés. Ce n'est toutefois qu'au tournant des années 1970, avec les travaux de Bourdieu et Passeron notamment, que s'est engagé le débat sur le rôle de l'inégalité scolaire dans la reproduction des classes sociales et de leurs rapports, à travers la reproduction des hiérarchies culturelles et professionnelles. Le débat s'est développé sur trois plans complémentaires:

- la théorie générale de l'ordre social, du changement, des mécanismes de reproduction et de leurs failles
- l'analyse des rapports entre formation et mobilité sociale, entre inégalités de formation et inégalités de revenus, de conditions sociales
- l'étude du système d'enseignement, des forces sociales et politiques dont il est l'expression, des structures et mécanismes générateurs d'inégalités de formation.

L'essai qui suit s'inscrit dans cette troisième perspective. Il s'efforce d'esquisser le cadre théorique d'une sociologie de la démocratisation de l'enseignement comme idéologie, comme mouvement social, comme politique. Ce qui devrait permettre d'abord de mieux cerner une composante permanente des politiques contemporaines de l'éducation, ensuite de nourrir le débat sur le système d'enseignement et ses rapports aux classes sociales et au système politique.

Cet essai est publié dans l'Atelier de la Revue en raison de son caractère exploratoire, et parce qu'il appelle critiques et commentaires. Il était difficile de les juxtaposer à un texte déjà trop long en regard des normes de la Revue. C'est pourquoi la discussion pourrait trouver place dans l'Atelier d'une prochaine livraison.

Le comité de rédaction

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, p. 131-179

LES POLITIQUES DE DEMOCRATISATION DE L'ENSEIGNEMENT ET LEURS FONDEMENTS IDEOLOGIQUES

Esquisse d'un cadre théorique

Philippe Perrenoud

RESUME

En sociologie de l'éducation, l'intérêt pour les inégalités sociales devant l'école n'est pas nouveau. Il s'agit de les décrire aux divers stades de la scolarité, d'en expliquer la genèse, d'en saisir les effets. Depuis 1970, l'effort d'explication s'est développé dans le sens d'une théorie du système d'enseignement et de ses rapports aux classes sociales. En partie grâce à certains travaux sociologiques, une fraction croissante des parents, des enseignants, des responsables scolaires et politiques sont devenus sensibles à l'inégalité sociale devant l'éducation. La référence à l'égalité des chances est maintenant une composante obligée du discours social sur l'éducation, et dans la plupart des pays des lois, des réformes scolaires, des politiques de l'éducation se réclament de la démocratisation de l'enseignement. La sociologie n'est pas absente de ce champ. Il lui reste à s'en dégager pour en faire la théorie. C'est à cette entreprise que le présent essai voudrait contribuer.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Problematik der sozialen Ungleichheit in der Schule ist in der Erziehungssoziologie nicht neu. Es geht darum, diese Ungleichheit in den verschiedenen Stadien der Schulzeit zu beschreiben, ihre Entstehung zu erklären und ihre Auswirkungen zu erfassen. Ab 1970 hat sich die Erklärungsarbeit in Richtung einer Theorie des Unterrichtssystems und seiner Beziehung zu den sozialen Klassen entwickelt. Zum Teil auf Grund gewisser soziologischer Arbeiten sind ein zunehmender Teil der Eltern, Lehrer und Verantwortlichen in Schule und Politik gegenüber der sozialen Ungleichheit in der Erziehung empfindlich geworden. Der Bezug auf die Chancengleichheit ist heute eine obligatorische Komponente des sozialen "Discours" über die Erziehung geworden, und in den meisten Ländern gibt es Gesetze, Schulreformen oder Erziehungspolitiken, die sich auf die Demokratisierung der Schule beziehen. Die Soziologie ist von diesem Gebiet nicht abwesend, doch steht die Arbeit einer gewissen Distanzierung noch aus, die er erlauben würde, eine entsprechende Theorie des Feldes zu konstruieren. Der vorliegende Versuch möchte zu diesem Unternehmen beitragen.

L'INEGALITE SOCIALE DEVANT L'ECOLE

Nul n'ignore désormais, parmi les gens préoccupés d'éducation, que les enfants des diverses classes sociales ne sont pas promis - statistiquement - au même destin scolaire. Dans tous les cas où l'on dispose de statistiques, on trouve une relation marquée entre l'origine sociale et la carrière scolaire (cf. Boudon, 1973 pour une vue d'ensemble). Mon propos n'est pas ici de détailler ce constat, ni d'analyser les variations de l'inégalité devant l'école dans le temps ou entre systèmes d'enseignement. Aussi ne présenterai-je qu'un seul tableau, à titre de rappel. Il s'agit de la distribution des jeunes gens et jeunes filles de 19 ans résidant à Genève en 1976 et qui avaient achevé leur scolarité obligatoire dans une école genevoise. On saisit donc pour l'essentiel les qualifications produites par le système d'enseignement genevois, abstraction faite de la forte immigration qu'on observe à Genève au-delà de 15 ans. Les qualifications prises en compte sont à la fois scolaires et professionnelles; pour simplifier, trois niveaux de formation seront distingués:

- le niveau certifié par la maturité ou un titre équivalent; l'équivalence est définie de façon assez large, de sorte à inclure non seulement les baccalauréats étrangers, mais aussi les diplômes d'ingénieurs-techniciens, les diplômes supérieurs de commerce, les diplômes de culture générale, qui ne sont pas dispensés au terme d'études proprement gymnasiales, mais dont le niveau général d'exigence est comparable

- le niveau de formation sanctionné par un certificat fédéral de capacité, ou par un diplôme professionnel délivré par une école privée ou une régie fédérale; ces diplômes sanctionnent l'apprentissage d'une profession qualifiée (pour les CFC) ou semi-qualifiée (pour une partie des diplômes privés), en école ou dans le cadre d'une entreprise; selon les cas, l'apprentissage exige de deux à quatre ans de formation post-obligatoire

- le niveau de formation correspondant à la seule scolarité obligatoire, achevée à Genève dans la section Pratique, éventuellement la section Générale du Cycle d'Orientation, souvent avec un retard scolaire d'un ou deux ans.

Ces trois niveaux de qualification ne permettent évidemment que des distinctions grossières. On trouvera ailleurs (Amos, 1977; Hutmacher, 1977a) une analyse plus fine. La distribution des jeunes gens et jeunes filles selon ces trois niveaux de formation à 19 ans sera également présen-

tée de façon sommaire, en distinguant trois couches sociales:

- la couche dite inférieure, regroupant les manoeuvres, les ouvriers semi-qualifiés et qualifiés, les agents de maîtrise
- la couche dite moyenne, regroupant les employés, les artisans et petits commerçants, les agriculteurs, les cadres moyens
- la couche dite supérieure, regroupant les cadres supérieurs, les membres de professions libérales ou dirigeantes.

Cette stratification se fonde sur le niveau de formation du père, ou du moins sur le niveau moyen exigé par sa profession.

Niveau de formation	Couche sociale			
	Inférieure	Moyenne	Supérieure	ENSEMBLE
Maturité ou équivalent	20	42	71	41
Formation CFC ou équivalent	62	45	20	45
Sans formation post-oblig.	18	13	9	14
TOTAL (=100%)	(901)	(1114)	(577)	(2723)

Source: Hutmacher, 1977a

Du point de vue du constat, l'intérêt d'un tel tableau est de saisir une cohorte issue, du moins pour ce qui concerne sa scolarité obligatoire, d'un même système d'enseignement, à un âge où la formation scolaire de base, y compris deux à quatre ans de formation postobligatoire, est achevée ou en voie de l'être. On appréhende alors l'effet cumulé de tous les mécanismes différentiels de formation et de sélection qui opèrent depuis l'école élémentaire. Genève n'a évidemment pas une structure de qualifications représentative de la moyenne suisse, en particulier en raison de la forte proportion de formations de niveau gymnasial. Cela renvoie, parmi bien d'autres facteurs, à l'existence d'un Cycle d'Orientation couvrant les trois dernières années de la scolarité obligatoire, et qui accueille plus de la moitié de ses élèves dans les sections prégymnasiales, quatre sur dix environ en

section générale, et un dixième seulement dans la section pratique, la seule qui ne débouche que sur l'apprentissage. Il est probable aussi, bien que sur ce point comme sur tant d'autres en Suisse, les données comparatives fassent défaut, que l'inégalité sociale devant l'école est moins marquée à Genève que dans les cantons caractérisés par un système d'enseignement beaucoup plus malthusien et sélectif, notamment à l'entrée du secondaire. Il est sûr que le niveau de formation atteint à 19 ans n'est pas sans incidence sur la position qui sera occupée quelques années plus tard dans la division du travail et la stratification sociale. Cependant, un niveau donné de formation débouche sur un éventail de conditions sociales variées, même s'il subsiste bien entendu une relation statistique. Roger Girod (1977) a fort bien montré que la conversion d'un diplôme en statut social n'est nullement un processus automatique, mais la résultante de stratégies des acteurs qui mobilisent diverses ressources (parmi lesquelles le patrimoine économique transmis par la famille ou son capital de relations sociales), qui se fixent des ambitions diverses, qui utilisent plus ou moins efficacement les possibilités de mobilité en cours de carrière qu'offre une économie en rapide transformation. La part d'indétermination qui subsiste au terme de la scolarité de base signifie que le tableau précédent ne saurait être assimilé à une table de mobilité sociale; il met en relation l'origine sociale et le niveau de formation, sans préjuger de la relation qui s'établira entre la formation et la position sociale de destination.

Le constat d'une inégalité sociale devant l'enseignement n'est pas nouveau, et les tentatives d'explication n'ont pas manqué. Le débat est loin d'être clos. Mais je souhaite poser ici un problème un peu différent: que font les acteurs concernés face au constat de l'inégalité sociale devant l'école? Qui sont ces acteurs? Quelles idéologies de l'égalité, quelles légitimations de l'inégalité défendent-ils? Quelles sont leurs stratégies pédagogiques et politiques, leur pouvoir dans la politique de l'éducation, leurs discours, leurs projets, leurs alliances? Qui veut la démocratisation de l'enseignement? Pourquoi? Comment? A quel modèle d'égalité se réfère-t-on? Quels sont les leviers privilégiés d'une action réformatrice? Sur quelle analyse des causes se fonde-t-elle?

Ces questions n'ont de sens qu'à partir du moment où l'inégalité sociale devant l'école n'est plus un fait que les sociologues seraient les seuls à constater, et qu'ils chercheraient à expliquer pour des raisons uniquement théoriques. Il est difficile de dater la prise de conscience de l'inégalité sociale devant l'enseignement au sein des sociétés modernes. Sans doute les sociologues de l'éducation

ont-ils contribué à faire connaître le phénomène, ou du moins à conforter l'intuition non chiffrée de nombre d'enseignants, de parents, de responsables scolaires qui n'ont pas attendu les premières enquêtes sociologiques pour se douter que les enfants d'ouvriers réussissaient moins bien que les autres à l'école. Ce serait faire beaucoup de crédit aux sciences sociales que de croire qu'elles peuvent peser sur la définition sociale de la réalité sans qu'une évolution culturelle, politique, ait préparé les esprits à entendre les chercheurs, à encourager leur travaux. La sensibilité croissante à l'inégalité sociale devant l'école n'est par ailleurs pas séparable de l'ensemble des luttes sociales pour plus de justice et d'égalité économique. C'est dire aussi que les porteurs des valeurs égalitaires appartiennent d'abord au mouvement ouvrier, aux partis de gauche, aux syndicats, aux milieux d'intellectuels et d'enseignants progressistes. Cependant, la préoccupation de l'égalité des chances s'est étendue aux classes moyennes, qui ont investi tous leurs espoirs de promotion sociale dans la formation de leurs enfants. Les partis du centre et de la droite modérée ont eux aussi plaidé pour l'égalité des chances, sans doute en partie à des fins électorales, mais aussi par conviction démocratique. Au cours des dernières décennies, la droite et les milieux patronaux se sont en partie joints à ce concert, à la fois pour ne pas paraître défendre des thèses ouvertement élitaires et parce que la croissance économique exigeait une main d'oeuvre qualifiée et une relève scientifique et technique de haut niveau. Il résulte de ces conversions successives à l'idéologie de l'égalité de chances une situation de <u>consensus apparent</u> qui, s'il fallait s'en tenir au discours public, donnerait l'impression que l'inégalité devant l'école est un problème de société qui concerne tous les hommes de bonne volonté, toutes les forces démocratiques. Il n'est guère de parti ou de mouvement, quelle que soit son orientation politique ou pédagogique, qui ne la juge regrettable sinon scandaleuse. Même si l'on tient compte de la distance qui sépare le discours public des préoccupations réelles des partis conservateurs, il faut reconnaître que dans les classes privilégiées scolairement et socialement, il ne manque pas de gens de bonne foi individuellement attachés à l'idée d'égalité des chances, de démocratisation des études. C'est vrai en particulier d'une fraction des enseignants qui sont concernées au premier chef, puisque la dénonciation de l'inégalité sociale devant l'école débouche souvent sur une mise en cause du système scolaire ou même des maîtres proprement dits.

Le consensus déclaré sur la nécessaire égalité des chances n'implique pas un consensus sur la politique à suivre, sur les moyens à dégager, sur les réformes à mettre en chantier. S'agit-il donc d'un consensus illusoire, amalgamant

la volonté des uns de changer réellement la situation actuelle et la volonté des autres de ne rien changer tout en déclarant qu'on veut l'égalité des chances?

Pour donner une réponse à ces questions, il faut à l'évidence aller au-delà du discours et de l'idéologie, pour analyser les politiques de l'éducation, les réformes orientées vers la démocratisation des études, leurs intentions et leurs effets, les choix budgétaires, les investissements dans la recherche et l'innovation pédagogique, les options relatives à la formation des enseignants. De telles recherches sont malheureusement assez rares, du moins en ce qui concerne spécifiquement l'inégalité sociale devant l'école et les mesures de démocratisation de l'enseignement. Tout se passe comme si les sociologues qui étudient l'inégalité sociale devant l'école étaient trop impliqués idéologiquement pour inclure dans leur champ d'investigation le débat sur l'inégalité et les politiques de démocratisation. Non qu'ils ignorent ce débat et ces politiques, mais leur ambition est semble-t-il d'y être présents plus que d'en faire la théorie, au risque d'avoir à rendre compte du rôle des sciences humaines dans la prise de conscience des inégalités et la définition des stratégies, mais aussi des effets de légitimation et d'influence liés à ce rôle.

On peut supposer que dans les diverses sociétés capitalistes développées, les débats sur l'inégalité devant l'école et les politiques correspondantes ont suivi des cheminements partiellement semblables, ne serait-ce qu'en raison d'une part des traits communs aux systèmes d'enseignement et aux stratifications sociales, d'autre part d'un réseau international de diffusion des informations et des innovations, notamment à travers les publications de science de l'éducation et les organisations internationales spécialisées, telles l'UNESCO, le BIE, l'OCDE, le Conseil de l'Europe. Cependant, avant de dégager des invariants, il serait préférable de reconstituer, sous l'angle de l'inégalité devant l'école et des réformes destinées à l'affaiblir, l'histoire de chaque système d'enseignement, des politiques de l'éducation et de la demande sociale dont il est l'expression. En Suisse, ce travail historique mériterait d'être mené dans chaque canton, tant sont différentes les conditions politiques et économiques.

Commençant, dans ce sens, à organiser le matériel accumulé depuis plusieurs années sur le système d'enseignement genevois et dans une moindre mesure sur d'autres systèmes romands, j'ai été amené à essayer de clarifier les rapports qui s'établissent entre une telle entreprise

et d'autres travaux sociologiques sur l'inégalité sociale devant l'école, ses causes, ses effets. Me trouvant d'abord devant des fragments de discours sur l'inégalité, j'ai été conduit par ailleurs à m'interroger sur la place et la fonction de l'idéologie et des représentations normatives de l'égalité. On trouvera ici un premier état de la réflexion. J'essaierai d'esquisser une réponse aux trois questions suivantes:

1. en quoi l'analyse du discours social et des réformes éducatives relatives à l'égalité devant l'école peut-elle contribuer à l'explication du fait de l'inégalité?

2. l'analyse des débats et des réformes trouve-t-elle dans la théorie de la reproduction (Bourdieu & Passeron, 1970) ou des appareils idéologiques d'Etat (Baudelot & Establet, 1971) des hypothèses fécondes?

3. quelle force faut-il prêter aux représentations et aux idéologies dans l'analyse de l'inégalité comme enjeu politique et pédagogique?

Sur chacun de ces points, on proposera moins une revue de la littérature qu'un début de construction d'objet. Je tenterai par ailleurs de montrer que l'analyse des politiques et des idéologies relatives à l'égalité sociale devant l'école est une des voies qui pourront permettre de sortir de l'impasse dans laquelle se trouve actuellement la théorie des rapports entre classes sociales, pouvoir politique et système d'enseignement.

LES DEUX NIVEAUX D'EXPLICATION DE L'INEGALITE

Pourquoi les enfants issus de classes sociales différentes n'ont-ils pas, en moyenne, les mêmes chances de formation? Les explications ne manquent pas, plus ou moins controversées, plus ou moins cohérentes, plus ou moins fondées sur des observations empiriques. Mon intention n'est pas de les départager, ni de les rappeler dans leur détail. Je voudrais plutôt mettre en évidence deux niveaux complémentaires, mais distincts, de l'explication. Nombre de travaux en restent au premier niveau. L'analyse sociologique des idéologies et des politiques de démocratisation de l'enseignement se situe au second niveau, et c'est pourquoi il importe de les définir l'un et l'autre et de préciser leur mode d'articulation.

Au premier niveau d'explication, il s'agit de décrire le processus de transformation et de différenciation des individus au cours de leur carrière scolaire, compte tenu:

- des différences entre individus qui préexistent à toute scolarité (qu'on les suppose innées ou acquises)
- des expériences différenciées que vivent les enfants et les adolescents hors de l'école.

Le processus de transformation et de différenciation des individus n'est analysable qu'en référence à un système d'enseignement déterminé, dont on suppose donnés le fonctionnement, la structure, les objectifs, les exigences, la pédagogie, les programmes, etc.

Pour être achevée, l'explication à ce premier niveau devrait non seulement identifier les différences extrascolaires pertinentes, mais encore dégager les processus de conversion de ces différences en inégalités proprement scolaires de réussite ou d'orientation.

Au second niveau d'explication, le système d'enseignement d'une part, l'ensemble des différences extrascolaires qui pèsent sur la différenciation des destins scolaires d'autre part, deviennent des faits à expliquer, et à mettre en relation entre eux, soit directement, soit par la médiation du système politique et des rapports entre classes sociales ou de façon générale entre groupes sociaux.

En d'autres termes, il s'agit d'expliquer le développement et le maintien d'un système d'enseignement qui, recevant des enfants différents et les confrontant à des normes semblables, convertit les différences en inégalités de réussite scolaire, puis d'orientation. Ce qui conduit à s'intéresser aux forces sociales et politiques qui ont créé et contrôlent le système d'enseignement, et aux rapports entre ces forces et les classes sociales.

L'analyse des idéologies et des politiques de démocratisation de l'enseignement se situe à l'évidence à ce second niveau, à deux titres:

- d'abord parce qu'au second niveau d'explication, tout système d'enseignement générateur d'inégalités apparaît le produit d'une histoire, d'un ensemble de déterminismes identifiables au sein des sociétés industrielles qui ont donné naissance à de tels systèmes d'enseignement. Leur forme actuelle et leur caractère générateur d'inégalités étaient sans doute sociologiquement nécessaires, puisque de tels systèmes se sont développés et maintenus depuis plus d'un siècle dans toutes les sociétés de ce type. Mais l'explication historique passe inévitablement par l'imaginaire, par la reconstitution d'une autre histoire possible, ou plutôt qui serait devenue possible ou pro-

bable sous certaines conditions. Sans m'engager dans le débat sur le déterminisme, je souhaite simplement souligner qu'expliquer pourquoi les systèmes d'enseignement modernes sont générateurs d'inégalités revient, d'une certaine façon, à expliquer pourquoi les acteurs sociaux n'ont pas pu, su ou voulu à ce jour les rendre plus égalitaires

- la même question se pose beaucoup moins abstraitement lorsque, comme c'est maintenant le cas presque partout, des partis politiques, des mouvements sociaux ou pédagogiques se mobilisent pour démocratiser l'enseignement, pour compenser les "handicaps" financiers ou socio-culturels, pour différencier l'enseignement. Se pose alors le problème du rapport des forces dans lequel s'inscrit l'action de ces partis et mouvements; pour l'observateur sociologue, la confrontation n'est plus entre le système d'enseignement tel qu'il est et tel qu'on aurait pu l'imaginer sous certaines hypothèses théoriques, mais la confrontation entre le système actuel et l'image normative inspirant ceux qui veulent le changer.

Outre son intérêt intrinsèque, par exemple dans le cadre d'une sociologie des idées et mouvements pédagogiques, l'analyse des idéologies et des politiques de démocratisation de l'enseignement pourrait être l'un des révélateurs privilégiés des forces sociales qui ont créé, et surtout qui maintiennent, un système d'enseignement générateur d'inégalités. D'où la nécessité de ne pas séparer une telle analyse de l'élaboration d'une théorie explicative au second niveau.

Malheureusement, à ce second niveau, les travaux sont encore assez rares, et on ne trouve guère que dans "La reproduction" (Bourdieu & Passeron, 1970) une tentative d'intégration des deux niveaux d'explication. J'essaierai de montrer pourquoi la théorie de la reproduction, dans son état actuel, ne rend pas compte des idéologies et des politiques de démocratisation de l'enseignement. Elle me paraît cependant un point de départ fécond, soit pour la prolonger, soit pour s'en distancer. Au premier niveau d'explication, elle met en évidence les caractéristiques du système d'enseignement qui convertissent les différences culturelles en inégalités scolaires, par le double jeu d'un enseignement indifférencié et de contenus inégalement proches de la culture et du vécu des diverses classes sociales. Au second niveau d'explication, le système d'enseignement est décrit comme le détenteur d'une autorité pédagogique déléguée, qui lui reste acquise - d'où son autonomie relative - dans toute la mesure où il inculque l'arbitraire culturel qu'il a mission d'inculquer, contribuant de la sorte à reproduire les hiérarchies cul-

turelles, donc les rapports de domination entre les classes. Cette formulation extrêmement condensée ne rend évidemment pas justice à la complexité et à la subtilité des thèses de Bourdieu et Passeron. Dans son schématisme, elle suggère cependant assez bien la nature des problèmes ouverts. Ces thèses ont suscité louanges et critiques, nuances et surenchères (cf. par exemple Prost, 1970; Petitat, 1971; Isambert-Jamati, 1972; Sainsaulieu, 1972; Baudelot & Establet, 1971; Snyders, 1976). La discussion sociologique n'est pas close. Le retentissement de la thèse principale dans le public universitaire ou enseignant, dans la presse, au sein des syndicats et partis de gauche, a d'ailleurs amené, dans et hors de la sociologie de l'éducation, nombre de mises au point que n'appelle pas en général la seule dynamique du débat dit scientifique. D'une certaine façon, l'image de l'ordre social et du changement possible était en jeu, et c'est pourquoi le débat a débordé largement le cadre de la sociologie de l'éducation, et plus encore de l'explication des inégalités sociales devant l'école. L'histoire de "La reproduction" s'inscrit à coup sûr, pour cette raison, au programme d'une analyse des idéologies de l'éducation dans ses rapports à l'ordre et à la justice sociale. Le contenu du livre, tel que l'ont voulu les auteurs, importera à cet égard moins que les représentations simplifiées et (dé)mobilisatrices de la reproduction sociale et culturelle. Dans le débat sur l'inégalité sociale devant l'école, ces représentations ont joué et jouent un rôle important dans les pays francophones.

Dans un premier temps, cependant, je m'arrêterai moins au contenu des thèses ou aux effets sociaux de leur diffusion qu'à la "rupture épistémologique" qu'elles opèrent avec les tendances jusqu'alors dominantes dans l'explication de l'inégalité sociale devant l'école. Cette rupture se caractérise justement par le passage - à mon sens irréversible - au second niveau d'explication.

On peut contester le fait de la reproduction, son ampleur, la définition des invariants, son rapport au changement. On peut mettre en doute son caractère intentionnel, et rejeter l'idée qu'elle est l'expression des intérêts et de la politique de la classe dominante. On peut se distancer de la représentation d'une formation sociale en termes de rapports de classes. On peut dénier toute fécondité aux concepts d'habitus, de capital culturel, d'espérance subjective, de violence symbolique. On peut donc, aux deux niveaux de l'explication, prendre le contrepied de la théorie sociologique de Bourdieu et Passeron. Je suis pour ma part très loin d'un tel refus, et j'épouse une partie de leurs thèses, qui me paraissent fondées ou plausibles. Mais je constate que sauf à pratiquer l'ex-

communication systématique de ceux qui s'écartent trop de leur propre discours, les sociologues sont condamnés dans l'état actuel de la discipline à la coexistence de théories parfaitement contradictoires, et pourtant toutes vraisemblables ou défendables à certains égards. Tenir compte de la rupture épistémologique opérée par "La reproduction" n'exige donc nullement que l'on partage la même représentation de la culture, des rapports sociaux, de l'acteur et du système (cf. Crozier & Friedberg, 1977; Boudon, 1977; Touraine, 1973; Balandier, 1973; Barel, 1973 pour d'autres essais majeurs sur l'ordre et le changement, à s'en tenir au domaine français).

Ce qui devrait en revanche devenir de plus en plus difficile, c'est de se limiter aux explications du premier niveau sans s'aventurer si peu que ce soit au niveau de l'explication du système d'enseignement et de ses rapports à la stratification sociale. Pour prendre un exemple extrême: supposons une théorie sociologique souscrivant intégralement aux thèses de Jensen (1969) ou d'Eysenck (1977), et qui expliquerait donc essentiellement la réussite scolaire par l'hérédité: l'école n'aurait alors d'autre rôle que de laisser s'épanouir les dons. Passons sur le débat idéologique et scientifique qu'appelle la thèse innéiste, pour insister sur un point: même si elle était fondée, cela ne dispenserait pas ses tenants d'expliquer pourquoi s'est développé et se maintient un système d'enseignement:

- dont les normes d'excellence privilégient les "aptitudes naturelles" plus que des compétences acquises
- dont la pédagogie n'a d'autre ambition que de révéler des dons en offrant à tous - dans le meilleur des cas - des conditions identiques de "réalisation de leurs potentialités".

Les partisans d'une explication par le don diront vraisemblablement que les normes d'excellence scolaire ne peuvent ignorer l'intelligence conçue comme faculté générale d'adaptation et de raisonnement, puisque le rôle de l'école est justement de préparer au travail et à la vie en société. Ils soutiendront aussi que la pédagogie ne peut aller durablement contre la nature des individus, en tirant argument de l'échec des programmes de compensation, de stimulation du développement tels qu'ils ont fleuri aux Etats-Unis. Une telle argumentation peut constituer une justification idéologique, pour qui croit aux dons innés et à une nature humaine hors d'atteinte de l'action pédagogique. Mais elle ne saurait tenir lieu d'explication sociologique de la genèse et de la conservation d'un tel système. Les représentations innéistes de l'inégalité ne sont explicatives du système qu'à la

condition d'être partagées par la majorité des acteurs sociaux qui ont fait et font du système d'enseignement ce qu'il est. Encore faudrait-il expliquer pourquoi ces acteurs partagent cette idéologie. La "vérité" présumée de la thèse innéiste ne suffit pas à rendre compte de sa diffusion. Sauf à croire que la vérité "scientifique" s'impose à tous les esprits par sa seule force d'évidence. Ce serait souscrire à une vision bien optimiste de l'histoire des sciences dans sa relation aux représentations communes.

Aux côtés des "dons naturels", les facteurs supposés à la fois liés à la condition de classe et responsables de la carrière scolaire sont légion: revenu, habitat, influences dans la communauté, capital linguistique ou culturel, aide des parents, informations sur le système d'enseignement, les normes et les filières, ressources éducatives extrascolaires, attitudes face à l'école, projets et aspirations, motivations à apprendre, etc. Lorsque deux individus n'atteignent pas le même niveau final d'éducation, on supposera qu'ils différaient selon tout ou partie de ces facteurs. Selon les enquêtes et les cadres théoriques, tous ne sont pris en compte simultanément, certains sont plus triviaux que d'autres, leurs poids respectifs diffèrent, et varient d'ailleurs selon les populations étudiées et les indicateurs choisis de réussite et d'orientation scolaire. Je n'entends pas ici passer ces facteurs en revue, en discuter la pertinence relative s'agissant soit des apprentissages scolaires, soit des décisions d'orientation, dégager ceux qui jouent un rôle dans la scolarité élémentaire, ou dont l'influence s'exerce au contraire dans l'enseignement secondaire ou supérieur. Ce qui m'importe présentement, c'est de souligner:

1. que chacun de ces facteurs n'agit que parce que certaines caractéristiques du système d'enseignement permettent son action ou ne la neutralisent pas.
2. que la façon dont opère l'influence causale d'un facteur donné n'est intelligible qu'au prix d'une représentation explicite des processus d'interaction entre ce facteur et le système d'enseignement.

Cette seconde proposition signifie que l'explication causale de la réussite et de l'orientation scolaires ne peut se limiter à l'estimation de la part de variance "expliquée" par telle ou telle variable indépendante, à travers une analyse de régression ou l'une de ses extensions (analyse de dépendance, path analysis). Selon Piaget, "l'explication causale constitue une assimilation du donné expérimental à des structures opératoires, mais,

tandis qu'au cours de l'établissement des lois ces opérations sont simplement "appliquées" aux objets pour en dégager les relations, la causalité proprement dite débute lorsque ces mêmes opérations sont, bien plus concrètement, "attribuées" aux objets, alors conçus comme de véritables opérateurs jouant entre eux le jeu opératoire indépendamment du sujet." (Piaget, 1967, p.160).

En d'autres termes: les relations statistiques ne spécifient que des régularités, des lois au sens de Piaget. L'explication causale passe par la compréhension des mécanismes, des processus médiateurs entre - dans le cas qui nous occupe - les facteurs liés à la condition de classe et la réussite scolaire, ou l'orientation. Cette exigence d'une théorie des processus au premier niveau d'explication de l'inégalité sociale devant l'école fournit une clé de lecture critique des travaux empiriques multiples qui se caractérisent par une grande sophistication de l'analyse multivariée et une grande pauvreté conceptuelle et théorique quant aux processus sous-jacents aux dépendances statistiques. Le peu d'attention portée aux processus permet surtout d'ignorer le second niveau d'explication, donc d'éviter de rendre compte des caractéristiques du système d'enseignement. L'analyse multivariée, lorsqu'elle traite la réussite ou l'orientation scolaires comme de simples propriétés de l'individu, court constamment le risque d'oublier qu'elles sont les produits d'un fonctionnement, d'une interaction, d'une histoire de l'individu dans ses rapports à l'institution scolaire et à ses agents. L'explication causale de la réussite scolaire ne diffère alors pas fondamentalement, dans sa démarche comme dans ses techniques, de l'explication du suicide, du comportement électoral, des comportements de consommation, des pratiques sexuelles ou encore de l'usage des moyens de communication de masse. Dans l'explication de ces diverses conduites, il est déjà très discutable de faire abstraction du cadre culturel et institutionnel qui les rend possibles ou simplement imaginables. Mais admettons que le découpage analytique et la division du travail d'explication soient admissibles lorsque le système culturel ou institutionnel, tout en fixant le cadre, les ressources, les sanctions de l'action individuelle, ne pèse sur elle qu'indirectement, parce qu'il est perçu et pris en compte par l'acteur lorsqu'il décide du cours à donner à son action. Le cadre fait alors partie de la situation. Mais l'école est beaucoup plus que le cadre d'une action individuelle; elle intervient activement dans l'organisation des conduites et la transformation des individus. Les paradigmes pertinents sont ceux de la sociologie des organisations ou des petits groupes, non ceux de l'économie politique. Bien entendu, la demande d'éducation relève

pour une part des paradigmes économiques, et Boudon (1973, 1977) n'a pas tort de rappeler que les élèves et leurs familles conduisent des stratégies face aux possibilités et contraintes qui résultent de la structure du système d'enseignement. C'est vrai en particulier des choix d'orientation dès la fin du tronc commun primaire, qui ne sont pas entièrement dictés par la réussite scolaire antérieure ou les normes de l'organisation. On peut discuter du poids qu'accorde Boudon à cet aspect "décisionnel" de la carrière scolaire, ou de façon générale à la composition d'actions individuelles indépendantes les unes des autres dans l'explication des phénomènes macrosociaux. Les facteurs que privilégie Boudon dans l'explication de l'inégalité devant l'école au premier niveau ne sont pas sans incidence sur sa façon d'envisager l'explication au second niveau, et sur les distances prises à l'égard des théories de la reproduction. Mais du moins trouve-t-on chez Boudon, malgré la prédominance du paradigme économique, certaines hypothèses sur les processus d'interaction entre la demande d'éducation et la structure scolaire.

Selon les processus mis en évidence au premier niveau d'explication, la position du problème changera notablement au second niveau. J'y reviendrai à propos de la démocratisation de l'enseignement. Mais le propre d'une analyse causale purement statistique est de dispenser de toute hypothèse explicite sur les processus. Ce qui amène souvent à ne prendre en compte dans l'explication au premier niveau que les différences entre individus, en laissant dans l'ombre les traits du système d'enseignement qui rendent ces différences pertinentes, autrement dit productrices d'inégalités de réussite ou d'orientation. Cette cécité est évidemment la meilleure garantie contre l'éventuelle tentation de passer au second niveau d'explication... **Car l'attention portée** - pour des raisons théoriques ou idéologiques - au second niveau d'explication conduit nécessairement à concevoir l'explication au premier niveau en termes de processus d'interaction entre les caractéristiques individuelles - ou mieux leur distribution au sein d'une génération - et le fonctionnement du système d'enseignement. L'explication au premier niveau devient alors inséparable d'une sociologie de l'action pédagogique et des normes d'excellence scolaire (Bourdieu & Passeron, 1970) ou d'une "theory of educational transmissions" (Bernstein, 1975). Les sciences de l'éducation et la sociologie des organisations scolaires ne sont bien sûr pas sans apport en ce domaine. Mais la théorie à construire doit rendre compte de la genèse des inégalités de réussite et d'orientation, ce qui lui impose une orientation spécifique.

L'explication au premier niveau n'est pas ici mon souci principal. Cependant, à n'en rien dire on se condamne tout simplement à ne pas identifier les processus générateurs d'inégalité dans le fonctionnement du système d'enseignement. Ce qui rend assez vaine toute tentative d'analyse des représentations et des stratégies des acteurs qui peuvent agir sur ces processus dans un sens favorable ou contraire à la démocratisation de l'enseignement. C'est pourquoi je m'arrêterai à quelques éléments d'explication au premier niveau.

DE QUELQUES PROCESSUS: L'EXPLICATION AU PREMIER NIVEAU

Lier la genèse des inégalités scolaires au fonctionnement de l'école oblige, dans un premier temps, à se centrer sur un système d'enseignement défini, confronté à une forme définie de stratification sociale et de rapports de classes. Sous l'angle tant du système des classes sociales que du système d'enseignement, on trouve certes des ressemblances entre sociétés capitalistes développées. Mais il existe aussi nombre de différences, dans l'organisation des écoles, la structure et le contenu du curriculum, l'organisation de la sélection et des filières secondaires, la pédagogie et l'évaluation. Si l'on observe dans toutes les sociétés industrielles de l'Est comme de l'Ouest une notable inégalité sociale devant l'école, son ampleur varie cependant suffisamment pour suggérer que la nature du système des classes sociales ou du système d'enseignement n'est pas étrangère au degré d'inégalité. L'analyse fine des processus générateurs d'inégalité n'a au stade actuel de la recherche de réelle validité que dans le cadre d'une société définie. Ainsi les plus subtiles analyses de Bourdieu ou de ses collaborateurs, du moins quant au détail des processus d'inculcation, d'évaluation, de sélection, ne sont elles pas transposables aux sociétés qui ne connaissent pas par exemple l'agrégation, les grandes écoles, les classes de philosophie, la dissertation, les collèges techniques, les effectifs pléthoriques des lycées, etc., sans parler des traits spécifiques de la culture et de l'histoire françaises. De même d'une partie des thèses de Basil Bernstein (1971, 1973, 1975); personne par exemple n'a encore tenté de transposer la théorie des codes linguistiques et des oppositions entre code élaboré et code restreint à d'autres langues que l'anglais. Quant aux nombreuses études américaines sur les niveaux d'aspiration et les valeurs, elles se réfèrent à des systèmes scolaires bien différents de la plupart des systèmes européens.

A Genève par exemple, l'inégalité sociale qu'il s'agit d'expliquer est essentiellement une inégalité devant la même école d'enfants issus de classes sociales différentes, mais qui vivent dans un même espace urbain, à distance modérée et sensiblement égale des écoles, dans des conditions matérielles d'habitat, de consommation, de loisirs certes différentes, mais relativement homogènes par rapport aux inégalités sociales qui ont cours dans d'autres sociétés industrielles et a fortiori dans les sociétés moins développées. A Genève, l'inégalité sociale devant l'éducation caractérise une société fortement scolarisée - au sens d'Ivan Illich - et se définit par rapport à une offre d'éducation scolaire existante, importante, matériellement accessible à tous dans des conditions relativement comparables. Surtout si l'on admet que les conditions financières de l'accès aux études ne sont plus un facteur déterminant d'inégalité sociale, en tout cas au cours de la scolarité obligatoire. Par la suite, le système des allocations d'études atténue s'il ne l'annule pas l'effet de dissuasion imputable au coût des études longues ou au manque à gagner qu'elles entraînent.

Dans ce canton-ville, la densité de la population et les faibles distances permettent à la grande majorité des élèves de l'enseignement obligatoire d'habiter à proximité d'une école primaire ou de gagner sans grand déplacement l'un des collèges du Cycle d'orientation. Un peu moins dispersées, les écoles postobligatoires sont néanmoins d'accès relativement aisé. Si elle n'est pas nulle, l'inégalité géographique d'accès à l'éducation peut être tenue pour faible, et elle ne semble pas toucher une classe sociale en particulier.

Par ailleurs, les écoles d'un même degré présentent une assez grande homogénéité quant à leur équipement pédagogique, à leurs ressources matérielles. Dans le secteur public - qui reçoit environ 90% des élèves - la formation des maîtres est la même et ils enseignent un même programme, en utilisant les mêmes manuels et matériels pédagogiques. Bien entendu, cette homogénéité apparente recouvre certaines différences: le "curriculum réel" diffère d'un maître à l'autre, d'un collège à l'autre, au moins sur certains points: la didactique varie, de même que les méthodes d'évaluation ou les niveaux d'exigence. Mais rien ne dit que de telles différences - au demeurant mal connues parce que peu "avouables" - privilégient telle ou telle classe sociale. Sans écarter tout à fait cette éventualité, il faut reconnaître que les disparités entre enseignants ou entre écoles sont à Genève sans commune mesure avec celles que l'on rencontre par exemple dans les grandes cités américaines (cf. Coleman, 1966; Jencks, 1972).

On peut dire également qu'avec la généralisation du Cycle d'orientation et l'évolution des écoles postobligatoires, l'orientation scolaire, au moins dans son aspect sélectif, autrement dit lorsqu'elle s'opère entre des filières hiérarchisées selon leur niveau d'exigences scolaires, est de plus en plus la résultante de la seule réussite scolaire antérieure. Dans le système d'enseignement genevois antérieur à 1962 et dans de nombreux systèmes contemporains, on peut distinguer très nettement:

- d'une part une inégalité sociale devant la réussite scolaire à l'intérieur du tronc commun primaire puis de chaque filière de l'enseignement secondaire
- d'autre part une inégalité sociale devant l'orientation à l'issue d'un même cursus, à réussite scolaire égale.

Le caractère assez automatique de l'orientation en fonction des moyennes obtenues au terme de six années d'enseignement primaire ou de trois années de Cycle d'orientation réduit assez fortement, à Genève, la part de l'inégalité sociale devant l'orientation à réussite scolaire égale. Du moins à l'entrée dans l'enseignement secondaire. J'ai essayé ailleurs (Perrenoud, 1970) de montrer que le poids des aspirations familiales et personnelles dans l'orientation, à "valeur scolaire" reconnue égale, dépendait fortement du système de sélection/orientation et de la part d'initiative laissée aux familles. Alors qu'à Paris, en 1963 (Clerc, 1963), l'inégalité sociale d'orientation à réussite égale était très forte et contribuait à l'inégalité globale davantage que l'inégalité de réussite au cours du tronc commun primaire, la relation était à Genève tout à fait inverse.

Il s'ensuit que l'inégalité sociale devant l'école genevoise, telle qu'elle s'établit en 1977, est surtout une inégalité de réussite scolaire entre enfants issus de classes sociales différentes mais suivant un même programme. C'est donc une inégalité devant le processus d'enseignement à l'intérieur de la classe, devant le programme, les méthodes pédagogiques, les modes d'évaluation.

Quels sont alors, au coeur du processus pédagogique, les mécanismes générateurs d'inégalités d'apprentissage, donc de réussite scolaire? Pierre Bourdieu a, dès 1966, dégagé les grandes lignes de l'analyse:

> "Or, si l'on prend vraiment au sérieux les inégalités socialement conditionnées devant l'école et devant la culture, on est obligé de conclure que l'équité formelle à laquelle obéit tout le système d'enseignement est injuste réellement et que, dans toute société qui se réclame d'idéaux démocratiques, elle protège mieux les privilèges que la transmission ouverte des privilèges.

> En effet, pour que soient favorisés les plus favorisés et défavorisés les plus défavorisés, il faut et il suffit que l'école ignore dans le contenu de l'enseignement transmis, dans les méthodes et les techniques de transmission et dans les critères de jugement, les inégalités culturelles entre les enfants des différentes classes sociales: autrement dit, en traitant tous les enseignés, si inégaux soient-ils en fait, comme égaux en droits et en devoirs, le système scolaire est conduit à donner en fait sa sanction aux inégalités initiales devant la culture.
>
> L'égalité formelle qui règle la pratique pédagogique sert en fait de masque et de justification à l'indifférence à l'égard des inégalités réelles devant l'enseignement et devant la culture enseignée ou plus exactement exigée. Ainsi, par exemple, la 'pédagogie' qui a cours dans l'enseignement secondaire ou supérieur apparaît objectivement comme une 'pédagogie du réveil', comme dit Weber, visant à réveiller les 'dons' enfouis en quelques individus d'exception par des techniques incantatoires, telles que la prouesse verbale du maître. Par opposition à une pédagogie rationnelle et réellement universelle qui, ne s'accordant rien au départ, ne tenant pas pour acquis ce que quelques uns seulement ont hérité, s'obligerait à tout en faveur de tous et s'organiserait méthodiquement par référence à la fin explicite de donner à tous les moyens d'acquérir ce qui n'est donné, sous l'apparence du don naturel, qu'aux enfants de la classe cultivée, la tradition pédagogique ne s'adresse en fait, sous les dehors irréprochables de l'égalité et de l'universalité, qu'à des élèves ou des étudiants qui sont dans le cas particulier de détenir un héritage culturel conforme aux exigences culturelles de l'école. Non seulement elle exclut l'interrogation sur les moyens les plus efficaces de transmettre complètement à tous les savoirs et le savoir-faire qu'elle exige de tous et que les différentes classes sociales ne transmettent que très inégalement, mais encore elle tend à dévaloriser comme 'primaires' (au double sens de primitives et de vulgaires) et, paradoxalement, comme 'scolaires', les actions pédagogiques tournées vers de telles fins." (Bourdieu, 1966, p.336-337).

Il est vraisemblable que la culture et la pédagogie françaises présentent des traits spécifiques que l'on ne retrouve pas en Suisse. L'héritage culturel des diverses classes sociales est lui aussi différent: la société genevoise est presque complètement urbaine; le secteur primaire représente moins de 5% des actifs, le secteur tertiaire est prépondérant, le secteur secondaire emploie une main-d'oeuvre qualifiée dans des industries à haute technicité. Genève accueille par ailleurs une forte proportion d'étrangers, des travailleurs italiens et espagnols occupant les emplois les moins valorisés aux fonctionnaires internationaux ou aux cadres de multinationales.

L'inégalité sociale devant l'orientation scolaire, à réussite antérieure égale, présente elle aussi des caractères spécifiques, liés d'une part à la structure du système

d'enseignement genevois et à l'offre d'éducation postobligatoire, d'autre part aux ambitions professionnelles, aux aspirations à la mobilité sociale permises par l'économie genevoise, la structure des emplois et des revenus, etc.

Cependant, mon propos n'est pas ici (cf. Perrenoud, 1970, 1974, 1976, 1977c) de proposer une description complète - qui serait d'ailleurs largement hypothétique, faute de données sur nombre de points cruciaux - des processus générateurs d'inégalités sociales devant l'école genevoise; je me limiterai donc aux facteurs très généraux que retient Boudon (1973): l'héritage culturel et les aspirations socio-professionnelles. On peut admettre qu'ils jouent un rôle important dans tous les systèmes d'enseignement, pour moduler soit la réussite à l'intérieur d'un cycle d'études, soit les décisions d'orientation ou d'abandon à l'issue ou au cours d'un cycle d'études. A partir de ces deux facteurs, pièces maîtresses d'une explication au premier niveau, on peut se demander:

1. quelles sont les caractéristiques du système d'enseignement qui rendent possible l'influence de ces facteurs?
2. pourquoi ces caractéristiques sont-elles (encore) présentes dans ce système d'enseignement?

La réponse à la première question complète l'analyse des causes de l'inégalité au premier niveau d'explication. Pour ce qui concerne l'héritage culturel, on peut rapporter son action:

- au contenu explicite et caché du curriculum, inégalement proche de la culture des diverses classes sociales
- au caractère très peu différencié ou individualisé de l'action pédagogique
- aux formes de l'évaluation scolaire, sommative et comparative, fondée sur l'art de mettre en scène et en valeur dans des exercices où la communication verbale est prépondérante, des compétences par définition inaccessibles à l'observation directe (cf. Perrenoud, 1977a, 1977b).

Ces trois composantes de la situation scolaire rendent possible la transformation du capital culturel en réussite scolaire par trois mécanismes au moins:

- le capital culturel prépare l'assimilation du message pédagogique (il donne une maîtrise inégale de ce que les enseignants appellent parfois les prérequis d'un enseignement)

- le capital culturel contient déjà ce que l'école est censée enseigner; elle évalue donc des savoirs et savoir-faire qui ne doivent rien à son action
- le capital culturel est investi dans la mise en valeur, à travers la communication et le langage, des compétences que l'école prétend évaluer.

Supposons l'explication fondée ou plausible au premier niveau. Reste alors à comprendre, seconde question, pourquoi le système d'enseignement s'est donné et conserve une pédagogie, un curriculum, des normes et des modes d'évaluation qui proportionnent la réussite scolaire à l'étendue du capital culturel ou à sa parenté avec la culture scolaire. Dans une large mesure, "La reproduction" est la réponse donnée en 1970 à la question soulevée au milieu des années soixante par la théorie de l'héritage culturel (Bourdieu & Passeron, 1964; Bourdieu, 1966 notamment).

Y A-T-IL UNE POLITIQUE DE L'INEGALITE?

La contradiction entre le projet déclaré de donner à tous la même culture, et les moyens dont se dote l'école pour y parvenir amènent Bourdieu et Passeron à supposer que la rationalité de la pédagogie n'est pas relative à ses fins déclarées mais à ses fonctions latentes: reproduire les hiérarchies culturelles et à travers elles les rapports sociaux entre les classes, au profit de la classe dominante. "Mais comprendrait-on qu'un tel système d'enseignement puisse subsister s'il ne servait encore, par la forme traditionnelle de communication qu'il instaure, les classes ou les groupes dont il tient son autorité, lors même qu'il semble manquer aussi complètement à l'accomplissement de sa fonction propre d'inculcation?" (Bourdieu & Passeron, 1970, p.143).

Est-ce à dire que le système d'enseignement et sa pédagogie sont l'expression d'une politique de l'inégalité? Sans s'embarrasser de nuances, Baudelot & Establet (1971) répondront par l'affirmative: l'école est un appareil idéologique d'Etat (cf. Althusser, 1970), et la bourgeoisie qui contrôle l'Etat - dans les sociétés capitalistes - s'en sert pour reproduire et faire intérioriser les rapports sociaux de production. Partant d'une théorie marxiste des rapports de classe et de l'Etat, et la tenant pour établie, ils ne pouvaient d'une certaine façon qu'illustrer dans le domaine scolaire un schéma d'analyse qui déborde largement la sociologie de l'éducation. Avec les auteurs, on peut s'étonner que la théorie marxiste de l'appareil scolaire capitaliste soit si peu élaborée; n'était-elle pas en germe dans le théorie générale?

Si la bourgeoisie contrôle intégralement l'appareil scolaire et lui assigne souverainement ses fonctions d'inculcation et de hiérarchisation/différenciation, le problème de l'explication de l'inégalité sociale devant l'école est pratiquement résolu d'avance au second niveau; il reste à montrer, au premier niveau d'explication, comment - par quelles médiations pédagogiques notamment - la politique de reproduction s'accomplit. C'est sans doute sur ce point que "L'école capitaliste" apporte les analyses les plus originales, en particulier sur la lutte active ou passive des élèves des classes populaires contre l'entreprise d'inculcation dont ils sont l'objet.

Cette approche, qui restitue aux acteurs une certaine activité, une certaine capacité d'auto-détermination et de transaction face aux contraintes qui pèsent sur eux, est fâcheusement absente chez Bourdieu et Passeron. A l'intérieur du système d'enseignement les rapports de force et la violence symbolique semblent à tel point occultés par la force même de l'action pédagogique que les acteurs dominés et exclus méconnaissent la domination et légitiment l'exclusion, sans rebellion ni conflits. D'où les allures fonctionnalistes de leur sociologie de l'organisation scolaire, qui substitue à la force du consensus celle de la domination idéologique sans partage.

Au plan sociétal, Bourdieu et Passeron ne traitent pas le système d'enseignement comme un appareil d'Etat directement contrôlé par la classe dominante, mais comme une institution jouissant d'une autonomie relative, qui ne la met pas en dehors de la domination de classe, mais place des médiations complexes entre les visées ou les intérêts supposés du groupe dominant et leur expression scolaire. La bourgeoisie s'en remet à un fonctionnement relativement autonome aussi longtemps qu'il sert ses intérêts, et transmet en particulier la position sociale des parents aux enfants sous les apparences du don ou du mérite individuels. L'auto-reproduction d'un tel système d'enseignement suffit à sauvegarder les intérêts de la classe dominante, et la dispense d'intervenir activement pour assurer la reproduction sociale et culturelle. Il reste à expliquer la genèse et le maintien d'un système assurant à la fois sa propre reproduction et à travers l'inculcation différenciée et la légitimation des différences, la reproduction culturelle et sociale. Ce qui nous renvoie à l'histoire du système d'enseignement, donc à une époque - à la fin du siècle dernier, au début du XXème siècle - où personne ne faisait mystère du caractère de classe de l'école. Les deux réseaux de scolarité étaient alors des réalités bien tangibles: d'un côté les écoles destinées aux classes populaires, visant l'alphabétisation et l'acquisition des connaissances élémen-

taires requises par la production moderne; d'autre part, les degrés élémentaires des lycées, préparant aux études classiques. Ces deux réseaux débouchaient l'un sur le travail, dès 12, puis 14 ou 16 ans, l'autre sur les études longues. Aries (1973) indique que les écoles de l'Ancien-Régime accueillaient un public socialement plus hétérogène, mais que la bourgeoisie a instauré un cloisonnement strict des réseaux de scolarité au XIXème siècle. Que cette séparation ait laissé des traces est incontestable; l'unification des réseaux dans l'enseignement primaire, puis dans les collèges secondaires, s'est faite sous l'empire d'un mouvement de démocratisation de l'école publique, mais en imposant à l'ensemble du système d'enseignement la logique et les valeurs de l'élite.

D'une certaine façon, le système d'enseignement moderne nous vient, dans ses caractéristiques principales, d'une période de l'histoire au cours de laquelle la domination de classe était beaucoup plus ouverte; il paraissait dans l'ordre des choses que les enfants de bourgeois recoivent à l'école la culture de leur classe, et succèdent à leurs parents dans les rôles dominants. Inversément, le peuple pouvait se tenir pour heureux qu'on assure son éducation, qu'on se préoccupe de son hygiène et de sa moralité (cf. Donzelot, 1977). Le droit à la mobilité sociale, l'idéologie méritocratique sont des formations culturelles relativement récentes, qui n'ont pas inspiré la genèse des systèmes modernes, mais plutôt leur critique, en particulier dans la seconde moitié du XXème siècle. Les batailles de l'enseignement obligatoire ou de la laïcité n'avaient pas pour enjeu l'égalité des formations, ni même des chances de formation, mais l'accès de tous à un enseignement républicain.

On peut donc admettre que les rapports de classe qui ont présidé à la genèse des systèmes d'enseignement modernes, il y a environ un siècle, ont mis les fonctions du système d'enseignement en harmonie avec les intérêts économiques et culturels de la classe dominante d'alors.

Ce que Bourdieu et Passeron - qui ne font pas d'ailleurs explicitement cette analyse historique - expliquent beaucoup moins bien, c'est que cette "harmonie prétablie" se soit maintenue, au cours du XXème notamment.

"Tout se passe comme si", pour reprendre une formule chère à Bourdieu et Passeron, l'autonomie relative du système d'enseignement assurait à la fois sa propre reproduction et l'accomplissement sans solution de continuité de ses fonctions de reproduction culturelle, en dépit des transformations considérables qu'ont connues les sociétés industrielles au cours des dernières décennies.

Le rôle de la classe dominante, qui bien entendu participe à travers certains de ses membres - professeurs d'université, recteurs, hauts fonctionnaires, et même à un moindre degré professeurs de l'enseignement secondaire - à la gestion du système d'enseignement, n'aurait en quelque sorte d'autre rôle que de garantir une autonomie relative qui sert ses intérêts. Le parallèle vient immédiatement à l'esprit avec l'image fonctionnaliste d'un contrôle social médiatisé par l'intériorisation de normes. Sans doute ces thèses ne sont elles pas énoncées aussi clairement dans "La reproduction". Mais la présente interprétation peut seule rendre compte de la quasi absence de référence au pouvoir d'Etat et à la politique de l'éducation, aux crises et aux mouvements sociaux. Alors que chez Baudelot et Establet, l'appareil scolaire est, comme l'ensemble de l'appareil d'Etat, un simple instrument au service de la classe dirigeante, le système d'enseignement, chez Bourdieu et Passeron, apparaît situé hors des conflits de classes et des conflits politiques concrets, programmé dès l'origine pour contribuer à reproduire, par ses seules forces, les rapports de classe qui lui ont donné existence et structure.

On a souvent reproché à Bourdieu et Passeron de nier le changement, qui n'aurait aucune place dans leur théorie. Le procès est un peu facile: la reproduction des rapports de classe n'est pas l'absence de changement social mais l'invariance d'une structure d'inégalités et de domination par delà le changement politique, économique, culturel, scientifique et technique, idéologique etc. Les transformations des modes et niveaux de vie, des techniques de production, des moeurs, des modes de communication sociale et de décision sont suffisamment visibles pour que nul ne songe de bonne foi à assimiler la reproduction à l'absence d'histoire et de changement social. Peut-être Bourdieu et Passeron auraient-ils pu définir plus rigoureusement et moins abstraitement ce qui est reproduit. Mais ce serait leur faire peu de crédit que de les accuser d'ignorer un changement social qui apparaît spectaculaire à leurs critiques: la reproduction des structures d'inégalité et de domination est l'invariant d'une transformation.

S'il est absurde de prêter à Bourdieu et Passeron l'idée que "tout est reproduit", alors qu'ils visent des structures certes fondamentales (distribution du capital culturel et des qualifications, rapports de classes liés à la division du travail et à la différenciation des formations scolaires), mais qui n'épuisent pas la réalité sociale, il est en revanche raisonnable de se demander si la reproduction de ces structures mêmes est inéluctable. Enonçant qu'un système d'enseignement tend à repro-

duire la distribution du capital culturel et des qualifications, et à travers elle la structure des rapports entre les groupes et les classes, Bourdieu et Passeron répondent négativement à la question. La reproduction n'est pas une fatalité, mais une "loi tendancielle". Ils laissent par contre dans l'ombre ce dont dépend l'actualisation de cette tendance. Faute d'une analyse plus concrète et historiquement datée des rapports de force dont la structure et les fonctions du système d'enseignement sont l'expression, rien ne permet d'isoler les conditions socio-économiques ou socio-politiques d'une inversion ou d'une altération de la "loi tendancielle", qui n'est jamais qu'une probabilité globale et inanalysée. Cette absence explique la déconvenue idéologique de nombre de lecteurs qui trouvent dans "La reproduction" les bases d'une critique fondamentale de l'école, mais aucune indication stratégique. Sur le seul plan de l'analyse sociologique, il reste à construire une représentation plus précise des forces sociales qui s'opposent au changement et de celles qui en sont porteuses, et des rapports qui s'établissent entre elles. Si la reproduction n'est pas définie comme le projet d'un groupe identifiable, et si l'on ne peut pas dire précisément en quoi la reproduction sert ses intérêts et par quel pouvoir il l'impose à travers le système d'enseignement, on s'expose à paraître finaliste, la reproduction étant définie comme une fonction à la limite détachée de tout projet collectif, immanente à la structure sociale. C'est bien dans ce sens que semble aller la théorie de la pratique de Bourdieu (1972).

La théorie de la reproduction, dans son état actuel, ne permet donc pas de construire le cadre théorique qui pourrait rendre compte des conditions d'émergence et de réussite des politiques de démocratisation de l'enseignement. Paradoxalement, le livre de Bourdieu et Passeron, qui a certainement infléchi notablement le débat idéologique sur l'inégalité devant l'école, du moins en France, n'énonce aucune proposition qui puisse expliquer ses propres effets.

En définitive, la théorie de la reproduction n'explique pas réellement la persistance, le non changement d'un système d'enseignement générateur d'inégalités. Elle suggère plutôt, de façon assez difficilement contrôlable empiriquement, que le système d'enseignement ne change pas parce qu'il sert, d'autant mieux que son autonomie relative prend les apparences d'une autonomie absolue, les intérêts de la classe dominante. La thèse serait probablement très convaincante si:

- l'on pouvait identifier empiriquement les intérêts actuels de la classe dominante en matière d'éducation, d'inégalités etc.

- les fonctions objectives du système d'enseignement apparaissaient coïncider très fortement avec ces intérêts.

Sur le premier point, je concède que la classe dominante ne semble pas avoir intérêt à l'égalisation des niveaux de formation, ni même à l'égalisation des chances statistiques de formation, à la fois pour préserver les chances de ses enfants et leur garantir à coup sûr ou presque la même condition sociale, et pour ajuster la structure des qualifications scolaires et professionnelles à la structure des emplois. J'observerai cependant qu'on ne sait pas grand chose sur la façon dont les membres de la classe dominante conçoivent et définissent entre eux leurs intérêts individuels ou collectifs, à court ou à long terme. Par ailleurs, les diverses fractions de la classe dominante ont sans doute des intérêts partiellement divergents: les grands commis de l'Etat s'opposent parfois aux représentants du patronat, les élites universitaires et intellectuelles défendent la culture contre les technocrates ou les financiers. Bien souvent, et cela vaut pour tous les domaines de la sociologie et de la science politique, les chercheurs reconstruisent les intérêts "objectifs" des acteurs dominants, faute d'une théorie et d'une méthodologie adaptée à l'analyse des représentations et projets concrets.

A supposer que les intérêts reconstruits soient des approximations suffisantes, on peut s'interroger sur le degré de coïncidence entre ces intérêts supposés et les fonctions objectives du système d'enseignement. Car que constate-t-on dans les sociétés occidentales depuis dix à vingt ans? Entre autres choses:

- une élévation massive des taux de scolarisation et de la durée moyenne des études
- une diminution corrélative, faible, des écarts entre classes sociales
- une surqualification des générations arrivant sur le marché du travail, par rapport à une structure de l'emploi pourtant en transformation
- des déséquilibres sectoriels (pénurie de main d'oeuvre ou chômage), qui amènent à des transferts massifs de main d'oeuvre des pays pauvres du bassin méditerranéen vers les pays plus développés
- des crises internes des systèmes scolaires et universitaires.

Ces évolutions n'ont, il est vrai, pas menacé la structure des rapports de classes ou le système de stratification; Boudon (1973) et Jencks (1972) ont montré par ailleurs que

la mobilité sociale n'avait pas augmenté notablement, et que l'éventail des revenus ne s'était pas reserré, au contraire. Globalement, avec d'autres institutions bien sûr, l'école a contribué à la reproduction de la structure des inégalités et des rapports entre les classes. Mais peut-on réellement parler d'une domination souveraine, constamment efficace, maîtrisée, planifiée? De deux choses l'une:

- ou la classe dominante contrôle intégralement le système d'enseignement et ses fonctions, et il faut s'interroger alors sur la cohérence de ses projets, de ses intérêts, de ses stratégies
- ou elle doit composer plus souvent qu'elle ne voudrait soit avec les classes dominées ou d'autres mouvements sociaux, soit avec les effets agrégés de conduites individuelles non concertées.

Boudon (1973, 1977) privilégie nettement ce second mécanisme, en particulier pour ce qui concerne la demande d'éducation. Sans refuser toute analyse en termes d'effets pervers ou simplement d'agrégation ou de composition d'actions non liées, je suis conduit à une analyse du premier type dans la mesure même où les mouvements et politiques de démocratisation de l'enseignement relèvent de l'action collective et des rapports de pouvoir entre groupes.

L'ORDRE SOCIAL: D'UNE IMAGE L'AUTRE

Avec Balandier, je crois que tout ordre social est problématique et vulnérable: "Il n'est point de société qui ne se révèle à quelque degré problématique, mise à l'épreuve en raison même des principes qui régissent sa constitution et son maintien, et du fait qu'elle se trouve en débat constant avec le temps. C'est par leurs problèmes, par la menace qui rend leur simple reproduction improbable, que les sociétés montrent leur 'véritable réalité'" (Balandier, 1973, p.9). Problématique, la reproduction est toujours à expliquer. Car dire qu'une société n'existe, et ne conserve son identité comme système, que grâce à la reproduction au moins partielle de ses structures fondamentales, ce n'est nullement dire que la société doit se reproduire, en vertu d'on ne sait quel "ordre des choses" supérieur à l'ordre social et qui en serait le garant. Une société qui n'assure pas sa reproduction disparait en tant que système: un tel événement n'est pas rare dans l'histoire, bien qu'il soit difficile à repérer aussi précisément que la mort d'un système biologique. D'une certaine façon, la reproduction est simplement le mode de conservation de tout

système vivant, autrement dit de tout système qui maintient son identité, ses structures de base et ses frontières malgré ses échanges avec d'autres systèmes, et en même temps grâce à eux, malgré le renouvellement et la mobilité interne de ses composants - ici les acteurs sociaux - et en même temps grâce à eux. L'analogie avec le métabolisme cellulaire doit être conduite avec précaution (cf. Piaget, 1967; Barel, 1973), mais elle suggère au moins qu'au niveau d'une analyse systémique, la reproduction:

- est un processus inséparable de l'existence même d'une formation sociale
- garantit une certaine continuité du fonctionnement (conflictuel ou consensuel) beaucoup plus que l'invariance des structures
- doit être expliquée sociologiquement à son tour, sans recours à un quelconque garant méta-social de l'ordre social (cf. Touraine)
- ne peut être conçue en conséquence que comme immanente au fonctionnement du système ou d'une partie du système.

Je n'ai pas le loisir de développer plus longuement dans ce cadre des thèses qui débordent la sociologie de l'éducation et relèvent d'une théorie générale des formations sociales. Le lien avec l'éducation est pourtant évident, et Bourdieu le souligne avec force:

> "The specific role of the sociology of education is assumed once it has established itself as the science of the relations between cultural reproduction and social reproduction. This occurs when it endeavours to determine the contribution made by the educational system to the reproduction of the structure of power relationships and symbolic relationships between classes, by contributing to the reproduction of the structure of the distribution of cultural capital among these classes."(Bourdieu, 1973, p.71).

L'intérêt de cette définition de la sociologie de l'éducation est qu'elle met l'accent sur les rapports entre le système d'éducation et l'ensemble du système social, renouant avec la tradition sociologique ou anthropologique. La faiblesse d'une telle définition, ce en quoi elle me semble irrecevable, c'est qu'elle postule a priori que l'éducation est réductible à la reproduction culturelle. La tâche de la sociologie de l'éducation est bien au contraire de montrer dans quelle mesure et comment l'éducation contribue à la reproduction.

L'éducation est d'abord un champ de la pratique sociale: l'ensemble des actions et des interactions porteuses d'in-

tentions ou d'effets éducatifs, les organisations, les représentations, les infrastructures, les acteurs impliqués dans ces actions et interactions. Il appartient à l'analyse empirique de décrire les fonctions des pratiques et institutions éducatives. On peut certes faire l'hypothèse que l'éducation aura souvent des fonctions de reproduction, dans la mesure même où tout projet d'inculcation suppose la référence à un héritage, à une norme, à un modèle de société, et qu'il tend à former l'individu pour un ordre social défini. A supposer que cet ordre imaginaire coïncide avec l'ordre présent, et que l'action pédagogique parvienne à ses fins, il est vraisemblable qu'elle aura des effets reproducteurs. Mais les deux réserves sont d'importance: l'ordre social auquel se réfère le projet éducatif peut être un ordre utopique, ou simplement émergent. Dans les sociétés fascistes, dans les sociétés communistes, dans les sociétés militaires du Tiers-Monde, l'éducation a servi à instaurer un "ordre nouveau" avant de le reproduire. Je ne suis donc pas aussi sûr que Touraine (1973, 1977) que l'éducation soit toujours du côté de la reproduction, jamais du côté de la production de la société par elle-même. Par ailleurs, d'un projet reproducteur à sa réalisation, le passage est problématique. Si les sociétés occidentales parviennent assez bien à reproduire la structure des qualifications professionnelles, donc la division du travail et les rapports de classes, il n'en va pas de même s'agissant de la "transmission des valeurs", à en juger le discours des adultes sur la jeunesse déviante, contestataire, marginale.

Qu'il soit dit clairement que je ne nie pas le <u>fait</u> de la reproduction, à travers l'école, d'une partie des structures d'inégalités et de domination caractéristiques des sociétés industrielles. Je ne pense pas en revanche que cette fonction soit inscrite dans la nature de tout système d'enseignement. Du moins cela reste-t-il à démontrer à partir d'une étude des fonctions effectives de divers systèmes d'enseignement à divers moments de l'histoire. Cette fonction resterait d'ailleurs dans tous les cas à expliquer historiquement et sociologiquement. Une "loi tendancielle" (tout système d'enseignement tend à reproduire ...) n'est explicative que si elle se déduit de propositions théoriques de niveau supérieur. C'est être bien optimiste sur l'état du langage et des concepts sociologiques que de croire, comme Bourdieu et Passeron dans "La reproduction", qu'une théorie non formalisée est justiciable d'un contrôle logique rigoureux. Dans l'état actuel de la recherche empirique comme de la construction théorique, une loi tendancielle ne saurait être validée qu'à travers des régularités statistiques qui n'ont, comme telles, nul pouvoir explicatif.

Or, l'explication des fonctions de reproduction ne peut se fonder sur la seule analyse des intérêts qu'elles servent. Durkheim avait déjà noté que la connaissance des fonctions d'une institution laisse entièrement ouvert le problème de l'explication causale de sa genèse ou de sa permanence. On peut bien sûr former systématiquement l'hypothèse que certaines des fonctions d'une institution contribuent à sa permanence, par un jeu de dépendances causales circulaires. On peut également former l'hypothèse que la genèse ou la permanence d'une institution s'explique par le fait que certains acteurs ont anticipé les fonctions probables de cette institution, à moins qu'ils ne l'aient délibérément construite pour les assumer. Mais ce ne sont que des hypothèses de travail, à mettre à l'épreuve dans chaque situation empirique.

On ne sait pas en fait s'il faut traiter la reproduction comme une fonction objective du système d'enseignement - qui pourrait à la limite rester méconnue des acteurs - qu'ils n'avaient ni voulue ni même anticipée; ou s'il faut au contraire tenir la reproduction pour l'expression d'une politique plus ou moins explicite, plus ou moins cohérente. Entre ces deux thèses extrêmes et simplificatrices, des hypothèses médianes ont leur place. Ce qui m'importe en un premier temps, c'est de dégager la question qui à ce jour n'a pas de réponse satisfaisante: dans quelle mesure et par qui les fonctions de reproduction du système d'enseignement ont-elles été voulues, sont-elles actuellement acceptées et reconduites?

Les mêmes questions se posent à propos de la mobilité sociale ou si l'on préfère, de l'inégalité sociale devant l'école. Car la reproduction d'une structure de classes est, analytiquement au moins, distincte de la transmission de père en fils d'une position sociale;

> "The science of the reproduction of structures, understood as a system of objective relations which impart their relational properties to individuals whom they pre-exist and survive, has nothing in common with the analytical recording of relations existing within a given population, be it a question of the relations between the academic success of children and the social position of their family or of the relations between the positions filled by children and their parents. The substantialist mode of thought which stops short at directly accessible elements, that is to say individuals, claims a certain fidelity to reality by disregarding the structure of relations whence these elements derive all their sociologically relevant determinations, and thus finds itself having to analyse intra- or inter-generational mobility processes to the detriment of the study of mechanisms which tend to ensure the reproduction of the structure of relations between classes; it is unaware that the controlled mobility of a limited category of individuals, care-

> fully selected and modified by and for individual ascent, is not incompatible with the permanence of structures, and that it is even capable of contributing to social stability in the only way conceivable in societies based upon democratic ideals and thereby may helf to perpetuate the structure of classe relations." (Bourdieu, 1973, p.71).

La reproduction des structures d'inégalité et de domination est-elle sociologiquement compatible avec une parfaite mobilité sociale? Peut-être, du seul point de vue de la hiérarchie des qualifications et des positions. En revanche, on peut douter que les classes sociales puissent conserver une identité et une culture, une idéologie et une pratique politique sans que soit réalisée une certaine fermeture du groupe par-delà le renouvellement des générations.

Par ailleurs, l'inégalité sociale devant l'école est le principal mécanisme de différenciation des qualifications, donc de reproduction des hiérarchies. Il semble donc difficile de dissocier entièrement une certaine reproduction des structures d'une certaine immobilité sociale; ce sont les deux faces complémentaires des fonctions sociétales du système d'enseignement, et l'explication sociologique doit en rendre compte simultanément, et contribuer à clarifier leurs interdépendances empiriques.

L'un des premiers pas dans l'explication est de chercher à déterminer si l'inégalité sociale devant l'école, l'immobilité sociale, la reproduction des structures sont le produit d'une politique, ou du moins de décisions plus ou moins explicitement orientées vers cette fin. L'aurait-on déterminé que l'explication ne serait pas achevée. Si la reproduction exprime le projet d'un groupe ou d'une classe, il reste à expliquer ce projet, à mettre en évidence les conditions de sa réalisation (pouvoir, ressources, etc.) et à expliquer leur genèse et leur persistance. Si la reproduction est le produit non intentionnel de conduites individuelles et de rapports sociaux, il reste ici encore à expliquer ces rapports et ces conduites, et à mettre en lumière les conditions de genèse et de persistance d'un système d'enseignement qui assurerait des fonctions de reproduction sans qu'elle lui ait été assignées. Les certitudes ou les hypothèses sur le degré d'intentionnalité de l'inégalité et de la reproduction pèseront cependant de façon décisive sur la suite de la démarche explicative, car selon qu'on se trouve proche de l'un ou de l'autre extrême, on aura recours à des paradigmes forts différents. D'une part les théories de la domination de classe à travers le système politique, l'état et ses appareils, d'autre part une théorie d'un système social auto-reproducteur par le seul jeu de son fonctionnement, et dans lequel aucun groupe n'est porteur ou garant de cette fonction.

En fait, dans l'état actuel de la discipline sociologique, le cheminement est souvent exactement inverse:

- les chercheurs adhèrent, pour des raisons théoriques et/ou idéologiques, à une image de l'ordre social, de la stratification, des classes sociales et de leur rapports, des tenants et aboutissants sociétaux de l'inégalité et de la domination
- de cette image, ils déduisent ensuite, de façon plus ou moins intuitive, une explication de l'inégalité devant l'école et de la reproduction, et décident in abstracto de son mode et de son degré d'intentionnalité.

De tels modes de raisonnement font que se retrouvent, dans chaque champ particulier, les mêmes conflits théoriques et idéologiques, sans que l'observation empirique ait une réelle chance d'infirmer, au moins localement, la validité supposée du paradigme général qui préside à leur sélection et à leur interprétation. Qui ne croit qu'à la domination de classe n'aura guère de peine à en retrouver partout des indices estimés probants. Inversément, qui explique l'ordre social par la composition d'actions individuelles trouvera maintes occasions de démontrer qu'on peut faire l'économie, dans l'explication, d'hypothèses sur les stratégies de groupes dominants.

Personne ne peut, dans l'analyse d'un champ social défini, prétendre se dégager d'une image de l'ensemble du système. Cependant, plus cette image est ouverte et inachevée, plus l'observation empirique peut contribuer à la préciser ou à la modifier. C'est justement pourquoi l'étude des politiques de démocratisation de l'enseignement me semble féconde. Elle ne devrait pas confirmer une image toute faite de l'ordre social et des mécanismes qui le sous-tendent, mais aider à élaborer une image moins incertaine. On le voit, un tel discours n'a de sens que par rapport à un certain nombre d'incertitudes et d'interrogations, elles-mêmes fondées sur certaines intuitions qui, dans le meilleur des cas atteignent à un certain degré de formulation théorique. La place me manque pour les développer. Aussi ne ferai-je qu'indiquer schématiquement certaines d'entre elles, empruntées à Alain Touraine:

1. "la société n'est pas seulement reproduction et adaptation; elle est aussi création, production d'elle-même (...) La société humaine est le seul système naturel connu qui possède cette capacité de former et de transformer son fonctionnement à partir de ses investissements et de l'image qu'elle a de sa capacité d'agir sur soi. J'appelle historicité cette distance que la société prend par rapport à son activité et cette action par laquelle elle détermine les catégories de sa pratique" (Touraine, 1973, p.20).

2. "La société est toujours divisée en elle-même entre la production et la reproduction de soi" (ibid., p.11)
"Cette distanciation de soi à soi entraîne nécessairement la division de la société en deux classes opposées: ce n'est pas la société mais une partie d'elle, la classe dirigeante, qui prend en charge l'historicité et sort de son fonctionnement pour aller au-delà de sa propre reproduction" (ibid., p.11)
"Si la société agit sur elle-même, c'est parce qu'elle n'est pas un souverain, mais un système d'acteurs: l'accumulation et l'investissement sont gérés par une catégorie particulière, qui a le pouvoir d'imposer des prélévements aux travailleurs et de gérer l'emploi des ressources accumulées" (ibid., p.147)

3. La classe supérieure "groupe particulier exerçant une fonction générale, elle est à la fois celle qui réalise le modèle culturel et celle qui se l'approprie, s'en sert pour constituer son pouvoir. Classe dirigeante, elle est aussi classe dominante.
Dans la société programmée, la classe dirigeante est la catégorie sociale qui a le pouvoir de mobiliser des ressources au profit du développement scientifique et technique et qui en même temps contrôle l'utilisation de ces investissements et identifie les intérêts du modèle culturel à ceux des appareils qu'elle dirige et dont elle tire profit et pouvoir." (ibid., p.147).

4. "Les classes s'opposent toujours sur un terrain économique, pour l'appropriation de l'accumulation. Quelle que soit la société considérée, le conflit de classe n'est pas séparable des rapports de travail. Une société sans classe ne peut être qu'une société sans accumulation." (ibid., p.156)
"Le rapport de classes est toujours un rapport de domination; dans la mesure où les classes se définissent comme dominante et dominée l'une en face de l'autre, leur conflit met en cause le pouvoir, donc la direction de l'ordre institutionnel et organisationnel" (ibid., p.159).

5. "Encore ne faut-il jamais cesser de considérer les rapports de classe à la fois comme des conflits et comme un état de domination. (...) S'il existe un état de domination, il n'existe jamais de réduction possible de l'historicité à un système de domination. Une société capitaliste n'est pas seulement l'organisation sociale du capitalisme; elle est en même temps le lieu du mouvement ouvrier et de ses expressions au niveau des institutions politiques et des entreprises (...) Les rapports de classe ne peuvent être réduits au fonctionnement de la domination exercée par la classe supérieure" (ibid., p.203)

6. "La classe dominante intervient de deux manières dans le système politique. D'abord comme un groupe d'intérêts ou comme un ensemble de groupes d'intérêts. (...) Ensuite comme prédétermination du champ des décisions possibles. On a souvent observé que la classe dominante, qui possède une influence politique virtuellement dominante, ne l'exerce pas toujours effectivement, que les décisions

prises par les institutions politiques ne sont pas constamment en accord avec ses intérêts, qu'elle-même organise mal ses interventions politiques et semble même parfois ne pas avoir une conscience aiguë de ses intérêts économiques. Ceci peut s'expliquer en partie par le fait qu'il s'agit d'une classe plus dominante que dirigeante, mais cette explication est insuffisante. Le phénomène observé souligne l'autonomie du système politique par rapport à la domination de classe. Mais il serait erroné d'en conclure que la classe dominante n'est qu'un groupe d'intérêts parmi d'autres. Elle intervient d'autant moins directement qu'elle intervient indirectement davantage, c'est-à-dire que les limites qu'elle impose au champ des décisions politiques sont plus étroites et contraignantes." (ibid., p.218). Il n'existe pas de transformation directe de la domination sociale en pouvoir politique. C'est l'ensemble du système politique qui doit être considéré comme une transformation des rapports de classes." (ibid., p.218) "On doit rechercher la transcription des rapports de classes en rapports politiques plutôt que d'identifier chacune des forces politiques à l'acteur de classe qu'il représenterait." (ibid., p.220).

7. "L'Etat ne peut être confondu ni avec le système politique, ni avec un de ses éléments." (ibid., p.255). C'est un agent social complexe. "Mais l'Etat n'est-il pas à son tour, plutôt qu'un agent autonome, le représentant des acteurs historiques, des classes sociales? Dans la majorité des cas, il apparaît en effet lié à la classe dirigeante, car celle-ci serait-elle dirigeante et dominante s'il existait à côté d'elle un Etat en fait plus puissant qu'elle, puisqu'il contrôlerait la combinaison de tous les niveaux de fonctionnement de la société."(ibid., p.255) Mais il serait très superficiel de croire que l'état est le simple appareil exécutif de ceux qui exercent la domination sociale. C'est une organisation, dotée d'une autonomie relative et qui selon les sociétés joue un rôle variable et entretient des rapports divers avec les classes sociales. "La question maîtresse de la sociologie est celle-ci: quel est le rapport entre l'Etat et la classe dirigeante?" (Touraine, 1977, p.143).

Ces brefs extraits de "La production de la société" ne sauraient constituer un résumé de la pensée de Touraine. Au risque de les détourner du sens qu'ils prennent dans leur contexte, je les retiens ici pour suggérer les traits principaux de l'image du système social à laquelle je me réfère dans l'analyse des mécanismes générateurs de l'inégalité sociale devant l'école et de la reproduction. Du moins lorsque ces mécanismes sont saisis non au niveau des processus pédagogiques, mais à celui de la genèse et de la persistance d'un système d'enseignement. Dans ses grandes intuitions, la sociologie de Touraine mériterait discussion, et plus encore dans le détail des analyses. Mais ce n'est pas mon propos ici. C'est pourquoi je prends la liberté d'en rendre compte de façon aussi cavalière.

Touraine développe une conception de la reproduction comme "action concertée menée pour le maintien de l'ordre social, c'est-à-dire d'un ensemble concret dans lequel domination de classe, pouvoir politique et autorité se mêlent. La reproduction ne peut jamais être l'oeuvre d'une classe dominante seule. Elle ne peut être réalisée que par l'Etat, quand il est au service d'une hégémonie et de la conservation des privilèges. La classe dominante cherche toujours à reproduire sa domination. Mais elle est empêchée de le faire efficacement dans la mesure où elle est aussi classe dirigeante. (...) Les organes de socialisation sont évidemment les instruments privilégiés de la reproduction sociale. Dans les sociétés industrialisées la classe dirigeante, en même temps qu'elle utilise le système scolaire à son profit, se méfie de lui, parce qu'il est lié à l'Etat et par conséquent qu'il sert aussi bien les classes moyennes qui exercent une influence politique que les anciennes classes dominantes et leur héritage culturel. La reproduction est donc un programme d'action politique et idéologique réalisé sous la direction de l'Etat, dont c'est l'une des fonctions."(Touraine, 1973, p.337)

J'avoue que cette conception de la reproduction me semble peu féconde. Certes, je ne nie pas l'existence de stratégies orientées délibérément vers la reproduction de l'ordre social, et qui sont le fait de la classe dominante lorsqu'elle défend son pouvoir et ses privilèges ou veut les transmettre à ses enfants, ou le fait de l'Etat lorsqu'il agit comme garant de la continuité, régulateur de l'économie, gardien de la culture nationale aussi bien que lorsqu'il sert directement les intérêts de la classe dominante. Mais les stratégies de reproduction ne sont pas toutes efficaces. Et leurs effets n'épuisent pas le fait de la reproduction.

De façon générale, le traitement - cursif - du système d'enseignement et de ses fonctions n'est pas le point fort de l'oeuvre de Touraine. Je me référerai donc plutôt à la théorie générale de la société, des rapports de classes, du système politique, de l'état qui est condensée dans les citations précédentes. Quelles sont les implications de telles thèses pour une théorie du système d'enseignement et des mouvements de démocratisation des études? C'est à cette question que je vais esquisser une réponse.

L'INEGALITE ET L'ECOLE, ENJEUX ENTRE CLASSES SOCIALES

Depuis quinze à vingt ans, le débat public sur l'inégalité sociale devant l'école est engagé; de nombreuses lois et réformes ont été votées qui avaient pour but central ou marginal de contribuer à la démocratisation de l'enseigne-

ment. On ne compte plus les publications, les travaux de recherche, les colloques internationaux.

En schématisant fortement, je retiendrai trois phases dans ce mouvement vers plus d'égalité:

1. au cours de la première phase, c'est essentiellement à l'inégalité d'accès à l'enseignement que l'on cherche à porter remède, par deux séries de mesure:

   - des mesures financières: bourses ou prêts, puis allocations d'études, salaire étudiant; gratuité des fournitures et des écolages; facilités de transports, de logement - cités universitaires -, d'alimentation - cantines scolaires, restaurants universitaires; accès plus facile aux loisirs, aux assurances sociales. Ces mesures ont touché avant tout l'enseignement universitaire ou secondaire supérieur, parce qu'on estimait que les obstacles financiers se manifestaient principalement pour la scolarité postobligatoire
   - des mesures affaiblissant les distances entre l'école et les familles: service de transports et de ramassage scolaire, décentralisation des établissements, équipement des zones rurales, des quartiers défavorisés.

   De telles mesures sont très inégalement développées selon les pays ou les cantons suisses. Elles sont légitimées par ce qu'on pourrait appeler une définition minimale de l'égalité des chances: donner à tous ceux qui ont les "aptitudes requises" une possibilité égale de les mettre en valeur.

2. au cours de la seconde phase, l'effort a porté sur les structures scolaires: prolongation du tronc commun primaire, développement de cycles d'observation ou d'orientation au début du second degré, réunion de filières différenciées en établissements "intégrés" (comprehensive schools, collèges d'enseignement secondaire, cycles d'orientation de type genevois), introduction d'écoles uniques ou de systèmes à niveaux et options, développement des formations professionnelles scolarisées, différenciation des formations postobligatoires, création de filières universitaires courtes.

   Ces diverses réformes n'ont pas été inspirées par la seule référence à la démocratisation de l'enseignement, mais l'idée a cours très généralement qu'il est favorable à l'égalité de retarder l'âge de la première sélection, d'intégrer les filières, d'assouplir les structures, de faciliter la mobilité entre elles, de prévoir des itinéraires diversifiés, plus ou moins longs, pour parvenir à la même formation finale. Ici encore, la situation est très diverse selon les pays.

3. au cours de la troisième phase, l'accent est mis sur la "compensation des handicaps socio-culturels" par des moyens pédagogiques: développement de la scolarité préobligatoire, pédagogie de soutien, assistance individualisée aux élèves en difficulté, accroissement du taux d'encadrement des élèves, tentatives de différenciation de l'enseignement, programmes de stimulation ou de compensation.

   Les expériences les plus connues ont été conduites aux Etats-Unis. (cf. Little & Smith, 1971, pour un panorama général; Isambert-Jamati, 1973, pour une analyse sociologique du discours sur les "handicaps socio-culturels" et les stratégies de compensation). Dans de nombreux pays européens, d'autres travaux sont conduits, qui ont parfois tiré la leçon des expériences américaines, et qui se trouvent de toute manière confrontés à des situations sans commune mesure avec celle des Etats-Unis, où l'inégalité raciale redouble l'inégalité sociale.

Les trois phases distinguées se recouvrent dans une certaine mesure. La troisième ne met pas fin à la seconde, mais diversifie les approches. Il faudrait faire la part de mouvements qui échappent à la logique des réformes proprement scolaires, par exemple le mouvement vers l'éducation permanente ou récurrente, ou encore, plus récemment, la critique illichienne (Illich, 1971) de l'école et les plaidoyers pour la descolarisation. Dans le domaine proprement scolaire, il faudrait tenir compte de courants aussi divers que l'enseignement programmé, les écoles nouvelles ou libres, la transformation des curricula, etc. Le survol présenté ici simplifie la réalité des politiques de démocratisation, ne dit presque rien de leurs mobiles et de leurs liens avec d'autres composantes des réformes scolaires innombrables. De toute façon, une analyse historique et sociologique complète ne saurait faire abstraction des différences entre pays. Pour Genève, on trouvera des éléments d'analyse ailleurs (cf. Hutmacher, 1977b).

Il est extrêmement difficile d'apprécier les effets concrets de ces politiques. Avec Boudon (1973), je retiendrai les tendances:

- à l'augmentation massive des taux de scolarisation dans les filières longue et à l'élévation du niveau moyen de formation certifiée (le problème du "niveau réel" reste ouvert)
- à l'affaiblissement modéré des écarts entre classes sociales, donc à une certaine démocratisation de l'enseignement.

Pour Genève, des résultats plus complets corroborent ces tendances (Hutmacher, 1976, 1977b). Rien ne prouve évidem-

ment que les tendances observées soient la résultante des politiques délibérément orientées vers l'égalité sociale devant l'école. D'autant que ces politiques participaient d'un mouvement assez général de réformes scolaires, la démocratisation n'étant que l'un des mots-clés du changement en éducation.

Je ne dis nullement que cette mobilisation dans le sens de la démocratisation à été un succès, ni qu'elle est unanime, ni qu'elle traduit au plan des intentions ou des réalisations, une volonté "réelle" de l'Etat ou de la classe dirigeante de favoriser une plus grande égalité sociale devant l'école. Je dis en revanche qu'il serait un peu léger, sociologiquement, de prendre ces discours et politiques pour pure diversion, poudre jetée aux yeux des classes défavorisées. Pour rendre compte de la mobilisation des systèmes d'enseignement dans la lutte contre l'inégalité - à des degrés divers il est vrai - il faut avoir recours à des hypothèses moins sommaires. Les éléments de théorie générale empruntés à Touraine permettent d'énoncer brièvement les principales. Elles sont toutes relativement banales dans le cadre des sociétés capitalistes développées:

1. sous sa face dominante, la classe supérieure a intérêt à conserver son pouvoir et ses privilèges, et à les transmettre à ses enfants; dans la mesure où la transmission du patrimoine ne suffit pas à garantir la position sociale, que le pouvoir dans les grandes organisations n'est pas transmissible par héritage, il importe aux membres de la classe supérieure de garantir à leurs enfants l'éducation et les diplômes qui, dans un régime méritocratique, leur donneront légitimement accès aux plus hautes fonctions.

   Cependant, l'enjeu est non seulement de transmettre de génération en génération une condition de classe, mais de légitimer cet héritage social sous les apparences de l'équité naturelle; dès le moment où l'idéologie du don (Bourdieu, 1966; Bisseret, 1974) est en partie battue en brèche par les sciences humaines, dès le moment où l'inégalité apparaît pour une part conditionnée par des méthodes, des programmes, des modes d'évaluation modifiables, la classe dominante ne peut s'opposer ouvertement à certaines transformations dans ce sens sans paraître protéger ses privilèges. Or, la domination de classe, dans les sociétés capitalistes, se fonde en partie sur la légitimité qui nait de la compétence acquise, de la capacité à gérer et à décider. Dès lors que le système d'enseignement qui fabrique les élites n'est plus intouchable - dans ses mécanismes générateurs d'inégalité - la classe dirigeante a le sens tactique de ne pas heurter les réformes de front; cela ne l'empêchera pas de les vider de leur portée en les privant de ressources,

surtout en période d'austérité financière; en mettant en oeuvre des moyens considérable de lutte idéologique contre les sciences sociales et les théories environnementalistes (cf, l'action du GRECE en France, qui diffuse par exemple le livre d'Eysenck, 1977). L'une des stratégies de défense de la classe dominante est peut-être plus subtile: elle consiste à retirer ses enfants de l'école publique, à recréer un réseau privé parallèle, et à restaurer entre réseaux une inégalité qui menacerait de décroître à l'intérieur du système contrôlé par l'Etat. Or les politiques de démocratisation sont impuissantes dès lors qu'elles ont affaire non plus à un système soumis à des lois, au contrôle budgétaire etc., mais à un marché d'écoles libres et financées par les parents.

2. Ces mécanismes de défense sont peut-être en partie neutralisés par les intérêts de la classe supérieure sous sa face dirigeante. Car dans son rôle de direction du système économique et social dans le sens du développement, de la croissance, de la modernisation des secteurs et industries dépassés, de la conquête de marchés et d'alliances dans la division internationale du travail, la classe supérieure entend mobiliser le système d'enseignement. Non pour reproduire les structures d'inégalités et de domination, mais pour répondre aux besoins de l'économie, assurer la relève des cadres, adapter la main d'oeuvre à l'évolution technologique, absorber l'exode rural, contrôler le développement du tertiaire, assurer la recherche. Ces politiques ne conduisent pas à l'égalité devant l'école, mais elles impliquent l'ouverture des filières longues à une proportion croissante de jeunes, la recherche des "talents" jusqu'alors inexploités dans les classes populaires, l'accroissement massif des taux de scolarisation dans les filières formant des techniciens ou des scientifiques etc. Par ailleurs, une société de croissance suppose la consommation, donc une certaine répartition des revenus. Le capitalisme moderne a besoin d'une classe ouvrière instruite et aspirant à un niveau de consommation élevé.

   La croissance suppose par ailleurs un minimum de consensus social, de participation au système politique: une relative diffusion de l'éducation permet aux sociétés comme aux entreprises complexes de fonctionner; elle empêche que s'avive le sentiment d'injustice sociale.

   Dans ces diverses directions, la classe dirigeante peut prendre ou favoriser des initiatives qui ne servent pas la reproduction de ses privilèges et de son pouvoir, mais son projet <u>pour</u> la société. Si la classe dirigeante gère l'accumulation, n'oublions pas que l'accumulation porte aussi sur les connaissances et les qualifications humaines. C'est au cours des années 1960 qu'ont fait

fortune des expressions telles "investir en hommes" ou "le capital humain".

3. Face à la classe dominante, qui cherche à conserver ses privilèges sociaux, donc ses avantages scolaires, les classes dominées, c'est-à-dire exclues des fonctions dirigeantes, entendent bien défendre les chances scolaires de leurs enfants, et revendiquent des mesures de démocratisation en leur faveur, ou du moins un élargissement de l'accès aux études longues. C'est vrai en particulier des classes moyennes, soucieuses de la réussite scolaire de leurs enfants, qu'elle croient condition de leur mobilité sociale ou en tout cas du maintien du statut des parents.

   Cette foi dans la scolarité a gagné des couches de plus en plus nombreuses de la population, avec l'aspiration aux emplois tertiaires. Il reste à coup sûr des niveaux d'aspiration variant selon la condition sociale, mais pour la majorité des parents, l'école semble être devenue un enjeu majeur.

   Les revendications des classes populaires et moyennes sont portées par leurs organisations politiques et syndicales, mais aussi par leurs porte-paroles traditionnels dans les milieux intellectuels. Par leur condition de classe, par leurs affiliations idéologiques, les enseignants, les psychologues scolaires, les chercheurs en éducation se font souvent les interprètes des "classes défavorisées", et ils trouvent dans leur pratique les informations et l'argumentation favorables aux réformes. Les mouvements pédagogiques, les syndicats enseignants, les commissions spécialisées des partis de gauche regroupant des "spécialistes" de l'éducation, et donnent à leurs critiques et à leurs propositions une certaine diffusion.

   Touraine qualifie de défensive l'attitude de la classe dominée face aux stratégies de reproduction de la domination. Dans le cas particulier de l'école, et dans certains pays seulement, le mouvement de critique de "l'école de classe" semble assez fort, au plan du débat idéologique du moins, pour inverser les rôles et mettre les partisans de la tradition et des élites sur la défensive.

4. De la face dominée des classes populaires et moyennes, on passe insensiblement à leur face contestataire. Si le développement économique reste le credo majeur du mouvement ouvrier et des partis de gauche, ils plaident de plus en plus résolument pour une autre croissance, plus orientée vers la démocratie culturelle et la participation sociale que vers la hausse indéfinie du niveau de vie. Le mouvement écologique, la crise de l'énergie, le refus des jeunes d'entrer dans le système ont

certainement pesé sur le discours des centrales syndicales et des partis. Or, dans la perspective de la démocratie culturelle, de l'autogestion, l'éducation devient un enjeu majeur: non plus préparation à la production et à la profession essentiellement, mais aussi à la participation, à la création, à la communication, à l'éducation permanente. La contestation du modèle culturel dominant - le développement capitaliste - ne conduit pas à un contre-modèle unique, mais à une grande diversité de courants, dont tous ne se préoccupent pas également de l'école. On assiste au contraire, dans certains cas, à un rejet intégral de l'institution scolaire, au profit de réseaux parallèles et sauvages d'éducation. Rien n'autorise à amalgamer toutes les contestations, ni à les croire toutes préoccupées d'égalité devant l'école. Pour les mouvements les plus radicaux - qui ne sont pas sans doute l'expression de la classe ouvrière - l'école a perdu tout intérêt; ou elle est au contraire investie d'espoirs qui débordent largement l'idéologie égalitaire.

5. L'ensemble de ces forces n'agissent pas directement sur l'école, sauf lorsqu'elle est directement gérée par les parents. Dans les systèmes plus centralisés, les conflits entre classes ou mouvements sociaux sont médiatisés par le système politique, qui retraduit dans sa logique propre les exigences et les projets. Ainsi certains partis modérés, dont la clientèle électorale se recrute dans des classes opposées, sont-ils conduits à la fois à tenir le discours de l'égalité et celui de la prudence et de l'austérité dans les réformes scolaires. A cet égard, une analyse des thèses que défend publiquement le parti radical suisse et des politiques qu'il soutient serait fort éclairante. L'autonomie du système politique est accrue par les intérêts contradictoires de la classe supérieure sous ses faces dominante ou dirigeante. Ce qui amène des forces représentant la même classe à tenir des discours forts différents.

6. L'Etat enfin, et en son sein le système d'enseignement, jouissent d'une autonomie relative, du fait par exemple:

   - de la difficulté des forces politiques à négocier les objectifs de la formation scolaire autrement qu'en termes généraux. Les textes et politiques laissent aux agents du système d'enseignement un pouvoir considérable d'interprétation

   - de la délégation aux spécialistes de la pédagogie - inspecteurs, chefs d'établissement, chercheurs, enseignants etc. - le soin de prendre de multiples décisions dites techniques - par exemple la construction du curriculum, la méthodologie de l'évaluation - qui sont porteuses de conséquences importantes quant aux mécanismes générateurs d'inégalité

- de la présence dans le système d'enseignement des élèves et des parents, qui ne sont pas liés par les règles de l'organisation au même titre que ses agents réguliers, et qui introduisent directement dans l'école des conflits qui s'expriment aussi, mais en termes différents, au plan politique.

Ce que fait le système d'enseignement de son autonomie relative dépend de nombre de facteurs, par exemple de la composition, de la formation, du statut, des affiliations idéologiques modales des enseignants. Il est donc difficile de généraliser.

Ces six hypothèses restent bien entendu très globales, et devraient pour devenir opératoires, être spécifiées en fonction d'un cadre national déterminé. J'entendais avant tout suggérer qu'élaborées, elles pourraient rendre compte des débats et réformes qui, depuis quinze à vingt ans, témoignent d'un intérêt et d'une mobilisation persistants à propos de l'inégalité devant l'école. De telles hypothèses devraient amener à dépasser l'image simpliste d'une classe dominante tout entière investie dans la reproduction de sa domination, constamment souveraine et efficace dans ses stratégies, et ne trouvant en face d'elle qu'une classe dominée, aliénée, démobilisée, sans volonté ni moyens de se défendre, ou de contester l'inégalité devant l'école; ou au contraire l'image d'une société éprise toute entière d'idéaux démocratiques, mais qui ne parvient pas à maîtriser l'égalité devant l'école en raison des interdépendances complexes entre scolarisation, mobilité, équilibre économique et des effets pervers qui ruinent les meilleures politiques.

ANALYSE DES IDEOLOGIES, ANALYSE DES REFORMES

Dans le domaine de l'éducation comme dans les autres, il serait illusoire de croire qu'on peut saisir les enjeux et les politiques à travers la seule analyse des idéologies. D'abord, bien sûr, parce que l'idéologie a toujours des fonctions de légitimation ou de dissimulation, et qu'elle masque les politiques autant qu'elle les annonce, travestit les enjeux autant qu'elle les dévoile. Mais aussi parce que les mesures qui renforcent ou affaiblissent l'inégalité sociale devant l'école sont loin d'être toutes décidées en fonction d'une politique de l'égalité ou de l'inégalité. Le champ de l'enseignement est riche d'enjeux multiples: le statut et la formation des maîtres, les objectifs et les programmes, les équipements et les constructions, les méthodes d'enseignement et d'évaluation, l'autonomie des enseignants ou des établissements, l'ordre dans les organisations scolaires, la politisation de l'enseignement, les multiples réformes de structures, les normes de

sélection et d'orientation, la hiérarchie des diplômes et des filières, etc. On peut avancer l'idée qu'aucun des changements intervenant dans ces divers secteurs n'est sans incidence sur la genèse des inégalités sociales devant l'école. Or, la démocratisation de l'enseignement est souvent marginale, sinon absente, dans nombres de débats sur ces thèmes. Cela s'explique fort bien: d'abord par le fait que les acteurs soucieux de démocratisation de l'enseignement sont loin d'être présents dans tous les cercles où se forme la politique de l'éducation. L'une des lignes de défense des forces conservatrices est justement d'écarter les "idéologues" des instances où se prennent les décisions techniques: budget, programme, manuels scolaires etc. Même lorsque les décisions sont prises avec la participation de personnes ou d'organisations préoccupées d'égalité devant l'école, le lien n'est pas toujours établi entre cette préoccupation très générale et des décisions et pratiques quotidiennes. Ce qui, aux yeux du sociologue, passe pour un mécanisme générateur d'inégalité sera aux yeux des gestionnaires, des enseignants, des parents un aspect très banal et innocent de la vie scolaire. Or, dans les débats sur l'éducation, ce n'est pas la construction de la réalité que se donnent les sociologues qui prévaut, mais celle que se donnent les acteurs individuels ou collectifs. Cette image sociale est sans doute progressivement influencée par le discours sociologique, mais comme toujours avec un décalage temporel et des assimilations sélectives. Si nombre d'acteurs concernés par l'éducation sont très au fait du constat de l'inégalité, et disposent de schèmes d'explication, par le don ou par l'héritage culturel par exemple, ils sont très loin de faire le rapprochement entre ce constat et ces explications d'une part, et d'autre part, des décisions d'apparences techniques ou didactiques auxquelles ils contribuent. Il faut noter en outre qu'il existe au sein des systèmes d'enseignement et des administrations scolaires comme au sein des partis, une relative division du travail, de sorte que les spécialistes des programmes ou de la formation des maîtres ne se sentent pas concernés par l'inégalité, problème pris en charge par d'autres "spécialistes". On retiendra qu'une analyse des politiques qui contribuent à renforcer ou à affaiblir les mécanismes générateurs d'inégalité déborde très largement l'étude des débats et des réformes visant spécifiquement la démocratisation de l'enseignement.

On saisit là l'une des limites de l'approche par l'idéologie, mais aussi l'un des terrains possibles d'études: entre les diverses forces qui travaillent pour ou contre l'égalité en éducation, l'enjeu n'est pas seulement de l'ordre des décisions, des réformes, des investissements. Le premier enjeu est la définition de la réalité qui fonde des politiques. Car les forces en présence ne s'opposent

pas seulement sur les mesures à prendre, mais d'abord sur la réalité de l'inégalité elle-même. Dans nombre de systèmes scolaires, on manque encore des données les plus élémentaires pour démontrer à qui en douterait que les enfants des différentes classes sociales ne réussissent pas également à l'école. Lorsque le fait n'est plus contestable, l'enjeu se déplace, et le conflit se porte sur les causes ou sur les effets de l'inégalité constatée. Inutile de dire que la sociologie, et de façon générale les sciences humaines, sont parties prenantes au débat. La question de savoir si l'inégalité scolaire est affaire de don ou de milieu culturel divise les scientifiques autant que l'ensemble des acteurs sociaux concernés. De même de la question de savoir si l'inégalité scolaire est porteuse d'inégalités économiques et sociales, ou si au contraire les diplômes et les formations ne sont qu'un facteur parmi bien d'autres de la réussite sociale, pour ne pas parler du "bonheur".

Une analyse sociologique de la psychologie scolaire et de la sociologie de l'éducation ouvrirait sans doute à la recherche des pistes fécondes:

- les travaux scientifiques, s'ils masquent les positions idéologiques et les conclusions politiques (pour se conformer aux normes du discours objectif), explicitent en revanche fort bien les constructions de la réalité qui fondent les positions politiques; on trouve dans le discours psychologique ou sociologique sur l'inégalité (et le mien n'échappe évidemment pas à cette règle), une série de thèses qui, d'une part sont rarement, dans leur genèse, indépendantes d'une préférence idéologique, et qui d'autre part nourrissent ou renforcent qu'on le veuille ou non les thèses des uns, infirment ou affaiblissent les thèses des autres.

- Si l'analyse du discours psychologique ou sociologique sur l'inégalité éclaire les schémas d'argumentation et les modes de construction du réel, cela n'a d'intérêt que dans la mesure où le discours scientifique est repris par les acteurs sociaux engagés dans l'action pédagogique ou la politique de l'éducation. Ce qui conduirait à étudier la diffusion des travaux psychologiques ou sociologiques, mais aussi à mettre en évidence des conditions sociales de leur production: la recherche sur l'inégalité ne connaîtrait pas un aussi grand essor si elle n'avait pas un public, si elle ne répondait pas à une demande sociale.

On trouvera des hypothèses et des éléments d'analyse dans Young (1958), Bourdieu et Passeron (1970), Hammeline (1972), Vial (1972), Bisseret (1974), Bénéton (1975), Merllié (1975),

Tort (1975), Karabel and Halsey (1977). Mais nous sommes très loin de disposer d'une étude systématique du discours des sciences humaines sur l'inégalité.

L'analyse du discours scientifique sur l'inégalité et de sa diffusion n'épuise d'ailleurs pas le champ d'études, tant s'en faut. L'essentiel serait de mieux connaître les représentations de l'inégalité, de ses causes ou de ses effets qui ont cours dans divers groupes sociaux, et de les mettre en relation avec les pratiques pédagogiques ou politiques de ces groupes ou de leurs membres. Ici encore, pour approfondir l'analyse, il faudrait se donner un cadre historique défini. Je crois cependant, et c'est peut-être l'un des avantages de l'approche par les idéologies, que les discours descriptifs ou prescriptifs sur l'inégalité devant l'école présentent plus de traits communs que les situations concrètes. Sans doute parce qu'il existe un marché scientifique et idéologique qui traverse les frontières nationales. Et aussi parce que la plupart des représentations sont suffisamment simplificatrices pour faire abstraction des traits spécifiques de chaque système d'enseignement, et ne viser en définitive que des processus très généraux dans le cadre d'une forme institutionnelle, l'école, commune à la plupart des pays développés.

La place me manque ici pour développer des hypothèses plus détaillées sur les idéologies qui ont cours en matière d'inégalité devant l'école. Je souhaitais indiquer cette direction de recherche, et insister sur deux points:

1. les idéologies relatives à l'inégalité ne sont pas faites de modèles normatifs seulement, mais aussi de représentations de l'ampleur, des causes, des conséquences de l'inégalité. Ces représentations ont dans le discours scientifique le statut de théories, mais le discours commun n'est nullement exempt d'une définition de la réalité, qui met en oeuvre des notions - par exemple celle de don, d'aptitude, de milieu -, et des énoncés descriptifs ou explicatifs. Il s'agit donc d'élaborer une sociologie de la connaissance sur l'inégalité autant qu'une sociologie des valeurs élitaires ou égalitaires.

2. la définition de la réalité et l'idéologie ne sont pas de simples épiphénomènes: les politiques de l'éducation ne sont pas l'expression de purs rapports de forces; ou plutôt: les rapports de forces reposent sur la capacité des groupes, des partis, des leaders politiques d'imposer telle ou telle définition de la réalité. La légitimation de l'inégalité naît de son caractère dit nécessaire ou inéluctable. La recherche de l'égalité n'a de sens qu'à condition de la croire possible et

souhaitable. Entre les mouvements politiques ou pédagogiques, l'enjeu est pour une large part la définition de ce qui est réel, possible, inévitable, en matière d'égalité éducative. Aux extrêmes de l'échiquier politique, les religions sont faites. Au centre, la définition de la réalité n'est pas dictée univoquement par les intérêts. Ces derniers sont d'ailleurs ambigus en ce qui touche à la démocratisation de l'enseignement.

Pour saisir les politiques de maintien ou d'affaiblissement des inégalités sociales devant l'école, il faudra dépasser l'analyse des seules idéologies cependant. L'une des lignes de recherche complémentaire paraît être l'analyse des grandes réformes scolaires. Non seulement de celles qui portent explicitement sur les mécanismes générateurs d'inégalité, par exemple les lois sur les allocations d'études ou les stratégies de compensation. Mais encore des réformes de structures, de curriculum, de méthodologie qui ne sont pas placées sous le signe de la démocratisation de l'enseignement, mais qui, fût-ce par omission, concrétisent une politique égalitaire ou inégalitaire. Bien entendu, la sociologie des politiques de démocratisation et des réformes dont la lutte contre l'inégalité est une composante plus ou moins notable, se fond à la limite dans la sociologie des systèmes d'enseignement dans leurs rapports à leur société. Chaque crise (cf. Isambert-Jamati, 1970), chaque transformation est toujours, d'une façon ou d'une autre, révélatrice du degré de sensibilité des acteurs à l'inégalité, de leur degré de mobilisation en faveur du changement ou du maintien de certains des mécanismes scolaires qui en sont responsables.

* * *

Je ne visais ici qu'à réunir un certain nombre d'éléments théoriques généraux, de sorte à constituer les premières bases d'une sociologie des politiques de démocratisation de l'enseignement et des idéologies relatives à l'inégalité devant l'école. Il n'a donc pas lieu de conclure un travail engagé ailleurs (Perrenoud, 1974a, 1977d) et qui n'est pas achevé. Puisse cet état provisoire de la question susciter le débat.

Philippe Perrenoud
Service de la recherche sociologique
8, rue du 31-décembre
1207 Genève

BIBLIOGRAPHIE

Althusser Louis (1970): Idéologie et appareils idéologiques d'Etat. In: La pensée, no 151, pp.3-38.

Amos Jacques (1977): La formation postobligatoire: généralisation et inégalités. In: Etudes pédagogiques.

Ariès Philippe (1973): L'enfant et la vie familiale sous l'Ancien-Régime. Paris, Seuil.

Balandier Georges (1973): Anthropo-logiques. Paris, Presses universitaires de France.

Barel Yves (1973): La reproduction sociale. Systèmes vivants, invariance et changement. Paris, Anthropos.

Baudelot Christian et Establet Roger (1971): L'école capitaliste en France. Paris, Maspéro.

Bénéton Philippe (1975): Discours sur la genèse des inégalités dans les sociétés occidentales contemporaines. In: Revue française de science politique, XXV, No. 1.

Bernstein Basil (1971): Class, Codes and Control. Vol. I Theoretical Studies Toward a Sociology of Language. London, Routledge & Kegan.

Bernstein Basil (1973): Class, Codes and Control. Vol. II Applied Studies Toward a Sociology of Language. London, Routledge & Kegan.

Bernstein Basil (1975): Class, Codes and Control. Vol. III Toward à Theory of Educational Transmissions. London, Routledge & Kegan.

Bisseret Noëlle (1974): Les inégaux et la sélection universitaire. Paris, Presses universitaires de France.

Boudon Raymond (1973): L'inégalité des chances. La mobilité sociale dans les sociétés industrielles. Paris, Armand Colin.

Boudon Raymond (1977): Effets pervers et ordre social. Paris, Presses universitaires de France.

Bourdieu Pierre (1966): L'école conservatrice. L'inégalité sociale devant l'école et devant la culture. In: Revue française de sociologie, No. 3, pp.325-347.

Bourdieu Pierre (1972): Esquisse d'une théorie de la pratique. Genève, Droz.

Bourdieu Pierre (1973): Cultural Reproduction and Social Reproduction. In: Brown (1973).

Bourdieu Pierre et Passeron Jean-Claude (1964): Les héritiers. Les étudiants et la culture. Paris, Editions de minuit.

Bourdieu Pierre et Passeron Jean-Claude (1970): La reproduction. Eléments pour une théorie du système d'enseignement. Paris, Editions de minuit.

Brown Richard (ed.) (1973): Knowledge, Education and Cultural Change. London, Tavistock.

Clerc Paul (1963): La famille et l'orientation scolaire au niveau de la sixième. In: Population, No. 4, août - septembre.

Coleman James et al. (1966): Equality of Educational Opportunity. Washington, U.S. Department of Health, Education and Welfars.

Crozier Michel et Friedberg Erhard (1977): L'acteur et le système. Les contraintes de l'action collective. Paris, Seuil.

Donzelot Jacques (1977): La police des familles. Paris, Ed. de Minuit.

Eggleston John (ed.) (1974): Contemporary Research in the Sociology of Education. New York, Harper & Row.

Eysenck Hans J. (1977): L'inégalité de l'homme. Paris, Copernic.

Girod Roger (1977): Inégalité - inégalités. Analyse de la mobilité sociale. Paris, Presses universitaires de France.

Hutmacher Walo (1976): Egalité des chances et démocratisation des études. Evolution récente et situation actuelle. Genève, Service de la recherche sociologique.

Hutmacher Walo (1977a): L'inégalité sociale devant l'école à Genève: bref bilan statistique. Genève, Service de la recherche sociologique.

Hutmacher Walo (1977b): Le changement de l'école et la démocratisation des études: bref bilan des réformes. Genève, Service de la recherche sociologique.

Hammeline Daniel (1972): L'inégalité des chances et le discours psychologique. In: Orientations, no 41.

Illich Ivan (1971): Une société sans école. Paris, Seuil.

Isambert-Jamati Viviane (1970): Crises de la société, Crises de l'enseignement. Paris, Presses universitaires de France.

Isambert-Jamati Viviane (1971): Système scolaires et systèmes socio-économiques. In: L'année sociologique, 22, pp.527-541.

Isambert-Jamati Viviane (1973): Les "handicaps socio-culturels" et leurs remèdes pédagogiques. In: Orientation scolaire et professionnelle, no 4, pp.303-318.

Jencks Christopher (1972): Inequality. A Reassessment of the Effect of Family and Schooling in America. New York, Basic Books.

Jensen Arthur R. (1969): How Much Can We Boost IQ and Scholastic Achievement? In: Harward Educational Review, 39, pp. 1-123.

Karabel Jerome & Halsey A.H. (ed.) (1977): Power and Ideology in Education. New York, Oxford University Press.

Merllie Dominique (1975): Psychologie et mobilité sociale. In: Actes de la recherche en sciences sociales, No. 3, mai.

Perrenoud Philippe (1970): Stratification socio-culturelle et réussite scolaire. Les défaillances de l'explication causal. Genève, Droz.

Perrenoud Philippe (1974a): Education compensatrice et reproduction des classes sociales. Esquisse d'une sociologie politique de la démocratisation de l'enseignement. In: Bulletin d'information du Conseil de l'Europe, no 1.

Perrenoud Philippe (1974b): L'école à quatre ans: d'une nouvelle image de l'enfant à l'éducation compensatrice. Genève, Service de la recherche sociologique, Cahier No 7.

Perrenoud Philippe (1976): Egalité des chances et démocratisation des études. Lignes d'action, lignes de recherche. Genève, Service de la recherche sociologique.

Perrenoud Philippe (1977a): L'inégalité sociale devant l'évaluation des compétences. Genève, Service de la recherche sociologique.

Perrenoud Philippe (1977b): L'évaluation scolaire est-elle révélatrice ou génératrice de l'inégalité sociale devant l'école? Genève, Service de la recherche sociologique.

Perrenoud Philippe (1977c): L'inégalité sociale devant l'école genevoise: esquisse d'un modèle explicatif. Genève, Service de la recherche sociologique.

Perrenoud Philippe (1977d): Qui veut la démocratisation de l'enseignement? Genève, Service de la recherche sociologique.

Perrenoud Philippe et Hutmacher Walo (1973): Modèles de flux et théories du système d'enseignement. Genève, Service de la recherche sociologique.

Petitat André (1971): Notes critiques à propos de "La reproduction". In: Revue européenne des sciences sociales, 25, pp.185-197.

Piaget Jean (1967a): Biologie et connaissance. Paris, Gallimard.

Piaget Jean (1967b): L'explication en psychologie et le parallélisme psychophysiologique. In: Fraisse Paul & Piaget Jean (ed.): Traité de psychologie. Vol. I Histoire et méthode. Paris, Presses universitaires de France.

Prost Antoine (1970): Une sociologie stérile: "La reproduction". In: Esprit, no 397, pp.851-860.

Sainsaulieu Renaud (1972): Sur "La Reproduction". In: Revue française de sociologie, no 3, pp. 399-412.

Snyders Georges (1976): Ecole, classe et lutte de classes. Paris, Presses universitaires de France.

Swartz David (1977): Pierre Bourdieu: The Cultural Transmission of Social Inequality. In: Harward Educational Review, 47, no 4, pp.545-555.

Tort Michel (1975): Le quotient intellectuel. Paris, Maspéro.

Touraine Alain (1973): La production de la société. Paris, Seuil.

Touraine Alain (1974): Pour la sociologie. Paris, Seuil.

Touraine Alain (1977): Un désir d'histoire. Paris, Stock.

Vial Monique (1972): Un défi à la démocratisation de l'enseignement: l'échec scolaire. In: Orientations, no 41.

Young Michael (1958): The Rise of Meritocracy. London, Thames & Hudson.

Young Michael F.D. (ed.) (1971): Knowledge and Control. New Directions for the Sociology of Education. London, Collier-Macmillan.

A T E L I E R

SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS: ORGANISATIONSFORMEN UND VERFAHRENSWEISEN IM BEREICH "SOZIOLOGIE"

Rolf Brülhart

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S.183-202

SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS: ORGANISATIONSFORMEN UND VERFAHRENSWEISEN IM BEREICH "SOZIOLOGIE"

Rolf Brülhart

ZUR ENTSTEHUNG DIESES BERICHTS

Die vorliegende Arbeit entstand im Zusammenhang mit einem Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie. Die im Jahre 1975 formulierte Fragestellung lautete: Beschreibung der momentanen Situation der schweizerischen Wissenschaftspolitik sowohl auf organisationeller wie auch auf personeller Ebene, sowie der Verknüpfung dieses Sektors mit andern Bereichen sozialer Realität. Der erste Bericht "Schlüsselgremien, Schlüsselpersonen und Entscheidungsstrukturen in der Schweizerischen Wissenschaftspolitik" (Dezember 1975) ist vertraulich.

Dieser Bericht hingegen ist an eine breite Oeffentlichkeit gerichtet und behandelt lediglich den Schweizerischen Nationalfonds, der vor allem für die universitäre Forschung und Nachwuchsförderung eine ganz zentrale Rolle spielt. Die Informationen wurden dabei einerseits aus 50 halbstrukturierten Interviews mit zuständigen Personen und andererseits aus Dokumenten des SNF gewonnen.

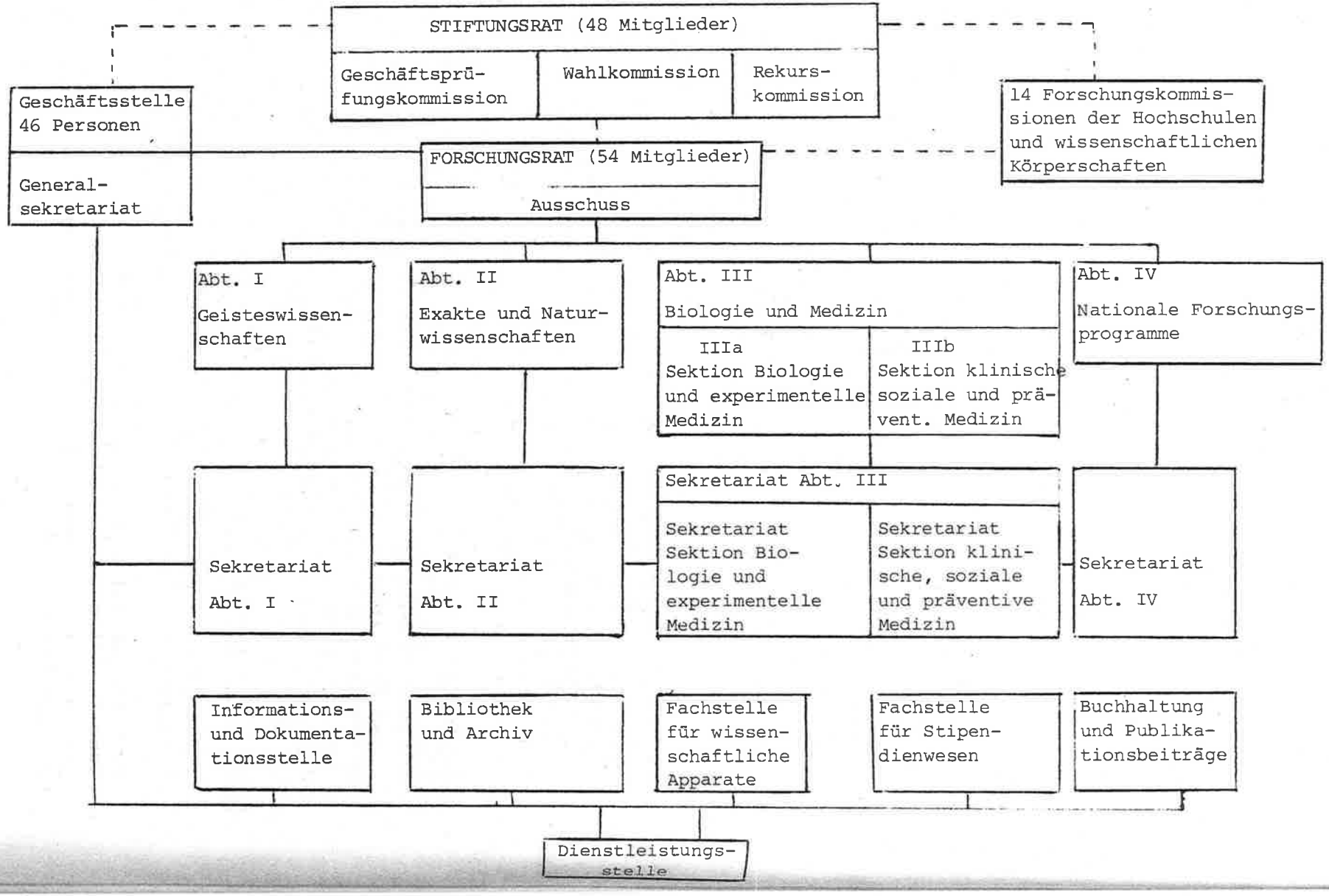
Trotz der Ueberarbeitung des Materials im Frühling 1977 fehlen in einigen Aspekten Informationen über die neuesten Entwicklungen, vor allem im Bereich der Nationalen Forschungsprogramme und in Bezug auf die Kompetenzen des Forschungsratausschusses der Abteilung IIIb. Hier muss auf den Jahresbericht 1976 sowie auf die anlässlich des 25-jährigen Bestehens erschienene Festschrift verwiesen werden.

1. ORGANISATION UND FUNKTIONEN

Die folgende Seite gibt einen globalen Ueberblick über die organisatorische Binnendifferenzierung des SNF. (Abbildung 1)

Im Hinblick auf die hier vor allem interessierende Abteilung 1 (Geisteswissenschaften) ist hinzuzufügen, dass hier eine zusätzliche innere Differenzierung in fünf Disziplingruppen besteht (1):

Abbildung 1: Organisation des schweiz. Nationalfonds
(Stand Oktober 1976)



1. Experimentelle Psychologie, Pädagogik, und Bildungswissenschaften.
2. Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Politologie
3. Geschichtswissenschaften
4. Theologie und Religionswissenschaften, Philosophie, Semiologie, Linguistik, Aesthetik und Anthropologie
5. Nationale Wörterbücher.

Grundsätzlich stehen dem Nationalfonds für seine Aufgabe der Forschungsförderung drei Instrumente zur Verfügung, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie subsidiär zu den Leistungen anderer Finanzierungsinstanzen (z.B. Kantone oder Privatwirtschaft) eingesetzt werden.

1) Das Instrument der Normalprogramme, das dem NF relativ wenig Manövriermasse und Möglichkeiten autonomer Steuerung bietet, weil keine Kontrolle über die Zahl und Qualität der eingereichten Gesuche für Forschungsbeiträge besteht. Dennoch besteht neuerdings die Tendenz, nach dem Modell des Forschungsmanagements anderer Länder Einfluss zu gewinnen, indem versucht wird, unter Einzelforschern Gruppeninteraktion zu induzieren und individuelle Forschungsaktivitäten zu koordinieren.

2) Das erst seit kurzem bestehende Instrument der Nationalen Forschungsprogramme, bei denen versucht wird, sehr verschiedene Forschungsanstrengungen in Hinblick auf politisch gewählte Zweckgesichtspunkte hin zu integrieren und insofern eine eher aktive anstatt reaktive Form der Wissenschaftspolitik zu betreiben.

3) Das Instrument der Nachwuchsförderung, dessen Zweck darin besteht, durch Verleihung von Stipendien an angehende oder fortgeschrittene Forscher Einfluss auf den Ausbau der personellen Infrastruktur der schweizerischen Wissenschaftsinstitution zu nehmen.

2. NORMALPROGRAMME

2.1 Behandlung von Gesuchen für Forschungsbeiträge: Formaler Instanzenzug und Entscheidungsverfahren.

Im Bereich der Forschungsbeiträge gilt der auf Abbildung 2 schematisch dargestellte formelle Instanzweg.

Der Gesuchsteller (allein oder zusammen mit Mitgesuchstellern) reicht das Gesuch sowohl bei der Forschungskommission an seiner Hochschule wie auch gleichzeitig bei der Geschäftsstelle des SNF in Bern ein.

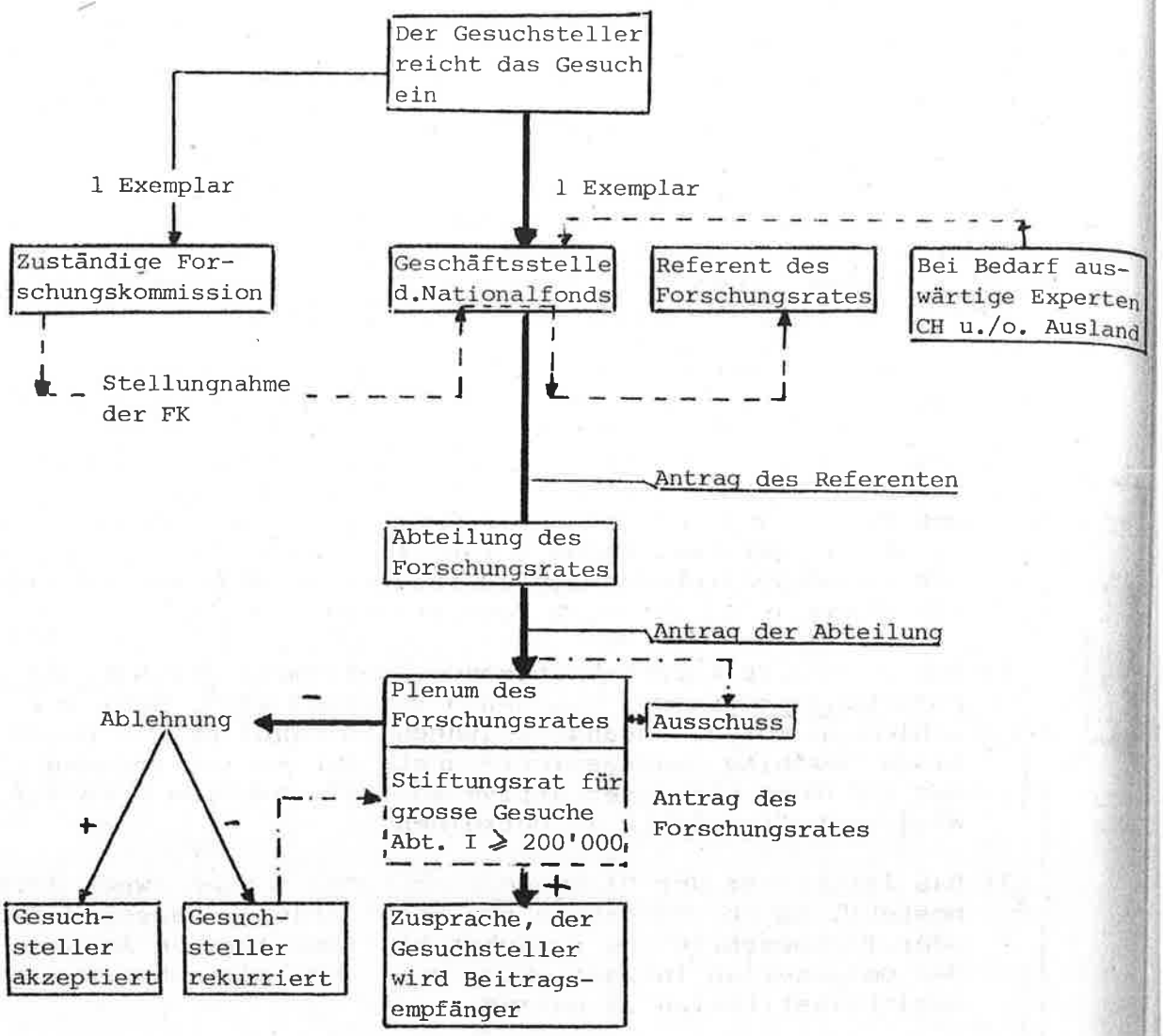


Abbildung 2: Formaler Instanzenweg bei der Einreichung von Gesuchen für Forschungsbeiträge

Die Aufgabe der Forschungskommissionen an den Hochschulen besteht darin, eine Art Vorbegutachtung abzugeben, die an den Universitäten (im Unterschied zur ETH) keine detaillierte Analyse in sich schliesst. Vielmehr wird beim Urteil weitgehend auf das abgestellt, was man aus "Erfahrung" und "lokaler und personeller Kenntnis" über die betreffende Person (bzw. Institution) weiss. Zudem werden dem Nationalfonds auch Hinweise über Nebenfinanzierungen des Projekts geliefert.

Beim SNF wird jedem Projekt aus dem Gremium des Forschungsrates ein Referent zugewiesen, der entweder durch Diskussion bestimmt wird oder - wenn das Projekt eindeutig einer Disziplin zugeordnet werden kann - sich auf Grund eines internen Zuteilungsschemas (2) von selbst ergibt.

Uebersteigt das Gesuch eine bestimmte obere finanzielle Grenze (in der Abteilung I Fr. 200 000), so wird automatisch ein Koreferent ernannt. Ebenso muss bei multidisziplinären Projekten immer ein Koreferent aus der entsprechenden Abteilung zugezogen werden.

Der Abteilung I standen bis 1976 nur 8 Personen (heute 11) zur Verfügung, die z.B. 1974 205 Forschungsgesuche (in 30% der Fälle mit zwei Referenten) beurteilen mussten.

Angesichts der zunehmenden quantitativen und qualitativen Belastung ist verständlich, dass die Rekrutierung geeigneter Personen immer schwieriger wird und dass z.B. 1975 bei 80% der Gesuchen Referenten ausserhalb des Nationalfonds (davon 30-50% Ausländer) zugezogen wurden.

Beim Forschungsrat gilt als Regel, dass jedes Mitglied bereits vor der monatlichen Sitzung eine Kopie jedes Gesuches und jeder auswärtigen Analyse erhalten soll: seit 1972 werden in der Sitzung der Abteilung I keine unbekannten neuen Papiere und keine vorher nicht studierten schriftlichen Anträge mehr angenommen.

Nachdem der Referent seinen Antrag gestellt hat, fällt die Abteilung den Entscheid, der in 90% der Fälle eine Konsensentscheidung darstellt. Abstimmungen sind obligatorisch bei jeder Ablehnung eines Gesuchs, kommen aber auch dann vor, wenn der Referent trotz Opposition auf seinem Antrag beharrt. Dies ist im Durchschnitt bei einem der 15 Gesuche der Fall, die in einer Sitzung behandelt werden.

Die Zusprache von Krediten über Fr. 300 000 (bis 1977 Fr. 200 000) gehört in die Zuständigkeit des Stiftungsrates. Da dieser aber ein parlamentähnliches, sehr heterogenes Gremium darstellt, das nur zwei- bis dreimal pro Jahr tagt,

werden die Geschäfte durch eine zehnköpfige Geschäftsprüfungskommission (GPK) vorbereitet. GPK und Stiftungsrat haben nur die Möglichkeit, einen Antrag der Forschungsräte in globo anzunehmen oder abzulehnen. Da die GPK die zur Beanstandung Anlass gebenden Gesuche an den Forschungsrat zurückweist, werden die noch übrigbleibenden, von ihr gestellten Anträge vom Stiftungsrat im allgemeinen stillschweigend genehmigt.

Seit Herbst 1976 hat sich auch die Abteilung I in ähnlicher Weise entlastet, indem ein Ausschuss des Forschungsrates einen grossen Teil der früher vom Plenum behandelten Geschäfte übernimmt.

Zu den formalen Richtlinien der Projekt-Begutachtung und der Rekursmöglichkeiten hat sich Prof. W. Rüegg folgendermassen geäussert:

"Die Begutachtung ist formal geregelt durch das vom Stiftungsrat erlassene Geschäftsreglement des Nationalen Forschungsrates. Die Einhaltung der Verpflichtungen wird kontrolliert zunächst durch die soziale Kontrolle des Stiftungs- bzw. Forschungsrats mit der schärfsten, gelegentlich angewendeten Sanktion der Nicht-Wiederwahl nach Ablauf einer Wahlperiode oder der Nahelegung des Rücktritts. Vor allem aber wird sie erzwungen durch die Rekursverfahren, weil die Nichteinhaltung des Geschäftsreglements zur Annahme von Rekursen führen würde. Die Möglichkeit von Rekursen, die nach Auskunft von OECD-Wissenschaftsexperten einen helvetischen Sonderfall in der ganzen Welt darstellt, zwingt den Forschungsrat darüber hinaus zur Einhaltung von Regeln, die, wenn auch nur teilweise schriftlich fixiert, daraufhin gerichtet sind, Rechtsungleichheit und Willkür auszuschliessen. Die Vermeidung von Präzedenzfällen, d.h. von Ad hoc-Regelungen, die als solche vernünftig wären, jedoch in den Konsequenzen zu solchen Rechtsungleichheiten führen könnten, spielt deshalb auch bei den Entscheidungen des Forschungsrats eine sachlich nicht immer begrüssenswerte Rolle.

Regelungen, welche Willkür und Rechtsungleichheiten zu vermeiden trachten, werden auch bei der Wahl externer Fachexperten angewandt. Man schliesst zum vornherein solche aus, die mit dem Gesuchsteller entweder so befreundet oder auch so verfeindet sind, dass sie in ihrem Urteil persönlich befangen sein müssten. Es werden auch solche Experten eliminiert, die an eine Forschungskommission im Vorbegutachtungsverfahren oder auch direkt an den Forschungsrat Gutachten erstattet haben, die sich dann entweder als blosse Gefälligkeitsgutachten oder als blosse Verrisse oder sonst als inhaltlich nichtssagend erweisen. Die Kompetenz und Qualität, deren Kriterien wie bei allen Werturteilen nicht bis ins letzte Detail hin formalisiert werden können, spielen also auch bei Gutachten und bei Experten eine ausschlaggebende Rolle und erweisen sich meist erst im Ergebnis. So können berühmte und in ihren Arbeiten sehr kritische Forscher unbrauchbare Gutachten abliefern, weil sie sich aus Zeitmangel oder aus Kollegialität auf einige nichtssagende Trivialitäten beschränken." (3)

Neben ihren grossen Vorteilen weist die Institution der Rekurskommission auch bedeutende Mängel auf. Zur Beleuchtung dieses Aspekts sei eine Stellungnahme von Prof. Henri Thévenaz (aus dem Jahresbericht des SNF von 1975) zitiert:

"La commission de recours a tenu trois séances consacrées principalement à l'examen de quatre recours formés contre des décisions négatives prises par le Conseil national de la recherche à l'égard de requérants. (....).
(....) Depuis sa création en 1968, elle a plusieurs fois attiré l'attention du Conseil de fondation sur les imperfections du système en vigueur, mais ses suggestions en vue de l'améliorer n'ont pas été retenues. Le principal défaut réside dans le fait que notre Commission est un organe du Conseil de fondation. Cela peut donner l'impression qu'elle ne jouit pas de l'indépendance requise pour se prononcer en toute impartialité. En outre, elle ne peut pas examiner des recours qui seraient dirigés contre des décisions du Conseil de fondation. Aussi notre Commission s'est-elle ralliée à l'idée qu'il conviendrait de créer une Commission de recours indépendante du Fonds national." (4)

2.2 Behandlung von Forschungsbeitragsgesuchen: Begutachtungskriterien bei Forschungsprojekten

Für die Begutachtung der eingehenden Forschungsprojekte existiert in der Abteilung I der untenstehende, nur fakultativ angewendete Katalog von Qualifikationskritierien, der in letzter Zeit allerdings stark umstritten wurde und weniger häufig angewandt wird, weil er - nach einer Auskunft des Präsidenten der Abteilung I (vom März 1977) - "zuwenig geeignet sei, um die Projekte mit dem erforderlichen Grad an Differenziertheit zu beurteilen".

Das Sekretariat der Abteilung I zeigt sich an einer möglichst häufigen Benützung dieses Rasters vor allem deshalb interessiert, weil er es erleichtern würde, die Gesamtqualifikation eines Projekts zu erstellen, und weil er zwischen sehr verschiedenartigen Projekten einen Grad an Vergleichbarkeit der Bewertung schafft, die es ermöglicht, das bei den sogenannten "Ausscheidungssitzungen" (5) angewandte Entscheidungsverfahren weitgehend zu formalisieren.

Bisher aber hat dieses Schema in den Abteilungssitzungen noch keine Verwendung gefunden, sondern dient in erster Linie dem Referenten als Hilfsmittel für seine eigene Evaluation.

Fakultative Qualifikationsbeurteilungs-Liste der Abteilung Geisteswissenschaften des SNF

SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
Abteilung Geisteswissenschaften

Referent:
Koreferen:

Forschungskommission: Gesuchsnummer:

Disziplin:
Titel:

WISSENSCHAFTLICHE QUALIFIKATION		prov. Reverent					def. Abteilung				
		G	6	5	4	3	G	6	5	4	3
Gesuchsteller	Kompetenz für Projekt										
	bisherige Forschungen										
Projekt	Originalität										
	Dringliche Aktualität										
	Wahl des Vorgehens										
	Erfolgswahrscheinlichkeit										
	Potentielle Auswirkungen										
	Umfang des Themas/Kreditdau.										
Budget	Umfang des Themas/Kredithöhe										
	finanzieller Aufwand/ Wert des Projektes										
F'Komm.	Stellungnahme										
	Gesamtqualifikation										

2. Antrag

Zusätzlich zu diesem - keineswegs voll verbindlichen - formalisierten Raster existieren in schriftlicher Form nur die folgenden knappen Sätze, die ein Licht auf die innerhalb der Abteilung I faktisch angewendeten Evaluationskriterien werfen:

"Neben den allgemeinen Kriterien wie
- Qualifikation der Gesuchsteller
- Vertrautheit mit dem internationalen Forschungsstand auf dem betreffenden Gebiet
  und der
- Originalität des Forschungsansatzes
sind die
- theoretischen Ansätze
- Hypothesen, die empirisch überprüft werden können
und die
- Darlegungen der Arbeitsschritte

entscheidend für die Beurteilung empirischer Projekte. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte deutlich, dass Projekte umso bessere Ergebnisse versprachen, je sorgfältiger sie vor der Antragstellung durch Vorstudien vorbereitet wurden. Projekte, die den allgemeinen Kriterien, jedoch nicht den Anforderungen sorgfältiger Vorbereitung entsprechen, müssen entweder ganz abgelehnt werden, oder falls die Antragsteller zu solchen Vorstudien die Mittel nicht besassen, wurden dafür Kredite mit begrenzter Dauer und Beitragshöhe bewilligt und Forschungsbeiträge für das eigentliche Projekt vom Erfolg dieser Vorarbeit abhängig gemacht." (6)

Aus den in den Interviews gewonnenen mündlichen Aeusserungen verschiedener Forschungsräte liessen sich aber zahlreiche zusätzliche Informationen gewinnen, die sich vor allem auf die konkrete Operationalisierung und spezifische Handhabung der im obigen Raster angegebenen allgemeinen Evaluationskriterien beziehen. (7)

"Kompetenz für Projekt"

Unter diesem ersten Kriterium der Projektbeurteilung wird einerseits die formale Qualifikation des Antragstellers verstanden, bei dem es sich - wenn nicht sein Vorgesetzter (z.B. der Institutsleiter) das Projekt unterbreitet - um einen "ausgewiesenen Forscher" handeln soll.

Diese Bedingung gilt als erfüllt, wenn der Antragsteller

- sein Doktorat durch eine Dissertation abgeschlossen hat, die als ein "selbständiger Forschungsbeitrag" innerhalb des Bereichs seines Forschungsprojekts gelten kann
- habilitiert ist

  oder
- als Assistent bereits über eine grössere Forschungserfahrung verfügt.

Zusätzlich wird darauf geachtet, ob in der Projektbeschreibung der internationale Stand der Forschung adäquat wiedergegeben wird (und ob z.B. die Fachliteratur zur Begründung der eigenen Fragestellung Verwendung findet).

Neben diesen allgemeinen Voraussetzungen ausreichender Qualifikation kommen auch Gesichtspunkte spezifischer Projektkompetenz zum Zuge. So muss der Gesuchsteller klar machen, dass durch sein Projekt die wissenschaftlichen Erkenntnisse in einem bestimmten Objektbereich (sei es in theoretischer, methodologischer oder empirischer Hinsicht) erweitert werden.

Wird mit der Fragestellung theoretisches oder methodologisches Neuland betreten, so nimmt der Risikofaktor für die Gutachterstelle zu; es kann dann praktisch nur noch auf den Ruf des Gesuchstellers (und die Qualität seiner bisherigen Forschungsarbeiten) abgestellt werden.

"Bisherige Forschungen"

Auf Grund der Wegleitung (zum Ausfüllen der Projektformulare) soll "bei einem neuen Gesuch dargestellt werden, was der Gesuchsteller auf dem betreffenden oder allenfalls auf verwandten Gebieten geleistet hat."

Entsprechend wird die Anwendung dieses Kriteriums überall dort sehr problematisch, wo neuartige Objektbereiche oder Fragestellungen angegangen werden.

"Originalität"

Innerhalb der Abteilung I scheinen sehr verschiedene Meinungen über den Stellenwert dieses Kriteriums zu bestehen: während Prof. Rüegg eine klare Operationalisierung für sinnlos hält, so gelten für Prof. Nydegger Projekte, die keine Replikationen und keine Literaturzusammenstellungen darstellen, als hinreichend originell; und Prof. Tuggener möchte das Kriterium völlig eliminieren: ausgenommen für methodologische Aspekte, wo Alternativen oder Ergänzungen zum konventionellen Fragebogenverfahren als "originell" eingestuft werden sollten.

"Dringlichkeit und Aktualität des Projektes"

Zur Bedeutung der "praktischen Relevanz" als Bewertungskriterium hat Prof. Rüegg eine sehr klare Stellungnahme abgegeben:

"Das Kriterium der Anwendbarkeit von Forschungsresultaten zur 'Lösung klarer praktischer Probleme' spielt im Rahmen der normalen Forschungsförderung gar keine Rolle, dürfte aber bei den Nationalen Forschungsprogrammen eine gewisse Rolle spielen, die freilich vom Grad der 'Klarheit' bzw. Komplexität der Probleme, den wissenschaftlichen Voraussetzungen, den Fristen und den institutionellen Möglichkeiten zur Erarbeitung und Durchsetzung von Lösungsstrategien abhängen wird." (3)

"Wahl des Vorgehens"

Die im Antragsformular unter dem Titel "Detaillierter Forschungsplan" gemachten Angaben zum konkreten Vorgehen stellen nach Prof. Rüegg wenigstens im Bereich soziologischer

Forschungsprojekte die für die Beurteilung des Gesuchs allerwichtigsten Gesichtspunkte dar. Aus diesem Arbeitsplan wird ersichtlich, wie die Fragestellung angegangen wird und welche konkreten Hypothesen formuliert werden.

Auf Grund der "Wegleitung" (S.2) wird zu jedem Gesuch mindestens ein theoretischer Ansatz verlangt: bei einer Projektsumme von über Fr. 100 000 wird darüber hinaus ein Hypothesenkatalog notwendig, den man für sehr wichtig hält, um die Erfolgswahrscheinlichkeit eines Projektes voraussehen zu können.

Zudem legt man auf die genaue Spezifizierung der innerhalb der Projektperiode konkret realisierbaren Forschungsziele grossen Wert: so dass insbesondere bei offen angelegten "Explorationsstudien" Probleme entstehen.

Dazu wiederum Prof. Rüegg:

"Besondere Probleme ergeben sich für die Begutachtung von Explorationsstudien vor allem dann, wenn über deren Charakter keine klaren Vorstellungen bestehen. Unter Explorationsstudien versteht man nach dem allgemein gebräuchlichen Sprachverständnis in der Soziologie und Sozialpsychologie Voruntersuchungen (pilot-studies), die der genaueren Themenbestimmung, der Hypothesenfindung und -abgrenzung, der Herausarbeitung wesentlicher Zusammenhänge, sowie der Auswahl der angemessenen Methoden für die folgende Hauptuntersuchung dienen. Für sie sind eine Mehrzahl von Techniken, so etwa Gruppengespräche und -experimente, Verfahren der Beobachtung oder Intensivinterviews bekannt. Besondere Probleme ergeben sich für die Begutachtung erst dann, wenn Studien zwar als Explorationsstudien bezeichnet werden, jedoch sowohl in der Methode (Repräsentativuntersuchungen) wie in der Darstellung der Ergebnisse weit über Explorationen hinausgehen. Diese Schwierigkeiten sind jedoch grundsätzlich nicht anderer Art als bei normalen Projekten. In jedem Fall müssen die Gutachter prüfen, ob die Darstellung des Forschungsgegenstandes sowie die zu seiner Untersuchung gewählten Hypothesen und Methoden dem vorliegenden theoretischen und empirischen Wissen entsprechen und dieses zu erweitern suchen." (3)

"Erfolgswahrscheinlichkeit des Projekts"

Hier wird auf Grund des Arbeitsplans beurteilt, inwiefern es wahrscheinlich ist, dass die Forschungsziele innerhalb der angegebenen Projektzeit und mit den vorgeschlagenen Methoden erreicht werden können; ob das Vorgehen insgesamt zur Lösung der betreffenden Fragestellung geeignet ist oder ob das Projekt - obwohl der angezeigte Weg vielleicht grundsätzlich richtig ist - als zu ambitiös und überbefrachtet angesehen werden muss.

"Umfang des Themas im Verhältnis zum finanziellen Aufwand"

Hier geht es um die Frage, ob die gesteckten Ziele im Verhältnis zu den geforderten Mittel zu bescheiden sind, oder ob umgekehrt infolge überzogener Ziele mit Nachtragskrediten gerechnet werden muss, die in jedem Fall problematisch sind.

"Stellungnahme der Forschungskommission"

Diese Zeile wird immer dann ausgefüllt, wenn die Forschungskommission der Hochschule, der der Gesuchsteller angehört, ihre Stellungnahme termingerecht eingesandt hat. Dies trifft allerdings vor allem zu Beginn der Vorlesungssemester nicht immer zu, weil die Kommissionsmitglieder zu diesem Zeitpunkt einerseits überlastet sind und der Forschungsrat auf Grund seiner Arbeitsweise nicht bereit ist, zuviele Gesuche bis zum Ende des Semesters aufzuschieben.

Vor allem bei den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission des Stiftungsrates hat die Stellungnahme der Hochschulkommissionen aber sehr grosses Gewicht: so dass sie diese oft nachträglich noch einholt.

Nur in seltenen - aber allerdings dann äusserst heiklen - Fällen kommt es vor, dass der Forschungsrat ein Gesuch akzeptiert, das von der Forschungskommission negativ beurteilt wurde.

Notenskala

Auf allen diesen Kriterien wird das Forschungsprojekt auf einer die Werte G, 6, 5, 4, 3 umfassenden "Notenskala" eingestuft: wobei "G" als Verstärkerfaktor fungiert, bei dessen Wahl sich die Punktzahl des betreffenden Kriteriums verdoppelt.

Antrag

Auf Grund seiner verschiedenen Bewertungen muss der Referent zu einem abschliessenden Urteil über das Projekt gelangen: indem er es auf einer Güteskala rangiert, die - in der Reihenfolge abnehmender positiver Bewertung - die Werte A, AB, B, BC, C, CD oder D umfasst.

Lautet sein Antrag prinzipiell auf Zustimmung, so muss er zusätzlich die Bedingungen einer Annahme möglichst explizit formulieren: z.B. durch Angabe von Vorschlägen, welche der geforderten Beiträge am ehesten gekürzt oder gestrichen werden könnten.

2.3 Mängel und Ablehnungsgründe bei soziologischen Projekten

In mündlichen Hinweisen wie auch in einer schriftlichen Stellungnahme wurde von den für die Evaluation soziologischer Projekte zuständigen Personen auf zwölf häufige Mängel der im Bereich der Soziologie in den letzten Jahren eingesandten Beitragsgesuche hingewiesen, die zu Kürzungen oder Ablehnungen Anlass gegeben haben.

1. Unklare Themenumschreibung
2. Widersprüchliche Zielsetzungen
3. Zu breite Anlage der Aufgabe, die in der gestellten Frist nicht zu bewältigen ist.
4. Unwissenschaftliche Problemstellung: beispielsweise blosse Deskription bekannter Tatsachen oder Erarbeitung von Handlungsanweisungen ohne wissenschaftliche Durchdringung.
5. Unoriginelle Problemstellung, bei der keine neuen Erkenntnisse zu erwarten sind.
6. Mangelnde Literaturkenntnis
7. Mangelnde Kenntnis des Untersuchungsfeldes
8. Kritiklose Uebernahme partikulärer Theorieansätze
9. Mangelnde theoretische Durchdringung
10. Fehlender Arbeitsplan, bzw. falscher, inadäquate Vorgehensweisen beinhaltender Forschungsplan.
11. Im Hinblick auf das zu erwartende Ergebnis zu aufwendige Forschungskosten.
12. Ueberhöhte Kostenansätze bei Fremdaufträge, eigenem Personal und Sachkosten: mit der Folge, dass im Parlament und in der öffentlichen Diskussion dem Nationalfonds fehlende Kontrolle und Geldverschwendung vorgeworfen wird.

Darüber hinaus hat Prof. Rüegg den folgenden präzisierenden Kommentar abgegeben:

"Bei der Begutachtung von soziologischen Gesuchen sind mir weder schul- noch disziplinspezifische Mängel aufgefallen, es seien denn solche, die bei jeder methodisch noch nicht gefestigten Wissenschaft zu finden wären, sei es in der Unsicherheit der Fragestellung und der Methoden, sei es in der daraus hypostasierten Versteifung auf dogmatisierte Konzepte oder im dilettierenden Uebergriff auf Nachbargebiete. Es gibt dementsprechend kein soziologisches Institut der Schweiz, dessen Gesuche wegen signifikanter Fehlerhäufigkeiten besonders häufig abgelehnt worden wären. Nur umgekehrt lässt sich sagen, dass sich die Gesuche aus dem Genfer Soziologischen Institut durchwegs durch eine solche inhaltliche Qualität und budgetmässige Adäquanz auszeichnen,

FORSCHUNGSBEITRAEGE DES SNF 1970-1975

(Quelle der Daten: Jahresberichte des SNF 1970-1975)

			1975					1974				
Abteilungen des SNF →			I	II	III	FKG	T	I	II	III	FKG	T
behandelte Gesuche:	absolut	I	201	210	253	41	705	205	225	267	39	736
	in %		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
ganz bewilligte Gesuche:	absolut	5	61	32	65	21	179	75	45	72	13	205
	in % von 1		30	15	26	51	25	36,5	20	27	33,5	28
bewilligte Gesuche:	absolut	3	155	194	216	35	600	150	209	209	31	
	in % von 1					85	85	73			79,5	
teilweise bewilligte Gesuche:	absolut	6	94	162	151	14	421	75	164	137	18	394
	in % von 1		47	77	59	34	60	36,5	73	51	46	54
abgelehnte Gesuche:	absolut	7	37	8	12	1	58	46	12	38	1	97
	in % von 1		18	4	5	2	8	22	5	15	3	13
weitergeleit. od.zurückgezog.Gesuche:	absolut	9	9	8	25	5	47	9	4	20	7	40
	in % von 1		4	4	10	13	6	4	2	7	18	5
bewilligte Beiträge	absolut (Mio)	4	14,6	37,3	36,6	2,8	91,3*	13,4	35,1	33,9	4,2	86,5
	in % von 2		50	77	67	61	67	58	71	68	48	66
Reduktionsrate**	in %						33,2					33,8
Kürzungen	absolut (Mio)		9,1	9,0	11,9	0,7	30,7	3,6	11,8	8,6	1,9	25,9
	in % von 2		31	19	22	15	22	16	24	18	22	20
Ablehnungen	absolut (Mio)	8	3,0	1,0	1,5	0,07	5,6	5,3	1,7	3,6	0,1	10,6
	in % von 2		10	2	3	2	4	22	4	7	1	8
Rückzüge, Weiterleitungen	absolut (Mio)	10	2,5	1,2	4,3	1,0	9,1	0,9	0,8	3,6	2,5	7,8
	in % von 2		9	3	8	22	7	4	1	7	29	6
Total verlangte Beiträge	absolut (Mio)	2	29,1	48,6	54,4	4,6	137	23,2	49,4	49,6	8,6	131
	in %		100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
% der Saläraufwendungen an den bewilligten F'Beiträgen (2)		11	80	65	64	73	67,6	84	62	63	74	66,5
Bewilligte Gesuche in Soziologie und Politologie (Abt. 1)		12	17 (davon Soziol. 12)					8				
	in % von 1		8,5					4				
	in 1'000 Fr.	13	1'128 (=7,8% v.4)					402 (=3% v.4)				
Anteil Soziologie an F'Beiträgen des SNF, inkl. Beiträge an Soziologie in andern Abteil.	absolut (Mio)							1,635	(2)			
	in % v.SNF							1,98				
Behandelte Gesuchszahl (Anzahl) gegenüber Vorjahr, in %			-2	-7	-5	+5	-4,2	+17	+3	-2	0	+4,5
Behandelte Gesuche (Betrag) gegenüber Vorjahr, in %			+25	-2	+10	-47	+4,5	+43	+7	-10	+74	+7,2

Legende

* ohne Teuerungszulagen
** Reduktionsrate: Setzt sich zusammen aus Kürzungen, Ablehnungen, Rückzuge, Weiterleitungen
' inkl. Sozialabgaben
(1) ungefähr
(2) laut Berechnungen der Abteilung I

I Abteilung 1: Geisteswissenschaften
II Abteilung 2: Exakte und Naturwissenschaften
III Abteilung 3: Biologie und Medizin
FKG Forschungskommission für Gesundheit (seit 1976 integriert in Abt.III)
T Total: alle Abteilungen und FKG zusammen

1973					1972					1971					1970				
I	II	III	FKG	T	I	II	III	FKG	T	I	II	III	FKG	T	I	II	III	FKG	T
175	219	271	39	704	180	224	249	31	685	177	195	232	31	635	231	225	258	13	714
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
96	39	70	18	223	84	74	135	14	308	85	76	98	14	273	107	59	100	11	266
54,5	18	26	46	32	46,8	33	54	45	45	48	39	42	45	43	46	26	39		37
146		219					216												
83		81					87												
50	154	149	8	361	64	132	81	11	288	64	107	108	4	283	77	136	125		338
28,5	70	55	20,5	51	35,5	59	33	35	42	36	55	47	13	45	34	60	48		47
26	21	35	4	86	29	9	16	3	57	25	8	19	7	59	35	22	19		76
15	10	13	10	12	16	4	6	10	8	14	4	8	22	9	15	10	8		11
3	5	17	9	34	3	9	17	3	32	3	4	7	6	20	12	8	14		34
2	2	6	23	5	2	4	7	10	5	2	2	3	20	3	5	3	5		5
10,5	34,2	35,1	2,7	82,5	11,3	32,0	28,0	3,2	76,8	10,4	27,0	26,7	2,3	66,4	9,1	30,9	27,3	1,3	67,4
65	74	65	55	68	69	79	77	62	76	76	81	74	54	76	70	78	72		74
2,6	6,9	11,3	0,7	21,4	2,4	6,2	5,1	0,97	14,7	1,1	4,8	7,4	0,1	13,4	1,1	5,9	8,5		15,5
16	15	21	13	18	15	16	14	19	15	8	14	20	2	15	9	15	22		17
2,9	4,5	6,0	0,4	13,7	2,2	0,9	2,3	0,2	5,5	2,2	0,9	1,0	0,5	4,6	1,8	2,5	1,3		5,6
18	9	11	8	11	13	2	6	3	5	16	3	3	11	5	14	6	3		6
0,3	0,8	2,3	1,2	4,5	0,6	1,3	1,2	0,8	4	0,1	0,5	1,0	1,4	3,0	0,9	0,5	1,0		2,3
2	2	4	24	4	3	3	3	16	4	1	2	3	33	3	7	1	3		3
16,3	46,3	54,6	4,9	122	16,5	40,5	36,6	5,2	101	13,7	33,2	36,1	4,3	87,3	12,9	39,8	38,1		90,8
100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100		100
83	59	60	72	63	93°	60°	60°	69°	66°	89°	58°	61°	70°	60° (1)					
11					14					16					11				
6					7,5					9					5				
449,8(=4,3% v.4)					726,5(=6,4% v.4)					1164,7(=11,2% v.4)					763,5(=10,3% v.4)				
2,007	(2)				1,547	(2)				1,263	(2)								
2,4					2					1,9									
-3	-2	+9	+25	+3	+2	+15	+7	0	+8	+5	-13	-10		-3	-1	+21	+10		+9
-1	+14	+49	-5	+17	+20	+22	+1	+21	+16	+23	-16	-5		-2	+25	+21	+35		+24

dass sie in den letzten Jahren weder Ablehnungen noch wesentliche Kürzungen erfahren haben." (3)

2.4 Entscheidungen über Gesuche und Allokation von Beiträgen 1970-1975

Die nachfolgende Tabelle vermittelt einen Ueberblick über die in den letzten Jahren faktisch ausgeübte Förderungspolitik, indem sie zeigt, wie sich in den verschiedenen Abteilungen (und in der Soziologie im speziellen)

- die Anzahl und Geldsumme der nachgefragten Kredite
- die Frequenzen bewilligter, teilbewilligter und abgelehnter Gesuche
- die daraus folgende Verteilung der zur Verfügung gestellten Finanzmittel

in dieser Zeit entwickelt haben.

3. NACHWUCHSFÖRDERUNG

Grundsätzlich ist zwischen Stipendien für angehende und für fortgeschrittene Forscher zu unterscheiden: wobei in den letzten Jahren immer mehr die Tendenz eingesetzt hat, die Förderung Fortgeschrittener (die als akademischer Nachwuchs gelten) auf Grund der verschlechterten Arbeitsmarktlage an den Universitäten einzuschränken.

"Die Bevorzugung der angehenden Forscher im Verteilungsplan 1976 scheint uns bei dem jetzigen Stellenangebot an den Hochschulen angebracht, da für diese Nachwuchsforscher nicht unbedingt eine akademische Laufbahn im Vordergrund steht, sondern viele von ihnen ihr Tätigkeitsfeld in der Privatwirtschaft, in öffentlichen Verwaltungen oder an Mittelschulen finden." (8)

Voraussetzungen für Nachwuchsstipendien und formales Entscheidungsverfahren

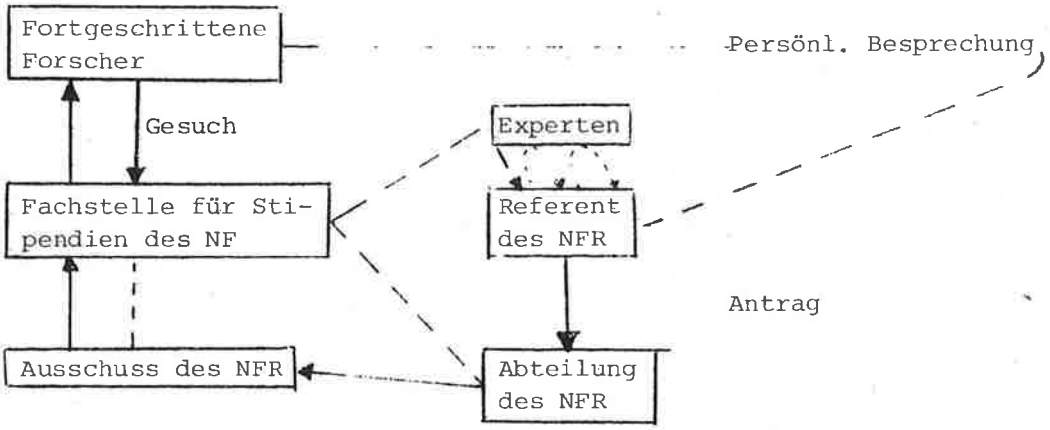
Wie für alle geisteswissenschaftlichen Disziplinen gelten auch für die Soziologie die folgenden Voraussetzungen, um ein Stipendium des Nationalfonds zu erhalten:

a) für angehende Forscher: nicht älter als 35 Jahre, Studienabschluss und in der Regel ein Jahr Forschungserfahrung.

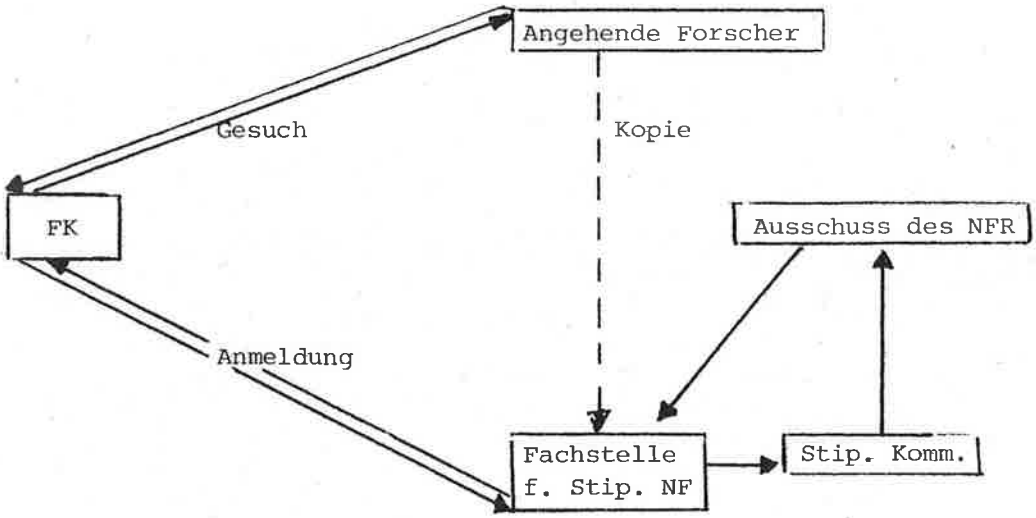
b) für fortgeschrittene Forscher: nach Studienabschluss mindestens zwei Jahre wissenschaftliche Tätigkeit und Ausweis über Forscherqualitäten und über Befähigung zu

Abbildung 3 Uebersicht über den Gang eines Stipendiengesuches

Bei Stipendien fortgeschrittener junger Forscher



Bei Stipendien angehender junger Forscher



wissenschaftlichem Arbeiten. Dieser Ausweis besteht faktisch in einer entsprechenden Dissertation und andern Publikationen, im Vorliegen eines überzeugenden Forschungs- und Ausbildungsprogramms sowie in einem positiven Urteil auf Grund eines persönlichen Interviews vor einer Expertenkommission.

Die Forschungskommissionen der Hochschulen und der wissenschaftlichen Dachgesellschaften sind an die Reglemente des Nationalfonds gebunden; doch sind die formalen Voraussetzungen vor allem für angehende Forscher überaus minimal und lassen einen weiten Spielraum für die Beurteilung der Förderungswürdigkeit offen.

Abbildung 3 gibt eine Uebersicht über die formalen Evaluations- und Entscheidungsverfahren, die bei den beiden Formen der Gesuchsstellung durchlaufen werden müssen.

Tabelle 2 zeigt die Anzahl der in den letzten Jahren innerhalb der Geisteswissenschaften und in allen Disziplinen zusammen geförderten Forscher, unter denen nur sehr wenige Soziologen oder Politologen waren.

4. NATIONALE FORSCHUNGSPROGRAMME

Im Jahre 1973 hoffte man innerhalb des Nationalfonds, die sich in der Oeffentlichkeit verstärkenden Vorbehalte gegen "reine" Forschung dadurch abzufangen, dass man sich dazu bereit erklärte, einen kleinen Teil der Finanzmittel (ca. 10%) zweckorientiert für die Lösung anstehender gesamtgesellschaftlicher Probleme einzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt hatten in vielen andern hochentwickelten Industrieländern bereits ähnliche wissenschaftspolitische Massnahmen stattgefunden.

Am 15. April 1975 wurde die "Verordnung über die Nationalen Forschungsprogramme" vom Bundesrat in Kraft gesetzt, aus der sich dann die gegenwärtig bestehende Struktur von Instanzen und Kompetenzen entwickelt hat. (Abbildung 4)

Ausgangspunkt für die Planung bildet der vom Bundesrat zu genehmigende Programmrahmen, der die Forschungsthemen und wesentliche Ziele fixiert und einen sich auf fünf Jahre erstreckenden Zeitplan enthält. Danach wird für jedes Forschungsprogramm ein Ausführungsplan festgelegt, der die wesentlichen Ziele des Programmrahmens konkretisiert.

Auch im Kredit für die nationalen Forschungsprogramme wird ein kleinerer Betrag (1977: Fr. 300 000) für Nachwuchsförderung reserviert, der aber (nach Art. 5 der Verordnung) streng zweckgebunden für den Aufbau der für ein spezifisches Programm notwendigen personellen Infrastruktur Verwendung findet.

INSTANZEN-ORGANIGRAMM: NATIONALE FORSCHUNGSPROGRAMME

1 Vorbereitung des PROGRAMMRAHMENS

2 Genehmigung des PROGRAMMRAHMENS

3 Bundesrat bezeichnet jene FORSCHUNGSPROGRAMME, die ihm zur Genehmigung zu unterbreiten sind

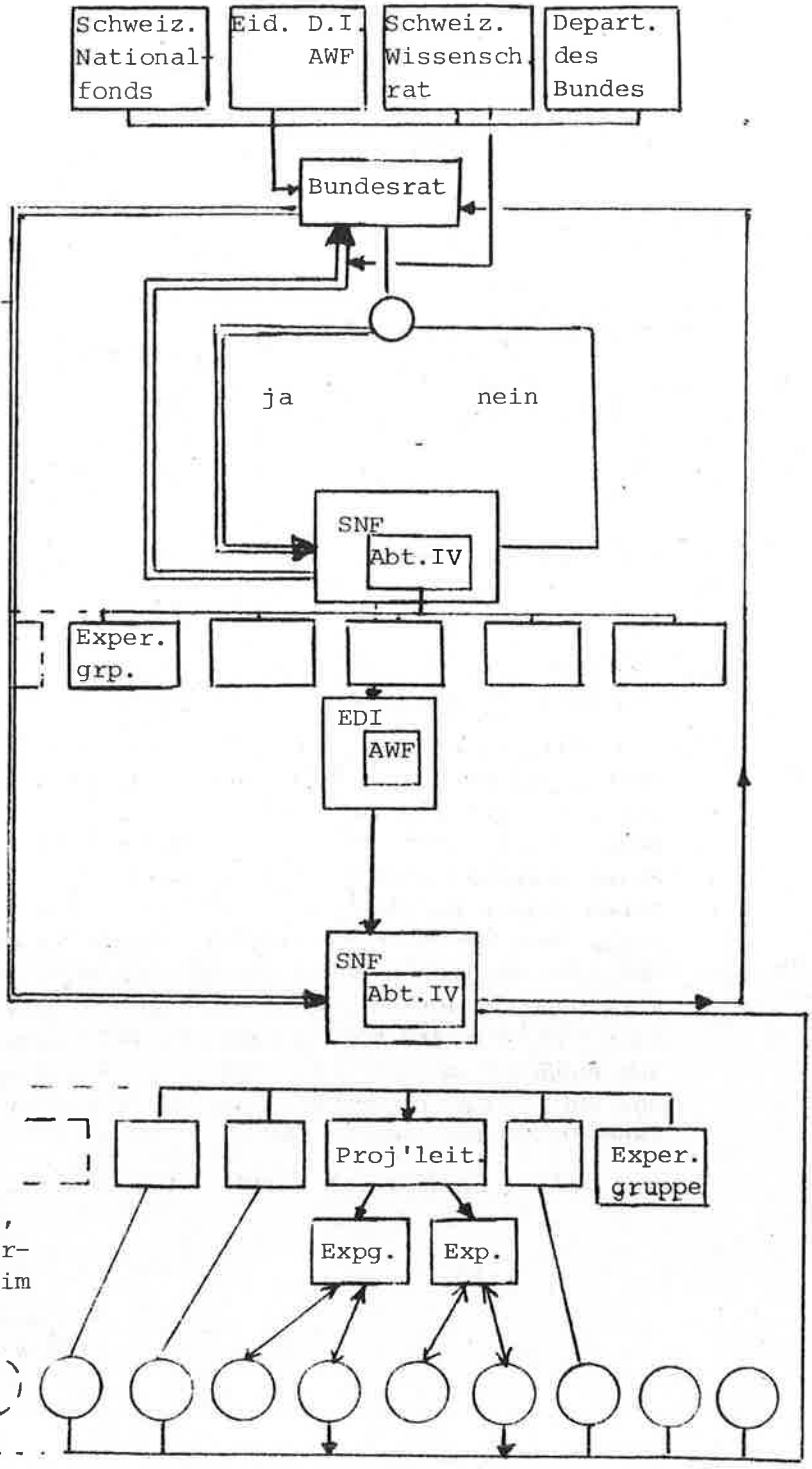
4 Erstellung der AUSFUEHRUNGSPLAENE

5 Eidg. Departement des Innern genehmigt jene Ausführungspläne, die nicht mehr an den Bundesrat gehen

6 Durchführung der Forschungsprogramme (Expertengruppen: sind keine Organe des SNF; sind zeitlich befristet u. inhaltlich. Formulieren zH. der Abt. IV=NFP als Beratergruppe Anträge u. führen Aufträge aus, z.B. hinsichtlich Ueberwachung der Programme im Ausführungsstadium.)

7 Ausführungsebene: individuelle Forscher, Forschungsgruppen

8 Evaluierung der Resultate (wissenschaftliche Dimens.)



ANMERKUNGEN

1. Die hier wiedergegebene Klassifizierung der Untergruppen beruht auf einer 1976 vorgenommenen Neueinteilung, so dass z.B. finanzielle Vergleiche mit den vorangegangenen Jahren nicht mehr möglich sind (vgl. Verteilungsplan 1977, S.7).

2. Vgl. "Wegleitung zur Ausfüllung des Forschungsgesuches", Punkt 1.3.

3. Brief von Prof. W. Rüegg vom 12. September 1975 an Rolf Brülhart.

4. Rapport de la Commission de recours sur son activité en 1975 (10.3.1975) Le président: Henri Thévenaz, pg. 1ff.

5. Ausscheidungssitzungen - die jährlich zweimal (Ende August und Mitte März) stattfinden - dienen dazu, die besten, hinsichtlich ihrer Förderungswürdigkeit in keiner Weise problematischen Gesuche (sog. A-Gesuche) von solchen zu trennen, die ebenfalls noch als qualitativ ansprechbar gelten und in zweiter Priorität gefördert werden. Danach folgt die Kategorie der C-Gesuche, gefolgt von den abgelehnten D-Gesuchen. Zum Teil führt dies nun dazu, dass Referenten jene Gesuche, die sie um jeden Preis durchbringen wollen, kurzerhand in die A-Kategorie befördern. So waren in einer der Ausscheidungssitzungen 1975 beinahe alle Gesuche in der Kategorie A.

6. Jahresbericht des SNF, 1974, Disziplin Soziologie, S. 56 (verfasst von Prof. W. Rüegg).

7. Speziell erwähnen will ich die Professoren A. Nydegger, W. Rüegg und H. Tuggener, Forschungsräte der Abteilung Geisteswissenschaften. Ich bin ihnen für ihre grosse Offenheit und Zuvorkommenheit sehr zu Dank verpflichtet. Herrn Prof. W. Rüegg bin ich für den ausführlichen Brief speziell zu Dank verpflichtet.
   Neben diesen mündlichen Informationen fanden sich schriftliche Hinweise (wenn auch teilweise nur indirekter Art) in den Statuten des SNF, den Amtlichen Bulletins der Bundesversammlung (Debatten über Forschungsförderung), Aeusserungen von schweizerischen Delegierten (des SNF) für die Konferenzen des West-European-Research-Councils, den Anhängen zu den Botschaften des Bundesrates im Zusammenhang mit dem SNF, sowie in den Analysen der nichtbewilligten (bzw. nichtverlängerten) Gesuche des SNF.

8. Vgl. Verteilungsplan des SNF, 1976, S. 17.

Rolf Brülhart
Kirchhald 27
6110 Wolhusen

BUCHBESPRECHUNGEN

BIBLIOGRAPHIE CRITIQUE

Sprache - Denken - Wissenschaft. Grundlagen einer Theorie soziologischen Handelns.	Manfred Dechmann (K. Oliva)
Umstrittene Weltwirtschaftsordnung.	Daniel Frei (Hrsg.) (M. Spinatsch)
Femmes, fécondité - quels avenirs?	Martine Keller, Elisabeth Guyot-Noth (K. Ley)

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S. 205-208

Manfred Dechmann

Sprache - Denken - Wissenschaft.
Grundlagen einer Theorie soziologischen Handelns.

Peter Lang Verlag, Bern und Frankfurt, 1977, 133S.

Der Autor entwirft einen Kategorienrahmen zur Analyse soziologischen Handelns: "Was bedeutet es, wenn ich als Soziologe tätig werde? Was passiert dabei inhaltlich? Welche Festlegungen und Konsequenzen sind damit verbunden?" Das soziale Handeln des Soziologen wird unter dem Aspekt seines Empiriebezuges thematisiert. So werden zwei Typen soziologischen Handelns kategorial erfasst und zwar von den Effekten und nicht von den Absichten her gesehen: 1) Handlungsstrategien, welche den Bezug zur Empirie hindern und 2) solche, die den Empiriebezug fördern und ermöglichen.

Zur Analyse der erstgenannten Handlungsstrategie, dem "Meiden" des Empiriebezuges, diskutiert der Autor folgende Syndrome: Autoritarismus, Verdinglichung und Metaphysik im soziologischen Handeln. Zum Autoritarismus-Syndrom zählen: autoritäre Ideologien, Ansätze, welche das Individuum als völlig durch die Umwelt und Gesellschaft determiniert konzeptualisieren oder solche Ansätze, die jede Bestimmung durch die Umwelt als Beleidigung menschlicher Freiheit betrachten. Weiter gehören zum autoritären Verhalten die Kategorien des moralischen Realismus (nach Piaget), wo der Soziologe unterstellt, er müsse sich mit seiner Produktion lediglich auf einen gegebenen Markt einstellen und sich geschickt "verkaufen". Auch die Zuordnung von Soziologen zu bestimmten Schulen, wie die Orientierung von Soziologen an "Vaterfiguren" und die Betonung der Expertenrolle des Diagnostikers, zu ungunsten des Praktikers, sind weitere Spielarten soziologischer Autoritarismen.

Unter dem Aspekt des Autoritarismus-Syndroms stellt der Autor sich weiter die Frage nach Mitteln, mit denen sich solche Verhaltensstrategien realisieren lassen. Es sind dies: Formalismen in der Soziologie; Nominalismen oder universelle Theorien oder die Entwicklung mathematischer Soziologie; aber auch Signifikanztests ohne systematische Diskussion der Voraussetzungen.

Eine der Voraussetzungen soziologischer Autoritarismen wird mit dem Syndrom der Verdinglichung konzeptualisiert, weil darin zum Ausdruck kommt, dass bestimmte soziale Zusammenhänge und Mechanismen ausgeklammert werden: Reifikation, als Spielart der Verdinglichung, unterstellt theoretischen Begriffen fälschlich eine real auffindbare Wirklichkeit; Hypostasierung, als Prozess, führt zur Verdinglichung.

Verdinglichung und Reifikation machen ihrerseits metaphysische Voraussetzungen. "Metaphysik" wird hier als "die Lehre von den letzten Gründen des Seins, von dessen Wesen und Sinn", verstanden. Wo Verdinglichung und Reifikation metaphysische Annahmen implizieren, gilt dies auch für die Begründung der Position eines "objektiven" oder "neutralen" Dritten. "Was-ist..."-Fragen geben eine Antwortenstruktur vor, in der es nur möglich ist, einen Begriff zu isolieren und nach dem Wesen dieses einen Begriffes zu fragen - ein rein metaphysisches Vorgehen. Die "Warum..."-Frage schiebt eine Antwortstruktur vor, mit der es nicht möglich ist, die Frage inhaltlich abschliessend zu beantworten; sie impliziert einen infiniten Regress. Warum- und Was-Fragen, so lautet die These, zerstören den Ablauf des empirischen Phänomens, nehmen ihm die tatsächlich vorliegende Struktur und statisieren das Phänomen.

Metaphysische Annahmen liegen auch der Objektivität zugrunde, es sei denn, sie wird als soziale Definition verstanden, die auf Konsens aufbaut.

Dem wenig erstrebenswerten Ziel des "Meidens" der Empirie stellt Dechmann einen zweiten Handlungstyp gegenüber, der lebendige Bezug zu tatsächlichen sozialen Phänomenen, das "Finden" der Empirie: Handlungsstrategien, in denen die Realität nicht mit Begriffen abgetötet wird. Zentral sind drei Dimensionen: "Bedeutung aus Verwendung", "Diagnose und Therapie" und "Erhebung".

Zunächst zu "Bedeutung aus Verwendung": "Wenn der Soziologe empirische Phänomene ernst nimmt, muss er herausfinden, was im und für einen gegebenen Kontext passiert. Er muss versuchen, den 'gemeinten Sinn' (Max Weber) der Akteure nachzuvollziehen." Das Gegenstandsbild wird situativ und systemisch bestimmt. Aus der Verortung des sozialen Handelns in Situation und System ergibt sich die Perspektivität; der Empiriebezug erfasst die Dynamik des sozialen Handelns. Die "Bedeutung aus Verwendung" revidiert die Art der Theoriebildung: eine Integration zwischen Diagnose und Therapie wird vorgeschlagen. "Diagnose" konzeptualisiert der Autor als soziale Definition, "Therapie" als soziales Handeln. "Diagnose" entspricht einer "reinen" Soziologie, "Therapie" dem wertpositiven Gegenstück, der Anwendung. Die Möglichkeit, beide Richtungen zu integrieren, besteht in einer induktiven Verknüpfung zwischen den Momenten "Erklärung" und "Anwendung" in der Sequenz: soziales Phänomen - Machbarkeit - Planung - Prognose - statistische Erklärung.

Eine dritte Dimension positiver Handlungsstrategien des Soziologen ist die Erhebung. Hierzu diskutiert Dechmann Kriterien zur Einschätzung des Effektes bestimmter Erhebungsmethoden. Diese Effekte, bezogen auf die Distanz des Sozio-

logen zum Kontext, werden anhand von drei Aspekten aufgespannt: Selbsterkenntnis, Selbstbestimmung und Diagnose. Die grösste Distanz zum Kontext, gesehen im Feld der Diagnose, weist die Spekulation auf. Im Sinne des positiven Empiriebezuges kann Spekulation ein Ansatz für wissenschaftliches Arbeiten sein, hingegen nicht ein Endprodukt.

Drei weitere Kategorien soziologischen Wissens, im Feld der Selbsterkenntnis, sind: die Beschreibung von innen, die Teilnahme und die Teilnahme und Beobachtung von innen (ohne Wandel). In dieser Reihenfolge nähern sich die drei Wissensformen sukzessive dem Kontext. Die "Beschreibung von innen" ist die Beschreibung einer sozialen Einheit, eines sozialen Phänomens aus der Sicht der Beteiligten. Im Gegensatz zu dieser Kategorie übernimmt der Forscher in der Kategorie "Teilnahme" eine natürliche Teilnehmerrolle. Die "Teilnahme und Beobachtung von innen (ohne Wandel)" stellt eine Kombination aus den ersten beiden dar und kommt durch die Neutralisierung von Nachteilen beider Möglichkeiten dem Kontext einen Schritt näher.

Die grösste Kontextnähe wird im Bereich der Selbstbestimmung erreicht, in der "Teilnahme und Beobachtung von innen (mit Wandel)". Hier übernimmt der Forscher seine volle Verantwortung als Sozialwissenschaftler und ist gleichberechtigter Teilnehmer.

Ich habe die Besprechung von Dechmanns Analyse mit der Darstellung seiner Ergebnisse begonnen. Er legt ein System von inhaltsanalytischen Kategorien zur Analyse der Effekte soziologischen Handelns vor. Sie werden unter dem Aspekt der Kontextnähe des soziologischen Wissens bewertet. Die Effekte werden in diesem Sinne, idealtypisch, in zwei Handlungsformen geteilt, dem "Meiden" und dem "Finden" des Kontextes. Die Handlungsform des "Findens" wird aufgeteilt in die Kategorien: Spekulation - Beschreibung von aussen - Beschreibung von innen - Teilnahme - Teilnahme und Beobachtung von innen (ohne Wandel) - Teilnahme und Beobachtung von innen (mit Wandel). Für die Herleitung dieser inhaltsanalytischen Kategorien, sie wurden nicht empirisch gewonnen, will ich den Leser auf den Text verweisen. Im folgenden soll noch kurz auf die Grenzen dieses Kategoriensystems, die meiner Meinung nach im Text zu wenig reflektiert worden sind, eingegangen werden:

1) Es wird der Anspruch erhoben, die Soziologie, wie sie gegenwärtig besteht, erfassen zu können. Leider bleibt es in dieser Arbeit nur beim Anspruch, denn getestet wird er nicht. In dem Sinne, dass die Ergebnisse nicht auf einer empirischen Untersuchung soziologischen Handelns beruhen, bleibt die Argumentation spekulativ. Dadurch will ich das Kritisierte nicht in Schutz nehmen, aber darauf hinweisen, dass

zu einer wissenssoziologischen Reflexion der soziologischen Wissensgewinnung auch eine Reflexion und Ueberprüfung der vorgeschlagenen Methoden des positiven Empiriebezuges gehören würde.

2) Eine weitere Grenze dieser Arbeit liegt darin, dass die vorgeschlagene Methode der Wissensgewinnung, Teilnahme und Beobachtung von innen (mit Wandel), rein wissenssoziologisch gesehen, nur in ganz spezifischen Bereichen anwendbar ist, die enger sind, als der Gegenstandsbereich der Soziologie. Das bedeutet, dass hohe Kontextnähe nicht in jedem Falle mit hoher Empathie für einzelne Akteure vereinbar ist. Das bedeutet auch, dass die "Uebernahme-der-Rolle-des-andern" nicht immer die ideale Strategie ist. So stellt sich die Frage nach den Bedingungen, unter denen die vorgeschlagene Strategie zur Wissensgewinnung adäquat ist: Einmal zur Analyse und Bestimmung des von der Struktur autonomen Spielraumes von Akteuren. Eine weitere Bedingung besteht sicher in der Situation eines Strukturzerfalls. In beiden Fällen bekommt die Kategorie der "Selbstbestimmung" erst richtig ihren Sinn.

Karl Oliva
Nordstrasse 148
8037 Zürich

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S.209-211

Daniel Frei (Hrsg.)

Umstrittene Weltwirtschaftsordnung.

Mit Beiträgen von: Gamani Corea, Uwe Nerlich, Peter Knirsch, Otto Matzke, Eugene H. Rotberg und Paul R. Jolles.

Band 6 der Sozialwissenschaftlichen Studien des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung. Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich, 1977, 137 S.

Der im Titel angekündigte Streit kommt in den Beiträgen kaum zum Ausdruck, weil nur eine Seite des Konflikts - die nördlich-kapitalistische - vertreten ist. UNCTAD-Generalsekretär Gamani Corea, der eigentlich die Positionen und Forderungen der Allianz der Dritten Welt vorstellen sollte, legt den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Evaluation und Prospektion der Rolle der UNCTAD in den laufenden Verhandlungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung ("New Challenges Facing UNCTAD"). Im Vorfeld einer innerschweizerischen Auseinandersetzung über einen allfälligen UNO-Beitritt trägt er damit zwar zur Legitimation des UN-Systems bei, stellt aber gleichzeitig die Interessen der Dritten Welt in der Diskussion um die neue Weltwirtschaftsordnung in den Hintergrund und überlässt die Arena den metropolitanen Experten und Politikern.

Als weiterer Vertreter einer Internationalen Organisation stellt Eugene H. Rotberg "the Role of the World Bank" vor. Auch am Ende der zweiten Entwicklungsdekade, nach Jahren massiver 'Kapitalhilfe' und trotz der Perzeption des "widening gap" liegt für die Bankiers der Armut die Ursache der Unterentwicklung nach wie vor in der Kapitalknappheit der Peripherien. Nach einer ausführlichen Analyse der finanziellen Auswirkungen der OPEC-Preiserhöhungen auf die kapitalistischen Industrieländer (Inflation, Rezession, Recycling etc) und nach der Feststellung, dass das metropolitane Kapitalakkumulationsmodell dadurch nicht in seinen Grundpfeilern erschüttert wurde, fordert er mehr Ressourcen für die Umverteilung über die Weltbank. Umrahmt wird die Forderung mit einer Reihe statistischer Gemeinplätze der Unterentwicklung (Hunger, Krankheit, Analphabetismus etc.), abgeschlossen mit dem Beweis der moralischen Integrität der Weltbank: "It is simply not morally defensible to live in a world and do nothing to alleviate the human condition in which so many of our fellow men live".

Wie Rotberg nimmt auch Uwe Nerlich ("Grossmachtkonkurrenz und Weltwirtschaftsordnung") überhaupt nicht zur "umstrittenen" alten oder neuen Weltwirtschaftsordnung Stellung. Für ihn ist "letztlich die Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung im Rahmen des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses zu be-

trachten (was im übrigen Redensarten über Prioritätsverschiebungen vom 'Ost-West-Verhältnis' zum 'Nord-Süd-Verhältnis' ad absurdum führt)". Den USA schreibt er dabei die "Schlüsselrolle" zu, der Sowjetunion "strategische Interessen", während die Länder der Dritten Welt kaum erwähnenswerte passive Streitobjekte bleiben. Diese 'realistische' Perspektive, die ihre historische Bestätigung in einer vergangenen Epoche der 'Arroganz der Macht' zu erhalten schien, hat ihren Focus allzu stark nur auf den Ausbau und die Konsolidierung von Hegemonialsystemen (bzw. deren Behauptung) gegen externe Bedrohungen ausgerichtet. Damit entgeht ihr die historische Bedeutung des aktuellen (und bis jetzt ziemlich erfolgreichen) Aufstandes der Dritten Welt, durch den die Kohäsion des gegenwärtigen kapitalistischen Hegemonialsystems primär von seinen inneren Widersprüchen her in Frage gestellt wird.

Otto Matzkes Analyse der "Nahrung als weltpolitisches Machtinstrument" gibt eine dramatische Schilderung vergangener und noch mehr zukünftiger Machtfülle der über den grössten Teil der Getreideüberschüsse verfügenden USA (und Kanada). Bei einer weiteren Verschlechterung der Ernährungsproduktion in der Dritten Welt könnte sich Nordamerika eines Tages in der (ungewollten) Lage sehen, nach dem Triage-Konzept über Leben und Tod vieler Völker entscheiden zu müssen. Seine Folgerung - Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt - trifft zweifellos den Kern des Problems, die paternalistisch-behavioristischen Realisierungsvorschläge jedoch sind entschleiernd: nur diejenigen Länder der Dritten Welt, die sich für die "grüne Revolution" entscheiden, "sollen gesicherten Zugang zu den nordamerikanischen Nahrungsmittel haben, andere nicht". Die neue Weltwirtschaftsordnung als Allianz der peripheren Zentren mit den (US-)Agro-Multis gegen die (US-)Weizenhändler unter den neutralen Fittichen der FAO.

Wie Corea - und im Gegensatz zu den übrigen Autoren - nehmen Knirsch und Jolles direkt und differenziert zum Thema Weltwirtschaftsordnung Stellung. Peter Knirsch (Osteurope und die neue Weltwirtschaftsordnung") gibt eine sorgfältige, umfassende Beschreibung der bisherigen Hilfe des COMECON an die Dritte Welt: im relativen Vergleich mit den kapitalistischen Industrieländern sind die materiellen Aufwendungen der RGW-Staaten bescheiden, die Bedingungen beim Handel oft schlechter (ungünstige Zahlungsbedingungen, Lieferbindung der Kredite, schlechtere Qualität etc.). In den Nord-Süd-Verhandlungen haben sich die COMECON-Länder bis jetzt immer verbal mit der Dritten Welt solidarisiert, bei der noch auszuhandelnden konkreten Realisierung stehen sie jedoch auf der Seite der unnachgiebigsten kapitalistischen Metropolen. Diese Haltung erklärt sich einerseits daraus, dass die RGW-Länder kein internationales Legitimationsbedürfnis empfinden (da sie nie am internationalen Ausbeutungsprozess teil-

genommen hätten) und ihre Hilfe somit reinen Solidaritätscharakter habe. Andererseits ist der COMECON mit seinen aktuellen ökonomischen und Devisenproblemen gar nicht in der Lage, seine "Solidaritätsbeiträge" substantiell zu erhöhen. Es wäre schliesslich noch von einigem Interesse gewesen, wenn Knirsch - in Antizipation der sich abzeichnenden internen und externen Zwänge - mögliche Handlungsalternativen der RGW-Länder und allfällige Reaktionen der Dritten Welt aufgezeigt hätte.

Als de-facto Aussenminister gibt schliesslich Paul R. Jolles einen umfassenden Ueberblick über "die Schweiz in den Nord-Süd-Beziehungen". Der Interessenstandpunkt der Schweiz ist klar: von einer neuen Weltwirtschaftsordnung erwartet sie eine gesicherte Rohstoff- und Energieversorgung sowie den Schutz der Privatinvestitionen in der Dritten Welt. Materielle Gegenleistungen kann sie nach den plebiszitären Debakeln der IDA- und der Mehrwertsteuerabstimmung keine anbieten. So bleibt ihr vorderhand nur das ideologische Feld, das heisst der Hinweis auf die "aussenpolitische Maxime der Solidarität" und auf unsere lange "humane Tradition", immer vor dem Hintergrund des überzeugten Festhaltens an den "liberalen und marktwirtschaftlichen Konzeptionen". Diese klare und realistische politische Einschätzung der internen und externen Konstellationen durch der Direktor der Handelsabteilung markiert einen deutlichen Schritt von der traditionellen neutralitätspragmatischen (und damit stark instrumentellen) schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik weg auf eine global orientierte (und damit von Partikularinteressen unabhängigere) Aussenstrukturpolitik.

Trotz einigen interessanten Hintergrundinformationen und Deskriptionen enthält der Reader wenig neue inhaltliche Aspekte. Dass der theoretische Gehalt der einzelnen Beiträge gegenüber der reinen Informationsvermittlung zu kurz kam, mag an deren ursprünglichen Konzipierung als Referate liegen. Umsomehr vermisst man eine integrierende Einleitung, in der die einzelnen Beiträge in einen umfassenden theoretischen Rahmen gestellt werden und die die angekündigte "Umstrittenheit" auf ihren Begriff bringen würde.

Markus Spinatsch
Soziologisches Institut
der Universität Zürich

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., No 1/78, S. 213-215

Martine Keller, Elisabeth Guyot-Noth

Femmes, fécondité - quels avenirs?

Editions Delta, Vevey, 1978, 216S.

In den industrialisierten Ländern ist die Geburtenrate seit mehr als einem Jahrzehnt im Sinken. Die möglichen Erklärungsansätze liegen auf verschiedenen Ebenen. Man weiss heute, dass die Geburtenregelung nach kulturellen Milieus und sozialen Schichten differiert. Das weist darauf hin, dass die Geburtenfrage nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern vielmehr in einen weitgreifenden soziologischen und sozialpolitischen Zusammenhang gestellt werden muss. Es ist das Verdienst der beiden Autorinnen - die ihre Arbeit im Rahmen des Statistischen Amtes des Kantons Waadt ausgeführt haben -, dass sie die Problematik der sinkenden Geburtenrate in einen grösseren Zusammenhang gestellt haben.

Der Text ist in bemerkenswert klarer und übersichtlicher Art in fünf Teile gegliedert:

- In einem *ersten* Teil werden die historischen und soziologischen Aspekte der Familienstrukturen, der Relevanz der Kinder und der Entwicklung der Berufsarbeit der Frau analysiert. Diese interessante, oft allzu kurze, verkürzte Einstimmung in die Problematik der Frau und Familie in unserer Gesellschaft gibt wichtige Hinweise darauf, wie die Struktur der Familie, die Relevanz der Kinder und die geschlechtsspezifische Ausprägung des Arbeitsmarktes in ihren kultur- und schichtspezifischen Erscheinungsmustern 'gewordene' sind und damit Antworten darstellen auf die ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungen unserer Gesellschaft.

- Im *zweiten* Teil werden die demographischen Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz sowie deren sozialpolitisch relevanten Konsequenzen vorgestellt und diskutiert. Interessante Aspekte resultieren aus der Analyse der Erwerbstätigkeit der Frau: der Anteil der Frauen an der schweizerischen Aktivbevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert (ca. 34%). Im Vergleich mit andern industrialisierten Ländern erstaunt der geringe Anteil der verheirateten Frauen (ca. 44%) an der weiblichen Erwerbsbevölkerung; 'erstaunt'? Betrachtet man den allgemeinen Wohlstand in der Schweiz und den vergleichsweise tiefen Stand der Ausgaben für das Sozialwesen (Infrastrukturen für berufstätige Mütter als Beispiel), so stellt die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt eine Antwort dar auf die traditionelle, geschlechtsspezifisch orientierte Ideologie und Struktur unserer Gesellschaft. Beispielsweise wird der Slogan 'Muttersein als schönster Beruf' je nach Marktlage lanciert oder aber zurückgenommen.

- Ein *dritter* Teil fokussiert die politischen und soziologischen Aspekte der Geburtenregelung. Auf die Schweiz bezogen: ist eine Bevölkerungspolitik wünschbar? Falls diese Frage bejaht wird, müssen zumindest die folgenden Faktoren berücksichtigt werden: permanente Analyse der demographischen Veränderungen und ihrer Ursachen, prospektive demographische Studien, die Evaluation ökonomischer und sozialer Folgen im Bezug auf ein sog. 'nationales Interesse' sowie der Entwurf von Massnahmen im Hinblick auf gewünschte Veränderungen.

Haben die schweizerischen zuständigen Stellen Vorstellungen und Perspektiven im Hinblick auf die demographischen und daraus folgenden sozialen und sozialpolitischen Veränderungen in unserem Lande? - die Autorinnen stellen diese und viele andere, wichtige Antworten in richtigerweise herausfordernder Art.

- Der *vierte* Teil des Buches analysiert im Detail die bestehende Steuergesetzgebung im Hinblick auf die Pflichten von Mann und Frau sowie die Krankheits- und Mutterschaftsregelungen. Ein Ueberblick über die Defizite des gegenwärtigen Systems der sozialen Sicherung und der sozialen Infrastruktur mündet in die Forderung, dass nicht nur eine Vorbeugung von Elend notwendig ist, sondern auch die Garantie für jedermann - unabhängig von Geschlecht und Zivilstand -, soziale Institutionen ohne Unterstützungscharakter in Anspruch zu nehmen.

Durch die ganze Analyse von Martine Keller und Elisabeth Guyot-Noth zieht sich die Feststellung, dass unsere Gesellschaft durch ihre Rechtsetzung und ihre sozialen Angebote eben nicht jene soziale und materielle Anerkennung der Mutterschaft an den Tag legt, die der Mutterschaft als gesellschaftlicher Aufgabe entsprechen würde.

- Im *fünften* Teil situieren die Autorinnen ihre kurz-, mittel- und langfristigen Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Frauen auf den drei Ebenen einer allgemeinen Sozialpolitik - die Problematik der Frauen und insbesondere der berufstätigen Mütter ist nicht von der allgemeinen gesellschaftlichen Situation zu trennen -, einer Familienpolitik sowie einer Strategie zur Veränderung der gesellschaftlichen Diskriminierung der Frau.

Generell geht es um die soziale und materielle Anerkennung der Haus- und Erziehungsarbeit der Frau als gesellschaftlicher Arbeit. Richtigerweise wird die Ambivalenz jener Infrastrukturen (Krippen, Horte, Tagesmütter, Teilzeitarbeit) aufgezeichnet, die einenteils dringend notwendig sind, um die Doppelbelastung der Frau zu verringern, und anderenteils dazu führen können, dass die Doppelbelastung der Frau, durch Beruf und Haushalt verfestigt und ihre Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt nicht aufgehoben wird.

Die Autorinnen gehen ziemlich präzis auf sozialpolitisch wünschbare Um- und Neustrukturierungen sowie innovative Arbeitsteilungsmuster in der Familie ein. Das bedeutet auch, dass sich mit diesem Material, diesem Buch - das sehr verständlich, ja erfrischend geschrieben ist - arbeiten lässt: in politischen Gremien, in sog. sozialen Institutionen, in Frauenorganisationen und -gruppen, Parteien, Schulen ... Von daher ist auch zu wünschen, dass dieses Buch dem deutschschweizerischen Publikum zugänglich gemacht wird.

Die dargestellten theoretischen und empirischen Zusammenhänge sind nicht neu. Ihre Darstellung und Diskussion ist deswegen - leider - nicht überflüssig geworden. Die Geburtenfrage ist meines Erachtens in der Schweiz bisher noch nie so umfassend und mit so viel Datenmaterial behandelt worden.

Es wäre sicher möglich gewesen, in theoretischer Hinsicht etwas mehr in die Tiefe zu gehen und beispielsweise neuere Theorien, die in der Analyse der Frauenproblematik im weitesten Sinn (u.a. die Theorie des geteilten Arbeitsmarktes) eine relevante Rolle spielen (sollten), miteinzubeziehen. Diese Arbeit bleibt noch zu tun.

Die Bereitschaft von Frauen, Kinder zu gebären und aufzuziehen stellt eine gesellschaftliche Aufgabe dar, die sich (noch zu ausschliesslich) im privaten Rahmen abspielt. Die Konsequenzen dieser Einsicht müssen erst noch geschaffen werden. Das vorliegende Buch bietet eine Gelegenheit dazu.

Katharina Ley
Soziologisches Institut
der Universität Zürich